



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

24. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 13. November 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Entschließung – Tarifautonomie erhalten – Drucksache 4/866 –.....	1343	Reinhardt Thomas, CDU.....	1357
Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/897 –.....	1343	Holger Friedrich, SPD.....	1357, 1358
Volker Schlotmann, SPD.....	1343, 1345, 1346, 1352	Karsten Neumann, PDS.....	1358, 1364, 1367
Dr. Ulrich Born, CDU.....	1345, 1346, 1349, 1350, 1351	Bodo Krumbholz, SPD.....	1359
Angelika Gramkow, PDS.....	1347, 1350	Dr. Ulrich Born, CDU.....	1361, 1365, 1366, 1367
Thomas Schwarz, SPD.....	1349, 1351	Minister Dr. Gottfried Timm.....	1363
Jochen Schulte, SPD.....	1350, 1351	Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung).....	1367
Minister Dr. Otto Ebnet.....	1351	B e s c h l u s s	1367, 1417
B e s c h l u s s	1352	Persönliche Bemerkung des Abgeordneten Dr. Klaus-Michael Körner, SPD, gemäß § 88 GO LT	1367
Antrag der Fraktion der CDU: Aufklärungsquote steigern – DNA-Analyse als die erkennungsdienst- liche Maßnahme der Zukunft begreifen – Drucksache 4/876 –.....	1352	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	1368
Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/898 –.....	1352	Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung).....	1368
Michael Ankermann, CDU.....	1352	B e s c h l u s s	1368
Minister Erwin Sellering	1354, 1357, 1358, 1366, 1367	Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Weiterführung des Garantiefonds – außerschulische Sprachförderung – Drucksache 4/867 –.....	1368
		Peter Ritter, PDS.....	1368

Minister Dr. Gottfried Timm	1370	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	1395
Dr. Armin Jäger, CDU	1371	B e s c h l u s s	1398
Angelika Volland, SPD	1372		
B e s c h l u s s	1373		
		Antrag der Fraktion der CDU:	
Antrag der Fraktion der CDU:		Wettbewerbsbenachteiligung für die Landwirtschaft durch Haushaltsbegleitgesetz verhindern	
Reformpaket zur kurzfristigen Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung		– Drucksache 4/870 –	1398
– Drucksache 4/873 –	1373	Beate Schlupp, CDU	1399
Bernd Schubert, CDU	1373, 1386	Alexa Wien, PDS	1400
Ministerin Dr. Marianne Linke	1375	Lilly Kühnel, SPD	1400
Dr. Norbert Nieszery, SPD	1377, 1384	Minister Dr. Till Backhaus	1401
Torsten Koplin, PDS	1377, 1379, 1380	Lorenz Caffier, CDU	1403
Harry Glawe, CDU	1379, 1380, 1382	B e s c h l u s s	1404
Torsten Renz, CDU	1380, 1382, 1384, 1386		
B e s c h l u s s	1387	Antrag der Fraktion der CDU:	
		Erhalt der Molkerei Bützow	
Antrag der Fraktion der CDU:		– Drucksache 4/895 –	1404
Gehörlosen-/Hörgeschädigtenzentrum Mecklenburg-Vorpommern		Ilka Lochner-Borst, CDU	1404
– Drucksache 4/872 –	1387	Minister Dr. Till Backhaus	1405
Änderungsantrag der Fraktion der CDU		Lilly Kühnel, SPD	1407
– Drucksache 4/899 –	1387	Torsten Renz, CDU	1408
Torsten Renz, CDU	1387, 1390	Alexa Wien, PDS	1408
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	1387	B e s c h l u s s	1409
Andreas Bluhm, PDS	1389		
Dr. Norbert Nieszery, SPD	1390	Antrag der Fraktion der CDU:	
		Sicherung des Solidarpaktes II	
Antrag des Abgeordneten		– Drucksache 4/900 –	1409
Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU:		Eckhardt Rehberg, CDU	1409, 1414
Danziger Gespräche 2003		Minister Dr. Otto Ebnet	1411
– Drucksache 4/865 –	1390	Ute Schildt, SPD	1413
Reinhardt Thomas, CDU	1390, 1396	Angelika Gramkow, PDS	1415
Minister Dr. Gottfried Timm	1392	B e s c h l u s s	1416
Karsten Neumann, PDS	1393		
Michael Ankermann, CDU	1394	Nächste Sitzung	
		Mittwoch, 10. Dezember 2003	1416

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich begrüße Sie zur 24. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Entschließung – Tarifaufonomie erhalten, Drucksache 4/866. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/897 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Entschließung – Tarifaufonomie erhalten
– Drucksache 4/866 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/897 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der SPD Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Tarifaufonomie erhalten“ lautet der Titel des Antrages der Koalitionsfraktionen. Und ich denke, das ist ein sehr aktuelles Thema, meine Damen und Herren. Die Brisanz zu dem Thema hat ein Gesetzesentwurf der CDU und CSU im Bundestag allen vor Augen geführt. Die Medien haben ausführlich darüber berichtet und natürlich sorgen solche Pläne für reichlich Diskussion, vor allem in den Betrieben bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich bei den Gewerkschaften, den Organisationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Meine Damen und Herren, diese Debatte kommt übrigens nicht von ungefähr. Sie hat sicher zu tun mit den aktuellen Schwierigkeiten in Deutschland und der Suche nach Wegen aus der Wirtschaftskrise. Das Problem bei diesen allgemeinen Diskussionen ist allerdings: Da werden häufig Lösungsvorschläge gebracht, die mit den Problemen eigentlich nichts zu tun haben und sie deshalb auch nicht beseitigen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Die Zielrichtung solcher Vorstöße ist klar: Da soll sozialer Ballast abgeworfen werden nach dem Motto: „Was stört, muss weg!“ und die wirtschaftlichen Probleme werden vorgeschoben, um endlich handeln zu können.

Meine Damen und Herren, dieser Vorstoß ist eigentlich ein Stück weit auch historisch begründet. Man hat zu Zeiten der alten Bundesrepublik sich als Frontstaat verstanden und es hat gesellschaftliche Bereiche und Kreise gegeben, die geglaubt haben, dass man Gewerkschaften und Arbeitnehmern hier ein paar Rechte mehr geben muss, damit man als Frontstaat gegen den Osten bestehen kann. Diese Kollision ist eigentlich raus aus der Geschichte und deswegen glaubt man an manchen Stellen, dass man diese Rechte den Arbeitnehmern wieder wegnehmen sollte. Und ich sage Ihnen ausdrücklich, es geht hier um Arbeitnehmerrechte, es geht hier nicht um Funktionäre.

Meine Damen und Herren, die augenblickliche Diskussion um die Tarifaufonomie und den Flächentarifvertrag ist für mich ein ganz eklatantes Beispiel dafür. Dabei wird schnell übersehen, welche positiven Effekte beide Ele-

mente, wirklich beide Elemente uns in der Vergangenheit bundesweit, europaweit gebracht haben. Wir haben es im Antrag formuliert: „Das freie Aushandeln von Tarifbedingungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden hat zum Erfolg der Bundesrepublik und zu ihrer wirtschaftlichen Kraft beigetragen.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, es dürfte auch keinem verborgen geblieben sein, die Tarifaufonomie ist eine wesentliche Grundlage der sozialen Demokratie, und das kann auch jeder im Grundgesetz nachlesen.

(Norbert Baunach, SPD: Sehr richtig.)

Dort wird Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden das Recht zugestanden, unabhängig von staatlicher Bevormundung Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen zu regeln. – Das ist der Unterschied zu Rahmenkollektivverträgen zu DDR-Zeiten, meine Damen und Herren. – Davon profitieren übrigens nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es gibt auch Wirkungen von Tarifverträgen, die ausgesprochen positiv für die Arbeitgeber sind. Tarifverträge sorgen für den Frieden in den Betrieben, meine Damen und Herren. Damit sich das jeder auch mal vergegenwärtigen kann: Tarifverträge in rund 300 Branchen sind der Garant dafür, dass Deutschland weltweit zu den Ländern mit den wenigsten Arbeitskämpfen gehört. Ich denke, kein Arbeitgeber, kein verantwortungsvoller Politiker in diesem Land wünscht sich amerikanische, italienische oder englische Verhältnisse in diesem Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, die Tarifvertragsparteien haben ein sehr differenziertes System – und man höre und staune, auch das ist anscheinend nicht überall bekannt – von rund 57.000 verschiedenen unterschiedlichen Tarifverträgen und Einzelregelungen geschaffen. Damit sind Wirtschaft und Gesellschaft jahrzehntelang gut gefahren und wir als Koalition sind der Auffassung, dass das auch weiterhin so sein kann.

Aber jetzt, jetzt scheint für die liberalkonservativen Kräfte im Land die Zeit reif zu sein – etliche Medien haben sich auch auf Gewerkschaften eingeschossen, sehen sie als Modernisierungsverweigerer –, nur eins wird allzu oft vergessen: Die angeblich so unflexiblen Tarifverträge sind und werden doch nicht allein von den Gewerkschaften abgeschlossen. Nein, sie tragen immer die Unterschrift auch der Arbeitgeberseite.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das verschweigt man dann ganz gerne bei diesen Diskussionen.

Jetzt also soll das bestehende Tarifsysteem über Bord geworfen werden. Nur, auch das sollte man der Ehrlichkeit halber dann sagen, auf der Arbeitgeberseite ist man sich da selbst nicht so ganz einig. Da geht der BDI mit Herrn Rogowski und seinen Forderungen sehr weit. Dabei gehört der BDI, auch das wissen vielleicht einige nicht, überhaupt nicht zu den Tarifvertragsparteien. Verhandlungspartner der Gewerkschaften ist nämlich der BDA mit Herrn Hundt. Und der, also Herr Hundt,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

hat im September Herrn Rogowski mehr als deutlich gesagt, was er von dessen Querschüssen zum Thema Tarifaufonomie hält. Ganz konkret: Herr Hundt hat für den BDA deutlich gemacht, dass er sich die Forderungen von Herrn Rogowski nicht zu Eigen macht. Im Gegenteil, er lehnt die Streichung des Paragraphen 77 Absatz 3 Betriebsverfassungsgesetz ab. Wörtliche Begründung von Herrn Hundt, ich zitiere: „... weil dies ein wirtschaftsschädigender Eingriff in die Vertragsfreiheit wäre.“ Man höre und staune!

(Reinhard Dankert, SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht.)

Da hat er Recht, so ist es.

Eine weitere Stimme. Norbert Blüm hat sich noch in seiner Zeit als Bundesarbeitsminister ebenfalls dagegen ausgesprochen, die Tarifaufonomie auszuhöhlen. Mit Blick auf die Folgen einer Aushandlung aller Tarifbedingungen, aller Tarifbedingungen auf betrieblicher Ebene hat er wörtlich gesagt: „Dann muss man auch das Streikrecht den Betriebsräten geben. Das kann ich der deutschen Wirtschaft nicht wünschen. Das wäre nämlich Häuserkampf.“ Zitat Norbert Blüm. Recht hat er.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, diesen Begriff des Häuserkampfes hat übrigens auch das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft aufgegriffen und festgestellt, dass weder das Gros der Arbeitgeber noch das Gros der Betriebsräte selbst Tarifpolitik betreiben möchte. Die Arbeitgeber hätten anderes zu tun. Recht haben sie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

Die verantwortungsbewussten Arbeitgeber wollen mehr Flexibilität. Richtig, unbestritten, auch wir unterstützen das. Sie wollen das aber wohl eher so, wie wir es in unserem Antrag sagen. Wir haben deshalb dort formuliert: „Es ist Sache der Tarifvertragsparteien das Verhältnis zwischen zentraler Verhandlungsmacht der Tarifvertragsparteien und betrieblichen Möglichkeiten in eigener Autonomie zu regeln.“ Auch ein Satz des Bundeskanzlers auf dem letzten IG-Metall-Kongress. Und auch da hat der Kanzler Recht, meine Damen und Herren.

Übrigens, in Ostdeutschland ist das schon längst geübte und gängige Praxis. Dort gibt es Abweichungen von Tarifverträgen in vielfältigster Art nach unten, und zwar schon seit geraumer Zeit. Diese Härtefallregelungen gehen allerdings einher mit einer Verpflichtung der Unternehmen, ein Sanierungskonzept zu erarbeiten und vorzulegen sowie auf betriebsbedingte Kündigungen während der Dauer dieser Sonderregelungen zu verzichten. Wer solche Verpflichtungen nicht eingehen will, darf dann aber auch nicht jammern, meine Damen und Herren.

Um das ein für alle Mal klar festzustellen für uns: Der Flächentarifvertrag ist nicht unmodern, im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen in einer Branche ist im Gegenteil sehr modern. Als Vorbild für das, was notwendigerweise gemacht werden muss, kann hier zum Beispiel die Sozialpartnerschaft der Chemiebranche genannt werden. Dort wird das Tarifvertragssystem laufend modernisiert, und zwar gemein-

sam zwischen Arbeitgebern und der Gewerkschaft, und dann auf die Sorgen und Nöte der einzelnen Unternehmen auch abgestimmt, und zwar ohne die Belange der Belegschaft zu ignorieren oder zu kurz kommen zu lassen. Dort gibt es in Masse tarifvertragliche Öffnungsklauseln. So kann zum Beispiel die Regelwochenarbeitszeit je nach Auftragslage eines Betriebes auf 35 Stunden gesenkt oder auch auf 40 Stunden erhöht werden. Dafür gibt es dann allerdings einen gemeinsam vereinbarten Entgeltkorridor.

Der Flächentarifvertrag lässt sich schon heute öffnen, und zwar ohne den Gesetzgeber. Die Gewerkschaften – und das muss ich hier ausdrücklich sagen –, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände müssen es nur wollen. Und ich kann auch sagen, die Gewerkschaften haben dabei durchaus erkannt, dass sie gut beraten sind, die Diskussion wirklich in jedem einzelnen Fall offen zu führen, weil sonst der Streit nicht aufhören wird.

An dieser Stelle möchte ich eine Anmerkung machen zur ganz aktuellen Tagessituation: Vermittlungsausschuss, Vorziehen der Steuerreform. Ich will mich gar nicht zu den Inhalten der Steuerreform äußern, aber ich sage Ihnen eins, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Was Sie da auf Bundesebene treiben in einer, ich würde mal sagen, Oppositionskoalition mit der FDP im Moment, ist, dass Sie den Vermittlungsausschuss zu einem Basar machen, einem türkischen Basar, was nichts gegen türkische Mitbürger ist, aber zu einem Basar,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

indem Sie Arbeitnehmerrechte ausspielen wollen gegen die Steuerreform. Welchen Sinn das haben soll, müssen Sie wirklich mal ernsthaft erklären. Und die Wirtschaftsweisen, die am gestrigen Tage nun sicher nicht mit Kritik an der Bundesregierung gespart haben, haben Ihnen das sehr ausdrücklich ins Stammbuch geschrieben, dass dieses Basarverhalten an der Stelle nun überhaupt nichts zu suchen hat. Ich sage Ihnen, Sie sollten das wirklich überdenken.

Und mir fällt noch etwas aus der letzten Landtagssitzung ein. Wir hatten damals draußen die Polizeidemonstration. Da haben Kollegen von Ihnen, der eine Kollege ist im Moment nicht da, aber mir sind die Zwischenrufe des Herrn Dr. Jäger noch sehr, sehr laut in den Ohren, der mich hier ständig unterbrach, indem er rief: Hören Sie (SPD/PDS), hören Sie doch endlich auf die Gewerkschaften! Richtig, wir hören auf die Gewerkschaften. Hören Sie bei diesem Thema aber auch auf uns!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Hören Sie auf die Gewerkschaften, hören Sie auf uns! Und, Herr Rehberg, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir brauchen keine Lippenbekenntnisse.)

Na ja, gut, Sie wissen ja besser, was Lippenbekenntnisse sind, Kollege Jäger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Bei uns sind das keine Lippenbekenntnisse, bei uns ist das ehrlich.)

Herr Kollege Rehberg, Sie haben gestern

(Rainer Prachtl, CDU: Das war ein türkischer Basar?)

zum Teil wirklich sehr fundiert Ihre Argumente in der Debatte unterfüttert.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rainer Prachtl, CDU: Was haben Sie denn damals gesagt?)

Sie haben aber ständig was von sozialer Gerechtigkeit gesagt. Kollege Rehberg, soziale Gerechtigkeit beinhaltet aber auch genau die Tarifaufonomie und die Eigenständigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitgeber in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen. Die Union stellt die Verbindlichkeit von Tarifverträgen in Frage. Das kommt mit uns nicht in Frage. Wir lehnen gesetzliche Eingriffe in die Tarifaufonomie ab,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

auch, und das sei unbestritten und das gehört zu dem hoffentlich neuen Klima in diesem Hause, wenn ich zugeben muss, dass wir als SPD zurzeit natürlich Differenzen mit den Gewerkschaften haben, aber wir sind eben keine Vorfeldorganisation der Gewerkschaften. Trotzdem achten wir das Grundgesetz und sagen, bestimmte Grundpositionen müssen Bestand haben und dafür treten wir ein. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie vernünftige Regelungen zur Sicherung von Beschäftigung treffen. Ich vertraue darauf, dass sie das auch in Zukunft so tun. Und ich richte dringende und mahnende Worte an die Politik: Politik hat sich gefälligst aus der Tarifaufonomie herauszuhalten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schlotmann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer in der derzeitigen dramatischen wirtschaftlichen Situation Klassenkampfparolen verbreitet,

(Angelika Gramkow, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS: Oh! –
Heinz Müller, SPD: Ach du liebes bisschen!)

anstatt sich darum zu bemühen, wirklich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, der versündigt sich an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Arbeit haben, und an denen, die Arbeit haben wollen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diejenigen Betriebsräte, die Betriebsvereinbarungen abgeschlossen haben – und wir haben in rund 35 Prozent der Betriebe im Land mittlerweile Betriebsvereinbarungen –,

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

die müssen es geradezu als Schlag ins Gesicht verstehen, ja, als Zynismus empfinden, wenn anstatt notwendiger Anpassungen hier künstlich eine Betonwand aufgebaut wird und sie an den Rand der Legalität gedrängt werden. Denn das ist genau der Fall, wenn man ihnen nicht die klare gesetzliche Grundlage gibt, damit sie solche Vereinbarungen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die sie Verantwortung tragen, abschließen können.

Und, Herr Kollege Schlotmann, ich finde es mittlerweile wirklich bedenklich, wie leichtfertig hier Begriffe verwandt werden, mit denen ganze Bevölkerungsgruppen in einer Weise belegt werden, die einfach im Landtag nicht hingenommen werden können. Ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, im Zusammenhang mit einem Verfassungsorgan, dem Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag, das Wort „türkischer Basar“ zu verwenden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Dies ist völlig unangemessen,

(Heinz Müller, SPD: Unangemessen ist das Verhalten mancher Leute dort.)

dies ist völlig unangemessen und ich bitte doch wirklich, dass das nicht ...

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bitte doch wirklich, dass es ...

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich bitte doch wirklich, dass wir bei einer solchen Problematik hier nicht mit solchen Ausdrücken arbeiten. Das ist nicht angemessen und ich hoffe, Herr Kollege Schlotmann, dass Sie das in Zukunft unterlassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Schlotmann?

Dr. Ulrich Born, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Kollege Born, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie mit Ihrer Äußerung gerade meine Äußerung zum Vorhaben der CDU/CSU und FDP, den Vermittlungsausschuss womöglich zu einem Basar zu machen, mit dem Begriff der Zwangsarbeit von gestern in einen Zusammenhang bringen wollten?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Schlotmann, Sie haben eben die Vorgehensweise

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

im Verfassungsorgan Vermittlungsausschuss mit einem türkischen Basar gleichgesetzt. Und ich frage Sie, was Sie damit bezwecken wollen.

(Beifall und Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Volker Schlotmann, SPD: Das stimmt nicht.

Dr. Ulrich Born, CDU: Und ich erlaube mir die Feststellung, dass ich solche Vergleiche für unangemessen halte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Rainer Prachtl, CDU: Ja. –

Volker Schlotmann, SPD: Wir halten einiges

für unangemessen. Das ist eine Frechheit! –

Angelika Gramkow, PDS: Eine Frechheit sondergleichen! – Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Überreglementierungen sind ein wesentliches Hindernis für Einstellungen und Existenzgründungen. Deshalb müssen alle Maßnahmen ausgeschöpft werden, die die Möglichkeiten zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen verbessern. Nur wenn Beschäftigungshürden abgebaut und Unternehmergeist gefördert werden, kann es gelingen, den Arbeitsmarkt wieder zu beleben. Ich denke, einer solchen Aussage kann niemand ernsthaft widersprechen, dem es wirklich darum geht, die derzeitige dramatische Situation zu entschärfen und dafür zu sorgen, dass die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass Arbeitsplätze erhalten werden können und neue geschaffen werden können. Das ist die zentrale Frage und alles andere führt in die Irre.

(Volker Schlotmann, SPD: Also mehr hire and fire als Arbeitsplätze schaffen.)

Vor diesem Hintergrund wirkt der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen. Und das, was Herr Kollege Schlotmann eben dazu gesagt hat, ist in Teilen zumindest anachronistisch. Ich betone, in Teilen.

(Volker Schlotmann, SPD: Was für Begriffe Sie verwenden!)

Natürlich hat die Tarifaufonomie eine tragende Bedeutung in der Demokratie und natürlich will niemand ernsthaft den Verfassungsrang in Frage stellen oder gar das Grundgesetz in Artikel 9 ändern.

(Volker Schlotmann, SPD: Aha!)

Ich kann mich in diesem Punkt voll dem ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts und Richter am Bundesverfassungsgericht Thomas Dieterich anschließen, der in einem Beitrag in der „Frankfurter Rundschau“ kürzlich die Tarifaufonomie als notwendigen Bestandteil einer grundrechtlichen Freiheit, nämlich der Koalitionsfreiheit bezeichnet hat. Aber die Frage ist doch folgende: Wollen wir mit einer rein rückwärts gewandten Diskussion allen Erfordernissen einer sich rasend verändernden Arbeitswelt gegenüberstehen und alle Veränderungen von vornherein störrisch ablehnen? Dann liefen wir sehr schnell Gefahr, dass man uns entgegenhalten würde, entweder wir ändern uns oder wir werden verändert.

Und, meine Damen und Herren, die Praxis hat längst den Erfordernissen der Zeit Rechnung getragen. Ich habe darauf hingewiesen, rund 35 Prozent der Betriebe haben bereits Betriebsvereinbarungen.

(Angelika Gramkow, PDS: Auf gesetzlicher Grundlage, nach Tarifvertragsgesetz. – Volker Schlotmann, SPD: Deswegen ist es Unsinn.)

Sich gegen jedwede Änderung – Frau Kollegin Gramkow, auch wenn Sie mir so freundlich zuwinken – der Tarifaufonomie und des Flächentarifvertrags zu wenden

(Heinz Müller, SPD: Ich glaube, das hat er jetzt missverstanden.)

und keinerlei moderne zukunftsweisende Komponente im Antrag zu nennen, kann meine Fraktion selbstverständlich nicht mittragen. Dies hilft den Arbeitnehmern auch in keiner Weise, sondern das Gegenteil wird damit erreicht. Was wir brauchen, ist eine tarifliche Flankierung zur Erweiterung des Spielraums für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Neben Lohn und Arbeitszeit müssen auch die Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden.

Ich sage aber auch ganz deutlich, dass den Tarifparteien zur Sicherung der Tarifaufonomie ein begründetes Einspruchsrecht bleiben muss. Gleichzeitig müssen aber die gerade für mittelständische Betriebe kostentreibenden Teile der Schröder'schen Reform des Betriebsverfassungsgesetzes zurückgenommen werden. Dabei gilt es auch, die Größe der Betriebsräte und die herabgesetzten Schwellenwerte für freigestellte Betriebsräte zu überprüfen.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Es gibt bereits in 35 Prozent der Betriebe betriebliche Bündnisse für Arbeit, die im Augenblick allerdings zumindest am Rande der gesetzlichen Legalität beschlossen werden, zumindest am Rande.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr! Sie sind doch Jurist.)

Gucken Sie sich das genau an, Frau Kollegin Gramkow!

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe extra die Kommentare mitgebracht.)

Es ist notwendig, dieses in der Praxis offenbar dringend benötigte Instrument endlich auf eine klare gesetzliche Grundlage zu stellen und so den Weg für mehr Arbeitsplätze frei zu machen.

Abgesehen davon bin ich auch der Überzeugung, dass der Flächentarifvertrag und die Tarifaufonomie durch betriebliche Bündnisse sogar eine Stärkung erfahren werden und nicht, wie der DGB befürchtet, geschwächt werden, wenn man das vernünftig ausgestaltet. Ich bin sicher, dass die Tarifvertragsparteien das Signal des Gesetzgebers verstehen und ihre Tarifverträge in Zukunft so gestalten werden, dass auch danach betriebliche Bündnisse eindeutig möglich sind.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Die sind doch heute schon möglich.)

Wir brauchen Flexibilität nicht nur im Betrieb, sondern auch in den Tarifverträgen.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Wenn die Tarifvertragsparteien sich darauf einstellen, wird der Flächentarifvertrag eine echte Resonanz erleben und sich auch in Ostdeutschland wieder durchsetzen.

Meine Damen und Herren, es kommt darauf an, dass beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträ-

gen künftig unter Beachtung der Tarifautonomie zugelassen werden. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen müssen gesetzlich abgesichert werden. Es muss klargestellt werden im Tarifvertragsgesetz, dass es den Unternehmen möglich ist, Arbeitslose während der Probezeit auch zeitweilig unter Tarif zu beschäftigen.

(Torsten Koplin, PDS: Eine Job-philosophie ist das, das ist unmöglich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe gesagt, dass man in wesentlichen Teilen Ihrem Antrag zustimmen kann, weil er nämlich nur etwas festschreibt, was einem Grundkonsens der Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland seit Anbeginn entspricht, nämlich dem, was auch im Grundgesetz in Artikel 9 festgeschrieben ist. Und deshalb habe ich kein Problem damit, wenn der Landtag die hohe Bedeutung der Tarifautonomie als einen Eckpfeiler der Demokratie bekräftigt. „Artikel 9 des Grundgesetzes“, heißt es in Ihrem Antrag, „gibt Tarifautonomie Verfassungsrang.“ Das ist alles richtig. „Das freie Aushandeln von Tarifbedingungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden hat zum Erfolg der Bundesrepublik und zu ihrer wirtschaftlichen Kraft beigetragen.“ Das ist völlig unbestritten. „Es ist Sache der Tarifvertragsparteien das Verhältnis zwischen zentraler Verhandlungsmacht der Tarifvertragsparteien und betrieblichen Möglichkeiten in eigener Autonomie zu regeln.“

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

Auch das ist grundsätzlich in Ordnung. „Daher ist es nicht Aufgabe von Politik den Flächentarifvertrag abzuschaffen.“ Richtig. „Bei flexibler Handhabung schafft er gleiche Konkurrenzbedingungen in einer Branche.“ Und wenn Sie sich diesen Satz einmal ansehen und dann den nächsten lesen, dann merken Sie, dass hier ein ganz entscheidender Widerspruch in Ihrem Antrag steckt. Es heißt: „Bei flexibler Handhabung schafft er gleiche Konkurrenzbedingungen in einer Branche.“

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

Und dann sagen Sie im nächsten Satz: „Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern spricht sich gegen jede Bestrebung zur Aushöhlung der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrages aus.“

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

Ja, meine Damen und Herren, es geht doch gerade darum, dieses Instrumentarium flexibel zu handhaben,

(Volker Schlotmann, SPD: Auszuhöhlen.)

und das heißt, an die derzeitigen Arbeitsmarkterfordernisse sinnvoll anzupassen. Und deshalb haben wir, weil ich gesagt habe, der andere Teil ist ja in Ordnung, Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt, der nur an dem letzten Absatz eine Veränderung vornimmt. Es soll dann lauten: „Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern spricht sich auch für flexible Regelungen innerhalb der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrages aus.“

(Volker Schlotmann, SPD: Sie sind also für die Aushöhlung?)

Und wenn wir das so beschließen,

(Torsten Koplin, PDS: Er umschreibt das die ganze Zeit nur.)

dann ist das eben keine Aushöhlung, Herr Kollege Schlotmann, sondern es ist schlicht die notwendige Anpassung an das, was in der Praxis schon längst vollzogen ist, was aber den Betriebsräten zunehmend Probleme bereitet, weil sie immer wieder von interessierter Seite unter Druck gesetzt werden, wenn sie solche Vereinbarungen schließen und weil sie unzulässigerweise ...

(Volker Schlotmann, SPD: Sagen Sie doch Gewerkschaften, wenn Sie Gewerkschaften meinen.)

Sie setzen sich für die Arbeitnehmer ein und sie werden an den Rand der Legalität gedrängt, weil es keine klaren gesetzlichen Regelungen gibt.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Und deshalb ist es notwendig, dass wir hier zu einer flexiblen Handhabung kommen. Und die muss ausschließlich daran orientiert sein, dass bestehende Arbeitsplätze gesichert werden und neue geschaffen werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Sie sind für Aushöhlung, Herr Kollege, gegen die Gewerkschaft.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende Frau Gramkow von der Fraktion der PDS.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, wie ich damit umgehen soll, aber wissen Sie, wie schön das auf einem türkischen Basar ist,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Torsten Koplin, PDS: Ich fordere eine Auszeit. – Siegfried Frieze, SPD: Jetzt ist es genug, Frau Gramkow.)

wie viel Spaß es macht zu feilschen, das Gefühl zu haben, miteinander zu reden und zu versuchen, den anderen übers Ohr zu hauen?!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Und vielleicht ist der Vergleich, dass man gegenwärtig den Vermittlungsausschuss dazu benutzt, ja gar kein negativer, sondern ein positiver, Herr Dr. Born.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wenn Sie auf der einen Seite ...

(Rainer Pracht, CDU: Liebe Kollegin, reden Sie mal lieber zum Thema! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und wenn Sie auf der anderen Seite uns Klassenkampfpapieren vorwerfen,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Die CDU ist getroffen. – Glocke der Vizepräsidentin)

wenn Sie uns auf der anderen Seite Klassenkampfpapieren vorwerfen, weil wir sagen, keine Hand wird an die Tarifautonomie gelegt, dann frage ich, was das eben gewesen ist, was Sie uns hier geboten haben.

(Unruhe bei den Abgeordneten – Beifall
Gerd Walther, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Fragen Sie doch mal Ihren Wirtschaftsminister!)

Für mich eine Mär des Wolfs im Schafspelz,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
Regine Lück, PDS, und Karsten Neumann, PDS –
Rainer Prachtl, CDU: Was das wohl für
Wölfe im Schafspelz sein sollen?!)

so zu tun, als ob!

(Rainer Prachtl, CDU: Wenn das Wölfe
im Schafspelz sind, was sind Sie dann?)

Worum geht es denn eigentlich? Es geht um nicht mehr
und nicht weniger, als dass die Industrie und ihre politi-
sche Vertretung, CDU/CSU, die Gewerkschaften dieses
Landes als Blockierer hinstellen und die Tarifautonomie
aushöhlen wollen,

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Tarifverträge abschaffen und nur noch betriebliche Ver-
einbarungen – und Herr Born war ja sehr deutlich –

(Volker Schlotmann, SPD: Oh,
Herr Prachtl sitzt wieder vorne!)

oder das Aushandeln des Arbeitsvertrages

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben
hier eine Rede vorgestellt, die ich gar
nicht gehalten habe, Frau Gramkow.)

durch jeden einzelnen Arbeitnehmer oder jede einzelne
Arbeitnehmerin favorisieren.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Und genau aus diesem Grund haben CDU/CSU am
17. Oktober im Bundesrat den Vermittlungsausschuss an-
gerufen,

(Rainer Prachtl, CDU: Jeden Tag werden wir
hier als Wölfe im Schafspelz bezeichnet.)

um ihren irreführenden „Modernisierung des Arbeits-
rechts“ genannten Gesetzentwurf in die parlamentari-
schen Beratungen einzuführen und möglicherweise –

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und Sie haben es klar artikuliert – dies als Verhand-
lungsmasse mit der Bundesregierung im Reformprozess
Agenda 2010 zu verwenden.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

Also worum geht es? Es geht darum, einen Angriff auf
die Tarifautonomie zu starten, um die Absenkung von
Löhnen und Gehältern, um die Aufweichung und Abschaf-
fung von sozialen und rechtlichen Standards

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich möchte dazu
den wirtschaftlichen Sachverstand
des Wirtschaftsministers hören.)

bis hin zur Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland
durchzusetzen.

(Torsten Koplin, PDS: Genau.)

Gewerkschaften sind eben entgegen anders lautender
Behauptungen gerade im Zeitalter von Technisierung von
Produktionsabläufen und der damit verbundenen Abhän-

gigkeit der Produktion von Technik und von denen, die sie
kontrollieren und warten, Gewerkschaften sind nach wie
vor eine Macht in diesem Land.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Und diese, Herr Dr. Born, diese soll nämlich gebrochen
werden.

Und was sind die Argumente – Sie haben sie ja so
schön bedient –, was sind die Argumente gegen Tarif-
autonomie, die Argumente gegen Aushandlung von Flä-
chentarifverträgen? Was sind die Argumente eigentlich
gegen Artikel 9 Absatz 3 „Koalitionsfreiheit“ des Grundge-
setzes?

Die Gegner behaupten – und Herr Dr. Born hat es auch
hier bewiesen –, Tarifverträge sind unflexibel, sie sind
starr, sie sind antiquiert. Und wir wissen doch eigentlich
alle, dass das Unsinn ist. Tarifverträge beinhalten schon
heute eine Reihe von Möglichkeiten, um Branchenspezifi-
ka oder die wirtschaftliche Situation von Unternehmen
dieses Landes berücksichtigen zu können. Beschäfti-
gungssicherungstarifverträge, die Einführung von Entgelt-
korridoren, von Optionsklauseln, Härtefall- und Öffnungs-
klauseln sind Belege für die Flexibilität und für das Ver-
antwortungsbewusstsein von Gewerkschaften. Und im
Vordergrund dabei steht immer die Sicherung von Be-
schäftigung, insbesondere bei uns in Ostdeutschland.
Und es ist deshalb falsch zu behaupten, das Tarifsyste-
m sei starr und unflexibel. Daraus allerdings auch einen
durchlöcherten Käse zu machen, das ist ebenso falsch.

Woran die Gewerkschaften, insbesondere die Dienst-
leistungsgewerkschaft ver.di, derzeit arbeiten – und das
dürfte eigentlich auch die Zustimmung der Arbeitgeber-
verbände finden –, das ist eine Vereinfachung des Tarif-
systems. Und dies widerlegt auch die These davon, dass
die Gewerkschaften unflexibel und uneinsichtige Interes-
senvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in
diesem Land sind. Und dass dies so nicht ist, zeigen auch
die Tarifverhandlungen und deren Abschlüsse in den
zurückliegenden Jahren. Die Gewerkschaften haben hier
sehr wohl verantwortungsbewusst gehandelt. Viele Kolle-
ginnen und Kollegen übrigens meinen, zu verantwor-
tungsbewusst, denn die Abschlüsse waren durchgängig
moderat – wie es immer so schön heißt – und haben den
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch Realeinkom-
mensverluste gebracht.

Und andererseits ist Deutschland doch wohl trotz – von
Arbeitgeberseite immer wieder beklagt – zu hoher Tarif-
abschlüsse nach wie vor Exportweltmeister. Und das hat
nicht etwas nur alleine mit dem schwachen Dollarkurs zu
tun. Deutschland ist nach wie vor ein gefragter Wirt-
schaftsstandort. Die Gewinnerzielung deutscher Unter-
nehmen kann sich trotz immer wieder beschwörter
schlechter Prognosen sehen und vor allen Dingen auch
zählen lassen. Deshalb stimmt das Argument auch nicht,
wonach die Einschränkung der Tarifautonomie das Wirt-
schaftswachstum fördern und Arbeitsplätze sichern
würde. Schon jetzt, das wissen wir doch alle, werden bei
Förderzusagen und im Rahmen von Verhandlungen ge-
machte Arbeitsplatzzusagen von der Wirtschaft immer
wieder einseitig nicht eingehalten.

Meine Damen und Herren, eine Einschränkung der
Tarifautonomie wäre auch nicht betriebsnah und würde
auch die Betriebs- und Personalräte nicht stärken, Herr
Dr. Born, wie Sie behaupten. Denn was wäre dann die

Folge? Die Betriebsräte stünden ohne einen verlässlichen Rahmen, ohne vergleichbare Grundlage da. Eigentlich bedeutet das, dem Manchesterkapitalismus Tür und Tor zu öffnen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und deshalb werden wir als PDS-Fraktion nicht zulassen, dass Eingriffe in die Tarifautonomie erfolgen. Wir werden sie verteidigen, die Tarifautonomie. Wir befürworten einen Dialog zwischen Politik und Tarifvertragsparteien, aber wir werden uns auch in Zukunft entschieden dagegen wehren, dass damit die Autonomie der Gewerkschaften angegriffen, dass in sie eingegriffen wird.

Und ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang einen interessanten Beitrag der „Frankfurter Rundschau“ vom 12.11. dieses Jahres.

(Torsten Koplin, PDS: Wir lesen ja auch nicht nur das ND.)

Hier argumentiert Thomas Dieterich folgendermaßen, ich zitiere: „Tarifautonomie ist notwendiger Bestandteil einer grundrechtlichen Freiheit, nämlich der Koalitionsfreiheit.“ Auch das zitierten Sie, Herr Born. Sie haben aber etwas anderes vergessen. Ich würde gerne fortfahren: „Der Vorschlag einer gesetzlichen Öffnungsklausel, der zufolge ohne Rücksicht auf die bestehende Wettbewerbslage und Tarifvertragspraxis alle Flächentarifverträge für betriebliche Regelungen geöffnet würden, könnte nur stören und hätte für das eingespielte System kollektiver Interessenvertretung verheerende Folgen. Eine gesetzliche Tariföffnung wäre nicht nur höchst unzweckmäßig, sondern darüber hinaus auch verfassungswidrig, weil dadurch nicht nur Tarifverträge ihre Durchsetzungskraft, sondern zugleich die Verbände ihre Relevanz verlören.“ Zitatende. Dem, meine Damen und Herren, kann ich nichts hinzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch wieder zur gebührenden Sachlichkeit in der Diskussion zurückzukehren. Dazu gehört auch der sensible Umgang mit der Sprache und mit Begriffen, denn wir wollen hier nicht persönliche Betroffenheiten auslösen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der grundrechtlichen Garantie der Tarifautonomie wird ein Freiraum gewährleistet, in dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihre Interessengegensätze in eigener Verantwortung austragen können. Tarifautonomie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Demokratie. Tarifverträge erfüllen eine gesamtgesellschaftliche Funktion. Sie sind ein soziales Gebilde, von dem alle Seiten profitieren. Unternehmen haben Planungssicherheit und Kalkulierbarkeit. Dem Arbeitnehmer gibt er Schutz und Sicherheit

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

und er bietet allen den sozialen Frieden in den Betrieben.

Heute wollen Politiker, die sich selbst als Liberale bezeichnen, vermeintlichen Konfliktstoff beseitigen, in Wirklichkeit jedoch die Möglichkeit der Konfliktaustragung

massiv einschränken. Streiks seien nicht mehr zeitgemäß, autoritäre Konfliktunterdrückungsmodelle würden damit perspektivisch an die Stelle von autonomen Tarifaufinandersetzungen treten. Wir wissen ja alle, dass der schneidige Guido Westerwelle einen Traum hat, und der Traum heißt natürlich die Entmachtung der Gewerkschaften.

(Karsten Neumann, PDS: So ist das.)

Meine Damen und Herren, die Kollegin Gramkow sprach es bereits an, es gibt zig Beispiele dafür, dass der Vorwurf, dass Gewerkschaften starr und unflexibel wären, überhaupt nicht zutrifft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Schon am Anfang der 90er Jahre wurde bereits hier in Schwerin im Kita-Bereich – das war damals schon ein Novum gewesen – von den 40 Stunden bis runter auf 30 Stunden gegangen. Ich habe in meiner Gemeinde Dementarabschlüsse gemacht, auch bis 30 Stunden runter, das heißt 10 Stunden weniger als vorher. In den Werften verzichten Arbeitnehmer auf Weihnachtsgeld, auf Urlaubsgeld. Sie arbeiten drei Stunden mehr, die IG Metall sagt Ja dazu, ohne Lohnausgleich.

(Volker Schlotmann, SPD: So etwas wird hier gerne verschwiegen.)

Ich frage jetzt mal ganz ernsthaft, liebe Anwesenden: Was soll das? Und ich muss noch einmal nach dem praktischen Teil fragen. Wenn Betriebsräte in Zukunft Tarifverträge aushandeln sollen, Zahn um Zahn mit dem Arbeitgeber, frage ich mich und ich bin Betriebsrat: Wer hat denn die besseren Karten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Betriebsräte haben nämlich eine Aufgabe, die der Arbeitgeber nicht hat. Die haben nämlich zwei Seiten, einmal die Arbeitgeberseite bei Entscheidungen zu berücksichtigen, also das Interesse des Betriebes, und das Interesse der Arbeitnehmerschaft. Und das – ich spreche jetzt hier als Betriebsrat – ist verdammt schwer, diesen schmalen Grat zu gehen. Wenn man jetzt Betriebsräten noch aufdrücken würde, Tarifverhandlungen zu führen – ein Großteil sind ehrenamtlich, die wären völlig überfordert,

(Regine Lück, PDS: Das ist ja gewollt.)

das kann ich aus meiner Sicht sagen –, würde sich das Kräfteverhältnis entschieden in die andere Richtung bewegen, in Richtung Arbeitgeberseite, und das wäre nicht fair. Und ich spreche,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

und ich spreche im Namen meiner Betriebsratskollegen, die da draußen sind und sagen: Hände weg von der Tarifautonomie! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schwarz.

Der Abgeordnete Dr. Born hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann Prinzipien auch zu Tode reiten. Ich sage noch einmal: Lesen Sie Ihren

eigenen Antrag, lesen Sie unseren Änderungsantrag! Dann stellen Sie fest, dass es darum geht, die Tarifautonomie zu sichern, aber dass es auch darum geht, Klarheit zu schaffen, damit nicht das passiert, Kollege Schwarz, was Sie eben eindrucksvoll wieder geschildert haben, dass Vereinbarungen am Rande der Legalität getroffen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es geht darum, dass wir nicht inflexibel festhalten an starren Prinzipien, sondern dass wir den Gegebenheiten Rechnung tragen und gerade die Betriebsräte in die Lage versetzen, auf klarer gesetzlicher Grundlage Vereinbarungen zu treffen.

Und, meine Damen und Herren, wie ernsthaft das mit Ihrem Antrag steht, aus der Sicht derjenigen, die Verantwortung tragen, macht für mich Folgendes deutlich: Der für diesen Bereich in unserem Land unmittelbar zuständige Arbeitsminister ist nicht bei dieser Landtagsdebatte dabei. Er kannte die Tagesordnung lange genug vorher, er nimmt stattdessen an einer Messe teil.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Ich denke, das sagt sehr viel über die Ernsthaftigkeit Ihres Antrages aus der Sicht eines Ministers, der Verantwortung für diesen Bereich trägt. Aber ich sage auch, zumindest die Opposition in diesem Hohen Hause interessiert es schon mal sehr zu wissen, wie eigentlich der Wirtschaftsminister, der für wirtschaftliche Rahmenbedingungen in diesem Land verantwortlich ist,

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, aber nicht für die Tarifautonomie. Das haben Sie immer noch nicht verstanden.)

wie eigentlich der Wirtschaftsminister ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Regine Lück, PDS: Sie verwechseln da was. –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Aber, verehrter Herr Kollege Schlotmann, genau so fahren wir doch die Wirtschaft an die Wand, wenn Sie meinen, die einen sind für die Tarifautonomie zuständig und die anderen für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das kann man eben nicht voneinander trennen.

Und ich frage hier namens der Opposition: Was sagt der für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen originär verantwortliche Wirtschaftsminister zu diesem Antrag und zu unserem Änderungsantrag? Die Antwort hätte ich gerne hier in diesem Hohen Hause und nicht irgendwo hinter verschlossenen Türen in Ausschusssitzungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Sehr gut. –
Karsten Neumann, PDS: Ich bin auch für öffentliche Ausschusssitzungen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Dr. Born, eine Frage von Frau Gramkow? (Zustimmung)

Bitte, Frau Gramkow, fragen Sie.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Dr. Born, ist Ihnen bekannt, dass der Minister für Arbeit und Bau Helmut Holter beim Ältestenrat sein Fehlen bei der heutigen Sitzung angemeldet hat und der Ältestenrat akzeptiert hat, dass er in

seiner Verantwortung als Bauminister dieses Landes heute die Baumesse in Rostock eröffnen muss und dann das Parlament wieder besucht?

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Gramkow, ich habe mich eben erkundigt. Ich zweifle grundsätzlich nicht an, was Sie darstellen, dass es richtig ist.

Angelika Gramkow, PDS: Danke schön.

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich darf aber doch ...

(Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Sagen Sie doch endlich mal irgendwann Ja oder Nein auf solch eine Frage! – Glocke der Vizepräsidentin)

Frau Präsidentin, ich hoffe, dass es mir ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich weise diesen Zwischenruf zurück und bitte Sie, Herr Dr. Born, in Ihrer Beantwortung der Frage fortzufahren.

Dr. Ulrich Born, CDU: Ich denke, dass es in diesem Hohen Hause noch möglich ist, die Antworten so zu geben, wie es der jeweilige Abgeordnete selbst für richtig hält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Kollegin Gramkow, ich bestätige ausdrücklich, was Sie eben gesagt haben. Ich stelle aber fest, es ist die Entscheidung des Ministers, den Besuch der Messe – ob Eröffnung oder Teilnahme – der Teilnahme an dieser Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Das ist die Entscheidung des Ministers.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Martin Brick, CDU: Der ist jedes Jahr zur Messe. Da kann ja auch der Staatssekretär hin.)

Dass der Ältestenrat das akzeptiert, ist eine ganz andere Frage.

Und ich ziehe daraus den Schluss, dass der Minister sich offensichtlich von Ihrem Antrag so viel verspricht, dass er sagt, bei dieser Debatte kann er getrost fehlen, denn der Antrag hilft uns nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Vincent Kokert, CDU: Genau. –

Regine Lück, PDS: Seit wann arbeiten Sie mit Unterstellungen?! Herr Born, ich bin enttäuscht!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Schulte? (Zustimmung)

Bitte, Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Born, gehe ich recht in der Annahme, dass auch Sie meine Auffassung teilen, dass die wirtschaftliche oder die Tarifautonomie in den vergangenen 40 Jahren eine der wesentlichen Bestandteile der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland war und maßgeblich in der Bundesrepublik Deutschland zum wirtschaftlichen Erfolg dieses Standortes beigetragen hat? Das kann man mit Ja oder Nein beantworten.

(Lorenz Caffier, CDU: Das kann man nicht vorschreiben. Wo leben wir denn?!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Schulte, nun muss ich Ihnen leider diese Bitte abschlagen, weil ich das eben wortwörtlich so vorgetragen habe. Und ich bedauere, dass Sie das nicht wahrgenommen haben.

Jochen Schulte, SPD: Das liegt vielleicht am Vortrag.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch unglaublich, Frau Präsidentin! Das ist doch unglaublich hier!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, der Abgeordnete Dr. Born beantwortet jetzt die Frage. Ich bitte hier um Aufmerksamkeit, auch bei dem Fragesteller.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Schulte, ich gehe davon aus, dass die Lautsprecheranlage in diesem Hause in Ordnung ist. Und ich werde auch in Zukunft nicht dazu übergehen, Sie anzusprechen, sondern ich versuche, ruhig und deutlich zu sprechen. Ich habe das zitiert. Ich habe das Zitat hier auf meinem Platz liegen, deshalb kann ich es nicht wiederholen, aber Sie können das ja im Protokoll nachlesen.

Aber, Herr Kollege Schulte, ich erinnere an das, was der Bundeskanzler zur Notwendigkeit der Veränderungen von Rahmenbedingungen immer wieder sagt, ich sage nur Hartz I bis IV. Auch da geht es um Regelungen, die 40 Jahre lang kaum geändert worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Regine Lück, PDS)

Aber es gibt jetzt die Notwendigkeit, etwas zu ändern. Und deshalb müssen wir diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Jochen Schulte, SPD: Darf ich noch eine weitere Nachfrage stellen?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wollen Sie noch eine Nachfrage beantworten? (Zustimmung)

Bitte stellen Sie die Frage.

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Born, würden Sie mir denn Recht geben, wenn ich sage, dass der Trennstrich zwischen Aushöhlung und Abschaffung der Tarifautonomie möglicherweise so schmal ist, dass ihn nur noch Juristen begreifen können?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU, und
Rainer Prachtl, CDU: Oh!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Schulte,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Herr Kollege Schulte, ich gehe grundsätzlich nicht davon aus, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte jetzt hier um Ruhe und Aufmerksamkeit, damit der Abgeordnete Dr. Born die Frage beantworten kann.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Schulte, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist
wahnsinnig! Eine Arroganz ohne Ende!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Rehberg, ich bitte jetzt hier um Ruhe und Aufmerksamkeit!

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ich würde diese
Frage gar nicht mehr beantworten. Die
würde ich gar nicht mehr beantworten! –
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Kollege Schulte, ich hoffe, dass Sie mit mir der Meinung sind, dass es keine Berufsgruppe in diesem Land gibt, die intelligenter als andere Berufsgruppen ist.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Kollege Schulte, ich glaube, Juristen haben eine besondere Verantwortung, dass gesetzliche Regelungen so formuliert sind, dass sie jeder verstehen kann ...

Jochen Schulte, SPD: Richtig.

Dr. Ulrich Born, CDU: ... und nicht nur ein paar wenige Juristen. Und genau deshalb ist es notwendig, dass wir rechtliche Klarstellungen schaffen, damit Betriebsräte vernünftig mit flexiblen Regelungen arbeiten können auf gesetzlicher Grundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Mein Gott!)

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, weil Sie mich unmittelbar angesprochen haben und meine Meinung hören wollten, die sage ich Ihnen gerne. Ich sage Ihnen: Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland mit Tarifautonomie und mit Flächentarifvertrag inzwischen mehr als 50 Jahre gut gefahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn man etwas zu tun hat in Deutschland, es gibt eine ganze Menge zu tun in der Politik, da will ich Ihnen Recht geben, da haben wir genügend Baustellen, statt hier eine Baustelle aufzumachen, die unnötig ist, die viel Kraft, Zeit und Auseinandersetzung kostet und nichts bringt für die Entwicklung des Landes, sollte man sich aufs Wesentliche konzentrieren und nicht das in Frage stellen, was sich bewährt hat, was funktioniert und was in Zukunft noch weiter funktionieren wird. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Herr Dr. Born, ich wollte noch mal auf Ihren Satz eingehen, weil Sie vorhin sagten, Betriebsvereinbarungen jenseits der Legalität.

(Dr. Ulrich Born, CDU, und
Reinhard Dankert, SPD: Am Rande.)

Oder am Rande.

Wenn ich eine Betriebsvereinbarung schließe, dann ist das immer auf gesetzlicher Grundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Das wollte ich einfach mal richtig stellen. Und dann wäre es keine gute.

(Volker Schlotmann, SPD: Das zu einem Juristen! – Rainer Prachtl, CDU: Kampf der Gewerkschaften!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der SPD Herr Schlotmann. Bitte, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Kollege Prachtl, Ihr Feindbild stimmt nicht, es geht nicht um den Kampf der Gewerkschaften.

(Rainer Prachtl, CDU: Ich habe das lustig gesagt.)

Es geht einfach darum, dass wir hier mal wieder eine lebendige Debatte haben ohne vorbereitete Wortmeldungen und zwischendurch dann eben auch noch mal andere wieder ans Pult gehen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Na sehen Sie!

Deswegen halte ich das für ganz gut, wie das hier läuft, zumindest vom Verfahren her. Ob das inhaltlich so gut läuft auf Ihrer Seite, das sei mal dahingestellt, und dazu möchte ich zwei Anmerkungen machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Martin Brick, CDU: Hauptsache, Sie sind mit sich selbst zufrieden. –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das benutzen wir ja immer sehr gerne hier! Der Kollege Born hat in seinem Beitrag Folgendes getan, ich möchte das hier mal konstatieren. Er hat die Sozialpartnerschaft als Vertreter der CDU-Landtagsfraktion hier von vorne in Grund und Boden schlechtgeredet. Heißt das konkret, die CDU verabschiedet sich von dem Grundgedanken der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften?

(Martin Brick, CDU: Sie haben ein Wahrnehmungsdefizit. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Für mich und meine Fraktion und für die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dies im Lande das genau heißen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie haben das schlechtgeredet.

Und eine weitere Anmerkung: Sie haben ja Ihren Änderungsantrag als das Ei des Kolumbus angepriesen. Also das ist ein verdammt hohles Ei, meine Damen und Herren von der CDU/CSU-Fraktion.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: Man könnte es denken, ja.)

Sehen Sie, Ihre inhaltlichen Darstellungen hier haben mich schon fast auf den Trip gebracht, dass die CSU bei Ihnen auch schon mit am Tisch sitzt.

(Lorenz Caffier, CDU: Wir sind in Schwerin und nicht in Berlin.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sagen, dass die Aushöhlung, also dieser Punkt in unserer Entschließung, in unserem Entwurf mit der Aushöhlung – gucken Sie mal rein – gestrichen werden soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit stellen Sie aber den Grundcharakter dieser Entschließung in Frage, denn Sie sagen damit nichts

anderes, wenn ich die Bestrebungen verhindern will, die zu einer Aushöhlung von Tarifautonomie und Flächenvertrag führen, wenn ich das streiche, dann sind Sie dafür. Also sage ich Ihnen, ist Ihr Antrag ein Stück weit – schreiben Sie nicht gleich wieder auf – für mich scheinheilig. Lassen Sie es dabei bleiben! Arbeitgeber und Gewerkschaft sitzen traulich dahinten nebeneinander und sind sehr wohl in der Lage, auch in Zukunft die Geschicke dieses Landes sehr verantwortlich mitzugestalten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schlotmann.

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/897 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/897 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/866 jetzt zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/866 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Aufklärungsquote steigern – DNA-Analyse als die erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen, Drucksache 4/876.

Antrag der Fraktion der CDU:
Aufklärungsquote steigern –
DNA-Analyse als die erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen
– Drucksache 4/876 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/898 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

Michael Ankermann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag der CDU-Fraktion versucht, die gesetzlichen Grundlagen für staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Ermittlungen einem Stand anzupassen, der einer modernen Gesellschaft ebenbürtig ist und nicht mehr in die Motenkiste vergangener Zeiten gehört, über die sich Täter heutzutage totlachen. Das Problem der Ermittlungsarbeit im Rechtsstaat besteht doch häufig darin, dass die technische Weiterentwicklung der kriminellen Energie schneller ist als die immer wieder auf alle nur denkbaren Prüfstände zu stellenden Ermittlungsmethoden und -möglichkeiten der Ermittlungsbehörden.

Verstehen Sie mich nicht falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich achte ich die Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns hoch, auch die Grundsätze des fairen Verfahrens im Strafrecht, des so genannten Fair Trial, selbstverständlich. Gleichzeitig aber Sorge ich mich erheblich um den Schutz der Opfer und der potentiellen

Opfer, also der Opfer von morgen mehr, als mir die Täter am Herzen liegen.

Worum geht es? Der vorliegende Antrag appelliert an Ihre Verantwortung gegenüber unserer mehrheitlich rechtstreuen Bevölkerung. Diese Verantwortung verpflichtet uns immer wieder, das in Gesetzen und Verordnungen ausgeprägte Recht unserer inneren Sicherheit dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen. Naturgemäß hinkt die Rechtssetzung hinter diesem aktuellen Stand der Wissenschaft hinterher. Naturgemäß muss dann aber auch irgendwann reagiert werden. Sie alle wissen dies, denn ansonsten würde unsere Polizei nicht mit Schusswaffen, sondern möglicherweise mit Zwillen oder Taschenmessern agieren,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

nicht mit Funkgeräten, sondern mit Trillerpfeifen, und nicht mit Kraftfahrzeugen, sondern mit Pferden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Damit will ich überhaupt nichts gegen eine berittene Polizei sagen. Im Gegenteil, auch in einem Pferdeland wie Mecklenburg-Vorpommern – vielleicht das zweite Pferdeland hinter Niedersachsen – ist das möglicherweise eine Angelegenheit, die in einer Gesamtschau, wenn man in die Richtung Tourismus guckt, durchaus ihre Berechtigung hätte, denn es ist ja schon etwas Besonderes. Also sagen Sie mir bitte nicht nach, ich hätte hier gegen die berittene Polizei das Wort ergriffen!

Aber Sie haben auch Recht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie mir jetzt sagen, unsere Strafprozessordnung, über die wir jetzt sprechen, stammt aus dem Jahre 1877. Das sind etwa 130 Jahre, ein bisschen weniger. Ich sage dies nicht voller Ironie oder Häme, ich sage dies voller Hochachtung vor dem damaligen Gesetzgeber, dem es gelungen ist, ein solches Gesetz zu schaffen, das eine solch lange Zeit Bestand hat, so dass wir heute noch in relativ ausreichendem Maße damit arbeiten können. Aber Sie wissen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese Strafprozessordnung etwa 150-mal geändert worden ist. Diese Veränderungen sind jeweils Anpassungen an den Fortschritt innerhalb der Gesellschaft, an den Fortschritt innerhalb der Rechtsordnung und an den Fortschritt in der Wissenschaft. So enthält dieses Exemplar, das ich hier in meiner Hand halte, aus dem Jahre 1930 – es ist ganz dünn, es ist kein Kommentar, es ist lediglich eine Gesetzesammlung – nicht die Paragraphen 81 a bis g, um die es ja heute auch geht.

Die Anpassung der Rechtslage an den wissenschaftlichen Fortschritt ist ständige Aufgabe des Gesetzgebers. Unstreitig dürfte sein, dass die DNA-Analyse derzeit konkurrenzlos hinsichtlich der Beantwortung der Frage ist, ob eine sichergestellte Spur zweifelsfrei einer Person zugeordnet werden kann. Warum nun sollte die DNA-Analyse anders behandelt werden als der Fingerabdruck? Sie haben Angst, die DNA-Analyse ginge über die Täterbestimmung hinaus und lasse möglicherweise Rückschlüsse auf Erbanlagen zu, möglicherweise Rückschlüsse auf Krankheiten, möglicherweise Rückschlüsse auf das Geschlecht. Aber diese Besorgnis ist falsch, es sei denn, Sie glauben den Verlautbarungen der Herren Justiz- und Innenminister nicht und sind der Auffassung, diese hätten etwas Rechtswidriges eingefordert, indem sie für die Verwendung der DNA-Analyse auch in stärkerem Maße als

bisher möglich eingetreten sind. Im Übrigen, auch der damalige Innenminister Kanther, Sie werden ihn nicht besonders lieben,

(Torsten Koplin, PDS: Nein, das ist wahr.)

aber auch der derzeitige Innenminister Schily sind dafür, die Möglichkeiten der DNA-Analyse auszuweiten. Zu Recht, aber möglicherweise überzeugt Sie auch dieses Argument nicht.

Ich weise jetzt auf Paragraph 81 g Absatz 2 der Strafprozessordnung hin. Dieser enthält eine Untersuchungsbeschränkung und fordert sodann die Vernichtung der Körperzellen. Glauben Sie denn etwa, diese Vorschrift würde heute nicht oder nicht ausreichend angewendet? Ich bin fest davon überzeugt, dass die Strafermittlungsbehörden Polizei und Staatsanwaltschaft diese Vorschrift in sehr hohem Maße, ja zu hundert Prozent anwenden und es hier keine Fehler gibt. Sie wissen auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass im Ergebnis allein eine aus einem Buchstaben- und Zahlencode bestehende DNA-Formel übrig bleibt, weit entfernt vom gläsernen Tatverdächtigen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Und wenn Sie sich innerhalb der Bevölkerung einmal umhören, dann geht es doch so weit – so weit wollen wir wahrscheinlich alle gar nicht gehen –, dass diese Bevölkerung sagt, ja, im Grunde hätten wir gar nichts dagegen, wenn von jedem neugeborenen Kind gleich erst einmal ein DNA-Abstrich der Wangeninnenschleimhaut abgenommen würde, um dann möglicherweise später irgendwelche Täter wirklich schnell identifizieren zu können. Aber das ist natürlich nicht Inhalt dieses Antrages.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vor etwa drei Jahren am 14. Dezember 2000 festgestellt, dass beim gegenwärtigen Verfahren, das nur den codierten – und hier komme ich wieder zurück zu dem, was ich eben gesagt habe – DNA-Abschnitt betrifft, ein Eingriff in den Kernbereich des Persönlichkeitsrechts nicht gegeben ist.

(Karsten Neumann, PDS: Nicht codiert, Sie wollten sagen, nicht codiert.)

Auch die Intensität des körperlichen Eingriffs, das werden Sie auch zugeben, ist nicht besonders hoch. Wenn Sie an diesen Abstrich der Wangenschleimhaut denken, wenn Sie im Gegensatz dazu an den Fingerabdruck mit Druckerschwärze denken, auch dieses dürfte kaum Ihr Missfallen erregen. Vielleicht ist es gar nur die Angst vor dem Neuen, vor dem Unbekannten. Das wäre ja noch verständlich, aber dann müsste man über einen solchen Fortschritt und über eine solche Weiterentwicklung innerhalb der Wissenschaft und der Medizin diskutieren.

Erlauben Sie mir schließlich die Frage, ob denn der Schutz des unschuldigen Tatverdächtigen hinter dem Schutz des schuldigen Tatverdächtigen hintanstehen muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Nach Paragraph 160 Absatz 2 der Strafprozessordnung sind die Ermittlungsbehörden verpflichtet, auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln. Dieses ist geltende Rechtslage, das steht im Gesetz. Nach unserer Auffassung hat der unschuldige Tatverdächtige einen

ungleich höheren Anspruch auf ein schnelles entlastendes Ermittlungsergebnis, als der schuldige Tatverdächtige vor minimalen Eingriffen in seine informationelle Selbstbestimmung zu schützen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit anderen Worten: Derjenige, der nicht Täter ist, hat einen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, dass mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und Möglichkeiten seitens der Ermittlungsbehörden seine Unschuld festgestellt wird. Und dieses Recht wird die CDU ihm nicht versagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ankermann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Justizminister Herr Sellering.

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag der Fraktion der CDU auf drei Ebenen Stellung nehmen. Ich beginne einmal mit der ersten Ebene, die ich salopp die rituelle Ebene nennen würde. Sie besteht zwischen der Aufgabenverteilung zwischen Regierung und Opposition. Die Opposition muss selbstverständlich die Regierung kontrollieren. Sie muss Vorschläge machen, und zwar Verbesserungsvorschläge und andere Vorschläge. Und deshalb, glaube ich, wird zum Teil zum Ritual, dass Sie auch dann, wenn Sie der Überzeugung sind, dass ein Regierungsmitglied hervorragende Arbeit in einem bestimmten Feld geleistet hat, trotzdem einen Antrag stellen und dieses Mitglied auffordern, auf diesem Feld tätig zu werden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Schöne Worte, wie bei Graffiti. Jetzt mal ein bisschen Farbe bekennen. – Zuruf von Michael Ankermann, CDU)

Das gehört sicherlich auch zum Ritual.

Hören Sie noch weiter den schönen Worten zu, Herr Riemann. Vielleicht sind Sie ja von den Kollegen nicht auf den Stand meiner Arbeit gebracht worden, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei Graffiti kenne ich den Stand ganz genau.)

Es geht um Folgendes, Herr Thomas:

(Reinhardt Thomas, CDU: Weil Sie das schon öfter im Landtag abgelehnt haben.)

Wir sind in dieser Sache sicherlich einer Meinung. Diese Meinung habe ich als der zuständige Justizminister politisch folgendermaßen umgesetzt:

Anfang des Jahres habe ich durch entsprechende Pressearbeit eine Initiative bei den Justizministern vorbereitet, indem ich mich öffentlich dafür ausgesprochen habe, dass wir den Anwendungsbereich der DNA-Analyse ausweiten müssen, so weit wie möglich ausweiten müssen. Völlig klar ist aber auch – und das ist vielleicht der Unterschied zwischen Regierung und Opposition –, dass es eben in der Politik nicht reicht, sich mit einem Antrag, mit einer Resolution aus dem Fenster zu lehnen, sondern in dieser wichtigen Frage geht es mir wirklich

darum, etwas zu erreichen. Und wenn man etwas erreichen will, dann muss man ganz klar sagen, es muss von Mecklenburg-Vorpommern aus – ein kleines Land – darum gehen, dass wir erstens eine Mehrheit im Bundesrat bekommen, die einen entsprechenden Antrag unterstützt, und es muss natürlich auch darum gehen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dass wir im Bundestag eine Mehrheit bekommen. Und da gebe ich Ihnen Recht, meine Damen und Herren von der CDU, dass da eher auf Seiten der SPD zu arbeiten war.

Das Ergebnis meiner Bemühungen und politischen Arbeit war, dass wir auf der Justizministerkonferenz im Mai auf einen Antrag von Mecklenburg-Vorpommern hin eine sehr weitreichende Mehrheit bekommen haben, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Es hatte eine einzige Gegenstimme gegeben. Das ist also dieser Teil, den ich einmal als rituell bezeichnen möchte, dass Sie mich nicht auffordern müssen, tätig zu werden.

Der zweite Teil, der dann wieder zu dem rituellen Teil vielleicht auf Seiten der Regierungskoalition führt, ist, wenn Sie einen Minister auffordern tätig zu werden und er ist tätig geworden, dann liegt natürlich nahe zu sagen: Ja, das machen wir doch schon und dann lehnt man sozusagen rituell den Antrag ab.

Ich möchte diesen Teil der rituellen Verständigung möglichst kurz halten. Er sollte uns nicht hindern, gemeinsam zur Sache zu kommen. Ich habe den Eindruck, dass wir sehr weit gehend übereinstimmen. Wir sollten auch nicht künstlich zu anderen Ergebnissen kommen. Wo wir allerdings nicht übereinstimmen – und das ist für mich der zweite Grund, weshalb ich meine, man sollte Ihrem Antrag so nicht zustimmen –, ist Folgendes:

(Wolfgang Riemann, CDU: Siehste, jetzt kommt der Pferdefuß!)

Es geht ja nicht darum, dass wir jetzt einen Antrag stellen, in dem etwas Wünschbares hingestellt wird und wir genau wissen, dass es nicht durchsetzbar ist. Ich habe diese Diskussion mit Ihrem Parteifreund Weiß aus Bayern geführt, der hatte damals noch eine Landtagswahl vor sich und deshalb lag ihm sehr daran, bei der Justizministerkonferenz einen Beschluss zu bekommen, der fest schreibt, wie wir eine Gesetzesneufassung bei der DNA machen wollen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das machen wir aber schon ein bisschen länger.)

Ich habe Herrn Weiß damals gesagt, dass dies einer der wenigen Fälle in der Politik ist, wo ich es für dringend notwendig halte, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Normalerweise kann man sagen, Arbeitsgruppen haben immer so den Ruf, als wollte man etwas beerdigen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn man nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis!)

Hier geht es um Folgendes: Wir haben zu dieser Problematik DNA-Analyse – Herr Ankermann hat das angesprochen – drei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes. Diese Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes geben einen sehr schmalen Korridor vor. Wenn man politisch arbeiten will und sagt, ich will den Anwendungsbereich der DNA-Analyse ausweiten, dann kann man sich auf den Marktplatz stellen und sich etwas wünschen, aber das hilft nicht weiter, sondern Sie müssen

erreichen, dass wir uns in dem verfassungsrechtlichen Korridor so weit wie möglich vortasten.

Ich sage ganz klar: Wenn es uns nicht gelingt, jetzt zu einer Ausweitung zu kommen, die uns vollständig zufrieden stellt – ich bin der Meinung, dass wir das nicht schaffen werden –, dann möchte ich trotzdem diesen ersten Schritt gehen. Ich möchte ihn so gehen, dass die Regelung nicht vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben wird. Man muss die Dinge im Auge behalten und Sie haben ja völlig zu Recht gesagt, es handelt sich um eine Entwicklung. Ich möchte auch, da es sich um eine rechtsstaatliche Entwicklung handelt, dass wir da dran bleiben und dass wir vielleicht in zehn Jahren weiterkommen. Aber jetzt möchte ich das erreichen, was wirklich möglich ist, und deshalb habe ich mir bei dem Antrag aus Mecklenburg-Vorpommern, denn er hat ja auch eine breite Mehrheit bekommen, nicht irgendwelche Dinge gewünscht, sondern meine Wünsche wären zu sagen: Ich möchte das so weit ausdehnen, dass die DNA ein wirksames Bekämpfungsmittel nicht nur bei schwersten Sexualstraftätern ist. Das ist etwas, was der Öffentlichkeit sehr bewusst ist, dass wir gerade bei schwersten Sexualstraftätern ein sehr wirksames Mittel haben, nicht nur bei der Überführung, sondern es handelt sich ja häufig um Serientäter und deshalb auch um ein Mittel, um demnächst Straftaten zu verhindern. Ich halte es für unverantwortbar, so ein Mittel nicht zu nutzen, wenn es dazu führen kann, dass schwerste Strafen verhindert werden. Das müssen wir dringend machen, das ist völlig klar!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Mir geht es darüber hinaus darum, auch bei Taten bessere Aufklärungsquoten zu erzielen, die die Bürger sehr stark belasten. Das dürfen wir nicht vergessen, denn jeder Einbruchsdiebstahl bedeutet nicht nur, dass hinterher Sachen fehlen, Wertsachen, dass man materielle Verluste erlitten hat, sondern – sprechen Sie mal mit Menschen, die einen solchen Einbruch hinter sich haben – das ist ein ganz massiver Eingriff in die Intimsphäre. Das ist etwas, was Menschen über Monate traumatisiert. Da haben wir Aufklärungsquoten von 30 Prozent und die müssen wir steigern und dazu

(Der Abgeordnete Reinhardt Thomas bittet um das Wort für eine Anfrage.)

ist die DNA ein sehr wirksames Mittel. Ich bin jetzt schon etwas über den rituellen Teil hinaus. Die wichtigste Ebene, auf der wir uns unterhalten sollten, ist die Sachebene und die Sachebene geht ...

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Thomas, bitte zum Ende.

Bei der Sachebene geht es einfach darum, dass wir sehen müssen, für das, was ich gerade aufgezählt habe, und zwar für die Ziele, die wir bei der Verbrechensbekämpfung haben, ist die DNA das effektivste Instrument, was wir haben. Sie ist 1998 eingeführt worden, es gab sie ein paar Jahre früher, aber rechtlich seit 1998. Und wir feiern große Erfolge einmal im Überführen von Straftätern, das ist sicherlich das Wichtigste, aber was hier auch angesprochen worden ist, auch im Entlasten von Straftätern. Es hat auch spektakuläre Fälle gegeben, wo Leute seit zehn Jahren einsitzen und wir immer noch den Beweis erbringen können, dass nicht derjenige der Täter war, sondern jemand anderes. Und das halte ich auch für eine wichtige Sache.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu!)

Hier ist schon die Frage angesprochen worden, Herr Ankermann von Ihnen, dass manche Menschen sagen: Lass uns doch schon bei jedem Baby eine Probe nehmen. Ich persönlich hätte nichts dagegen, mir ist aber klar, dass das im Moment gesellschaftlich nicht durchsetzbar ist. Ich finde diesen Teil auch deshalb interessant, weil es einfach um Identifizierung geht, um Identifizierung von Menschen und nicht nur von Straftätern, sondern von Menschen überhaupt. Denken Sie an schwerste Unfälle, an den Flugzeugabsturz, wo wir hunderte von Toten haben, das würde selbstverständlich die Identifizierung sehr erleichtern.

Weshalb wir unbedingt zur Änderung kommen müssen bei der DNA-Analyse ist, dass das jetzige Instrumentarium, das rechtliche Instrumentarium einfach zu schwerfällig ist. Im Moment ist Voraussetzung, dass wir von jemandem die DNA speichern können, so dass wir sie, wenn eine Tat passiert, sofort abrufen und sagen können, der war es, um dann zu verhindern, dass sich eine Serie von Taten anschließt. Im Moment brauchen wir, dass dieser Mensch, von dem wir die DNA speichern wollen, mindestens zwei schwerste Straftaten begangen hat. Und das allein reicht noch nicht, sondern dann begutachten wir ihn und sagen: Ja, es ist zu befürchten, dass von ihm weitere schwerste Straftaten zu befürchten sind. Das alles muss dann von einem Richter begutachtet und entschieden werden. Das ist ein schwerfälliges Verfahren. Und denken Sie daran, dass wir zum Beispiel mit dem normalen Fingerabdruck auch schon ein Instrument haben, das sehr wirkungsvoll ist, womit man Leute überführen kann. Fingerabdrücke werden von Leuten genommen, die wir erkennungsdienstlich behandeln, weil sie in irgendeiner Weise aufgefallen sind und von denen wir einfach befürchten, dass sie wieder straffällig werden könnten, damit wir sie dann identifizieren können. Ich halte es für nicht vertretbar, dass wir dieses wirksamste Mittel der DNA nur von den Menschen nehmen, von denen wir mit einer gewissen Sicherheit sowieso schon wissen, dass sie wieder straffällig werden wollen. Anders ist die Prognose ja nicht zu verstehen. Das halte ich nicht für richtig, denn das ist schwerfällig und nicht zu leisten.

Ich will aber nicht nur die Vorteile aufzählen, sondern man muss sich auch mit den Gegenargumenten auseinander setzen. Es wird einmal gesagt,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wenn wir das machen, kommt es zu einer Beweislastumkehr. Das halte ich für Unsinn! Das Argument läuft ja darauf hinaus, dass man sagt: Ja, dann kann jeder Täter an der nächsten Bushaltestelle ein paar Zigarettenskippen auf sammeln und dann verstreut er die am Tatort und derjenige, dessen Zigarettenskippe da gefunden wird, der muss dann beweisen, dass er es nicht war.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Das ist doch Unsinn! Das ist doch ein glatter Unsinn!)

Herr Thomas, ich höre selten, dass wir einer Meinung sind. In diesem Fall ja. Das ist Unsinn, und zwar ist es einfach deshalb Unsinn, Herr Thomas, weil diese Argumentation natürlich für jede Spur gilt. Sie können genauso gut ein Wasserglas mitnehmen mit Fingerabdrücken und dann ist das das gleiche Problem. Es ist einfach so. Natur-

lich dürfen die Strafverfolgungsbehörden, wenn ihnen so ein hochwirksames Mittel zur Verfügung steht, nicht das Denken einstellen, sondern sie müssen weiter verantwortlich damit arbeiten und die Beweise würdigen. Das ist selbstverständlich.

Ein Argument, was ich gehört habe, ist, wenn wir das machen, gefährden wir die Resozialisierung von Straftätern. Also, wenn das ernsthaft gemeint ist, dann muss ich sagen, ja, das möchte ich. Wenn die Resozialisierung von Straftätern dadurch gefährdet wird, dass ich den Mann wieder überführen kann, dass er eine Straftat begangen hat, dann, meine ich, versteht jemand Resozialisierung falsch. Die Grundvoraussetzung für Resozialisierung ist, dass jemand sich zu seinen Taten bekennt und wir dann vielleicht dazu kommen, dass er keine weiteren begeht. Aber zu sagen, ich will lieber gar nicht wissen, welche Taten er begangen hat, das halte ich für völlig falsch.

Ein starkes Argument, mit dem sich natürlich auch das Bundesverfassungsgericht auseinander setzen muss, ist der Datenschutz. Ich unterstütze grundsätzlich, dass wir den Datenschutz brauchen, denn es geht um die Persönlichkeitsrechte.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Aber ich muss auch klar sagen als politischer Grundsatz, ich halte es nicht für richtig, wenn sich ein Staat sozusagen in einem Bereich künstlich unwissend macht, wo es um den Schutz der Bürger geht. Das halte ich für falsch.

(Zuruf aus dem Plenum: Na, von Schutz ist noch nichts gesagt worden.)

Das größte Argument, das vorgetragen wird, ist, es geht um Genmaterial. Und wenn wir das speichern, dann sind wir bei vielleicht ... Ich meine, wir Deutschen brauchen nicht so weit zu gehen, dass wir ein literarisches Beispiel nehmen, sondern wir haben erlebt, was Staaten anrichten können, die über die Bürgerrechte hinweggehen und die totalitär mit den Menschen umgehen.

Auf der sachlichen Ebene muss ich dazu sagen, was bei der DNA gespeichert wird, ist nur das so genannte nicht codierende Material, das keinerlei Erbinformationen trägt. Von daher ist keine Missbrauchsmöglichkeit gegeben, sondern die Missbrauchsmöglichkeit besteht nur darin, dass ich eine Probe habe und in einer bestimmten Weise mit ihr umgehen muss.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen.)

Wir waren, Herr Riemann, und zwar der Rechtsausschuss, in Rostock in der Rechtsmedizin und wir haben uns das dort angesehen. Ich fand das für die Überzeugung, die ich vorher hatte, sehr bestärkend und bestätigend, dass dort die Missbrauchsmöglichkeiten nicht bestehen. Natürlich kann ein verbrecherischer Mensch gegen das Gesetz handeln und versuchen, Erbinformationen aus den Proben zu entnehmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? Können wir hier die Probe auch machen?)

Völlig richtig, Herr Dr. Born. Wir haben in Rostock in dem Institut gesehen, dass in einem anderen Raum die Blutproben von Alkoholstraftätern bearbeitet wurden. Diese Proben kann man genauso gut nehmen, wenn man da verbrecherisch herangehen will und Erbmaterial ent-

nehmen. Deshalb ist es das Wichtigste, dass wir uns gegen Missbrauch schützen.

Und damit komme ich zu der dritten Ebene, die dieses Problem aufwirft, und das ist vielleicht die schwierigste Ebene. Das ist die Ebene der Ängste, und zwar der Ängste in der Bevölkerung. Und ich meine schon, dass es bei der Frage der Ängste um die Frage des Missbrauchs geht. Beim Missbrauch, glaube ich, können wir in unserem Staat sagen, sehe ich nicht so sehr den einzelnen Verbrecher, sondern, wenn es um Missbrauch geht, dann kann es nur um den Missbrauch durch einen totalitären Staat gehen. Und das wirft in der Tat die Frage auf: Wie schützen wir uns? Wie schützen wir uns gegen Missbrauch durch einen verbrecherischen Staat? Ich meine schon, dass wir Deutschen Grund haben, in unsere Geschichte zu gucken und zu fragen: Was kann so ein verbrecherischer Staat anrichten?

(Reinhardt Thomas, CDU: Und das anlässlich der DNA-Analyse. Das ist ja unglaublich!)

Meine Antwort darauf, wie schützen wir uns, ist nicht die, dass ich sage, wir brauchen einen möglichst schwachen Staat. Je schwächer der Staat ist, desto weniger kann er seinen Bürgern tun. Das halte ich für die falsche Antwort, sondern meine Antwort ist: Wir brauchen einen starken Staat, der die Bürger schützt. Wir brauchen, dass dieser Staat starker Kontrolle unterliegt, starker Kontrolle. Die wirksamste Kontrolle, die wir haben, sind die Mechanismen des demokratischen Rechtsstaates. Es sind auch die Mechanismen, dass wir Gewaltenteilung haben, dass wir eine unabhängige dritte Gewalt haben, die den Staat kontrolliert. Ich weiß, dass gerade Abgeordnete, die politische Entscheidungen treffen, die manchmal vom Verfassungsgericht kassiert werden, dass Abgeordnete nicht so gern bereit sind zu sagen, das, was sie mit Mehrheit, immerhin als gewählte Volksvertreter, beschlossen haben, das kann ein Gericht aufheben. Aber ich denke schon, dass das ein ganz wichtiger Punkt von Kontrolle des Staates ist. Dazu sollten wir uns bekennen! Wenn diese Kontrolle funktioniert, sehe ich auch für die DNA-Analyse keine wirklichen Gefahren und dann sollten wir den Weg beschreiten, da möglichst weit zu kommen.

Die Justizminister haben beschlossen zu sagen, wir wollen den Anwendungsbereich so weit ausdehnen, wie das zurzeit verfassungsrechtlich möglich ist. Die Innenminister haben nach uns getagt und sie haben uns unterstützt. Sie haben natürlich, weil sie nicht den Verfassungsaspekt im Auge haben wie die Justizminister, gesagt, wir wollen, dass die DNA ein möglichst wirksames Mittel ist, so, wie wir es jetzt auch formulieren. Aber ich meine, der richtige Weg ist zu sagen: Wir gehen so weit, wie die Verfassung es zulässt.

Vielleicht noch etwas, worauf ich auch ein bisschen stolz bin. Die Arbeitsgruppe, die eingesetzt worden ist, tagt unter der Leitung von Mecklenburg-Vorpommern. Uns wird da eine gewisse Führerschaft zuerkannt und ich hoffe, dass die Arbeitsgruppe so etwas hinbekommt, dass wir dann sehr einvernehmlich entsprechende Gesetze hinbekommen. Und dann, denke ich, ist für den Schutz der Bevölkerung ein weiterer und guter Schritt getan. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, die Anfrage des Abgeordneten Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Minister, gestatten Sie zwei kleine Nachfragen? (Zustimmung)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Thomas, stellen Sie Ihre Frage.

Reinhardt Thomas, CDU: Erstens. Würden Sie sich mal als Justizminister klar dazu positionieren, welchen Stellenwert die Opfer, insbesondere die Opfer von Sexualstraftaten, in diesem Lande haben sollen?

(Gabriele Schulz, PDS: Das ist keine Frage.)

Sollen sie weiter als Opfer zusehen, wie der Straftäter sich locker zurücklehnen kann, wie wir das in den letzten Jahren gehabt haben, weil wir nämlich immer auf einem Datenschutz bestehen, der aus unserer Sicht überzogen ist?

Zweitens. Würden Sie sich bitte einmal sehr genau zu diesem Antrag positionieren? Sind Sie für DNA als erkennungsdienstliche Maßnahme ohne Richtervorbehalt?

Minister Erwin Sellering: Zu der ersten Frage: Ich halte es für unerträglich, dass wir, wie Sie behauptet haben, Täter so behandeln würden, dass sie weiter Taten begehen können. Gerade bei schwersten Sexualstraftaten sehe ich einen großen Handlungsbedarf. Ich habe mich auch, glaube ich, in der Vergangenheit deutlich genug dazu geäußert. Ich habe zum Beispiel gesagt, dass es Sexualstraftäter gibt, die nicht behandelbar sind, die, wenn nötig, für immer weggesperrt werden müssen. Das halte ich nach wie vor für richtig. Die Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung beschlossen und natürlich bekräftigt, dass bei uns die Opfer im Mittelpunkt stehen und dass es nicht darum gehen kann, die Täter zu verhätscheln. Ich glaube auch, dass Ihre Analyse, wenn Sie die letzten Jahre zusammenfassen, so nicht richtig ist, sondern dass wir schon großen Wert auf die Strafverfolgung legen. Das ist der eine Teil.

Der zweite Teil: Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass der Antrag, den Sie gestellt haben nachzeichnet, das, was ich in der Öffentlichkeit seit vielen Monaten politisch vertreten habe. Insofern will ich mich von dem Inhalt des Antrages selbstverständlich nicht distanzieren. Die beiden Einschränkungen sind da. Ich möchte mich ungern durch einen Antrag auffordern lassen zu handeln, wenn ich Ihnen darlegen kann, dass ich seit fast einem Jahr da sehr engagiert bei der Arbeit bin. Das ist der eine Teil. Der zweite Teil ist, mein Antrag war, den ich in die Justizministerkonferenz eingebracht habe, den Anwendungsbereich im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu erweitern. Dieser Teil fehlt bei Ihrem Antrag. Das sind zwei Punkte, die für mich sagen, diesem Antrag stimme ich nicht zu. Ich glaube, ich habe deutlich genug gemacht, dass ich in der Sache kaum Unterschiede sehe.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?

Minister Erwin Sellering: Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter Thomas, stellen Sie die Zusatzfrage.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Minister, das Thema ist ja nicht zum ersten Mal in diesem Landtag und auch nicht zum ersten Mal im Bundesrat. Sie haben ja auch mit ähnlichen Argumenten schon Anträge hier im Landtag abgelehnt. Es handelt sich ja hierbei in der Zielrichtung ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte die Frage, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Ja, ich will das nur noch einmal erläutern.

(Gabriele Schulz, PDS: Nee, fragen sollen Sie.)

Die Zielrichtung ist vor dem Hintergrund dieser fürchterlichen Sexualstraftaten, wirklich Maßnahmen durchzusetzen, die wirksam sind. Halten Sie diesen Antrag nicht für so eine Maßnahme, für die wir uns langfristig, auch wenn Sie Zeiteinschränkungen machen, wirklich gemeinsam engagieren müssten? Ja oder nein?

Minister Erwin Sellering: Ich will nicht noch einmal auf diese rituelle Ebene zurückkommen, Herr Thomas. Es ist doch völlig klar, ich habe einen Antrag gestellt, von dem ich mir ernsthaft verspreche, dass wir weiterkommen. Und ich würde mich sehr gefreut haben, wenn Sie gesagt hätten, das ist eine tolle Sache. Stellen Sie das noch einmal im Einzelnen dar. Wenn Sie mir sagen, jetzt tu doch endlich was, dann bitte ich um Verständnis dafür, dass ich sage, das tue ich längst.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke für die Beantwortung der Frage, die ich etwas unbefriedigend fand.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Friedrich?

Minister Erwin Sellering: Ja, sehr gern.

Holger Friedrich, SPD: Herr Minister, wenn es so schwierig ist, eine einzelne Person zu einer DNA-Überprüfung zu gewinnen, wie ist es dann möglich, dass im Landkreis Nordvorpommern jetzt Bereich Altenplon besonders vor wenigen Tagen, ich weiß nicht, ob es schon abgeschlossen ist, eine derart große Überprüfung durchzuführen, die ja den Hintergrund hat, dass dort ein Mädchen ermordet wurde, über zehn Jahre ist es jetzt wohl her, und wie werden jetzt die Leute herangezogen, die nicht mehr da sind, die also weggezogen sind und auch verstorben sind? Wie wird da jetzt verfahren, um das auszuschließen?

Minister Erwin Sellering: So eine Maßnahme, wie sie jetzt durchgeführt wird, zeigt sehr deutlich die Schwächen des bisherigen Systems. Alles, was da passiert, passiert auf freiwilliger Basis und es passiert ja erst lange danach. Nehmen Sie Fälle, wo wir Serientäter haben und wo es mit jedem Fall dringlicher wird und es dann der Polizei gelingt, die Bevölkerung zu überzeugen, wenn es um kleine Dörfer geht, dass alle männlichen Einwohner einen Test auf freiwilliger Basis machen lassen. Das Ganze dauert. Das Ganze braucht sehr viel Überzeugungskraft. Und deshalb meine ich, dass es sinnvoll wäre, dass wir schon bei einer ersten Tat sagen könnten, dies ist der Täter, denn das würde zuverlässig weitere Taten verhindern. Die Rechtsgrundlage fehlt jetzt für solche weitgehenden Aktionen, sondern sie ist nur aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung möglich. Und deshalb ist das auf Fälle beschränkt, die besonders schlimm sind, denn nur dann kann man das durchführen, nur dann macht die Bevölkerung auch freiwillig mit. Insofern ist das sicherlich das letzte Mittel. Ich begrüße das sehr, dass viele Menschen das mitmachen. Es ist eine gute Sache, wenn das freiwillig passiert, nur ist es nicht das Effektivste. Viel effektiver ist, wenn wir dieses Mittel leichter anwenden können.

(Wolfgang Riemann, CDU: In diese Richtung geht unser Antrag, Herr Minister.)

Mein Antrag im Bundesrat geht sehr gut in die Richtung. Schließen Sie sich dem an!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Sellering.

Minister Erwin Sellering: Eine weitere Frage?

Holger Friedrich, SPD: Nein, der Rest der Frage war noch nicht beantwortet.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Minister Erwin Sellering: Ich bleibe gerne noch ein bisschen hier. Ihnen ist ja bewusst, dass mir das Thema sehr am Herzen liegt. Deshalb nehme ich jede Gelegenheit wahr. Was war der Rest der Frage?

Holger Friedrich, SPD: Der Rest der Frage war: Wie geht man jetzt mit denjenigen Personen um, die nicht mehr dort sind, die eben verstorben beziehungsweise weggezogen sind? Die können ja jetzt nicht mehr mit einbezogen werden.

Minister Erwin Sellering: Die, die weggezogen sind, werden versucht einzubeziehen. Aber das zeigt ja auch deutlich, welcher Riesenaufwand nötig ist, um da zur Aufklärung zu kommen.

Holger Friedrich, SPD: Eben.

Minister Erwin Sellering: Und das alles wäre viel leichter, wenn es nicht nötig wäre.

Ist die Frage damit beantwortet?

Holger Friedrich, SPD: Danke, keine Fragen mehr.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Minister Erwin Sellering: Keine weiteren Fragen mehr, das ist schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Justizminister! Zu Ihrer letzten Bemerkung, die freudige Zuerkennung, es gäbe keine Fragen mehr: Sie wissen selbst, dass dem nicht so ist. Ich denke, es tun sich eine ganze Reihe von schwerwiegenden Fragen in dem Zusammenhang auf, die hier im Rahmen der Debatte im Landtag nicht zu beantworten sein werden, die auch – und das möchte ich hinzufügen – nicht durch ein Gericht zu beantworten sein werden, auch nicht durch ein Bundesverfassungsgericht zu beantworten sein werden, denn wir politisch Verantwortlichen, wir werden diese Fragen zu beantworten haben, nämlich genau die, die der Kollege Ankermann, der jetzt gar nicht mehr da ist –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch, doch, der hört zu. Der kommt dann sofort wieder. –

Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

ach so –, gestellt hat. Er sagte, der Antrag der CDU gehe darauf hinaus, die Strafprozessordnung einer modernen Gesellschaft anzupassen. Und genau das ist die Frage: Wie sieht diese moderne Gesellschaft aus? Wie soll denn die moderne Gesellschaft aussehen, wie soll die Gesellschaft aussehen, in der wir, ich, meine Kinder, meine Enkel aufwachsen?

(Torsten Koplin, PDS:
Menschlicher, menschlicher.)

Natürlich ist es nicht so, wie der Kollege Ankermann versuchte zu vermitteln, dass die Bevölkerung so denkt – die Bevölkerung in Anführungsstrichen –, als sei es der logische Schritt, über ein Neugeborenen-Screening jeden Neugeborenen zu analysieren, die Gendaten zu erfassen und damit bei jeder Gelegenheit den Zugriff auf potentielle Täter zu haben –, in Verbindung mit dem deutschen Melderecht, denke ich, ein durchaus praktikabler, praktisch möglicher, technisch möglicher Weg. Es ist auch gewünscht vom Justizminister, das haben wir hier gehört. Und wer bei der Ausschusssitzung in Rostock mit dabei war, hat vielleicht bemerkt, dass auf meine Frage an den dort leitenden Professor, der uns die Genanalyse dargestellt hat, seine Augen aufgeleuchtet haben: Ja, Herr Neumann, genau das ist es, was wir spätestens in 20 Jahren auch haben werden. Ich sage ganz klar: Ich will es nicht heute, ich will es nicht morgen, ich will es nicht in 10 oder 20 Jahren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und, Herr Kollege Ankermann, Sie vermitteln das Bild der verstaubten StPO von 1877, ohne zu erwähnen, dass genau diese Rechtsgrundlagen, über die wir hier heute reden und die Sie verschärfen wollen, eingeführt worden sind mit einem Gesetz des Bundesgesetzgebers aus der 13. Legislaturperiode.

(Michael Ankermann, CDU: Das habe ich doch erwähnt. Dann müssen Sie zuhören.)

Und es ist damit ganz klar ein Gesetzentwurf, der damals seitens der SPD und auch der PDS abgelehnt wurde, und es ist ein Gesetz – darüber sprach der Justizminister schon –, das vor dem Bundesverfassungsgericht landete. Hier beispielsweise nur ein Auszug des Bundesverfassungsgerichts zu der vorsorglichen Beweisbeschaffung, also zu der Frage, ob von verurteilten Straftätern diese Genanalyse angefertigt und gespeichert werden darf. Zu dieser Frage sagt das Bundesverfassungsgericht: „Dies verstößt auch nicht gegen das Übermaßverbot. Sie knüpft an eine vorangegangene Verurteilung des Betroffenen wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung an und setzt die auf bestimmte Tatsachen gestützte Prognose voraus, dass gegen ihn künftig weitere Strafverfahren wegen Straftaten von erheblicher Bedeutung zu führen sein werden.“

Das heißt, das Bundesverfassungsgericht hat die Fragen, die hier aufgeworfen sind, schon ganz klar beantwortet, nämlich dass eine Ausweitung dieses Kataloges eben – relativ eindeutig jedenfalls – gegen das Übermaßverbot verstoßen dürfte. Dieser Katalog nach 2 c des DNA-Gesetzes enthält zurzeit 41 Straftaten, Straftatbestände, und das geht von der Bildung terroristischer Vereinigungen über die Entziehung Minderjähriger, besonders schwere Fälle des Diebstahls, Erpressungen bis hin zum räuberischen Angriff auf Kraftfahrer, Vollrausch und Körperverletzungen im Amt – nur einmal so, um die Spannweite zu nennen der gegenwärtigen Rechtslage, aufgrund derer die genetischen Daten erfasst werden dürfen.

Und welche Situation haben wir denn? Wir haben es doch gehört: Gegenwärtig sind 250.000 Personen erfasst in dieser Datei in Deutschland, 250.000 Personen und 50.000 Spuren. Als Beispiel wird Großbritannien genannt. Ich fand eine Zahl von vor ungefähr fünf Jahren, da waren in dieser Datenbank in Großbritannien sieben Millionen

Datensätze erfasst. Es gibt keine technische Grenze dafür. Diese Möglichkeit besteht und dieses Ziel besteht.

Ich zitiere den „Focus“ vom 08.09.2003: „Den genetischen Fingerabdruck will Sachsens Innenminister Horst Rasch (CDU) künftig allen Tatverdächtigen abnehmen lassen, die erkennungsdienstlich behandelt werden – also auch mutmaßlichen Kleinkriminellen. ... Raschs Vorstoß reicht damit weiter als der seines bayerischen Kollegen Günther Beckstein (CSU), der DNA-Tests bisher nur bei Ermittlungen gegen Sexual- und Rauschgiftkriminalität einführen will. Ursprünglich hatte Sachsen sogar geplant, den allgemeinen Gentest ins Landespolizeigesetz zu schreiben. Nach internen Prüfungen rieten die Fachleute allerdings ab: Dies wäre offenbar ‚nicht verfassungskonform‘ gewesen.“ Aber wie ist es denn mit der Verfassungskonformität? Auch das wissen Sie und wissen wir besser als sicherlich so mancher, der in der Öffentlichkeit darüber diskutiert.

Selbstverständlich ist es so, dass das Bundesverfassungsgericht nur konkrete Fragen prüft, wenn sie auf dem Tisch liegen. Und selbstverständlich ist es so, dass das Bundesverfassungsgericht natürlich sich nicht aufschwingt und sagt, wenn der Gesetzgeber, wenn der verfassungsändernde Gesetzgeber beispielsweise hier Handlungsbedarf sieht und das alles ordnungsgemäß macht, dann ist es doch nicht unsere Aufgabe, das zu korrigieren.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Richtig, genau das ist es!)

Nein, das wird er nicht tun. Das heißt ganz klar, der angebliche Schutz oder diese Rückfallversicherung Bundesverfassungsgericht ist eine Rückfallversicherung, die nur so lange wirkt, wie es der Mehrheit in den Parlamenten nicht gelingt, hier auch verfassungsändernde Maßnahmen durchzuführen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig!)

Und auch das will ich, will die PDS-Fraktion nicht.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Und deshalb sagen wir, wehret den Anfängen oder, besser gesagt, hören wir auf, dieses Thema in den Rauchschwaden politischer Kämpfe zu diskutieren.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir wissen doch ganz genau und Sie wissen es, der Justizminister weiß es, in welchem Maße und in welchem Umfang bereits heute dieses Mittel genutzt werden kann für die Zwecke der Strafaufklärung. Sie wissen, dass die Entnahme von Körperzellen anknüpft nicht an den Nachweis einer Straftat, sondern dass es reicht, Beschuldigter einer Straftat zu sein. Sie wissen, dass die Entnahme von Zellen nicht daran geknüpft ist, dass man schon mehrmals rechtskräftig verurteilt sein muss. Nein, auch selbst Nichtbeschuldigten kann man gegen ihren Willen Körperzellen entnehmen zur Feststellung, zum Nachweis, ob bestimmte Spuren von ihnen stammen, ja oder nein. Auch das ist möglich nach der gegenwärtigen durch die CDU eingeführten Rechtslage. Und ich will sie nicht verteidigen, aber ich will ganz klar sagen, wenn die Forderung aufgemacht wird, hier angebliche Lücken oder Unklarheiten beseitigen zu wollen, dann geht es im Kern immer darum, immer ein Stückchen darüber hinauszugehen, immer wieder noch ein Stückchen darüber hinauszugehen. Und das ist es, was wir ganz deutlich ablehnen, wir – und das sage ich für die PDS. Ich sage aber auch, dass

wir nicht so tun sollten, als würde diese Diskussion außer den Stammtischen und die politische Ebene nicht erreichen. Wenn wir die Diskussion unter den Juristen sehen, so erhalten wir dort das Bild, dass die Zustimmung nicht einstimmig ist, dass diejenigen, die dagegen sprechen, genauso gute Argumente vortragen, dass es also letztendlich uns nicht erspart bleibt, hier tatsächlich politische Antworten zu finden,

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

indem wir eben wie die schleswig-holsteinische Justizministerin beispielsweise ganz klar sagen: Von uns ist es gefordert abzuwägen, abzuwägen und nicht die Augen zu verschließen vor den Folgen unseres Tuns.

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja, genau.)

Es ist mir völlig klar, es ist mir völlig klar, dass im Einzelfall manche Antworten sehr schnell und logisch sind. Selbstverständlich ist es logisch zu sagen, wenn wir eine schwere Straftat damit verhindern könnten, dass wir die gesamte Bevölkerung genetisch untersuchen lassen und in Datenbanken erfassen. Aber wenn ich mir die Gesellschaft angucke, wie sie dann aussieht, sage ich, diese Gesellschaft möchte ich nicht.

Ich will zum Schluss Herrn Müller-Metz zitieren, Richter am OLG Frankfurt/Main, nur um eine dieser vielen Stimmen zu dieser rechtspolitischen Diskussion zu zitieren: „Einzelfälle wird es indes immer geben. Lückenlose Sicherheit kann der Rechtsstaat seiner Bevölkerung hingegen nie gewähren. Die seit Ende der 90er Jahre zunehmende Tendenz zur Verschärfung der Rechtsfolgen schwerer Straftaten vor allem mit sexuellem Hintergrund soll der Bevölkerung aber gerade suggerieren, es gäbe solchen perfekten Schutz. Statt auf dieser populistischen Welle weiter zu schwimmen, sollten Politik und Gesetzgeber die Justizvollzugsanstalten und die Träger von Führungsaufsicht und Bewährungshilfe endlich mit den Ressourcen ausstatten, die eine Wiedereingliederung“ ermöglichen und neue Straftaten verhindern, weil sie die Ursachen bekämpfen und nicht das Schreckensbild an die Wand malen, wir kriegen euch alle. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Reinhardt Thomas, CDU:
Alles nur für die Täter, richtig!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Neumann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Krumbholz von der SPD.

Bodo Krumbholz, SPD: Frau Präsidentin! Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Für die Polemik war, so haben wir uns einmal verständigt, unser Koalitionspartner zuständig. Ich möchte mich jetzt mit der Sache auseinander setzen, mit dem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Peter Ritter, PDS: Diese Bemerkung können
Sie sich ersparen, Herr Krumbholz, dafür sind
Sie immer selbst zuständig. Das ist öffentlich,
damit Sie keine falschen Vorstellungen
haben! – Glocke der Vizepräsidentin)

Natürlich, natürlich.

Die DNA-Analyse – und da sind wir uns einig – ist eine der besten und erfolgreichsten Instrumente bei der Verbrechensbekämpfung.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Pracht, CDU)

Kein anderes Beweismittel hat die Möglichkeit zur Aufklärung von Straftaten so massiv revolutioniert. Es ist wirklich erstaunlich – und das haben wir, der Rechtsausschuss, uns ja angeschaut in Rostock –, welche kriminalistischen Möglichkeiten der Fortschritt der Gentechnologie bietet. An nahezu jedem Tatort hinterlassen Täter so genannte genetische Fingerabdrücke, die ihnen immer häufiger zum Verhängnis werden. Jahrzehnte zurückliegende Verbrechen, die als unlösbar galten, werden nun aufgeklärt. Es scheint fast, als wäre in der Strafverfolgung bald nichts mehr unmöglich, denn die heute schon vorhandenen Möglichkeiten werden bei weitem noch nicht ausgenutzt.

Bei dem Einsatz der DNA-Analyse zum Zwecke der Strafverfolgung handelt es sich um ein relativ neues Instrument, mit dessen Hilfe schon in kurzer Zeit beachtliche Erfolge erzielt werden können. Es ist deshalb verständlich und legitim, über einen weiteren Einsatz nachzudenken. Das Datenschutzrecht steht dem prinzipiell nicht entgegen, zumal die Ermittlung der Wahrheit im Strafprozess auch mit datenschutzrechtlichen Zielsetzungen kongruent ist. Dabei sind allerdings die verfassungsrechtlichen Vorgaben, insbesondere das Verhältnismäßigkeitsprinzip, nicht außer Acht zu lassen. Der Antrag der CDU geht auf verfassungsrechtliche Fragen leider nicht ein. Diese müssen aber gestellt und beantwortet werden, bevor derart weitgehende Gesetzesänderungen ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Beschlussvorschlag enthält zwei Punkte. Punkt a) fordert, ich zitiere, „die Anwendbarkeit der DNA-Analyse wird auf alle Straftaten erweitert“. Derzeit ist die Rechtslage geregelt im Paragraphen 81 g Strafprozessordnung. Darin steht, dass nur von denjenigen, die verdächtigt werden, Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere Verbrechen, Vergehen gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gefährliche Körperverletzung, Diebstahl im besonders schweren Fall und Erpressung, begangen zu haben, eine DNA-Analyse derzeit zu nehmen, möglich ist. Kollege Neumann hat es gesagt. Dann gibt es noch diesen Katalog direkt, wo die Straftaten im Einzelnen aufgeführt sind, 41 an der Zahl.

Die CDU möchte jetzt hier, dass dieses bei allen Straftaten möglich ist. Ich frage mich allerdings, ob die Durchführung der DNA-Analyse bei allen Straftaten wirklich sachdienlich ist. Was ist mit Straftatbeständen wie Wahlfälschung, Vortäuschung einer Straftat, Meineid, Verletzung der Unterhaltungspflicht, Doppelehe, Strafvereitelung, Geldwäsche, Betrug, Untreue, Jagdwilderei, Trunkenheit im Verkehr, Bestechung, Steuerhinterziehung, Kennzeichenmissbrauch? Das sind alles Straftatbestände. Was ist mit der Verwirklichung von Straftatbeständen nach dem Wertpapierhandelsgesetz, Straftatbeständen nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Straftatbeständen nach dem Aktiengesetz? Ich höre jetzt auf. Es gibt noch mehr davon.

Bei allem Verständnis für eine verbesserte Aufklärung, das in unserer Verfassung verankerte Menschenbild geht zu Recht nicht davon aus, dass jeder kleine Ladendieb und jedes eine Untreue begehende Vorstandsmitglied eines Konzerns ein potentieller Erpresser, Vergewaltiger oder Mörder ist, den der Staat fürsorglich überwachen

und für den Fall des Falles weitergehende Beweismittel vorhalten muss, um Verzögerungen bei der Fahndung oder Aufklärung auszuschließen. Deshalb gilt in unserem Land immer noch die Unschuldsvermutung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Nicht jede straffällig gewordene Person darf für ihr künftiges Leben dem Generalverdacht unterworfen werden, dass sie wieder Straftaten begehen werde. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 18.01.2001 – es wurden schon mehrere Entscheidungen hier genannt, ich nenne die vom 18.01.2001 – festgestellt, dass die Speicherung der DNA, ein Beziehungsmuster eines Täters, der eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen hat, verfassungskonform ist. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung auch den unbestimmten Rechtsbegriff „Straftat von erheblicher Bedeutung“ des Paragraphen 81 g Strafprozessordnung näher definiert. Ich zitiere: „Nach überwiegender Auffassung muss eine Straftat von erheblicher Bedeutung mindestens dem Bereich der mittleren Kriminalität zuzurechnen sein, den Rechtsfrieden empfindlich stören und dazu geeignet sein, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen.“ So weit das Bundesverfassungsgericht.

Es wäre demnach – und jetzt kommen wir wieder auf den Antrag zurück –, ich denke mal, unüberlegt, vielleicht sogar unseriös, den Paragraphen 81 g dahin gehend zu ändern, dass nun jede Straftat mit der DNA-Speicherung verbunden ist. Die bestehenden hohen verfassungsrechtlichen Hürden können nur wohl überlegt abgesenkt oder ganz beseitigt werden. Nichtsdestotrotz hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass es Fälle gibt, in denen die Anlassstrafat noch nicht von erheblicher Bedeutung ist, etwa bei exhibitionistischen Straftätern. Daher kann es durchaus sinnvoll sein, den Anwendungsbereich so zu erweitern, dass auch bei nicht so erheblichen Anlassstrafaten eine DNA-Analyse stattfinden kann. An dieser Seite könnte man die Latte durchaus niedriger anlegen.

Wie muss eine Anlassstrafat aussehen? Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist sicherlich zu fragen, ob man nicht jede Straftat aus dieser Deliktgruppe, egal, wie schwerwiegend sie in der Systematik eingeordnet wird, zur Anlassstrafat machen sollte. In diesem Bereich eine Ausweitung vorzunehmen ist sicher sinnvoll. Ich denke aber, dass die Arbeitsgruppe in der Justizministerkonferenz sich dieser Einzelfragen auch annehmen wird. Punkt 2 des Antrages der Opposition lautet, das ist der Teil b), „auf das Erfordernis der Anordnung durch einen Richter wird verzichtet.“ Was den Richtervorbehalt anbelangt, so müsste in der Tat geprüft werden, ob nicht über die bisherigen Grenzen hinaus, ein breiterer Anwendungsbereich zugelassen werden kann und muss. Ich will ein Beispiel nennen, bei dem ich Zweifel daran habe, ob die aktuelle Rechtslage den Anforderungen genügt. Das Gesetz fordert den Richtervorbehalt auch für die Aufnahme von Tatortspuren, wenn der Täter unbekannt ist. An dieser Stelle ist der Richtervorbehalt ein sinnentleertes Verfahrenserfordernis. An anderen Stellen macht er durchaus seinen guten Sinn.

Der für mich wichtigste Punkt ist: Wer beurteilt die Persönlichkeit des Betroffenen hinsichtlich der Prognose künftiger Straftaten? Ob hier eine richterliche Anordnung entbehrlich ist, bedarf zumindest einer vertieften verfassungsrechtlichen Betrachtung. Abgesehen davon frage

ich mich, warum die informationelle Selbstbestimmung beim Fingerabdruck, beim Lichtbild, beim Bluttest nicht tangiert wird, aber bei der DNA-Analyse eingeschränkt sein sollte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU, Holger Friedrich, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Darüber muss man sicherlich noch intensiver diskutieren.

Ich persönlich halte den Richtervorbehalt für erforderlich mit der Einschränkung, die ich eben schon genannt habe. Aus Verfahren vereinfachender Sicht könnte man natürlich darüber nachdenken, ob der Satz 2 aus dem Paragraphen 81 f Strafprozessordnung wirklich notwendig ist. Der Satz 2 heißt: „In der schriftlichen Anordnung ist der mit der Untersuchung zu beauftragende Sachverständige zu bestimmen.“ Das ist verfahrenshemmend in der Praxis, weil der Richter sich auf einen Sachverständigen festlegt. Er weiß zu diesem Zeitpunkt nicht, wie die Arbeitsbelastung dieses Sachverständigen ist. Wenn der wirklich, zu Deutsch gesagt, bis an die Decke zu ist mit Arbeit, dann dauert es Monate, bis er diesen Fall abarbeiten kann. Also auch die Ordnungsbehörde könnte den Sachverständigen bestimmen.

Meine Damen und Herren, was den Datenschutz angeht – das klang hier auch an, der Minister ist auch darauf eingegangen –, so wird heutzutage eine Fülle von Dingen erhoben und veröffentlicht, wobei ich mich immer fragen muss: Ist das eigentlich richtig? Und das greift manchmal sehr viel tiefer in das informationelle Selbstbestimmungsrecht ein als die Identifikation über eine DNA-Analyse. Man kann manchmal durchaus den Eindruck gewinnen, der Wirtschaft, die über uns Menschen als Konsumenten alles wissen will, ist zur Optimierung des zielgerichteten Absatzes ihrer Produkte alles erlaubt, dem Rechtsstaat dagegen werden in der Kriminalitätsbekämpfung – nicht zu Unrecht – Grundrechte entgegengehalten.

Die Menschen geben so viele Daten von sich preis. Oft sind sie sich dessen gar nicht bewusst oder denken überhaupt nicht an die Zusammenführung solcher Einzelinformationen. Ich nenne die Stichworte gläserner Verbraucher, Kaufverhalten per Internet, Konsumentenprofil, Handel mit Adressen, spezifische wohngegendabhängige Angebote, zielgerichtete persönliche Anschreiben von Gesellschaften, deren Namen man zum Teil noch nie gehört hat. Ich denke, jeder von uns hat diese Briefe schon bekommen und alles gewissermaßen ohne Richtervorbehalt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das heißt, es muss sicherlich auch öffentlich intensiver diskutiert werden, was informationelle Selbstbestimmung heutzutage, in einer Zeit der elektronischen Datenerhebung und -verarbeitung und in einer Zeit, in der wir unbestritten sehr viel Datenmissbrauch verzeichnen, eigentlich bedeutet. Die Justizministerkonferenz hat beschlossen – darauf ist der Minister eingegangen –, die Anwendungsmöglichkeiten der DNA-Analyse unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu prüfen. Lassen Sie uns die Ergebnisse der von der Justizministerkonferenz eingesetzten Arbeitsgruppe abwarten.

Die Möglichkeiten, die sich für die Strafverfolgungsbehörde aus der Gentechnologie ergeben, sind in der Tat verlockend. Es gibt wenige Straftaten, die sich nicht unter günstigen Umständen mit Hilfe der DNA-Analyse aufklären ließen. Gerade aber diese nahezu unendlichen

Möglichkeiten sollten uns davor warnen, kriminalistischen Phantasien zu verfallen. Ein Beschuldigter – ein Status, den wir alle ungewollt erreichen können – hat auch als potentieller Täter Anspruch auf die volle Achtung seiner Persönlichkeitsrechte.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU, und Karsten Neumann, PDS)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal die Unschuldsvermutung betonen, die in solchen Debatten sehr gerne vergessen wird. Die grundlegende Bewertung unseres Rechtsstaates sehen wir durch die von Ihnen geforderte pauschale Ausweitung der DNA-Analyse und die undifferenzierte Abschaffung aller Sicherungen gefährdet. Aus diesem Grunde werden wir den Antrag ablehnen. Wir sind, muss ich dazusagen, in der Tat nicht weit auseinander, aber verfassungsrechtliche Grundsätze sind nun einmal zu beachten und die sind hier in dem vorliegenden Antrag nicht ausreichend berücksichtigt worden. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Rainer Prachtl, CDU: Na, wir werden noch gucken! Wir kommen noch zueinander, passen Sie mal auf! – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Krumbholz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verlauf der bisherigen Debatte bringt mich dazu, die vorbereitete Rede zur Seite zu legen und auf einiges, was hier geäußert wurde, unmittelbar einzugehen. Zunächst einmal, Herr Justizminister und Herr Kollege Krumbholz, bedanke ich mich ausdrücklich namens meiner Fraktion für die sehr sachorientierten Ausführungen, die Sie gemacht haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich denke, es ist sehr deutlich geworden an Ihren Beiträgen, die nahtlos anknüpfen an das, was Kollege Ankermann zur Begründung des Antrags hier gesagt hat,

(Heinz Müller, SPD: Das war auch sehr sachlich.)

dass wir ein sehr ernst zu nehmendes Problem zum Gegenstand der heutigen Debatte gemacht haben und dass man ein solches Problem auch nur so diskutieren kann, wie Sie es eben dargestellt haben. Es hilft nämlich überhaupt nichts, wenn man hier Ängste verstärkt, die in der Tat vorhanden sind in der Bevölkerung aufgrund eines ganz eklatanten Informationsdefizits bei einigen in der Bevölkerung.

Aber, Herr Kollege Neumann, so sehr ich Ihnen gerne bestätige, dass Sie sich sonst bemühen, sehr abgewogen zu argumentieren, Sie wissen es besser als diejenigen, die unbegründet Furcht haben. Der Herr Minister hat darauf hingewiesen, Sie waren mit dem Rechtsausschuss und dem Justizminister in Rostock, im Medizinischen Institut.

(Karsten Neumann, PDS: Eben.)

Sie wissen genau, dass all das, was Sie hier dargestellt haben, ein Horrorszenario ist, was Gott sei Dank mit den Möglichkeiten, die kriminalistisch hier von allen verantwortlichen Kräften gefordert werden, gar nicht Wirklichkeit werden können.

(Karsten Neumann, PDS: Noch nicht! Noch nicht! Noch nicht!)

Sie wissen ganz genau, dass man massivste kriminelle Energie aufbringen muss, eine viel, viel höhere als die kriminelle Energie, die erforderlich wäre, um eine Blutprobe zweckfremd zu verwenden, dass nur diese Energie es ermöglichen würde, in einem Einzelfall einen Missbrauch zu betreiben. Aber da die entscheidenden Daten gar nicht gespeichert sind, das hat der Minister Ihnen vorgetragen,

(Karsten Neumann, PDS: Das habe ich auch nicht behauptet, Herr Kollege Born! Das habe ich nicht behauptet!)

wissen Sie ganz genau, Herr Kollege Neumann, dass Sie hier ein für die Strafverfolgung entscheidendes Instrumentarium, das Opfer und Unschuldige schützt – und das muss in erster Linie das Ziel sein –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

und der Unschuldsvermutung Rechnung trägt, der Unschuldsvermutung in vollem Umfang Rechnung trägt, dass Sie ein solches Instrumentarium hier geradezu verweigern.

Ich zitiere jetzt einmal aus der Amtlichen Dokumentation der Landesregierung zum Thema DNA-Analyse, um es auch noch einmal allen, die nicht mit der Materie so im Einzelnen vertraut sind, deutlich zu machen. Der Minister ist in seiner Rede darauf eingegangen, um was es wirklich geht. Da heißt es: „Die Grundlagen der DNA-Analyse, die Erstellung eines so genannten genetischen Fingerabdrucks, wurde in Deutschland 1990 bundesweit in die forensische Praxis eingeführt. Sie hat sich als ein unverzichtbares, treffsicheres und hoch zuverlässiges Mittel zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten erwiesen, insbesondere seitdem im April 1989 beim BKA eine DNA-Analyse-Datei eingerichtet wurde. Nicht zu Unrecht wird die DNA-Analyse als Meilenstein in der Kriminalistik bezeichnet. Im Rahmen der DNA-Analyse wird der so genannte nicht kodierte Teil der DNA, DNS, Desoxyribonukleinsäure – üblicherweise DNA, A für Azid –, untersucht. Es handelt sich um den Teil, der keine Erbanlagen wie zum Beispiel Aussehen, körperliche Eigenschaften oder Anlagen für bestimmte Krankheiten enthält. Das jeweils festgestellte DNA-Profil ist mit der Einzigartigkeit eines Fingerabdrucks vergleichbar. Während beim Fingerabdruck die Linienmuster der Fingerkuppen verglichen werden, sind es beim DNA-Profil die unverwechselbaren Eigenschaften der Erbmasse. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine über die DNA-Analyse identifizierte Person Verursacher einer Spur beziehungsweise Täter war, beträgt 1:950.000.000. Unter mindestens 915.000.000 Menschen befindet sich also kein Zweiter mit den durch eine DNA-Analyse festgestellten Merkmalen.“ Und dann wird hier noch einmal darauf hingewiesen, wie das technisch umgesetzt wird, wie minimal die Eingriffe sind im Vergleich zu anderen Untersuchungsmethoden, die seit Jahrzehnten gang und gäbe sind. Darauf hat Kollege Ankermann hingewiesen. Und dann heißt es abschließend, so weit dann das Zitat: „Um dies zu erreichen, wurde auch die Technik im Landeskriminalamt, LKA, kontinuierlich ausgebaut. Das dortige Labor verfügt mittlerweile über vier DNA-Sequenzier, die dazu dienen, den Auswertungsprozess zu automatisieren. Mit der Auswertung von DNA-Spuren ist im LKA hoch qualifiziertes Personal, zwei Wissenschaftler und vier technische Assistentinnen, beschäf-

tigt. Insgesamt werden in diesem Jahr über 400.000 Euro an Haushaltsmitteln allein für den Bereich der DNA-Analyse eingesetzt.“

Und, meine Damen und Herren, damit nur noch einmal deutlich wird, dass wir hier nicht einfach ein theoretisches Problem aufwerfen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass gerade der Fall, der die Öffentlichkeit vor Wochen und Tagen zu Recht massiv beunruhigt hat, nur mit Hilfe der DNA-Analyse überhaupt hat geklärt werden können und dass dadurch verhindert wurde – Herr Kollege Neumann, das ist ganz konkret –, dass dieser Schwerverbrecher als solcher Verdächtige weitere schlimmste Straftaten begehen kann.

(Karsten Neumann, PDS: Ja, aber das ist doch die Rechtslage.)

Es handelt sich nämlich hier um denjenigen Tatverdächtigen, der schwerste Sexualtaten begangen haben soll, so lautet der Vorwurf. Er konnte nur mit Hilfe von von ihm zurückgelassenen Spuren am Tatort überführt werden. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, erklären Sie das mal Opfern von Straftaten – darauf hat der Justizminister zu Recht hingewiesen –, nicht nur von Gewaltverbrechen, sondern auch von so genannten Eigentumsdelikten, wenn jemand erleben muss, wie seine Wohnung verwüstet wird, wie er um sein Hab und Gut bestohlen wird. Erklären Sie ihm mal, warum Sie leicht aufzufindende erkennungsdienstliche Möglichkeiten nicht nutzen. Was hat das mit Persönlichkeitsrechten zu tun,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

wenn man Spuren, die da sind, nicht sichern kann, Spuren, die am Tatort eindeutig hinterlassen werden? Selbstverständlich darf man Fotografien nutzen. Selbstverständlich kann man alle möglichen anderen Beweise sichern. Aber das, was sicherstellt, dass ein Unschuldiger ausgeschlossen werden kann als Täter,

(Karsten Neumann, PDS: Das ist doch auch schon Rechtslage!)

das wollen Sie nicht sichern wollen am Tatort?

(Karsten Neumann, PDS: Das ist doch schon Rechtslage!)

Nein, Sie brauchen, ...

Ach, Sie wissen es doch ganz genau.

(Karsten Neumann, PDS: Natürlich, auf freiwilliger Basis kann jeder.)

Soll ich es Ihnen vorlesen aus der Strafprozessordnung, wann ein Richtervorbehalt erforderlich ist?

(Karsten Neumann, PDS: Ja, lesen Sie es mal vor!)

Sie wissen, verehrter Herr Kollege Neumann, ...

(Karsten Neumann, PDS: Auf freiwilliger Basis ist Richtervorbehalt nicht erforderlich.)

Verehrter Herr Kollege Neumann, ...

(Zurufe von Holger Friedrich, SPD, Lorenz Caffier, CDU, Wolfgang Riemann, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, bitte, es ist noch ausreichend Redezeit vorhanden. Ich bitte jetzt, Herrn Dr. Born zuzuhören.

Dr. Ulrich Born, CDU: Verehrter Herr Kollege Neumann, das sind doch Maßnahmen, die hier gefordert sind von der Strafprozessordnung, die in der Praxis nicht funktionieren. Beim Fingerabdruck müssen Sie nicht erst zu einem überlasteten Richter laufen und dem erläutern, warum Sie einen Fingerabdruck nehmen wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Aber wenn Sie ein Stückchen Spur von DNA finden, dann müssen Sie sich erst eine richterliche Genehmigung dafür holen. Nein, meine Damen und Herren, es geht wirklich darum, dass wir hier etwas tun, was für Opfer und für Unschuldige notwendig ist. Täter, die tatsächlich Täter sind, bedürfen hier keines Schutzes. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so. –
Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Jeder in unserem Rechtsstaat gilt solange als unschuldig, bis seine Schuld durch ein Gericht festgestellt ist. Das ändert auch überhaupt nichts an der Vorgehensweise, wie wir sie hier beantragen.

Um jetzt wirklich dem Rechnung zu tragen, was der Justizminister gesagt hat, ich denke, das muss in so einer Debatte auch möglich sein: Herr Minister, Sie haben gesagt, hier gibt es ein gewisses Ritual, für das Sie Verständnis haben. Sie sagen, die Opposition fordert mich zu etwas auf, was ich längst tue im Bundesrat. Ich gebe zu, das ist nicht ganz einfach für eine Regierungskoalition, wenn auch nur der Eindruck entstehen könnte, dass Sie hier nicht Ihrer mit Nachdruck vertretenen Auffassungen durch entsprechendes Handeln nachkommen, dann könnten Sie sagen, also wenn ihr mich dazu auffordert, ich habe mich hier so eindeutig bekannt, in einem absoluten Gegensatz zu dem, was der Kollege Neumann hier vorgetragen hat, dass eine solche Aufforderung bedeuten würde, dass ihr mir unterstellt, ich handle nicht so, wie ich hier im Landtag rede. Herr Minister, es liegt uns fern, einem solchen Eindruck Vorschub zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und deshalb sage ich Ihnen, es ist auch für eine Opposition nicht so ganz einfach, ausdrücklich zu erklären, dass man den Minister in einer bestimmten Vorgehensweise unterstützt. Es ist aber in diesem Landtag üblich, dass die Regierungskoalition immer wieder Anträge stellt, so auch erst vor vier Wochen, dass der Landtag ausdrücklich die Regierung in ihrem Handeln unterstützt. Und ich denke, es ist notwendig, dass ein Minister weiß, er hat den Rückhalt des Landtages, wenn es darum geht, eine notwendige Maßnahme auch politisch in den Gremien durchzusetzen, in denen er Verantwortung trägt, nämlich auch im Bundesrat. Und deshalb stelle ich jetzt für die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag. Satz 1 unseres Antrags wird wie folgt geändert: „Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung im Bundesrat, die DNA-Identitätenfeststellung als weitere erkennungsdienstliche Maßnahme wie den Fingerabdruck zu behandeln.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen bleibt der Antrag so, wie er eingebracht ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es Ihnen ernst ist mit dem, was der Minister hier als notwen-

dig dargestellt hat – er hat ausdrücklich erklärt, es kann nicht sein, dass wir nur Schwerstverbrechen mit Hilfe von DNA-Analysen aufklären können, sondern unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Strafverfolgungsbehörden im Rahmen der rechtsstaatlichen Vorgaben die Mittel einsetzen, die möglich sind, um Straftaten aufzuklären –,

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

wenn das so ist, dann, glaube ich, kann in diesem Landtag, vielleicht außer Kollegen Neumann, das muss er dann persönlich für sich verantworten, kaum einer dem widersprechen,

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

wenn der Landtag sagt, wir unterstützen die Landesregierung in ihren Bemühungen im Bundesrat. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Es hat jetzt das Wort der Innenminister des Landes Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte diese Debatte über die zukünftige Anwendung der DNA-Analysemöglichkeiten für eine der wichtigsten sicherheitspolitischen Debatten in dieser Zeit, und zwar deswegen, weil die letzten fünf Jahre der DNA-Analysen, die über das Bundeskriminalamt gespeichert werden, zeigen, wie unersetzlich das Mittel ist, das Polizei und Strafverfolger haben, wenn sie diese, wie wir sagen, dritte erkennungsdienstliche Methode anwenden können. Ein Irrtum ist fast ausgeschlossen. Der Abgeordnete Born hat diesbezüglich bereits zitiert aus einer Pressemitteilung des Innenministeriums. Insofern kann ich mir vieles von dem, was ich sagen wollte, sparen.

Ich will aber auf zwei, drei wichtige Punkte hinweisen.

Erstens. Wir meinen tatsächlich, dass die DNA-Analyse wie eine erkennungsdienstliche Maßnahme in die Strafprozessordnung eingeführt werden sollte. Das heißt eben gerade nicht, Herr Neumann, dass die DNA-Analyse flächendeckend angewendet wird, das werden auch andere Maßnahmen heute nicht, sondern ausdrücklich nur so weit, wie es für das Strafverfahren oder zum Zwecke des Erkennungsdienstes notwendig ist. Diese Abwägung der Notwendigkeit muss in jedem einzelnen Fall gemacht werden und wird auch gemacht, nur die Analyse muss auch zulässig sein. Solange diese Möglichkeit nicht eröffnet ist, glaube ich, vergibt sich die Kriminalitätsbekämpfung ein ganz wichtiges Gut, nämlich diese Analysemöglichkeit, die, wie gesagt, seit fünf Jahren erfolgreich ist.

Zweitens. Wir Innenminister sind dafür, dass die rechtlichen Hürden, die wir derzeit in der Strafprozessordnung haben, abgesenkt werden,

(Beifall Michael Ankermann, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

weil diese Analysemöglichkeit nicht nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung zu einem guten Ergebnis geführt werden kann, wie sich zeigt. Deswegen ist es eben

wichtig, dass wir die Debatte seriös und offen weiter führen über einen niedrigschwelligeren Zugang zu diesen Analysemöglichkeiten.

Drittens. Der Richtervorbehalt gilt zum einen auch bei anonymen Spurenanalysen – Herr Krumbholz hat es schon erwähnt. Und hier gibt es demnächst einen Konsens, an dieser Stelle den Richtervorbehalt aufzuheben. Er macht hier auch keinen Sinn,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau, genau!)

weil in der Sache selbst fragwürdig ist, wenn eine anonyme Spur, bei der die Identität erst festgestellt werden soll, unter einen Richtervorbehalt gestellt wird.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Pracht, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist das!)

Ich sage offen, dass wir Innenminister oder die Polizei sich fragen, warum durch einen Richtervorbehalt der Sachverständige ermittelt oder bestimmt werden soll, der die Ermittlung durchführt. Auch das kann die Polizei ebenso gut. Da muss man nicht erst einen Richter fragen, welcher Gutachter genommen werden soll. Aber diese Fragen sind noch in der Debatte. Deswegen, meine ich, ist es vernünftig, nicht durch einen vorschnellen Beschluss des Landtages die Debatte zu beenden.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Denn ich glaube, dass diese Debatte zur wichtigsten sicherheitspolitischen Debatte gehört, die wir derzeit führen.

Ich würde mich sehr freuen, Herr Riemann, wenn, so wie heute, seriös und gründlich diese Fragen öffentlich weiter erörtert werden können. Wir brauchen nämlich die Zustimmung der Öffentlichkeit für diese Verfahren, gerade weil wir eine Reihe von Ängsten haben, die wir abbauen sollten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich meine deswegen, dass wir auch in den nächsten Monaten diese Fragen weiter besprechen müssen hier im Land, im Landtag, aber letztlich bundesweit. Andere Länder sind sehr viel weiter als wir.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben, eben!
Lasst uns mal das beschließen!)

Ich will nur darauf hinweisen, dass zum Beispiel der Mörder der schwedischen Außenministerin identifiziert wurde über eine DNA-Analyse und der erste Tatverdächtige

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

gerade über die DNA-Analyse freigesprochen wurde.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Diese beiden Möglichkeiten gibt es derzeit nach unserem Recht hier auch schon.

(Karsten Neumann, PDS: Eben!)

Aber wir sagen, diese Möglichkeiten müssen erweitert werden, Herr Neumann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Karsten Neumann, PDS: Entweder
es gibt sie oder es gibt sie nicht.)

Ich würde mich freuen, wenn wir diese Debatte weiter führen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt noch einmal das Wort der Abgeordnete Neumann für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Reisende.)

Karsten Neumann, PDS: Herr Kollege Körner, ich wusste vorher, dass ich in schweres Wasser komme. Ich bin mehrmals gewarnt worden davor, diese Debatte hier aufzumachen. Ich tue es trotzdem, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass es ein Irrweg ist. Ich will kurz zu dem etwas sagen, was in der Debatte so unterstellt wurde.

Herr Kollege Born, falls es Sie interessiert, wird dann ein Blick in das Protokoll der heutigen Sitzung Ihnen zeigen, dass ich kein Wort

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

gesagt habe über einen möglichen Missbrauch genetischer Daten für andere Zwecke als die des Erkennungsdienstes.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Warum wollen Sie das nicht?)

Dazu habe ich mit keinem Wort irgendetwas gesagt. Sie behaupten es, dass man diese Missbrauchsmöglichkeit unterstellt und dass es die nicht gäbe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich bin nur auf die
Ausführungen des Ministers eingegangen.)

Ich habe mich davon überzeugen können, ...

Ja, ja, ich bin aber darauf nicht eingegangen, Herr Kollege Born.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich darf mich doch
mit dem Minister auseinander setzen. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie haben es aber auf mich bezogen, Herr Kollege Born, und das ist der Unterschied einer sachlichen Diskussion.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Warum sind Sie dann dagegen?)

Das habe ich in der ersten Rede, wo ich etwas länger Zeit hatte, gesagt. Das können Sie dann gerne noch einmal nachlesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat er schon
vergessen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es geht also aus meiner Sicht nicht darum, hier eine Befürchtung zu unterstützen, diese Daten, die dort gewonnen werden, könnten missbraucht werden für Versicherungen oder sonst etwas.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das habe ich nie behauptet. Das will ich hier feststellen.

Zweitens, Herr Kollege Born, und das ist das Problem, Sie fordern eine Ausweitung des jetzigen Rechtszustandes. Aber es ist mir bisher, außer an den zwei Punkten, die der Kollege Krumbholz jetzt nannte, nicht konkret gesagt

worden, was ausgeweitet werden soll zur gegenwärtigen Rechtslage. Die Ausführungen des Innenministers haben es ganz deutlich gemacht: Die gegenwärtige Rechtslage lässt das meiste von dem schon zu, Herr Kollege Born, die lässt es schon zu.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Ich kann jetzt nur eins herausnehmen: Landgericht Hannover, DNA-Identitätsfeststellung, NSTZ-Rechtsprechungsreport 2000: „Bei Entnahme von Körperzellen macht die Einwilligung des Betroffenen, sofern er über Umfang, Sinn und Tragweite seines Weigerungsrechtes und seiner Duldungspflicht belehrt worden ist, die richterliche Anordnung entbehrlich.“

Sie wissen es doch ganz genau, wenn ich im Strafverfahren den Beschuldigten entlasten möchte

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und darauf bestehe, dass eine DNA-Analyse gemacht wird auf freiwilliger Basis, muss sie gemacht werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nur wenn der Täter sich selber überführt.)

Aber Sie tun so, Herr Kollege Born, als sei das gegenwärtig noch nicht möglich. Es ist möglich. Wir haben das Rechtsinstrument.

Und auf den Widerspruch der Diskussion zu dem konkreten Fall im Innenausschuss zu Ihren Ausführungen will ich gar nicht hinweisen. Und das ist es, denke ich, was die Diskussion aus meiner Sicht so schwierig macht, die Aussage „Täterschutz geht vor Opferschutz“. Niemand will hier irgendjemanden, der als Straftäter zur Verantwortung gezogen werden muss, schützen. Auch diese Behauptung stellen Sie auf und niemand von denjenigen, die ihre kritischen Stimmen erheben gegen eine Aushöhlung von bürgerlichen Rechten. Denn es geht eben auch um den Schutz, so, wie es der Kollege Krumbholz schon wesentlich besser als ich gesagt hat, derjenigen, die im Strafverfahren als Unschuldige in das Visier gelangen und sich hier entlasten wollen. Denn für die, Herr Kollege Born, ich betone es noch einmal, gibt es bereits heute die Möglichkeit, über den genetischen Fingerabdruck einen Entlastungsbeweis zu führen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Neumann.

Es hat noch einmal das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Dr. Born. Bitte schön, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, es macht wenig Sinn, die Sachargumente, die nun auch noch einmal durch den Innenminister untermauert wurden, hier noch einmal zu wiederholen. Herr Kollege Neumann, es ist eben so:

Erstens. Anders als bei dem Fingerabdruck, der die Persönlichkeitsrechte viel stärker beeinträchtigt, ist es bei der DNA-Analyse erforderlich, eine richterliche Anordnung einzuholen. Was das in der Praxis bedeutet, weiß jeder, der mit Gerichten in diesem Lande zu tun hat.

Zweitens. Es ist nach geltendem Recht so, dass nach Paragraph 81 g der StPO Folgendes gilt: „Zum Zwecke der Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren dür-

fen dem Beschuldigten, der einer Straftat von erheblicher Bedeutung,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

„insbesondere eines Verbrechens, eines Vergehens gegen die sexuelle Selbstbestimmung, einer gefährlichen Körperverletzung, eines Diebstahls in besonders schwerem Fall oder einer Erpressung verdächtig ist, Körperzellen entnommen und zur Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters molekulargenetisch untersucht werden, wenn wegen der Art oder Ausführung der Tat, der Persönlichkeit des Beschuldigten oder sonstiger Erkenntnisse Grund zu der Annahme besteht, daß gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen einer der vorgenannten Straftaten zu führen sind.“ So weit das Zitat.

(Gerd Walther, PDS: Das reicht vollkommen aus.)

Ich glaube, es dürfte jedem in diesem Saal klar sein, was das bedeutet, dass man jemandem, der einmal eine schwere Straftat begangen hat, erst einmal eine Prognose verpassen muss, dass er eine entsprechend schwere Straftat wieder begehen wird, wenn er dazu Gelegenheit hat. Es ist geradezu makaber, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU, und Rainer Pracht, CDU)

wenn man darauf wartet, dass eine solche Prognose erstellt werden muss, und nicht das macht, was jeder von uns tut, wenn er einen Ausweis beantragt. Er gibt ein Lichtbild ab, er gibt persönliche Daten ab. Das ist ein viel, viel stärkerer Eingriff in die Persönlichkeit als DNA-Material, das keinerlei Schlüsse auf Erbmasse zulässt, abzugeben.

(Gerd Walther, PDS: Das ist gar kein Vergleich.)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt noch einmal zu unserem Änderungsantrag. Wir nehmen insbesondere den Justizminister hier beim Wort. Wir unterstellen ihm in keiner Weise, dass er das nicht umsetzt, was er hier angekündigt hat, sondern,

(Wolfgang Riemann, CDU: Unterstützungen sind keine Absichten.)

und, Herr Minister, dafür ...

Herr Kollege Riemann, auch wenn Sie sagen Absichten, ich gehe davon aus, dass der Justizminister Herr Selling in voller Verantwortung hier erklärt hat, dass eine Ausweitung der DNA-Analyse notwendig ist und dass er sich deshalb im Bundesrat dafür einsetzt, dass das so geschieht, wie wir es gemeinsam für erforderlich halten.

Und damit hier keiner in Schwierigkeiten kommt und sagt, wir reichern das mit irgendwelchen Problemen an, lautet der Änderungsantrag jetzt lediglich noch wie folgt: „Der Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierung im Bundesrat, die DNA-Identitätsfeststellung als weitere erkennungsdienstliche Maßnahme wie den Fingerabdruck zu behandeln.“ So weit der ganze Antrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt an Ihnen, ob Sie die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützen wollen. Wir als CDU-Fraktion, als Opposition werden das jedenfalls tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Justizminister des Landes Herr Selling.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt fällt ihm wieder eine neue Ausrede ein: Wir brauchen die Unterstützung nicht.)

Bitte schön, Herr Minister.

Minister Erwin Selling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist in der Tat, wie der Innenminister gesagt hat, ein sehr wichtiges Thema. Deshalb erlaube ich mir, ausnahmsweise zum zweiten Mal hier nach vorne zu gehen.

Zu zwei Punkten möchte ich etwas sagen. Ich denke, wenn wir in dem Bereich „Schwerste Sexualstraftaten“, wenn wir in dem Bereich „Einbruchsdiebstahl“ darauf angewiesen wären, dass wir Proben auf freiwilliger Basis bekommen, dann läuft dieses Mittel leer, Herr Neumann. Das überzeugt mich nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich möchte zu einem anderen Punkt etwas sagen und das geht in beide Richtungen, nämlich zu dem, dass mein Antrag oder meine Initiative so aussieht, dass ich sage, ich möchte den Anwendungsbereich der DNA-Analyse – das ist die politische Richtung – so weit ausweiten, wie das verfassungsrechtlich möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Daran liegt mir sehr. Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass das keine Leerformel ist. In die eine wie in die andere Richtung möchte ich das deutlich machen. Das ist keine Leerformel, das ist auch kein Verstecken dahinter.

Wir müssen realisieren, dass es drei Urteile gibt, die sehr weitgehende Ausführungen dazu machen. Herr Neumann hat einige davon zitiert,

(Bodo Krumbholz, SPD: Ich auch eins. – Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Ankermann auch.)

Herr Krumbholz ebenfalls, Herr Ankermann erst recht.

Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Heute sind schon mehrfach die Juristen erwähnt worden. Ich glaube, dass man in diesem Bereich einiges deutlich machen muss. Das, was die Verfassungsrichter entschieden haben – und wenn die entscheiden und sagen, ja, das ist in Ordnung, wenn es um Straftaten von erheblicher Bedeutung geht –, möchte ich den Laien klar machen. Ich möchte ihnen klar machen, was damit gemeint ist, wie das Verfassungsgericht arbeitet. Der Gesetzgeber macht ein Gesetz und schafft einen bestimmten Handlungsrahmen. Und wenn ein Einzelner dagegen vorgeht vor dem Bundesverfassungsgericht, dann sagt das Bundesverfassungsgericht nicht, wie sie es sich vorstellen, wie man möglicherweise eine Regelung fassen sollte, sondern es sagt nur, ist diese Regelung, so weit, wie sie gegangen ist, noch in Ordnung oder ist sie nicht in Ordnung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Gerd Walther, PDS: Eben.)

Deshalb können wir nur sehr begrenzt Rückschlüsse ziehen. Wenn das Bundesverfassungsgericht dreimal gesagt hat, so, wie das jetzt ausgestaltet ist, ist keine Verlet-

zung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten zu befürchten, heißt das nicht, dass etwas zu befürchten ist, wenn wir die Latte höher hängen, sondern das ist gerade die schwierige Frage, die jetzt ausgelotet werden muss.

Ich meine auch, dass wir uns nicht an die Stelle des Verfassungsrechts setzen können. Wir können nicht sagen, wir wollen – das ist mein politisches Ziel, das muss ich sagen –, dass bestimmte Verbrechen selbstverständlich dazu führen, dass man die DNA-Analyse speichert. Aber das ist ein politisches Ziel. Das kann ich so nicht verfolgen. Ich habe auch in der Öffentlichkeit immer gesagt, da gehe ich sehr vorsichtig heran. Es wäre jetzt unsinnig, sich das eine oder andere zu wünschen. Wir müssen genau schauen, wie weit können wir gehen. Das sind wirklich schwierigste rechtliche Überlegungen, weil wir versuchen herauszufinden, wie weit lässt uns das Bundesverfassungsgericht gehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das passiert im Moment, und zwar sehr sorgfältig, sehr seriös, wie gesagt, unter Leitung der Arbeitsgruppe von Mecklenburg-Vorpommern.

Ich meine, dass wir, wenn wir das abwarten, darauf rekurren, dass das der richtige Weg ist, also zu sagen, was wir hier beschließen, ist das letzte Wort. Die Verfassungsrichter werden das so oder so hinnehmen, das ist nicht richtig. Gerade in diesem Bereich ist ganz klar, dass wir einen Rahmen haben, den wir aber im Einzelnen noch nicht kennen. Der muss mit Sicherheit ganz klar bestimmt werden. Das ist die Einschränkung in die eine wie in die andere Richtung.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage vom Abgeordneten Dr. Born?

Minister Erwin Selling: Ja, sehr gern.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, können Sie mir sagen, ob Sie den Eindruck gewonnen hatten, dass wir Sie auffordern wollten, etwas Verfassungswidriges zu tun?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Minister Erwin Selling: Nein, den Eindruck habe ich überhaupt nicht, sondern ich hatte den Eindruck, dass wir hier auf zwei Seiten – die linke Seite des Hauses und die rechte Seite des Hauses – unterschiedlich weit gehen wollen. Ich habe mich davon jetzt auch in den Wortbeiträgen überzeugt, dass wir in der politischen Zielrichtung sicherlich einig sind zu sagen, wir wollen die Anwendung ausdehnen. Ich denke auch, dass es selbstverständlich ist, dass man das nicht über die verfassungsrechtlichen Grenzen hinaus tun kann. Mir lag daran bei meiner Initiative – nur deshalb hat die Justizministerkonferenz selbstverständlich zugestimmt –, dass man nicht festschreibt, wo wollen wir landen. Das kann man seriös nicht tun, sondern dies ist wirklich einer der wenigen Punkte, wo man sagt, da brauchen wir eine sehr gute, sehr seriöse inhaltliche Arbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Born? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Änderungsantrag der

CDU-Fraktion darauf abzielt, ihr Bemühen im Bundesrat im Rahmen der Verfassung zu unterstützen?

Minister Erwin Sellering: Ja.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Ich schließe damit die Aussprache.

(Der Abgeordnete Karsten Neumann bittet um das Wort.)

Das war mir nicht angezeigt worden, dann eröffne ich die Aussprache natürlich wieder, weil nach dem Minister die Debatte wieder neu eröffnet ist.

Herr Abgeordneter Neumann, bitte schön, Sie haben noch einmal das Wort.

Karsten Neumann, PDS: Ich möchte mich für die Ausführungen des Justizministers zu der Frage, was prüft das Verfassungsgericht, ausdrücklich bedanken. Ich möchte deshalb allen Kolleginnen und Kollegen, die nicht vorbelastet sind, wie die Juristen hier, das noch einmal ganz deutlich ans Herz legen, sich bewusst zu werden, das Verfassungsgericht prüft letztendlich in dem Rahmen, wie sich hier in der Gesellschaft die Haltung zu der Frage mehrheitlich entwickelt hat. Das ist völlig klar. Das ist nichts Abstraktes oder nichts Automatisches

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

oder Mathematisches nach dem Motto: „Ich gebe die Zahl 5 ein und kriege die Zahl 10 raus“. Nein, es geht hier tatsächlich um gesellschaftliche Diskussionen, um gesellschaftliche Entwicklungsprozesse.

Ich möchte noch einmal anschließen an das erste Wort des Kollegen Ankermann. Es geht darum, wie soll die moderne Gesellschaft diese Frage beantworten. Und darum bitte ich, sich dieser Konsequenzen tatsächlich bewusst zu werden, und hier nicht zu meinen, wir könnten unsere politische Verantwortung bei aller Wertschätzung auf die Justizministerkonferenz oder den Bundestag oder das Bundesverfassungsgericht abschieben.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig. Stimmt.)

Das meinte ich nur damit. Und natürlich wird das Bundesverfassungsgericht nicht das eins zu eins umsetzen, was wir hier tun. Ich hoffe es zumindest nicht und es wird auch in dem Fall nicht so sein. – Schönen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich blicke noch einmal in die Runde. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Dann schließe ich die Aussprache.

Die Fraktion der SPD hat eine 15-minütige Auszeit beantragt. Wir setzen die Beratungen um 11.40 Uhr fort. Bis dahin, hoffe ich, ist der schriftlich mittlerweile vorliegende Änderungsantrag bei den Abgeordneten auf den Tischen. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 11.23 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 13.20 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion. Herr Dr. Born, Sie haben das Wort.

Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, gemäß Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beantrage ich namens der CDU-Fraktion über den von uns eingebrachten Änderungsantrag eine namentliche Abstimmung.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit können wir mit der Abstimmung beginnen. Entsprechend dem soeben von der CDU-Fraktion vorgebrachten Antrag ist gemäß Paragraph 92 Absatz 1 der Geschäftsordnung zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/898 eine namentliche Abstimmung durchzuführen. Sie werden jetzt vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich habe mich bei der Abstimmung versprochen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe mich bei der Abstimmung versprochen. Ich bitte, das zu akzeptieren, das kann jedem vorkommen. Ich bitte, mein Ja in eine Enthaltung zu verändern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Körner, ich werte Ihre Äußerung gemäß der Geschäftsordnung Paragraph 88 als eine persönliche Bemerkung. Ansonsten weiß ich nicht, wie ich das einordnen soll. Die Frage, die ich gestellt habe, war: „Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?“ Sie haben Ihre Stimme abgegeben. Ich sehe leider in der Geschäftsordnung keine Möglichkeit, inwieweit das korrigierbar ist. Es muss so registriert werden, wie Sie die Stimme abgegeben haben, das tut mir Leid.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Damit ist die Abstimmung beendet.

Ich bitte jetzt die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 13.30 Uhr

Wiederbeginn: 13.32 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag bekannt geben. An der Abstimmung haben sich insgesamt 65 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 25, mit Nein stimmten 30 und 10 enthielten sich

der Stimme. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/898 abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/876 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/876 mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und PDS unter Zustimmung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Es gibt jetzt einen Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meinen Damen und Herren Abgeordneten! Entsprechend Paragraph 74 Ziffer 1 beantragt die CDU-Fraktion eine Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag, den ich jetzt vortragen möchte:

„Sicherung des Solidarpaktes II

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Bund unverzüglich

1. gegen die Kürzung der Förderung um 100 Mio. Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) und
2. gegen die Auflösung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) Ost ab 2006

einzusetzen.

Begründung:

Die auf Bundesebene geplanten Einschnitte – und heute Vormittag im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vorgetragenen Einschnitte – „bei der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) verstoßen gegen die Vereinbarungen zum Solidarpakt II, der den neuen Ländern bis zum Jahre 2019 überproportionale Zuweisungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zusichert. Die geplanten Einschnitte bei den investiven Mitteln hätten verheerenden Signalcharakter für den weiteren Aufbau Ost und die dringend notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung der teilungsbedingten Sonderlasten.“

Meine Damen und Herren Abgeordnete, der Antrag ist aus gegebenem Anlass dringlich, da massivste Einschnitte in den neuen Bundesländern geplant sind, dem kann sich keine Fraktion innerhalb dieses Hohen Hauses verschließen. Wir bitten um Aufsetzung des Antrages auf die Tagesordnung.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen von SPD und PDS haben Beratungsbedarf signalisiert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 13.35 Uhr

Wiederbeginn: 13.52 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Von der Fraktion der CDU wurde ein Antrag zum Thema „Sicherung des Solidarpaktes II“ eingebracht. Dieser hat die Drucksachennummer 4/900 erhalten. Auf Antrag des Antragstellers soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? –

(Minister Dr. Till Backhaus: Damit habt ihr wieder nicht gerechnet, ne?)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ich habe jetzt zwar nicht gezählt, aber ich gehe davon aus, dass die Zweidrittelmehrheit erreicht wurde.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Herr SELLERING hat zugestimmt.)

Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung beraten? Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Weiterführung des Garantiefonds – außerschulische Sprachförderung, auf Drucksache 4/867.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Weiterführung des Garantiefonds –
außerschulische Sprachförderung
– Drucksache 4/867 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seitdem die Anerkennung wächst, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, zumindest wächst diese Anerkennung fast allgemein,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

wächst auch die Bereitschaft, offen über Integration zu sprechen und Integrationsmaßnahmen zu entwickeln. Letzteres ist zunehmend nicht als Einbahnstraße zu begreifen. In der Tat geht es bei der Integration von Einwanderern um einen dynamischen, lang andauernden und sehr differenzierten Prozess, ein Prozess der wechselseitigen Annäherung, Auseinandersetzung, Veränderung sowie Finden von Gemeinsamkeiten und Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen den Einwanderern und der Mehrheitsbevölkerung. Und ganz vorn an steht die Notwendigkeit von Kommunikation, vor allem der sprachliche Austausch untereinander.

Allerdings, und das ist nichts Neues, kommt der überwiegende Teil der Migranten ohne beziehungsweise mit nur geringen Kenntnissen der deutschen Sprache in unser Land. Das betrifft nicht nur die Asylsuchenden oder Flüchtlinge, sondern insbesondere auch die Bleiberechtigen. Das sind in Mecklenburg-Vorpommern vor allen Dingen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen sowie die jüdischen Emigrantinnen und Emigranten. Dieses Sprachdefizit schränkt nicht nur in erheblichem Maße die Erwerbschancen ein, es mindert auch entscheidend die Möglichkeit, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Das betrifft Personen

jeden Alters. Sprache ist also die entscheidende Schlüsselqualifikation zur Erleichterung der kulturellen Integration in unsere Gesellschaft. Notwendig waren und sind demnach Sprachkurse, die unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden müssen.

Zur Förderung von Sprachkursen gibt es Beihilfen vor allem des Bundes. Und dazu gehört auch der Garantiefonds, der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausgereicht und durch die Länder nach eigenen Schwerpunkten verteilt wird. Zweck des Garantiefonds ist die Eingliederung junger Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie junger ausländischer Flüchtlinge bis zu einer Altersgrenze von 30 Jahren. Die Ausreichung der Mittel erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, also ohne Rechtsanspruch.

Um den berechtigten Personenkreis zu verdeutlichen, will ich ihn einmal nennen: Es geht um Aussiedlerinnen und Aussiedler im Sinne von Paragraph 1 Absatz 2 Nummer 3 und Absatz 3 des Bundesvertriebenengesetzes sowie um Spätaussiedlerinnen im Sinne von Paragraph 4 und deren Ehegatten und Abkömmlinge im Sinne von Paragraph 7 des Bundesvertriebenengesetzes. Es geht um in den Aussiedlungsgebieten nach Paragraph 1 Absatz 2 Bundesvertriebenengesetz geborene Abkömmlinge von Aussiedlern, wenn sie selbst keine Anerkennung als Vertriebene finden, sowie Personen im Sinne von Paragraph 8 Absatz 2 Bundesvertriebenengesetz. Berechtigt sind ebenso ausländische Flüchtlinge, die als Asylberechtigte nach dem Asylverfahrensgesetz anerkannt sind. Weiterhin geht es um ausländische Flüchtlinge nach Paragraph 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommener Flüchtlinge vom 22.07.1980 oder ausländische Flüchtlinge vor Vollendung des 16. Lebensjahres, die ohne Aufenthaltserlaubnis oder Übernahmeerklärung im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen in der Bundesrepublik aufgenommen worden sind. Und es handelt sich vorwiegend um Kontingentflüchtlinge, allerdings außer solchen, denen nach Paragraph 51 Absatz 1 Ausländergesetz in Verbindung mit Paragraph 70 Asylverfahrensgesetz eine Aufenthaltsbefugnis erteilt worden ist, die sich also im so genannten kleinen Asyl befinden.

Die fünfte berechtigte Gruppe sind ausländische Flüchtlinge, die außerhalb Deutschlands aufgrund des Abkommens vom 28.07.1951 über die Rechtsprechung der Flüchtlinge beziehungsweise nach dem Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31.01.1967 anerkannt und nicht nur vorübergehend im Gebiet der Bundesrepublik zum Aufenthalt berechtigt sind.

Ich habe Ihnen das, meine sehr verehrten Damen und Herren, so ausführlich dargestellt, um zu verdeutlichen, wie unterschiedlich der Bundesgesetzgeber auch bei der Sprachförderung vorgeht. Ausgeschlossen sind demnach also andere Migrantengruppen, wie die Asylsuchenden oder die Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, denen gemäß Paragraph 32 a Ausländergesetz zur vorübergehenden Aufnahme eine Aufenthaltsbefugnis erteilt wurde. Und das auch, das ist bei vielen der Fall, wenn sich dieser Aufenthalt über viele Jahre bei uns erstreckt.

Die Berechtigten können die Beihilfe beim Besuch von allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Anspruch nehmen, zur Verbesserung beziehungsweise zum Erlernen der deutschen Sprache, zur Verbesserung des allgemeinen schulischen Wissens, zur Teilnahme an be-

rufsbildenden Maßnahmen sowie zum Besuch von Sprachkursen, insbesondere an unseren Volkshochschulen.

Mit Vorlage des Zuwanderungsgesetzes hatte die Bundesregierung geplant, die Mittel des Garantiefonds vollständig für die neu geregelte Integrationsförderung einzusetzen. Da der Beschluss aufgrund des bekannten Theaters von Herrn Koch und anderen bisher nicht zustande kam, gibt es seit 2002 Übergangsregelungen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die meisten der einzelnen Förderschwerpunkte sollen bis zu einer Neuregelung weitergeführt werden. Eine Förderlücke soll bis auf eine Ausnahme nicht entstehen, sie betrifft die außerschulische Sprachförderung, und das aufgrund einer Kritik des Bundesrechnungshofes, die besagt, dass Länder über den Garantiefonds des Bundes eigene pflichtige Aufgaben der Sprachförderung finanzieren würden. Also soll der außerschulische Nachhilfeunterricht zum 31.12.2003 endgültig auslaufen, und das angesichts dessen, dass das Beherrschen der Sprache der Mehrheitsbevölkerung erste Voraussetzung für erfolgreiche Integration ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für eine lebenswerte Gemeinschaft brauchen wir gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen der Gesellschaft. Das aber beginnt im frühen Kindesalter oder notgedrungen erst später mit der Förderung des Erlernens der Sprache der Mehrheitsbevölkerung. Wenn da gestrichen wird, gereicht das zum Schaden der gesamten Gesellschaft, denn Lernhemmnisse beruhen wesentlich auf Sprachhemmnissen, auch besonders außerhalb der Schule. Die Tatsachen sprechen auch in unserem Land für sich. Der Anteil von Migrantenkindern an Schulabbrechern ist überproportional hoch. Dass Migranten doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind wie der Durchschnitt der deutschen Gesamtbevölkerung liegt ursächlich in der starken Benachteiligung dieser Menschen in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Auch dass der Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mit Migrationshintergrund dreimal so hoch ist, ist darauf zurückzuführen.

Die PISA-Studie ergab ein erneut schlechtes Zeugnis für Deutschland bei der Förderung von Kindern aus sozial schwachen Familien und der Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien. Nur 40 Prozent der ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden in Deutschland eine Lehrstelle. Dass die Integration von jungen Spätaussiedlern immer schwieriger wird, liegt wesentlich an mangelnden Sprachkenntnissen und diese wiederum in sträflicher Vernachlässigung bei der Sprachförderung von Angehörigen der Spätaussiedlerinnen, die nicht in das Paragraphenkorsett, was ich nannte, hineinpassen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte der Landtag der Landesregierung den Auftrag erteilen, sich bei der Bundesregierung für eine Weiterführung des Garantiefonds insgesamt und insbesondere der außerschulischen Sprachförderung einzusetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit aber dieser Antrag kein so genannter Schaufensterantrag bleibt, bitte ich zum Beispiel den Innenminister unseres Landes, auf der Innenministerkonferenz in der nächsten Woche bereits diese Frage einmal zu thematisieren und

gemeinsam mit seinen Kollegen über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ebenso bitte ich die Landesregierung, über mögliche Übergangs- oder Ausgleichsleistungsregelungen nachzudenken, auch oder trotz angesichts unserer Haushaltslage, denn niemandem ist geholfen, wenn die im September begonnenen Sprachkurse zum 31.12. auslaufen müssen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch immer ist das gleichberechtigte Leben von Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht Normalität, auch nicht bei uns im Land und auch nicht bei uns im Landtag. Noch immer gibt es auch in diesem Hohen Hause Abgeordnete, die während der Haushaltsberatungen meinen, dass das Kapitel 0413 – Betreuung ausländischer Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler – überflüssig wäre. Noch immer gibt es Anträge einer Fraktion in diesem Haus zum Beispiel zur Abschaffung der Härtefallkommission.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag nehmen wir eine Initiative der Greifswalder Bürgerschaft auf, denn wir wurden parteiübergreifend aufgefordert, in dieser Angelegenheit zu handeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Deshalb hoffe ich auch hier auf parteiübergreifende Unterstützung

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und um Zustimmung im Interesse der Betroffenen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb hoffe ich auch, dass Politiker wie die Herren Homann und Nitsche in Zukunft keine Rolle mehr spielen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Deshalb hoffe ich auch, dass die Zwangsarbeiter der IG Farben nun endlich Entschädigung erfahren. Leider ist Herr Born nicht mehr anwesend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, hoffe ich auch, dass hier nicht wie gestern länger künstliche Erregung erzeugt wird, sondern dass der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus endlich ehrliches Anliegen aller Politiker und Parteien in diesem Landtag wird.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein erster Schritt dazu könnte sein, dass wir alle diesem Antrag unsere Zustimmung geben. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Das
hast du sehr schön gemacht.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Ich eröffne die Aussprache. Wir haben im Ältestenrat eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten verein-

bart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Zunächst hat ums Wort gebeten der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag rennen eigentlich beide Koalitionsparteien offene Türen bei der Landesregierung ein. Aber wir lassen uns natürlich auch gerne bei den Dingen unterstützen, die wir in diesem Bereich für richtig halten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben gerade nicht.)

Nun kommt noch ein zweites Aber. Herr Ritter, nächste Woche auf der Innenministerkonferenz ist die Bundesregierung Gast

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

und es treffen sich 16 Innenminister der Länder, die sicherlich gleich gelagerte Probleme haben. Die richtige Adresse wäre quasi die Konferenz, die sich um eine Neufassung oder eine weiterte Änderung des Zuwanderungsgesetzes Gedanken macht.

(Angelika Gramkow, PDS: Da
müssen wir zu lange warten.)

Und auf den Tisch gehört es, aber da sitze ich auch. Ich wollte Ihnen nur anbieten, dass ich das mitnehme und dort verhandle.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS –
Karsten Neumann, PDS: Sie werden das schon
regeln. – Peter Ritter, PDS: Wann Sie es machen,
das ist mir egal. Hauptsache ist, es wird gemacht.)

Wir haben hier im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern bei den fünf Gruppen, die Sie angesprochen haben, eine sehr große Gruppe, das sind die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, und eine weitere Gruppe, das sind die anerkannten Asylsuchenden und auch weitere. Wir haben zum Glück aber zurzeit keine Bürgerkriegsflüchtlinge im großen Ausmaß und wir hoffen, dass das auch so bleibt. Diese beiden Gruppen, die ich angesprochen habe, muss man auseinander halten, weil es verschiedene Aufgabenstellungen sind.

Der so genannte Garantiefonds, der ist ursprünglich befristet gewesen bis zum 31.12.2002 und er wurde dann um ein Jahr bis zum 31.12.2003 verlängert, weil im Jahr 2002 die Arbeit am Zuwanderungsgesetz in vollem Gange und nicht abgeschlossen war. Nun haben wir immer noch eine Situation, wo das Zuwanderungsgesetz noch nicht verabschiedet ist. Die Bundesregierung hat aber erklärt, dass sie einer weiteren Verlängerung nicht zustimmen wird, sondern über die vorhandenen Förderprogramme die entsprechenden Leistungen zu erbringen gedenkt.

Ich persönlich hoffe sehr, dass es uns in diesem Jahr gelingt – zwischen Bundestag und Bundesrat, das heißt zwischen allen Parteien, die dazu gebraucht werden –, das Zuwanderungsgesetz mit einer soliden Mehrheit und einem vernünftigen rechtssicheren Verfahren zu verabschieden. Alles andere ist keine Alternative. Ich will das auch begründen:

Zum einen haben wir im Zuge der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz auch eine Diskussion um den Zugang von Spätaussiedlern. Auch wenn die sozusagen nicht expressis verbis im Zuwanderungsgesetz behandelt wer-

den, ist das, was stattfindet, eine echte Diskussion. Wir haben bei dieser Diskussion um Spätaussiedler Diskutanten, das sind die Innenminister der Länder, die viel größere Gruppen haben als wir in Mecklenburg-Vorpommern, die sagen, wir brauchen für eine Integrationsleistung beide Seiten, und zwar den Staat und den zu Integrierenden. Und diejenigen, die als Spätaussiedler zu uns kommen, die müssen eigentlich auch einen Sprachtest in den Herkunftsländern, aus denen sie kommen, nämlich bei den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, ablegen, um ein Mindestmaß an Integrationsvoraussetzungen nachweisen zu können. Ich halte das für richtig. Und das berührt die andere Seite der Fragestellung: Welche Leistungen soll dann die Bundesrepublik Deutschland erbringen? Wenn wir diese beiden Komponenten, die beiden Pole, bei der Frage nach einer sinnvollen Integration zusammenbinden, meine ich, bekommt man das Problem besser gelöst.

Zurzeit haben wir in Mecklenburg-Vorpommern circa 2.700 Spätaussiedler pro Jahr, die ins Land kommen. Das ist eine immense Integrationsaufgabe, vor der insbesondere die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern stehen. Ich habe Verständnis für diejenigen, die sagen, dann müssen wir auch einen Sprachtest bei den Familienangehörigen machen, die bislang bei diesen Zuzugsregelungen außen vor waren. Das ist der ganze Bereich der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Wir wissen aus den Prognosen, die die Bundesregierung gemacht hat, dass wir einen Rückgang von Antragstellerinnen und Antragstellern haben und demzufolge auch in den nächsten Jahren eine Entspannung in diesem Bereich bekommen. Aber die Lage ist immer noch angespannt.

Eine zweite Gruppe ist die der anerkannten Asylsuchenden. Es ist völlig klar, dass eine Integration erfolgen muss, denn sie haben einen dauerhaften Status und müssen integriert werden. Deswegen werden wir als Landesregierung den Antrag auf die Verlängerung des Garantiefonds unterstützen. Das Wort „Garantiefonds“ allerdings meint hier, dass am Ende einer Integrationskette die Leistungen zu erbringen sind, die zuvor durch andere Leistungsgesetze oder Leistungsverordnungen nicht erbracht werden konnten. Das heißt, dieser Garantiefonds unterliegt auch dem Subsidiaritätsgedanken. Alle anderen Leistungen müssen erst einmal greifen bis hin zur Sozialhilfe, bevor dieser Fonds zum Zuge kommen kann. Er umfasste im Jahr 2003 in Mecklenburg-Vorpommern ein Volumen von 1,2 Millionen Euro und steht voraussichtlich, wie gesagt, im nächsten Jahr erst einmal nicht zur Verfügung.

Das Gesamtproblem der Integration von Ausländern und von Spätaussiedlern ist, ich sage es noch einmal, nur im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz im Ganzen zu lösen, und zwar finanziell, aber auch rechtlich. Wir haben drei Aufgabengebiete, die wir uns in den nächsten Wochen vornehmen:

Erstens. Die Integrationsleistungen, über die wir hier sprechen, das sind die Leistungen, die der Bund und die die Länder erbringen, aber auch die Leistungen, die die Kommunen meistens für die Länder erbringen.

Zweitens. Es sind humanitäre Fragen zu klären.

Drittens. Das ist vielleicht der schwierigste Bereich, das ganze Thema der Arbeitsmigration und der Berechtigung der hier lebenden Ausländer, die einen Zugang für den Arbeitsmarkt erhalten müssen, zu diskutieren.

Ich hoffe, dass für alle Beteiligten und für alle Betroffenen, vor allem in diesem Bereich, das Zuwanderungsgesetz verabschiedet werden kann, auch wenn in einzelnen Bereichen die Meinungen noch sehr weit auseinander gehen. Ich sehe wirklich keine Alternative dazu, weil sonst im nächsten Jahr eine Vielzahl von Programmen, quasi weil sie ausgelaufen sind, nicht mehr umgesetzt werden können und viele Gruppen, um die es hier geht, dann in der Luft hängen. Und das wollen wir gemeinsam nicht. Insofern bitte ich um Unterstützung zum Antrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann da weitermachen, wo der Innenminister eben aufgehört hat. Wir brauchen dringend eine Regelung, die sicherstellt, dass die Menschen, die hier dauerhaft leben dürfen, auch tatsächlich integriert werden können. Dazu ist die Sprache mit Sicherheit der wesentliche Anteil. Nur, meine Damen und Herren, es hilft da nichts, jetzt nach dem Motto zu schieben, die haben da nicht zugestimmt und jene haben Theater gemacht. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass das, was Herr Wowerit als Bundesratspräsident seinerzeit getan hat, nicht unserer Verfassung entsprach. Deswegen ist dieses Gesetz zurückgewiesen worden und wird derzeit noch einmal beraten. Der Innenminister hat darauf hingewiesen, es sollte also im Zusammenhang mit dem Bundesverfassungsgericht das Wort „Theater“ etwas zurückgestellt werden.

(Peter Ritter, PDS: Ich habe das im Zusammenhang mit Herrn Koch benutzt und Herr Koch ist ein brillanter Schauspieler.)

Das mag sein. Das ist er sicher auch, denn jeder von uns hat seine Qualitäten. Aber zumindest ist er ein richtig guter Landeschef und ich würde mir wünschen, dass unserer so gut wäre.

Aber, meine Damen und Herren, um die Spannung gleich vorwegzunehmen, natürlich können und werden wir diesem Antrag zustimmen, weil er in die richtige Richtung geht. Allerdings, und das muss ich auch sagen, wenn man so die Reihenfolge beguckt, ist das wohl vorrangig der Wunsch der PDS gewesen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie im Bundestag noch vertreten wären, dann wüssten Sie, dass es längst einen Antrag im Deutschen Bundestag gibt, nämlich vom 14.10.2003, in dem genau das, was der Innenminister hier eben vorgetragen hat, Gegenstand ist. Dem muss man einfach nur zustimmen. Dann ist zumindest einmal das Problem, das wir im Augenblick in den Ländern haben, gelöst. Der Innenminister weiß das natürlich, weil er diese Drucksache auch kennt. Es ist die Drucksache 15/1691 und da steht im Einzelnen drin, worin das Problem liegt. Es liegt bedauerlicherweise auch beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die dort nämlich die Mittel in erheblichem Maße gekürzt haben. Es stimmt, Herr Innenminister, es trifft die Letzten in der Kette, da haben Sie vollkommen Recht. Aber es muss natürlich so sein, dass auch die übrigen Integrationsfördermittel, nämlich die Sprachfördermittel, zur Verfügung stehen. Dazu gibt es im Bundesrat bereits einen einge-

brachten Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen, der ist vom 02.07.2003, es gibt das holländische Modell der Koalitionsvereinbarung, das liegt Ihnen vielleicht näher, in Berlin gibt es auch solche Vorschläge und schließlich gibt es das Zuwanderungsgesetz. Wenn Sie genau hingucken, dann werden Sie feststellen, im Zuwanderungsgesetz steht am wenigsten zur Integration. Das können Sie schon bei den Sprachstunden feststellen.

Während das Berliner Modell, das ja das holländische Modell ist, 500 Pflichtstunden in Deutsch vorsieht, sieht das Zuwanderungsgesetz gar keine Stundenzahl vor, sondern spricht davon, dass das irgendwann durch eine Verordnung geregelt wird. Das haben wir nicht so gern, denn wir wissen immer gerne, was wir kaufen, und nicht die Katze im Sack. Das Integrationsgesetz, das Niedersachsen, wie gesagt, schon am 02.07.2003 eingebracht hat, verlangt 930 Stunden. Das, was am meisten stört auf der Bundesebene, was Niedersachsen verlangt – das verlangen übrigens alle Länder, das weiß ich, dass das unser Land auch tut –, ist eine durchaus angemessene Beteiligung des Bundes an dieser Integrationsaufgabe. Da sind wir uns in diesem Saal, glaube ich, sofort einig. Das heißt also, meine Damen und Herren, wir können dem gerne zustimmen, aber es ist eben, wie der Innenminister gesagt hat, nur ein kleines Stückchen. Wir brauchen im Grunde mehr. Wir brauchen im Grunde ein Integrationsfördergesetz, das alle diese Dinge mit umfasst.

(Angelika Gramkow, PDS: Da rennen Sie doch offene Türen ein, Herr Dr. Jäger.)

Und deswegen ist Ihr Antrag, wie man so schön sagt, ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber seien Sie ein bisschen tapferer, es sind noch viele Schritte zu tun, damit man das tun kann. Es hat übrigens etwas mit unserem Land zu tun, der Innenminister hat es ja gesagt. Einige von uns haben sehr direkte, starke und auch menschliche Kontakte zu Spätaussiedlern. Ich kann Sie nur darin bestätigen, Herr Innenminister, diese Gruppe von Menschen braucht dringend unsere Zuwendung. Ich kann mir schon vorstellen, wie schlimm es ist, in einer Stadt zu wohnen, in der man die Sprache der Menschen, die um einen herum sind, nicht kennt und einem nicht genügend angeboten werden kann. Die Städte in unserem Lande tun eine ganze Menge, aber sie können das nicht, was auf Bundesebene gerade zusammengestrichen wird, aufhalten.

Ich wünsche mir, dass Ihr Antrag die Landesregierung richtig ermuntert, in diese Richtung nicht diesen halben Schritt zu gehen. Ich glaube, der ist ganz einfach zu machen. Aber die fünf Schritte, die notwendig sind, dass Menschen in diesem Lande und in allen Bundesländern integriert werden und hier in Freiheit und Mitwirkung leben können, die müssen gemeinsam gemacht werden und da sehe ich noch nicht genügend in Ihrem Antrag. Wir stimmen ihm zu, es ist aber noch zu wenig. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir die Aussprache fortsetzen, möchte ich an dieser Stelle den albanischen Botschafter Herrn Gazmend Turdiu ganz herzlich begrüßen. Herr Gazmend Turdiu ist zusammen mit dem Verteidigungsattaché seines Landes beim Panzerbataillon 403 in Stern Buchholz zu Besuch. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Voland.

Angelika Voland, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als letzte Sprecherin kann ich eigentlich nur den Antrag von Herrn Jäger unterstützen, der sagt, dass das der erste Schritt ist. Wir würden mit Ihnen gerne die nächsten fünf Schritte gehen wollen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, machen wir.)

damit etwas Vernünftiges herauskommt.

Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, was hier schon sehr deutlich geworden ist, dass Sprachintegration nur wirklich ein Baustein von einer richtigen Integration ist. Er ist ein sehr wichtiger Baustein. Ich darf einmal die Ministerin zitieren: „Gemeinsames Ziel der Ausländer und Ausländerpolitik der Bundesregierung ist die Integration von rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländern, insbesondere ausländischen Arbeitnehmern und Spätaussiedlern. Sie sollen entsprechend den Grundsätzen der Integrationspolitik in die hiesige Wirtschaft, soziale und rechtliche Ordnung eingegliedert werden.“ Das ist die Aussage unserer Bundesrepublik. Ich gebe ihr in der Hinsicht Recht. Wenn der Garantiefonds ausläuft, der für mich auch nicht das Nonplusultra war, da gibt es große Probleme, denn auch der ist im Jahre 2001/2002 gekürzt worden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Auch der ließ damals zu, Kinder ab erster Klasse außerschulisch zu unterrichten mit der Sprache.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist leider aus Finanzgründen damals schon weggefallen, was ich sehr bedauere, denn jeder von uns weiß eigentlich, je zeitiger man damit beginnt, Kinder zu integrieren, je unkomplizierter ist es, sie in dem Prozess groß werden zu lassen. Das kann Ihnen jeder sagen. Und wir haben eben das Beispiel gehört, wenn man sich nicht auf einer Straße verstehen kann. Ich möchte das noch einmal deutlich machen, denn wenn ich mit jemandem nicht reden kann, und hier sind Dinge bei uns im Landtag gefallen, dann kann man sich entschuldigen, weil ich die Sprache verstehe und weil ich möglicherweise den anderen dann auch so weit verstehen kann. Wenn das nicht funktioniert und es nicht die Möglichkeit gibt, dann spricht nicht die Sprache, sondern dann sprechen die Fäuste.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wenn wir aufpassen wollen, dass Rechtsextremismus in unserem Land keine Chance hat, müssen wir es schaffen, dass wir auch Kinder und Jugendliche so integrieren, dass sie sich sprachlich wirklich ausdrücken können und damit die Chance haben, auch eine berufliche Laufbahn so problemlos anzunehmen, wie unsere deutschen Kinder es auch können. Ich bedauere, dass der Garantiefonds nicht auch die Chance ließ, so zeitig wie möglich mit einer Sprachintegration für diese Kinder zu beginnen.

Wenn ich mir aber den Entwurf des Zuwanderungsgesetzes angucke und die Paragraphen 43 bis 46 im Umfang nehme, dann muss ich Ihnen Recht geben, Dr. Jäger. Eigentlich ist nichts drin. Es ist nicht mehr vorgesehen,

dass außerschulisch Sprachkurse angeboten werden. Man versucht das auf die Länder und auf die Kommunen abzuschieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich denke, das ist nicht die richtige Möglichkeit, denn die Bundesrepublik hat damals den Schritt getan, Spätaussiedler ins Land zu holen, dann ist sie meiner Meinung nach auch dafür verantwortlich, dass sie in einer vernünftigen Form integriert werden. Für mich heißt Integration nicht nur Sprache, sondern auch die ganze soziale und kulturelle Betreuung spielt da eine relativ große Rolle, so dass man sagen muss, also bitte passen wir auf, denn jetzt ist noch die Chance da, in dieses Gesetz ihre nächsten Schritte einzuarbeiten, damit wir nicht wieder hier stehen und sagen, jetzt haben wir möglicherweise einen kleinen Schritt geschafft und wir haben die Chance gefunden, eine Übergangslösung für den Garantiefonds zu finden. Wir haben aber nicht die umfassende Chance gefunden, mit unseren Kindern so zu verabreden, dass sie auch die Chance haben, vom Elementarbereich bis zur beruflichen Integration das in Anspruch zu nehmen. Wir haben es nicht geschafft, außer der sprachlichen Einbindung auch unsere kulturelle, soziale und rechtliche Einbindung hinzukriegen.

Ich denke, wir haben hier im Hause relativ gute Fortschritte gemacht. Leider bedauere ich immer, dass dieses Problem, was wir heute aufgreifen, sehr wenige interessiert. Das finde ich richtig schade. Auch wenn wir weniger, verhältnismäßig wenige Ausländer, Aussiedler in unserem Land haben, sind sie ein Prozentsatz, der integriert werden muss und sollte. Dann muss ich dazusagen, lassen Sie uns diese fünf Schritte gemeinsam vorwärts gehen! Wenn wir es schaffen, ein supertolles Kinderförderungsgesetz hinzukriegen, wo auch Sprachförderung schon im Elementarbereich eine Rolle spielt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

dann sollten wir darauf aufbauen und wir sollten diesen Prozess nicht abreißen lassen. Wir sollten versuchen, diese Kinder so weit zu fördern, denn wenn ein Kind in der Schule sprachlich seine Mathematikaufgabe gar nicht lesen kann, dann wird es möglicherweise in der Mathematik eine 5 oder eine 6 bekommen. Das heißt durchaus nicht, dass das Kind nicht Mathe kann, es hat einfach diesen Text nicht verstanden. Ich denke, darum ist es wichtig, bevor wir uns die Probleme hinterher aufladen, mit Gewalt, mit zusätzlicher Möglichkeit einer Extraschulbildung, weil die Kinder es mit Förderschulen nicht geschafft haben, das ist das, was uns dann wirklich Geld kostet. Wenn wir die Leitlinien für die Integration hier im Hause einmal vernünftig verabschieden werden, hoffe ich, dass wir dann den Schritt vom Elementarbereich bis zur Schule und bis zur Integration in den Beruf mit unseren Kindern und Jugendlichen hinkriegen. Das wünsche ich mir. Ich freue mich darüber, dass das übergreifend auch so gesehen wird.

Aber um eines möchte ich bitten: Wir werden trotzdem das Problem aufgreifen und den Innenminister bitten, für uns noch einmal tätig zu werden. Auch wenn schon ein Antrag da ist, hilft es möglicherweise, dass auch unser Parlament sich dieser Problematik gestellt hat. Ich würde sagen, bevor wir dann dieses verbesserte Zuwanderungsgesetz bekommen, was vielleicht unseren Intentionen entspricht, sollten wir den Spatz in der Hand lieber nehmen, wer weiß, ob wir die Taube auf dem Dach bekommen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, einzelnen Abgeordneten der PDS und Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Volland.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/867. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/867 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Reformpaket zur kurzfristigen Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung, auf Drucksache 4/873.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Reformpaket zur kurzfristigen
Stabilisierung des Beitragssatzes in
der gesetzlichen Rentenversicherung
– Drucksache 4/873 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schubert von der CDU-Fraktion.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Wochen wurden die Bürger und ganz besonders die Rentner der Bundesrepublik und damit auch unseres Landes durch die unterschiedlichsten Aussagen zur Rentenpolitik verunsichert.

Am 6. November 2003 beschloss der Bundestag mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen kurzfristige Maßnahmen, die ab 2004 zur Geltung kommen sollen. Das ist zum einen die Nullrunde, das heißt der Verzicht der Rentner auf eine Erhöhung ihrer Bezüge. Dies geschieht zum ersten Mal in der Geschichte der Rentenanpassung in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus hat die rot-grüne Regierung beschlossen, dass die Rentner ab April 2004 den Beitrag zur Pflegeversicherung in Höhe von 1,7 Prozent allein tragen müssen. Bisher zahlten sie nur die Hälfte. Unter Berücksichtigung der soeben genannten Maßnahmen wird die Rente um 0,85 Prozent geringer für die Rentner ausfallen. Auch dies ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik und entspricht nicht einer ausgewogenen Verteilung der Lasten. Die Senkung der Schwankungsreserve von 50 Prozent auf 20 Prozent wurde ebenfalls in das Zweite Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze mit aufgenommen. Im Dritten Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze ist schließlich eine Verschiebung des Rentenzahlungstermins auf das Monatsende vorgesehen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Diese Maßnahmen sollten zur Sicherung eines stabilen Beitragssatzes in Höhe von 19,5 Prozent beitragen, so lautet die Begründung in beiden Gesetzentwürfen. Doch bereits jetzt spricht man von einer weiteren Nullrunde im Jahre 2005. Dies ist nachzulesen in einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ vom 05.11.2003. Ich zitiere: „Die Warnung vor einer weiteren Nullrunde im Jahre 2005 hat zu einem heftigen Streit zwischen dem Verband der deutschen Rentenversicherer und Bundessozialministerin Ulla Schmidt geführt. Der Verband hatte unter Berufung auf

einen Gesetzentwurf aus dem Sozialministerium berichtet, dass vermutlich nicht nur 2004, sondern auch 2005 eine Nullrunde für die Rentner bevorstehe.“ Zitatende. Trotz heftiger Kritik der Sozialministerin – ich zitiere: „Noch sei nichts entschieden, die Regierung wolle auf der Grundlage des Entwurfs vielmehr zunächst Stellungnahmen einholen.“ – ist dies jedoch höchst zweifelhaft, denn legt man die Zahlen aus einer Pressemitteilung des Bundessozialministeriums vom 27.11.2002 zugrunde, dann wurde eine sehr optimistische Prognose über die Rentenbeitragsätze gemacht.

Dieser beschlossene Rentenversicherungsbericht 2002 stellt die vergangenen Jahre und die Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung in den kommenden 15 Jahren dar. Danach soll der Beitragssatz in der Rentenversicherung, auch bei einer schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung und erkennbarer Finanzrisiken, im Jahre 2003 maßvoll auf 19,5 Prozent ansteigen. Die langfristigen Varianten zeigen, dass die Beitragssätze bis 2006 die 19,5 Prozent nicht übersteigen werden.

Auch bei der Schwankungsreserve ging man von einem Korridor von 0,5 bis 0,7 Monatsausgaben aus. Dass diese Prognosen vollkommen danebenlagen, zeigt die im Gesetz beschlossene Reserve von 0,2, und dies nicht einmal ein Jahr später.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen können Sie dem Rentenversicherungsbericht 2002 entnehmen. Falls Sie noch Argumentationsmaterial für Ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat benötigen, hier weitere Zahlen: „Bei dem Beitragssatz von 19,5 v.H. wird zum Jahresende 2003 eine Schwankungsreserve von 10,4 Mrd. Euro entsprechend 0,66 Monatsausgaben vorausgeschätzt. Unter Berücksichtigung der ab 2004 gültigen Verstetigungsregelung sinkt der Beitragssatz auf Basis der mittelfristigen Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2004 auf 19,4 v.H., im Jahr 2005 auf 19,2 v.H. und im Jahr 2006 auf 19,1 v.H.“ Zitatende.

Ich sage Ihnen, dieses beschlossene Rentenreformpaket ist so unrealistisch wie die Prognosen im Rentenbericht 2002. Aus meiner Sicht stört mich, dass die Maßnahmen der Bundesregierung durch Willkür, Unstetigkeit und Verschleierung geprägt sind. Ein großes Gesamtkonzept steckt nicht dahinter. Damit werden die vorhandenen Bereitschaften der Menschen zu wirklich grundlegenden und tief greifenden Reformen sowie das Vertrauen der Menschen in unser Rentensystem zerstört.

Stichwort Willkür. Die Rentenanpassung wird einfach ausgesetzt. Es wird der volle Beitrag zur Pflegeversicherung erhoben. Aber die Diskussion im Deutschen Bundestag hat gezeigt, dass dies nicht aus systematischen Überlegungen heraus getan wurde, sondern nur, um am Ende Geld in die Kassen zu pumpen.

Vor wenigen Wochen haben die Regierungsparteien auf Bundesebene im Haushaltsbegleitgesetz die Kürzung der Rentenzuschüsse um 2 Milliarden Euro beschlossen. Jetzt wurde diese Kürzung rückgängig gemacht. Ein Gesetz ist noch nicht einmal richtig in Kraft getreten, da wird es schon wieder zurückgenommen. Meine Damen und Herren, da sollen die Bürger noch Vertrauen zur Politik haben? Ein deutlich spürbarer Vertrauensverlust wird doch gerade durch eine solche unstetige und beliebige Rentenpolitik ausgelöst. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einer chaotischen und konfuse Politik auf Kosten der Bürger sprechen.

Stichwort Verschleierung. Wer die Menschen über die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Rentenhöhe im Unklaren lässt, der darf sich am Ende nicht wundern, dass die Bereitschaft, privat oder betrieblich vorzusorgen, derart unausgeprägt ist, wie es im Moment der Fall ist.

Zum demographischen Faktor. 1998 von den Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch als unanständig verdammt, sagt der Kanzler nun, die Zurücknahme war ein Fehler. So ehrenhaft es ist, endlich einmal einen Fehler zuzugestehen, dieser Fehler hat uns fünf Jahre gekostet. Die Menschen in diesem Land haben dadurch viel Geld und noch mehr Vertrauen verloren. Die rot-grünen Koalitionäre in Berlin haben es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geschafft, dass es reale Rentenkürzungen geben wird. Unter Berücksichtigung der Nullrunde und dem ab April 2004 zu entrichtenden Pflegebeitrag in Höhe von 1,7 Prozent wird die Rente monatlich durchschnittlich 7 Euro geringer ausfallen. Legt man zugrunde, dass in Mecklenburg-Vorpommern 16,9 Prozent aller Einwohner 65 Jahre und älter sind, verliert unser Bundesland circa 2 Millionen Euro monatlich. Damit geht Mecklenburg-Vorpommern eine nicht unerhebliche Kaufkraft verloren.

Spätestens jetzt, meine Damen und Herren von der SPD und PDS, sollten Sie nachdenklich werden und die Notwendigkeit unseres Antrages sehen, denn es trifft uns schon als ärmstes Bundesland, wenn die Kaufkraft unserer Rentner weiter sinkt und wir zudem weniger Rentner als Urlauber in unserem Bundesland begrüßen können. Ich denke noch an die Debatte in diesem Haus zum Thema „Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern“. Damals haben Sie von SPD und PDS noch ausführlich dargelegt, wie wichtig Mecklenburg-Vorpommern als Tourismus- und Gesundheitsland für die Menschen ist. Das beschlossene Notprogramm kann uns nicht aus der Rentenkrise retten. Wir brauchen schlüssige Konzepte und keine ständigen Notoperationen.

Werte Abgeordnete, die deutsche Rentenversicherung hat eine lange, wechselvolle Geschichte. Die moderne Rentenversicherung ist im Jahre 1957 Lohn bezogen und dynamisch geschaffen worden. Das heißt, die Rente stellt kein Almosen dar, sondern ist die Gegenleistung im Alter für eine lebenslange Arbeitsleistung. Die Rentner haben durch die von der CDU 1957 geschaffene umlagenfinanzierte Versicherung die Garantie, dass sie an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen. Die deutsche Rentenversicherung hat viele Umwälzungen und manche Krisen überstanden. Ich erinnere daran, dass Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in die Rentenversicherung aufgenommen wurden

(Torsten Koplin, PDS: Das hat Herr Seehofer im Bundestag auch gesagt.)

und deren Lebensabend somit abgesichert wurde. Ich erinnere daran, dass Altersarmut in Deutschland weitgehend überwunden ist. Etwa 1,5 Prozent der älteren Bevölkerung sind auf Sozialhilfe angewiesen. Das ist nicht einmal die Hälfte derjenigen aus der aktiven Bevölkerung, die Sozialhilfe erhalten. Viele Inflationen und Wirtschaftskrisen sind überwunden worden. Das zeigt, wie leistungsfähig und robust dieses System ist. Nur die falsche Bundespolitik hat zum ersten Mal dazu beigetragen, dass die Rentenfianzen total zerrüttet sind und dass das Vertrauen der Menschen in die Rentenversicherung zerstört worden ist.

Meine Damen und Herren, in seiner Rede im Deutschen Bundestag stellte Horst Seehofer einige Punkte dar, die notwendig sind, um aus der ständigen Flickschusterei herauszukommen. Deshalb forderte er:

Das Erste und Wichtigste ist, dass die Regierung zu Wahrheit und Klarheit in der Rentenpolitik zurückkehrt. Dazu gehört auch, dass die Bundessozialministerin nicht mehr erlaubt, dass die Rentenversicherungsträger die Menschen darüber informieren, dass ihre Rente im Jahre 2020 oder 2030 auf eine Höhe ansteigen wird, die man nur als Phantasie oder Illusion bezeichnen kann.

Das Zweite ist, kein Mensch weiß mehr, wo ihm in der Rentenpolitik der Kopf steht. Es herrscht totale Verunsicherung. Heute verabschieden Sie zwei Gesetze und kündigen gleichzeitig die Rentenbesteuerung, die Organisationsreform der Rentenversicherung und mittel- und langfristige Maßnahmen an. Legen Sie endlich eine ganzheitliche Rentenreform vor, die die aktuellen, aber auch die langfristigen Probleme löst! Die Menschen sind zur Erneuerung und auch zu Opfern bereit.

Drittens. Reparieren Sie nicht immer nur! Sie schließen immer nur Lücken und reparieren, aber Sie gehen nicht an die eigentliche Ursachenbekämpfung heran. Es beginnt mit der Rentenformel. Die Rentenformel muss eine Vertrauensformel sein. Schluss mit der Willkür, von Jahr zu Jahr zu entscheiden, in welcher Form die Rentner an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen!

Meine Damen und Herren, dies ist unser Ansatzpunkt. Wir fordern die Landesregierung auf, bei den Abstimmungen im Bundesrat nur einem schlüssigen Gesamtkonzept zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung den Vorrang gegenüber schnellen Rentenkürzungen in Form eines Notpaketes einzuräumen. Noch besteht die Möglichkeit, die beiden Gesetzentwürfe im Wege des Einspruchs oder aber des Zustimmungsverfahrens zu verhindern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte folgen Sie unserem Antrag im Interesse der jetzigen und der zukünftigen Rentner. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke Herr Schubert.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Am 6. November hat der Bundestag kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung des Rentenbeitrags in Deutschland beschlossen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Rentenbeitrag bei 19,5 Prozent im kommenden Jahr zu stabilisieren. Damit sollen die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung geschaffen werden. Es sollen Impulse für die Sicherung und den Aufbau von Beschäftigung aus dieser Maßnahme gegeben werden.

Die Zielsetzung insgesamt ist aner kennenswert, aber was konkret steht uns ins Haus? Es wird eine Nullrunde für Rentnerinnen und Rentner im kommenden Jahr geben. Ist das ein Impuls für Beschäftigung? Man muss wohl deutlich sagen: Nein. Eine Rentenanpassung auszusetzen, bedeutet zunächst einmal einen Verlust an Kaufkraft.

Aber gerade die Kaufkraft wird für mehr Beschäftigung und für Impulse an die Wirtschaft gebraucht. Schwer wiegt der Vertrauensverlust, der mit einem solchen Schritt einhergeht. Der einstmals von Norbert Blüm plakatierte Grundsatz „Die Rente ist sicher.“

(Torsten Koplin, PDS: Das ist ein legendärer Satz.)

gilt eben schon lange nicht mehr. Und das werden viele Rentnerinnen und Rentner am 1. Juli nächsten Jahres dann auch spüren. Vertrauen ist das Kapital, das man zur Bewältigung einer Wirtschaftskrise braucht. Das Vertrauen ist mit der Aussetzung der Rentenanpassung zum 1. Juli enttäuscht und ich befürchte stark, dass die langfristigen Folgen, die man sich aus dieser Maßnahme verspricht, viel stärker wiegen als der kurzfristige Kaufkraftverlust.

Das gilt in gleichem Maße für die einseitige Verlagerung der Zahlungslasten der Beiträge zur Pflegeversicherung auf die Rentner. Bisher – so ist es ja bekannt – wurde die Hälfte des Beitragssatzes von der gesetzlichen Rentenversicherung übernommen. Zukünftig nun sollen die Rentner ganz allein für die Pflegeversicherung aufkommen. Für die Rentnerinnen und Rentner bedeutet dieser Schritt, dass sie für die Kosten ihrer Pflege eben nicht die Hilfe der Solidargemeinschaft in Anspruch nehmen können, sondern dass sie ganz allein für sich zu sorgen haben. Die Psychologie dieser Entscheidung ist nicht zu unterschätzen. Sie wird von den Rentnerinnen und Rentnern zu Recht als unsolidarisch angesehen werden.

Auch die anderen beiden Teilschritte tragen Züge hektischen Agierens. Das muss man leider so feststellen. Das gilt sowohl für die Verschiebung des Rentenauszahlungstermins auf das Monatsende für Neurentner, deren Rente also ab 01.04.2004 beginnt. Das gilt aber auch für die Reduzierung der Schwankungsbreite von 50 auf 20 Prozent. Problematisch daran ist, dass ein Gesamtkonzept hinter diesen kurzfristigen Maßnahmen, die für die Menschen durchaus als Opfer einzuschätzen sind, im Land nicht erkennbar ist.

(Peter Ritter, PDS: Richtig!)

Die zusätzlichen Belastungen durch die Korrektur des Beitragssatzes bei der Pflegeversicherung können schon heute konkret beziffert werden. Bei einer durchschnittlich in Mecklenburg-Vorpommern verfügbaren Rente für Frauen in Höhe von rund 630 Euro sind Belastungen von 5,35 Euro zu tragen und bei einer durchschnittlich verfügbaren Rente der Männer von derzeit 1.033 Euro werden diese Belastungen 8,78 Euro monatlich betragen. Genaue Auswirkungen über den Wegfall der Rentenanhebung zum 01.07. sind bisher noch nicht möglich. Ein Rentenanpassungsprozentsatz ist im Augenblick durch die Bundesregierung noch nicht festgelegt worden.

Unter dem Strich wird man also konstatieren müssen, dass die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern wegen des insgesamt noch unterschiedlichen Rentenniveaus in besonderer Weise von dieser hier vorgesehenen Korrektur betroffen sein werden. Hierbei muss man bedenken, dass den Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Ländern ja eben überdies die zusätzlichen Einnahmequellen aus Kapitalerträgen, Betriebsrenten und ähnlichem, die im Westen unseres Landes einen beträchtlichen Teil der Altersversorgung ausmachen, fehlen. Insofern ist eine umfassende Folgeabschätzung zur zukünftigen durchschnittlichen Rentenhöhe in Meck-

lenburg-Vorpommern deshalb kaum machbar, wie es hier im Antrag gefordert wird. Das ist für mich auch ein Grund, diesen Antrag nicht zu befürworten.

Es gibt aber auch noch eine Reihe anderer Gründe. Die gesetzliche Rente ist eine leistungsfähige sozialstaatliche Errungenschaft. Der Generationenvertrag, das Umlageprinzip haben die übergroße Mehrheit der abhängig Beschäftigten im Alter in den vergangenen Jahren vor Armut bewahrt. Rente ist Alterslohn für Lebensarbeitsleistung. Die solidarisch finanzierte Rente sollte deshalb in ihren Grundzügen erhalten und unter Berücksichtigung der sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse weiterentwickelt werden. Eine gesetzliche Rente, in der jeder nur für sich allein nach versicherungsmathematischen Gesichtspunkten Vorsorge trifft, halte ich weder für zeitgemäß noch für zukunftsfähig.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist barbarisch.)

Denkmodelle, wie sie in den letzten Tagen und Wochen immer wieder von der CDU propagiert wurden, verdienen deshalb eine klare Absage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Auch bei der Rente, Herr Renz, gilt in großem Maße das, ...

(Torsten Renz, CDU: Die Grünen sind in Berlin an der Macht, das vergesst mal nicht!)

Herr Renz, darf ich Sie bitten.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

... was wir hier an dieser Stelle

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

im Rahmen zahlreicher Tagesordnungspunkte zur gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert haben. Ursache der Finanzierungs Krise, die wir auch bei der Rente haben, ist vor allem die lang anhaltende und ständig steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland. Hinzu kommt die missbräuchliche Nutzung der Finanzen des Rentenfonds für gesamtgesellschaftliche Ausgaben, die aus Steuern zu finanzieren gewesen wären. Und dem Widerspruch zwischen steigenden Ausgaben und geringer werdenden Einnahmen bei der Rentenversicherung darf man deshalb nicht durch ständige Kürzungen der Leistungen, sondern eben nur durch eine Erhöhung der Einnahme begegnen. Durch eine Einbeziehung aller Beschäftigten und eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen sind auch bei der Rentenversicherung, ähnlich wie wir es bei der Krankenversicherung diskutiert haben, die Einnahmen zu erhöhen. Aber an der Finanzierung der Aufwendungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sowohl aus Beiträgen als auch Steuern geht meiner Meinung nach in Zukunft kein Weg vorbei. Den in der Vergangenheit typischen Versicherungsverlauf, der von einem 40- bis 45jährigen Vollbeschäftigungsanteil vorwiegend in einem Beruf – das war ja oftmals eine ununterbrochene Berufstätigkeit – bestimmt war, wird es so in dieser Form künftig nicht mehr geben. Das sind Veränderungen, die man berücksichtigen muss. Diese Veränderungen in den materiellen Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt werden immer mehr zu unsteten Versicherungsverläufen, zu Teil-

zeitarbeitsverhältnissen, also zu unsteten Berufsbiographien führen mit entsprechend veränderten Einkommen.

Die PDS und auch mein Ministerium haben sich deshalb für das Konzept einer Rente mit Grundbetrag ausgesprochen. Einem Mehr an Beiträgen soll bei diesem Konzept grundsätzlich auch ein Mehr als Leistung gegenüberstehen. Die solidarische Rentenversicherung hat aber eben auch soziale Benachteiligungen auszugleichen. Beiträge und Leistungen haben das zu berücksichtigen. Rentenkonzepte der Zukunft werden deshalb über Grundbeträge nachdenken müssen, die deutlich über der Sozialhilfe liegen. Die Dynamisierung der darüber hinausgehenden Anwartschaften sollte aber überprüft werden. Nicht nachvollziehbar ist für mich beispielsweise, warum wir immer noch von einer einheitlichen prozentualen Rentenanpassung ausgehen. Damit wachsen ohnehin hohe Renten schnell und ohnehin kleine Renten nur ganz langsam, also eine Schere, die bei fortschreitendem Lebensalter immer weiter auseinander klappt. Ich denke, das sind Ansätze, über die wir auch auf Ebene unseres Landes in der Zukunft nachdenken müssen.

Verehrte Abgeordnete der CDU, verehrter Herr Rehberg,

(Peter Ritter, PDS: Nicht anwesend.)

Sie fordern uns in dieser Situation als Landesregierung auf, bei den Abstimmungen im Bundesrat einem schlüssigen Gesamtkonzept zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung den Vorrang gegenüber einem Notpaket der Bundesregierung einzuräumen. Ein solches Konzept haben auch Sie, meine verehrten Damen und Herren von der CDU, bis heute nicht vorgelegt. Ihre Bundesvorsitzende Frau Merkel hat sich zwar hinter die Vorschläge der Herzog-Kommission gestellt,

(Torsten Koplin, PDS: Fürchterlich.)

sie will die Rente mit 67, ansonsten soll nur derjenige abschlagsfrei Rente beziehen dürfen, der 45 Beitragsjahre vorzuweisen hat und das 63. Lebensjahr vollendet hat. Das, denke ich, ist doch alles in allem kein schlüssiges Gesamtkonzept, dem man zustimmen könnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

CDU und CSU haben bisher noch keine gemeinsame Grundposition erarbeitet und wir dürfen gespannt sein, ob es überhaupt zu einer gemeinsamen derartigen Grundposition kommen wird. Es vergeht kaum ein Tag, an dem Herr Ministerpräsident Stoiber nicht wieder eine neue Rentenidee präsentiert.

(Torsten Renz, CDU: Wer macht denn die Renten nach Kassenlage? Das ist doch die Bundesregierung!)

Insofern, denke ich, verehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion, es wäre erst einmal Einigkeit in Ihren eigenen Reihen zu finden, ein solches Konzept Ihrer eigenen Vorstellungen zu präzisieren. Nach alledem halte ich es im Augenblick für eine Zumutung, die Landesregierung mit Blick auf ein nicht näher bezeichnetes Konzept der CDU auf ein Abstimmungsverhalten im Bundesrat festlegen zu wollen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt sicherlich angenehmere Tage im Leben eines Abgeordneten, als heute die Rentenkürzungen auf Bundesebene hier auch noch zu verteidigen. Ich persönlich – und ich glaube, auch meine Genossen hier im Land – bedauere sehr, dass es zu einem solchen Notprogramm der Bundesregierung zur Stabilität des Beitragssatzes für die gesetzliche Rentenversicherung kommen musste.

(Torsten Koplin, PDS: Sie haben meinen Respekt, Herr Dr. Nieszery.)

Uns ist sehr wohl bewusst, dass wir den Rentnern auch in unserem Land nicht nur gewisse, sondern auch zu beziffernde Härten zumuten. Das betrifft nicht nur die Nullrunde, meine Vorredner haben das alles ausgeführt, sondern auch die volle Beitragszahlung zur Pflegeversicherung und natürlich auch den Auszahlungstermin für Neurentner erst zum Monatsende. Keiner von uns, meine Damen und Herren, das können Sie mir wirklich glauben, ist glücklich mit diesem Notprogramm. Dennoch, denke ich, ist es ein notwendiges und legitimes Mittel, um wesentliche Ziele des Gesamtreformpaketes zu verwirklichen, und das heißt, das sind Ausschließung von Beitragserhöhungen und damit Absenkung der Lohnnebenkosten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich denke, das ist auch bei der CDU anerkannt. Und, meine Damen und Herren von der CDU, solange Sie hier keine konkreten Vorschläge machen, wie Sie denn diese Ziele verwirklichen wollen und wie Sie das finanzieren wollen, ohne dass wir den Rentnern in die Tasche greifen, müssen Sie es hier auch mal erzählen

(Torsten Renz, CDU: Das hat von uns nie einer gesagt. Das hat nie einer gesagt.)

und nicht immer nur kluge Sprüche klopfen.

(Beifall Regine Lück, PDS)

Die politische Verantwortung, meine Damen und Herren, hat der Bundeskanzler in seiner Rede vom 10.09. übernommen. Herr Schubert hat aus dieser Rede zitiert. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich kann an dieser Stelle nur die Rentnerinnen und Rentner in unserem Land, zwar schweren Herzens, aber dennoch bitten, dieses Opfer auf sich zu nehmen. Ich denke, es wird sich in Zukunft auch wieder auszahlen.

Die eigentliche Frage, die sich hinter diesem Problem verbirgt – und da gebe ich auch meinen Vorrednern Recht, in einer doch sehr inkonsistenten Politik, was die Renten betrifft –, ist die: Wie finanzieren wir denn künftig unsere sozialen Sicherungssysteme? Und da, meine Damen und Herren von der CDU, bin ich auf eine Diskussion mit Ihnen sehr gespannt, denn hier stehen sich die Modelle Bürgerversicherung und Kopfpauschalen gegenüber. Im Wesentlichen – und das möchte ich hier ausdrücklich betonen – geht es hier um die Beibehaltung des solidarischen Prinzips, wofür wir eintreten, gegen eine zunehmende Privatisierung und es geht letztendlich um den Erhalt der sozialen Gerechtigkeit auch in unserem Land, auch in schwierigen Zeiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Torsten Koplin, PDS: Die Bundesregierung macht aber was anderes.)

Dieser Debatte sehe ich gespannt entgegen und am Ende – das wage ich hier mal als Prophezeiung und Prognose – werden wir im sozialdemokratischen Geist auch das Vertrauen unserer Bürger zurückgewinnen können, weil wir letztendlich trotz aller schwierigen Entscheidungen, die wir in der Gegenwart treffen müssen, für die Zukunft die gerechteren und sozialeren Konzepte haben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schubert hat den Antrag begründet, Frau Sozialministerin Dr. Linke ist darauf eingegangen, hat sich positioniert und hat Antworten gegeben auf die Frage nach den Auswirkungen. Dazu werde ich auch noch etwas näher erläutern wollen.

In einem Punkt, Herr Schubert, stimme ich mit Ihnen überein: Was soll man von einer Politik halten im Kern, die im Frühjahr 2001 angetreten ist und gesagt hat, wir machen eine Jahrhundertreform,

(Torsten Renz, CDU: Richtig!)

und die Dauer dieses Jahrhunderts belief sich auf ganze 24 Monate?

Die Frage, die Sie gestellt haben seitens der CDU, ist: Welche Auswirkungen hat dieses Gesetz? Frau Dr. Linke ist darauf eingegangen, welche Auswirkungen es speziell auf die Frage der Pflegeversicherung hat. Das Bundeskabinett hat auf seiner Homepage die kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen des Reformvorhabens dargestellt und an drei Punkten – an anderen Punkten ist das nicht konkretisierbar – mitgeteilt, welche Einsparungseffekte entstehen würden, und zwar durch die Nullrunde 700 Millionen Euro, durch die Rentenauszahlung zum Monatsende noch einmal eine Einsparung von 700 Millionen Euro und durch die Rentenabsenkung, durch den Nachhaltigkeitsfaktor, umgerechnet 540 Millionen Euro aufs Jahr, macht zusammen 1.940.000.000 Euro. Und das verteilt auf die Rentnerinnen und Rentner im Bundesgebiet und dann wieder übertragen auf das Land Mecklenburg-Vorpommern werden nach uns vorliegenden Berechnungen jeder Rentnerin und jedem Rentner fortan 150 Euro pro Jahr aus der Tasche gezogen, was nichts anderes heißt als – weil die Frage nach der Kaufkraft stand – 45 Millionen Euro Kaufkraftverlust an dieser Stelle. So weit zu den Auswirkungen.

(Reinhard Dankert, SPD: Mein Vater hat sich nicht beschwert. – Angelika Peters, SPD: Und meine Mutter und meine Schwiegermutter beschwerten sich auch nicht.)

Das ist möglich, dass sich Einzelne nicht beschwerten. Das muss man ganz einfach zur Kenntnis nehmen. Die Frage ist aber weniger die, sich jetzt in den einzelnen Details zu verlieren, sondern auch grundsätzlicher Natur: Muss es in unserem Land eine Politik geben und muss eine Politik verfolgt werden, in der das Land auf Kosten der Rentnerinnen und Rentner, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger die öffentlichen Kassen saniert? Und dazu fällt mir Folgendes ein, ich möchte mit einigen Beispielen arbeiten:

Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Euromillionäre in diesem Land Bundesrepublik Deutschland um 20.000 zugenommen. Wir haben mittlerweile ein Verhältnis von Arbeitslosen zu Euromillionären von 1:6. Und da frage ich: Soll da Solidarität nicht möglich sein?

Ein zweites Beispiel: Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – de facto ja die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe – soll die öffentlichen Kassen um 4,5 Milliarden Euro entlasten. Das ist erstaunlicherweise der Betrag, der den öffentlichen Kassen dadurch verloren geht, dass der Spitzensteuersatz abgesenkt wird. Und diesen Zusammenhang einmal hergestellt, zeigt sich das doch so, dass die Arbeitslosenhilfeempfängerinnen und -empfänger, die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger die Steuergeschenke der Reichen und Superreichen dieser Gesellschaft bezahlen.

Ein drittes Beispiel – und das halte ich dann für skandalös: Es ist Usus in diesem Land, dass Manager, die ihre Unternehmen an die Wand fahren, mit einem goldenen Handschlag noch belohnt werden.

(Harry Glawe, CDU: Arbeit ist zu teuer in Deutschland, Herr Kollege. Ist Ihnen das nicht bekannt?)

Und ich nenne nur einmal Ron Sommer, der dafür, dass er die Telekom fast an den Rand des Ruins gewirtschaftet hat, mit 20 Millionen Euro belohnt wurde.

(Regine Lück, PDS: So was wollen sie nicht hören.)

Und ich erinnere daran, dass Herr Esser für die Aufgabe von Mannesmann 60 Millionen bekommen hat. Einmal umgerechnet: Wie lange müsste eine Durchschnittsverdienerin oder ein Durchschnittsverdiener arbeiten, um so viel zu bekommen wie Herr Sommer? Um so viel zu bekommen, wie Herr Sommer für das Fast-an-die-Wand-Fahren der Telekom bekommen hat, müsste eine Durchschnittsverdienerin in diesem Land seit Martin Luther gearbeitet haben!

(Harry Glawe, CDU: Da müssen Sie mal mit der Gewerkschaft reden. Die haben doch zugestimmt im Aufsichtsrat.)

Und so viel, wie Herr Esser bekommen hat, da müsste der Durchschnittsverdiener gearbeitet haben seit Christi Geburt, nur um mal die Dimension dieser Ungleichheit und Ungerechtigkeit darzustellen.

Mein Sohn ist jemand, der die Erfolgsstory, wie Frau Gesundheitsministerin Schmidt sie benennt, Minijob erlebt. Mein Sohn hat einen Minijob. Wie lange müsste er wohl arbeiten, um so viel zu bekommen,

(Harry Glawe, CDU: 400 Euro.)

wie Ron Sommer als goldenen Handschlag bekommen hat bei der Telekom? Seit Nofretete hätte er arbeiten müssen, um jemals so viel zu bekommen wie dieser Mann, damit man ihn los wird aus dem Unternehmen, damit der Schaden nicht noch größer wird.

(Beifall Gerd Walther, PDS)

Die Abschaffung der Vermögensteuer in diesem Land hat den öffentlichen Händen Verluste eingefahren, die mittlerweile höher sind als das, was die Bundesanstalt für Arbeit jährlich aufzuwenden hat. Und – wenn ich das hier auch noch mal abschließend als Beispiel benennen

kann – Deutschland ist das erste Mal seit 1992 wieder Exportweltmeister

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

mit einem Überschuss von 87 Milliarden Euro. Und ich frage Sie, ob die Auftraggeber wohl noch Dollars drauflegen für die Waren und Dienstleistungen, die deutsche Unternehmen auf dem Weltmarkt erwirtschaften, weil sie Mitleid haben mit den leeren Rentenkassen, oder ob sie Geld geben für gute Arbeit, gute Qualität.

Die Frage, die sich stellt, ist die – Herr Glawe hat es mit einem Zwischenruf begleitet –, ob der ausschließliche Blick auf die Lohnnebenkosten das Allheilmittel ist. Es wird gesagt, dass internationale Konkurrenzfähigkeit durch hohe öffentliche Ausgaben bedroht ist. Das kann der Fall sein, wenn in ökonomisch konkurrierenden Ländern die Situation besser wäre als in Deutschland. Und insofern ist es wichtig zu vergleichen, wie steht denn Deutschland mit der Abgabenquote für die sozialen Sicherungssysteme da und wie stehen konkurrierende Länder da. 1965 lag Deutschland mit 32 Prozent deutlich über dem EU-Niveau, 1981 erstmals unter dem EU-Niveau und seit dem Jahr 2000 beträgt die Differenz 4 Prozent. In Deutschland haben wir eine Abgabenquote von 38 Prozent und in den EU-Staaten bei 42 Prozent. Seit 1977 liegt die deutsche Abgabenquote zwischen 37 und 38 Prozent, nachzulesen in den Ausführungen des Wirtschaftswissenschaftlers Hans-Ulrich Deppe von der Uni Hamburg.

Interessant ist ein Blick darauf, was passiert, wenn Lohnnebenkosten sinken. Das ist an zwei Stellen passiert. 1996 hat die damalige Kohl-Regierung die Lohnnebenkosten abgesenkt und trotzdem ist die Arbeitslosigkeit übers Jahr um 419.000 gestiegen.

(Harry Glawe, CDU: Unter Kohl ging es den Leuten deutlich besser als heute, Herr Kollege.)

Die Absenkung des Beitragssatzes durch die jetzige Bundesregierung im Jahre 2001 von 20,3 auf 19,1 Prozent können Sie selbst nachlesen.

Entscheidend ist aus unserer Sicht jedoch der Anteil der Lohnnebenkosten an den Gesamtkosten. Und dieser sinkt. Laut Nachrichtenmagazin n-tv vom 24. Februar dieses Jahres ist der Anteil der Lohnnebenkosten an den Gesamtkosten von 1996 mit 44,5 Prozent auf derzeit 43,3 Prozent gesunken. Also Schluss mit den Unwahrheiten über die Lohnnebenkosten! Nun stellt sich die Frage, weil es aus dem Punkt IV der CDU nicht ganz deutlich wird, sie spricht nicht von ihrem Konzept, sondern von einem schlüssigen Gesamtkonzept – vermutlich sehen Sie ihres doch nicht als vorzeigbar an, wenn Sie sagen, wir sollen hier dem CDU-Konzept den Vorrang einräumen –:

(Harry Glawe, CDU: Das wäre doch gut.)

Was hat denn die Herzog-Kommission vorgelegt?

(Torsten Renz, CDU: Das kommt beim nächsten Mal.)

Die Herzog-Kommission hat erst einmal etwas vorgelegt, was sich allein schon an seinen Berechnungen verrät, und zwar die Prognoseberechnung und die Grundlagen der Herzog-Kommission. Das können Sie nachlesen auf der Homepage, 69 Seiten lang.

(Torsten Renz, CDU: 76 Seiten. Oder haben Sie schon gekürzt?)

Das ganze Programm geht davon aus, dass sich die Arbeitslosigkeit auf einem Niveau von vier Millionen Menschen einpegeln und verstetigen wird. Wo sind denn an dieser Stelle die Nachhaltigkeit und die Wirksamkeit dieses Konzeptes? Das Fatale ist, die CDU-Vorschläge sind noch schlimmer und noch zukunftsfeindlicher als die der Bundesregierung.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Beifall Gerd Walther, PDS)

Die CDU will nach Herzog – und Frau Merkel fährt laut auf und ab und macht Werbetouren dafür – die kapitalgedeckte soziale Sicherung einführen. Die kapitalgedeckte Altersvorsorge spart Kapital, das sie in der globalen Welt anlegt. Das Quellgebiet der Privatversicherung ist größer als das Beitragseinzugsgebiet der Rentenversicherung. Das ist erst einmal eine starke Seite. Aber darin besteht auch gleichzeitig wiederum die Schwachstelle, die verwundbare Stelle, wenn man einmal in Betracht zieht, dass in den letzten 18 Monaten auf dem deutschen Aktienmarkt 600 Millionen Euro durch den Kamin gerauscht sind.

(Beate Schlupp, CDU: Es gibt auch mehr
Aktien als Geldanlagen, Herr Koplin.
Ein bisschen mehr gibt es schon noch.)

Dieser Betrag entspricht etwa der Summe von drei Jahresausgaben der Rentenversicherung. Frau Schlupp, was wäre wohl für ein Aufschrei durch diese Lande gegangen, wenn der Geschäftsführer der Rentenversicherungsträger mit einer solchen Summe durchgebrannt wäre? Aber es ist so geschehen, als wäre es eine Naturgewalt. Und alles, was geschieht, und zwar auch auf ökonomischem Gebiet, ist Menschenwerk. Die Alterssicherung zum Spekulationsobjekt zu machen lehnen wir seitens der PDS konsequent ab.

(Egbert Liskow, CDU: Sie lehnen doch
alles ab, was von der Opposition ist.)

Wir lehnen es deshalb ab, weil jeder menschliche Wert auf seinen Geldwert degradiert wird.

Welche Alternativen hat die PDS? Wir setzen auf Solidarität. Wir wollen eine Rente von allen für alle. Ich bitte Sie, die Sie da so lächeln in den Reihen der CDU, einmal in die Schweiz zu schauen.

(Harry Glawe, CDU: Jaja, kenne ich.)

In der Schweiz zahlt jeder ein und die haben erstaunlicherweise einen Beitragssatz von 9,8 Prozentpunkten.

(Beate Schlupp, CDU: Wie hoch ist
die Arbeitslosigkeit in der Schweiz?)

Auch das ist eine interessante Frage. Ich habe nur gesagt, lenken wir doch den Blick einmal dort hin und gucken wir einmal, ob wir die Solidarität verfestigen können. Auch das Schweizer Modell hat Schwächen, denn die Grundrente, die sich daraus ergibt, wird als kritisch angesehen und sie wird angesichts der Lebenshaltungskosten in der Schweiz als zu gering eingeschätzt. Ich will den Blick für Modelle schärfen, die die Solidarität forcieren. Welche Grundsätze verfolgen wir?

(Der Abgeordnete Harry Glawe
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich denke, Herr Glawe wird eine Frage stellen wollen, und die würde ich dann im Anschluss beantworten, Herr Glawe.

Erstens, wir wollen den Ausbau der solidarischen Basis und der Finanzierungsgrundlage für die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung von Beamten, Freiberuflern und Selbständigen. Damit wird die solidarische Basis für die Rentenversicherung erweitert.

Zweitens wollen wir die Anhebung der Bemessungsgrundlagen sowie die schrittweise Umstellung der Arbeitgeberbeiträge auf die Wertschöpfung. Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze kann zur Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung beitragen. Außerdem wird vorgeschlagen, den Arbeitgeberbeitrag zu der Sozialversicherung von der Lohnsumme auf die Bruttowertschöpfung umzustellen und nicht länger den Abbau von Arbeitsplätzen zugunsten von wachsender Kapitalintensität zu belohnen, sondern die wirtschaftliche Leitungsfähigkeit zur Grundlage zu nehmen.

Drittens. Die PDS steht für eine Flexibilität des Rentenbeginns. Wir lehnen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ab. Dieses ist angesichts der existierenden Massenarbeitslosigkeit beschäftigungspolitisch falsch sowie sozialpolitisch zynisch. Wir schlagen ein Modell für flexible Altersgrenzen vor.

Viertens. Wir sind der Auffassung, dass zukünftig einer Stärkung der ergänzenden betrieblichen Altersversorgung mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden muss. Wir halten daher die paritätische Beteiligung der Arbeitgeber für unumgänglich.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und würde eine Frage beantworten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Glawe, stellen Sie Ihre Frage.

Harry Glawe, CDU: Herr Kollege Koplin, würden Sie mir zustimmen, dass wir ein Einnahmeproblem in der Rente und in den Sozialkassen haben?

Torsten Koplin, PDS: Das ist die Frage? Selbstverständlich haben wir ein Einnahmeproblem und deswegen habe ich davon gesprochen, dass wir es auf solidarischer Basis stärken wollen. Das will jedoch das Konzept der CDU nicht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine weitere Frage des Abgeordneten Glawe?

Torsten Koplin, PDS: Ja, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte.

Harry Glawe, CDU: Ist Ihnen bekannt, dass unter Ihrer rot-roten Regierung in den letzten fünf Jahren rund 100.000 Arbeitsplätze in unserem Land verloren gegangen sind?

(Gerd Walther, PDS: Woher haben Sie denn
die Zahl? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Torsten Koplin, PDS: Ich weiß nicht, worauf Sie das beziehen. Mir ist auf alle Fälle bekannt, dass wir, und darauf bin ich sehr stolz, 1.500 Arbeitsplätze in einem Bereich geschaffen haben,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

den ich einmal anführen möchte, das ist zum Beispiel die Biotechnologie. 74 Unternehmen wurden angesiedelt, gefördert und gestärkt und 1.500 Arbeitsplätze wurden

geschaffen. Herr Glawe, ich bin dafür, dass wir auf Zukunft setzen,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

das heißt nicht zuletzt auf Solidarität. – Ich bedanke mich.

(Beifall Gerd Walther, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Frage?

Torsten Koplin, PDS: Bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte.

Harry Glawe, CDU: Herr Kollege Koplin, ist Ihnen bekannt, dass im Herzog-Papier vorgesehen ist, den Arbeitgeberanteil an den Arbeitnehmer auszuzahlen?

Torsten Koplin, PDS: Das ist mir bekannt. Ich halte von dem Konzept der Herzog-Kommission rein gar nichts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

(Zuruf aus Plenum: Mit großer Unterstützung seiner eigenen Fraktion.)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle haben den Verlauf der Diskussion erlebt, ich möchte feststellen, dass gerade der letzte Redner für seine Fraktion und auch die Frau Ministerin eigentlich für unseren Antrag gesprochen haben. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

(Heiterkeit bei Regine Lück, PDS – Gerd Walther, PDS: Dann haben Sie es falsch verstanden. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich möchte mich auch bei der Frau Ministerin bedanken, dass sie die Ausführung unter Punkt 2 in dem Sinne abgearbeitet hat.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Es ist einfach festzustellen, dass Sie für unseren Antrag sprechen, aber aus irgendeinem Grunde heraus, wahrscheinlich in irgendwelche Zwänge gedrückt, unseren Antrag leider ablehnen müssen.

(Regine Lück, PDS: Das ist ein Unwort. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Peter Ritter, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Das ist eigentlich eine Sache, die ich so nicht verstehen kann, was ich auch kritischerweise anmerken muss. Herr Koplin, ich muss schon sagen, es ist sehr unseriös, wenn Sie aus einem Gesamtkonzept einzelne Brocken aus diesem 69-seitigen oder 76-seitigen Herzog-Papier herausgreifen

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

und das in den Raum stellen und der Öffentlichkeit vermitteln wollen, dass dieser eine Punkt nicht okay ist, das funktioniert so nicht. Wir legen ein Gesamtkonzept vor, das nehmen Sie bitte zur Kenntnis, und das als Opposition.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, PDS: Na dann mal los! – Heike Polzin, SPD: Wann denn?)

Ich bin auch gerne bereit, über ein Gesamtkonzept zu diskutieren, aber nicht einzelne kleine Punkte. Ich denke, das ist kein seriöser Beitrag, und das lehnen wir in diesem Fall ab.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Antrag bezieht sich aber auf einzelne Punkte, Herr Renz.)

Herr Nieszery, Sie hätten einmal so kräftig diskutieren und Ihre Vorstellungen vortragen sollen, als Sie hier vorne gestanden haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das habe ich das letzte Mal schon mal gemacht, da wussten Sie gar nicht, wo es langgeht, Herr Renz. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das tun Sie nicht, Herr Nieszery. Ich verstehe Ihre Zwangslage schon, da Sie ja in gewisser Weise hier aus Sicht des Landes vielleicht eigene Auffassungen vertreten und diese dann aber schlecht nach Berlin transportieren können. Ich verstehe Ihre Zwangslage schon.

(Heike Polzin, SPD: Das ist schon mal ein guter Anfang.)

Aber ich kann Ihnen auch sagen, Herr Nieszery, dass es für mich in einer Diskussion nicht okay ist, wenn es heute um die Rentenfrage geht, wo das Thema ernst genug ist, diese Thematik auch ständig wieder zu vermischen mit den Krankenversicherungen. Wenn Sie hier propagieren, dass Sie für die Bürgerversicherung sind, was wir schon beim letzten Mal getan haben, dann versuchen Sie doch auch einmal dem Parlament und der Öffentlichkeit zu erklären, für welches der 30 Modelle der Bürgerversicherung Sie dann stehen,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Harry Glawe, CDU)

damit wir auch inhaltlich dann in die Diskussion einsteigen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich lade Sie mal ein zu einer Veranstaltung. Sie kriegen von mir eine schriftliche Einladung, Herr Glawe. – Zuruf von Harry Glawe, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Aber so kommen wir keinen Schritt weiter, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch um Aufmerksamkeit und Ruhe. Das Wort hat Herr Renz.

(Heike Polzin, SPD: Besonders die eigene Fraktion.)

Torsten Renz, CDU: Ich hoffe, Frau Präsidentin,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Renz provoziert.)

dass mir bei diesen Unterbrechungen die Redezeit nachher auch obendrauf gesetzt wird, weil ich inhaltlich hier noch sehr viel mitzuteilen habe.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Torsten Koplin, PDS: Herr Glawe kämpft für die Bürgerversicherung. – Peter Ritter, PDS: Das war bei Herrn Glawe Absicht. Der hat das geschürt.)

Herr Nieszery, Sie haben davon gesprochen, dass der Beitragssatz konstant gehalten wird durch diese Maßnahmen, da sind wir d'accord.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da gehen wir mit, weil wir als CDU-Fraktion

(Peter Ritter, PDS: Sie sollen nicht immer dazwischenrufen! Herr Renz kann nicht reden.)

dort den gleichen Ansatz haben, dass wir die Arbeit nicht noch teurer machen sollen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Vielen Dank, Herr Renz.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, Entschuldigung. Liebe Abgeordnete, ich möchte doch bitten, die Diskussion untereinander einzustellen. Das Wort hat jetzt Herr Renz und es gebührt ihm Aufmerksamkeit. Bitte, Herr Renz.

(Andreas Bluhm, PDS: Genau, der hat es sowieso schon schwer genug.)

Torsten Renz, CDU: Ich bedanke mich, Frau Präsidentin.

Herr Nieszery, wo ich aber nicht mit d'accord gehe, ist, dass selbst Sie, deren Regierung in Berlin in Verantwortung ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

hier unten an der Basis, so will ich das einfach einmal formulieren, von Notprogrammen sprechen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Woher haben Sie denn die Bezeichnung, Herr Renz?)

Da stellen Sie die Maßnahmen Ihrer eigenen Bundesregierung in Frage. Da sind wir auch nicht d'accord, denn Notoperationen und Notprogramme, denke ich, sind hier nicht die richtigen Lösungsansätze.

(Reinhard Dankert, SPD: Das hat doch nie einer bestritten, dass das nicht der richtige Lösungsansatz ist. – Angelika Peters, SPD: Dann tragen Sie doch mal zur Gesundheit bei!)

Ich möchte jetzt aber zu meiner eigentlichen Rede kommen,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

meine Damen und Herren.

(Reinhard Dankert, SPD: Das hätten Sie in der Regierung auch nicht anders machen können.)

Ich möchte hier heute einmal folgenden Einstieg wählen: Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist pleite, meine Damen und Herren,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Ja, genau.)

und schuld ist eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik, meine Damen und Herren.

(Detlef Müller, SPD: Was? – Gerd Walther, PDS: Was, die Parität ist schuld, Herr Renz? – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich muss Ihnen sagen, wenn diese Worte Ihr finanzpolitischer Sprecher Herr Borchert gestern auf der Demo zum Landespflegegesetz von sich gibt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Reden Sie über Rente, Herr Renz! – Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

dann ist es schon einmal traurig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Reden Sie über Rente, Herr Renz!)

Ob das Land pleite ist, das kann ich persönlich nicht beurteilen.

(Heike Polzin, SPD: Das halte ich für ein Gerücht.)

Aber den zweiten Punkt, dass wir eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik haben,

(Torsten Koplin, PDS: Das haben Sie nicht gesagt. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

die Feststellung kann ich unterstreichen und da gebe ich dem Kollegen Borchert vollkommen Recht. Was er leider nicht getan hat, ist, die Verantwortlichkeit zu benennen. So weit ist die Freundschaft dann doch nicht gegangen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Das hätte er einmal den Demonstranten sagen sollen, wer verantwortlich ist seit fünf Jahren für diese falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Andreas Bluhm, PDS: Also seit 1998 war alles in Ordnung bei Ihnen? Jaja.)

Das sind nämlich in Berlin Rot-Grün und hier im Lande Rot-Rot, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Klaus Mohr, SPD: Bitte zur Rente! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie uns doch was zur Rente, Herr Renz!)

Ich komme zur Rente, meine Damen und Herren. Ich spreche schon die ganze Zeit über dieses Thema.

(Beifall Dr. Norbert Nieszery, SPD – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Es enttäuscht mich, dass Sie mir in dieser Gesamtheit nicht folgen können. Was immer wieder angeprangert wird, ist eine Regierungszeit von 16 Jahren Helmut Kohl.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Da kann ich Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, die heutigen Rentner in West und insbesondere in Ost können dieser Regierung für die Rentenpolitik, die wir in Deutschland über diese 16 Jahre erlebt haben, dankbar sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Blühende Landschaft.)

Diese Regierung hat es geschafft, die Deutsche Einheit zu schultern, und die Rentner sind Gewinner aus dieser Einheit. Das war eine solide Politik von Helmut Kohl, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, Beate Mahr, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Diese 16 Jahre Rentenpolitik, Sie können es abstreiten, wie Sie wollen, waren gekennzeichnet durch kontinuierliche Rentenerhöhung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann lesen Sie mal den demographischen Faktor nach! Lesen Sie doch mal nach! – Beate Mahr, SPD: 40 Jahre, nicht!?)

16 Jahre Helmut Kohl haben Verlässlichkeit, Rechtssicherheit, Planungssicherheit und Vertrauensschutz im Rentensystem garantiert.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD –
Klaus Mohr, SPD: Herr Renz, die Renten
sind sicher. – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, wir haben Erfolg aufzuweisen.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Und ich weiß nicht, ob hier die Situation durch Sie so dargestellt wird,

(Klaus Mohr, SPD: Das kann doch wohl
nicht wahr sein! Das ist unglaublich!)

als ob Sie jetzt die Rentenpolitik, die Deutschland in
16 Jahren unter Helmut Kohl hatte,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

schlechtreden wollen.

(Heike Polzin, SPD: Nein, wir baden sie
nur aus. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ich denke, das ist fast peinlich. Ich kann Ihnen auch
sagen, was 16 Jahre Helmut Kohl nicht bedeutet haben.

(Reinhard Dankert, SPD: Wir müssen
versuchen, die Kurve zu kriegen. –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

16 Jahre Helmut Kohl haben nämlich nicht Nullrunde
und Rentenkürzung bedeutet.

(Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

16 Jahre Helmut Kohl haben nicht bedeutet,

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

dass wir Renten nach Kassenlage betrieben haben

(Der Abgeordnete Harry Glawe
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

und dass wir zum Beispiel eine Beliebigkeit in der Ren-
tenpolitik hatten.

(Gerd Walther, PDS: 1996,
Abschaffung der Vermögensteuer.)

Das hat 16 Jahre Helmut Kohl nicht bedeutet.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Torsten Koplin, PDS: Auch die schwarzen
Verkäufer hat es nicht gegeben.)

Wir haben dort auch nicht die Schwankungsreserve so
aufgebraucht, wie Sie es jetzt tun.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordne-
ter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten
Glawe?

Torsten Renz, CDU: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Herr Kollege Renz, könnten Sie be-
stätigen, dass durch die Bundesregierung der demogra-
phische Faktor zurückgenommen wurde

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Müsst ihr euch jetzt
schon gegenseitig Fragen stellen, oder was? –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und dass wir im nächsten Jahr erstmalig in Deutschland
durch Pflegeversicherung und Nullrunde

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

mit einem Minuswachstum der Renten zu rechnen ha-
ben?

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Glawe, ich
kann bestätigen,

(Zurufe von der SPD und PDS: Oh! –
Torsten Koplin, PDS: So eine Frage aber
auch! – Glocke der Vizepräsidentin)

dass diese bedauerliche Situation in Deutschland
herrscht. Und ich werde in meiner weiteren Rede auf die-
sen demographischen Faktor jetzt auch eingehen.

(Torsten Koplin, PDS: Genau. –
Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD: Das hat
er Ihnen aber offensichtlich nicht zugetraut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordne-
ter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten
Glawe?

Torsten Renz, CDU: Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Können Sie bestätigen, dass das
durch Rot-Grün beschlossen wurde?

(Birgit Schwebs, PDS: Suggestivfrage.)

Torsten Renz, CDU: Das kann ich bestätigen, Herr
Glawe.

(Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD)

Harry Glawe, CDU: Vielen Dank.

(Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Torsten Renz, CDU: Wenn Sie uns schon Vorwürfe
machen wollen, dann wollen wir doch hier einmal über die
Wahrheit sprechen, meine Damen und Herren.

(Beate Mahr, SPD: Das ist völlig überraschend für
uns, Herr Renz. Das hätten wir nie und nimmer
vermutet. – Torsten Koplin, PDS: Genau. –
Angelika Peters, SPD: Das ist Ihre Wahrheit. –
Heike Polzin, SPD: Jetzt geht's los! –
Dr. Margret Seemann, SPD: Ja.)

Was hat sich denn die CDU-Regierung 1998 getraut?
Diese CDU-Regierung hat sich nämlich getraut, in der
Wahrheit etwas voranzuschauen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Margret Seemann, SPD:
Der Wahrheit in die Augen sehen.)

indem man sich mit Demographie befasst hat und
indem wir uns getraut haben, einen demographischen
Faktor einzuführen,

(Torsten Koplin, PDS: Rentenklau nennt man das.)

diesen demographischen Faktor, der dann, man muss es einfach sagen, populistisch im Wahlkampf 1998 durch den heutigen Kanzler Schröder in Frage gestellt wurde und nach der Wahl abgeschafft wurde. Das Ergebnis haben wir heute,

(Torsten Koplin, PDS: Er hat sich ja schon entschuldigt. Er hat sich ja schon entschuldigt.)

fünf Jahre wurden verschlafen. Dieser demographische Faktor, der heute einfach mal umbenannt wird und als Nachhaltigkeitsfaktor dann eingebracht werden soll, ist nichts anderes als das, was wir vor fünf Jahren, und zwar 1998, getan haben.

(Reinhard Dankert, SPD: Dann müssten Sie uns ja eigentlich wieder loben, Herr Renz.)

Und das ist wirklich kein Ruhmesblatt, sich heute als Kanzler hinzustellen und zu sagen, das war ein Fehler.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das müssen Sie mal politisch erklären, Herr Renz.)

Wir haben diesen Schritt gemacht, zu dem stehen wir auch. Vielleicht sollte man auch in seinem Leben politische Entscheidungen treffen zum Wohl der Menschen und nicht nur Populismus walten lassen,

(Beifall Angelika Peters, SPD)

der dann dazu führt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beate Mahr, SPD: Das müssen wir uns gerade anhören!)

dass sich weiter die Lage der Rentenkassen verschärft, meine Damen und Herren.

(Torsten Koplin, PDS: Jawohl.)

Ich will Ihnen auch eins sagen, meine Damen und Herren, wenn der Kanzler im Jahre 2002 auch noch auf einer Konferenz des DGB in Dortmund

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

den Kollegen Seehofer aus der CSU mit folgendem Zitat trifft: „Jetzt hat Seehofer die Wiedereinführung des demographischen Faktors angekündigt. Das war vor vier Jahren unanständig und das ist heute genauso unanständig.“, wenn der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2002 noch solche Äußerungen macht und dann lapidar 2003 sagt, das ist alles nicht so ernst gemeint, dann muss ich sagen, das ist mehr als unseriös. Das ist nämlich scheinheilig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Klaus Mohr, SPD: Erzählen Sie doch noch einmal was zur aktuellen Lage, Herr Renz. Ja, zur Rente bitte.)

Wenn wir zum Beispiel über diese Notmaßnahmen oder Notoperation sprechen, allein mit dem Begriff muss man sich einmal auseinander setzen. Wann macht man denn überhaupt Notoperationen? Doch nur, wenn man vorher konzeptionslos war

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und konzeptionslos durch die Gegend geirrt ist. Das ist nämlich der Fall in fünf Jahren Bundesrepublik unter Ihrer Führung gewesen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Peters, SPD: Wenn man vorher keine Prävention hat. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Diese Konzeptionslosigkeit haben Sie bis zum heutigen Tage nicht abgelegt. Wir sind als Opposition gerne bereit, wir haben Ihnen die Hand gereicht bei der Gesundheitsreform.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zeigen Sie doch mal Ihre Konzepte, Herr Renz. – Harry Glawe, CDU: Ja, die haben wir vorgelegt.)

Das mussten wir erst einmal mit auf den Weg bringen.

(Harry Glawe, CDU: Die haben wir vorgelegt, Herr Kollege.)

Aber man soll auch nicht die Tatsachen verdrehen, meine Herren von der SPD.

(Klaus Mohr, SPD: Ich habe kein Konzept bekommen.)

Verdrehen Sie bitte nicht die Tatsachen! Wer ist in Regierungsverantwortung in Berlin?

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das sind Sie. Und es kann nicht sein, dass die Opposition jetzt Regierungsverantwortung übernimmt. Wir würden es gerne tun, aber dann auch mit einem Kanzler oder mit einer Kanzlerin an der Spitze, aber nicht in dieser Art und Weise.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Gerd Walther, PDS: Das würden Sie aber gerne, Herr Renz, das würden Sie aber gerne. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wenn Sie schon von mir ständig Konzepte fordern, dann will ich gerne auch etwas zu Konzepten sagen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na dann mal los!)

Das ist nämlich ein wesentlicher Unterschied zu dem, was wir 1998 erlebt haben.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

1998 standen im Bundesrat

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie wollen Sie das denn wirklich machen, Herr Renz?)

ein Herr Schröder und ein Herr Lafontaine und sie haben Blockadepolitik gemacht nur aus der Sache heraus.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie haben nicht ein Konzept auf den Tisch gelegt, sondern sie haben blockiert.

(Torsten Koplin, PDS: Auf Oskar lassen wir nichts kommen.)

Diese Politik ist mit uns in der Opposition nicht zu machen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Beate Mahr, SPD: Das wissen wir, das wissen
wir. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weil Sie
gar nicht wissen, wo es langgeht, Herr Renz.)

Wir legen nämlich Konzepte auf den Tisch, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch jetzt wirklich hier um Ruhe, damit man zuhören kann. Das Wort hat Herr Renz.

(Harry Glawe, CDU: Schreiend ist die soziale
Ungerechtigkeit von Rot-Rot im Land.)

Torsten Renz, CDU: Und diese Konzeptionslosigkeit, die Sie 1998 an den Tag gelegt haben, die hat dazu geführt, dass in fünf Jahren Regierungsverantwortung nichts passiert ist.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wir fahren da einen etwas anderen Kurs. Da muss ich Ihnen auch ganz persönlich sagen, meine Hochachtung vor der Vorsitzenden der CDU, das ist nämlich Frau Merkel,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

die hier einen klaren Kurs fährt und sagt,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

das sind unsere Konzepte und dieser Diskussion stellen wir uns auch. Wir stellen uns dieser Diskussion mit der Forderung, wir brauchen einen neuen Generationsvertrag.

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD –
Reinhard Dankert, SPD: In Ihrem Fall kämen
wir auf 26. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Wir müssen den Menschen dann aber auch ehrlich sagen, dass es darum geht, mehr Eigenverantwortung an den Tag zu legen, dass große Lebensrisiken abgesichert werden müssen und dass wir als Bundesrepublik Deutschland dieses Niveau, was wir heutzutage haben, auf Dauer nicht halten können. Wir müssen aber auch dieses Schreckgespenst, was in den Medien aufgemacht wird, dass es um die heutige Rentnergeneration geht, da müssen wir ganz deutlich sagen, ich spreche es zumindest für die CDU aus,

(Torsten Koplin, PDS: Ja, mit
uns können Sie nicht sprechen. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

wir sprechen nicht über die heutige Rentnergeneration, die die wohlverdiente Rente bekommt, sondern wir sprechen von Reformen, die jetzt eingeleitet werden müssen.

(Beate Mahr, SPD: Nachhilfestunden. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und da lassen wir uns auch nicht einfach in irgendeine Schublade schieben und sagen sinngemäß, ab morgen haben wir Rente mit 67. Dann lesen Sie unsere gesamten Konzepte und unsere gesamten Vorschläge,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Erzählen
Sie uns doch mal was zu dem Konzept!)

denn wir sprechen nämlich von einem Zeitpunkt 2023.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das heißt, wir sprechen über die Leute, die heute ungefähr 45 Jahre alt sind. Über diese Leute sprechen wir. Und da sind wir auch alle in der Verantwortung, dass auch diese Generation und die nachfolgenden Generationen

(Reinhard Dankert, SPD: Ihr Konzept kam
doch auch mit geringeren Renten aus.
Das ist doch der entscheidende Faktor.)

eine entsprechende Garantie im Alter haben werden. Über diese Fragen sprechen wir und nicht, dass Rentner von morgen sofort mit 67 Jahre in Rente gehen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nieszery?

Torsten Renz, CDU: Bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Renz, die Bundesregierung hat nun leider dieses Notprogramm beschlossen. Wie würden Sie denn die Beitragsstabilität garantieren, und zwar ohne den Rentnern in die Tasche zu fassen? Ich würde ganz gerne einmal eine Antwort auf diese Frage haben.

Torsten Renz, CDU: Herr Dr. Nieszery, ich habe vorhin auch schon als Zwischenruf von mir gegeben, dass diese Position, die Sie hier suggerieren, dass die CDU der Meinung ist, dass die jetzige Rentnergeneration nicht beteiligt werden muss in diesem Solidarpakt, diese Position habe ich nie vertreten und werde ich auch nicht vertreten, sondern wir sprechen von einem Solidarpakt, in dem alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssen.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist interessant. Das
ist interessant. Das ist unser Konzept. –
Zurufe von Angelika Peters, SPD,
Heike Polzin, SPD, und Andreas Bluhm, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Frage?

Torsten Renz, CDU: Mir wäre es lieber, Herr Abgeordneter, wenn Sie Ihre Fragen im Anschluss stellen, weil das sonst sicherlich von meiner Redezeit abgeht.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Nein, das geht nicht von der Redezeit ab.

Torsten Renz, CDU: Okay. Bitte schön.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was gedenkt denn die CDU jetzt zu tun, um den Rentnern das Geld wiederzugeben, was die SPD ihnen weggenommen hat?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Torsten Renz, CDU: Diese Art der Diskussion bin ich hier nicht bereit zu führen.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU,
und Karin Strenz, CDU –
Karin Strenz, CDU: Ja.)

Wir kommen inhaltlich, indem wir sagen, diese Notoperationen sind das Ergebnis verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten fünf Jahre.

(Beate Mahr, SPD: Ich sage nur Transrapid und BMW.)

Die jetzigen Verantwortlichen, nämlich Ihre Regierung, haben diesen Zeitraum verstreichen lassen, ohne schlüssige Konzepte auf den Tisch zu legen. Und wir sind nicht bereit, diese Notoperation jetzt zu vollziehen. Ich werde jetzt in meinem Redebeitrag weiter fortfahren. Ich bin gerne bereit, im Anschluss an meine Rede weitere Fragen zu beantworten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eine Information, mein Kollege Herr Schubert ist schon einmal darauf eingegangen, und zwar auf die Information der Bundesversicherungsanstalt, die hier den Bürgern suggerieren, dass wir als zukünftige Generation abgesichert sind. Das ist nämlich ein Zeichen dieser jetzigen Politik, wo ich sage, wir müssen mit einem wesentlichen Punkt beginnen, nämlich den Menschen die Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. –

Beate Mahr, SPD: Da haben Sie uns jetzt ja was ganz Neues erzählt.)

Und wenn ich sage, ich möchte einmal versuchen, Ihnen das zu erklären, ich habe von jemandem eine Rentnberechnung hier vor mir liegen,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Glocke der Vizepräsidentin)

der fast 20 Jahre gearbeitet hat,

(Torsten Koplin, PDS: Keine Namen! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und in diesen 20 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis, in dem wir uns alle auskennen, wo heutzutage sehr geringe Löhne gezahlt werden. Ich möchte das nicht weiter präzisieren.

(Torsten Koplin, PDS: Favorisieren Sie doch mal!)

In diesen 20 Jahren hat diese Person als Mutter von zwei Kindern – es geht um die große Linie,

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Torsten Koplin, PDS: Aha! Okay.)

ich hoffe, Sie können mir folgen –

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Der war gut, der war gut.)

zehn Entgeltpunkte erreicht. Die Bundesversicherungsanstalt schreibt: Diese zehn Entgeltpunkte entsprechen nach 20 Jahren beruflicher und familiärer Tätigkeit einem Rentenanspruch von 227 Euro.

(Gerd Walther, PDS: Das war bestimmt ein Manager, wie sie es favorisieren.)

Ich weiß nicht, ob das der Zeitpunkt ist, sich über dieses Beispiel lächerlich zu machen.

(Gerd Walther, PDS: Nein, das war auch gar nicht lächerlich gemeint.)

Ich denke, das können wir außerhalb des Plenums vielleicht noch einmal besprechen.

Unterstellt bei den jetzigen Löhnen, die hier in Mecklenburg-Vorpommern gezahlt werden,

(Peter Ritter, PDS: Na, wie wird denn erst der Niedriglohn aussehen?)

wird der Rentenanspruch pro Jahr um 0,5 Entgeltpunkte erhöht.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das heißt, diese Person würde mit dem 65. Lebensjahr auf einen Rentenanspruch von 623 Euro kommen. Wenn diese Person dann nach so einem Rentenbescheid sowie so schon deprimiert ist und sieht, wie wenig sie im Vergleich zu anderen Generationen, die jetzt vielleicht in Rente sind, herausbekommt, dann wird diese Person, sofern sie dann finanziell überhaupt noch dazu in der Lage ist, versuchen, Eigenvorsorge zu betreiben.

(Torsten Koplin, PDS: Wovon denn, wovon denn? – Angelika Peters, SPD: Hat Ihre Redezeit auch ein Ende?)

Das stelle ich natürlich bei den Löhnen in Frage.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber wenn die Bundesversicherungsanstalt solchen Leuten dann mitteilt, dass bei einem Anpassungssatz von 1,5 Prozent

(Zurufe von Peter Ritter, PDS, und Birgit Schwebs, PDS)

dieser Rentner dann im 65. Lebensjahr

(Wolfgang Riemann, CDU: Denken Sie mal an die Situation in den Altenheimen.)

eine Rente von 975 Euro bekommen würde und ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Entschuldigung, Herr Renz. Ich möchte doch einmal darum bitten, das geht an alle Abgeordnete, die Würde dieses Hauses zu beachten und wirklich in Ruhe diesem Vortrag von Herrn Renz zu folgen. Bitte, Herr Renz, Sie haben das Wort.

Torsten Renz, CDU: Es ist für mich schon immer interessant, wenn ich die Niederschrift meiner Reden lese, dass ich in jedem Satz mindestens zweimal unterbrochen werde,

(Klaus Mohr, SPD: Das ist bei anderen auch so.)

aber ich glaube, ich kann ganz gut damit leben.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Wenn diese Rentnergeneration an diesem Beispiel mit dem 65. Lebensjahr von der Bundesversicherungsanstalt bei einem Anpassungssatz von 1,5 Prozent mitgeteilt bekommt, ihre Rente beträgt dann 975 Euro, und im nächsten Halbsatz steht, bei einem Anpassungssatz von 3,5 Prozent werden Sie eine Rente von 1.750 Euro bekommen, dann sage ich Ihnen, das ist eine Scheinheiligkeit, die hier den Leuten vermittelt wird.

(Gerd Walther, PDS: Richtig.)

Das ist falsche Politik, da ist die Politik in der Verantwortung, hier Ehrlichkeit regieren zu lassen,

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Angelika Peters, SPD)

weil das völlig unseriös ist. So etwas muss gestoppt werden. Aus diesem Grunde ist auch hier die Bundesregierung in der Pflicht, um dieses Vertrauen aufzubauen, um zum Beispiel das, was wir wollen, und zwar die betriebliche Altersversorgung beziehungsweise auch die Privataltersversorgung zu stärken. Wie wollen Sie solchen Menschen mitteilen, dass Sie sie stärken sollen, wenn Sie sagen: Wir haben doch 1.700 Euro zur Verfügung. Warum soll ich Eigenvorsorge machen? Da wird schon ein falsches Bild suggeriert und das ist ein Fehler in dieser Politik. Davon müssen wir weg und da sind die politisch Verantwortlichen, die zurzeit in Berlin sitzen, in der Verantwortung und zum Handeln gezwungen. Da bin ich ganz ehrlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, die Zeit wird nicht mehr ausreichen, um unser Gesamtkonzept vorzustellen. Ich bin aber gerne bereit, einmal in die eine oder andere Fraktion zu kommen,

(Torsten Koplin, PDS: Jawohl.)

um dort über das Herzog-Papier zu sprechen,

(Heike Polzin, SPD: Redet doch mal in der Fraktion darüber.)

weil auch hier immer wieder darauf hingewiesen wird, Rente mit 67. Ich möchte versuchen, einen kleinen Beitrag von dieser Stelle auch zur Wahrheitsfindung zu leisten.

(Angelika Peters, SPD: Das ist ja sehr schön.)

Es gibt auch eine Partei in diesem Land, die die Auffassung vertritt, dass für alle nach 45 Arbeits- oder Versicherungsjahren abschlagsfreie Rente gezahlt wird. Der CDU wird ständig Unsozialität unterstellt. Sie müssen aus meiner Sicht auch einmal richtig lesen und vielleicht auch verstehen, wenn wir von einer abschlagsfreien Rente sprechen nach 45 Versicherungsjahren, dann muss man den Leuten auch sagen,

(Birgit Schwebs, PDS: Dass sie 45 Jahre arbeiten sollen.)

wenn das zum Beispiel mit 18 beginnt, dass ein möglicher Renteneintritt auch mit 63 auf der Tagesordnung steht.

(Torsten Koplin, PDS: Ja, das ist mathematisch bedingt, das ist klar. Da kommt man auf 45 Jahre.)

Das ist ein Fakt, der in unserem Papier steht. Es ist natürlich viel einfacher, den Menschen zu sagen, da bin ich ganz ehrlich, nur die Versicherungsjahre zählen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich glaube, es ist der richtige Schritt der CDU, dass die CDU sagt, wir müssen die Zahl 67 hinschreiben. Wenn wir das nämlich nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, und der Bürger ist 40 Jahre tätig und geht dann mit 67 in Rente, dann würde er nämlich Abschlüsse in Kauf nehmen. Und durch das Festschreiben der Zahl 67 wird dann auch ein Bürger, der 40 Versicherungsjahre aufweist, abschlagsfrei in die Rente gehen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie ...

Torsten Renz, CDU: Das ist eine gute Sache in unserem Programm, das lasse ich auch nicht schlechtreden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm, PDS: Aber das setzt doch Vollbeschäftigung voraus.)

Ich weiß, dass es schwierig zu verkaufen ist, andere Nummern lassen sich populistisch einfacher verkaufen, aber ich persönlich wähle lieber den Weg, dass ich sage,

(Andreas Bluhm, PDS: Das war jetzt aber schon das dritte Mal.)

ich versuche, die Bürger wahrheitsgemäß aufzuklären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Schubert?

Torsten Renz, CDU: Bitte.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter.

Bernd Schubert, CDU: Herr Renz, können Sie zustimmen, dass auf den Punkt 4 unseres Antrages von der Landesregierung nicht konkret eingegangen worden ist, auf das Gesamtkonzept?

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD:
Also in Ihrer Fraktion gibt es offensichtlich
Diskussionsbedarf. Sie fragen ja immerzu.)

Torsten Renz, CDU: Herr Schubert, eigentlich müsste diese Frage die Frau Ministerin beantworten. Ich kann nur feststellen, dass man unserem Antrag hier nicht folgen will. Und ich glaube, es war Herr Koplin, der zu unserem Punkt 4 gesprochen und gesagt hat, es geht daraus nicht hervor, ob wir über unser Konzept sprechen oder über das der Bundesregierung. Aus meiner Sicht ist der Antrag klar formuliert, dass es um die Konzeption in Berlin geht und es mit unserem Papier eigentlich nichts zu tun hat, und da bleiben uns die Regierungsparteien eine Antwort schuldig.

Bernd Schubert, CDU: Danke schön.

(Angelika Peters, SPD: Also, Herr Renz,
der Antrag Ihrer Fraktion und Ihr eigener
Fraktionskollege hat das nicht verstanden.)

Torsten Renz, CDU: Wenn Sie Fragen haben, können Sie die bitte stellen. Ich bin gerne bereit, diese Fragen zu beantworten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heike Polzin, SPD: Dann machen Sie
doch mal einen Tagesordnungspunkt in der
Fraktionssitzung! – Glocke der Vizepräsidentin)

Aufgrund des Zeitmangels, der mir hier signalisiert wird – daraus werde ich meine Lehren ziehen und nächstes Mal etwas mehr Redezeit beantragen –,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist in Ordnung.)

denke ich persönlich darüber nach, auch aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas, wenn die CDU in der Antragstellung ist für die Aktuelle Stunde, das Thema Renten wieder auf die Tagesordnung zu setzen,

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. Mach das mal!)

da das, was gerade von Seiten der SPD hier inhaltlich vermittelt wurde, doch noch zeigt, dass Diskussionsbedarf vorhanden ist und wie gesagt auch Aufklärungsbedarf zu unseren Konzepten, die wir vorlegen, zu denen wir stehen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Renz.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/873. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/873 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS und bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Gehörlosen-/Hörgeschädigtenzentrum Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/872. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/899 vor.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Gehörlosen-/Hörgeschädigtenzentrum
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/872 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/899 –**

Meine Damen und Herren, ich begrüße an dieser Stelle ganz herzlich den Gebärdendolmetscher Herrn Marquardt, der entsprechend einer Vereinbarung im Ältestenrat die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt übersetzen wird.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schon wieder!)

Torsten Renz, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Metelmann! Unser Antrag mit Änderungsantrag liegt vor. Es geht hier heute an dieser Stelle darum, dass die CDU der Meinung ist, dass nach sechs Jahren gewisser Reglosigkeit eine Entscheidung hinsichtlich des Standortes zum Gehörlosenzentrum beziehungsweise der Trägerschaft fallen sollte. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass der Herr Minister seit einem Jahr im Amt ist und von unserer Seite bezogen auf diese Tatsache auf keinen Fall hier eine Schuldzuweisung erfolgen sollte. Deswegen auch noch mal diese Tatsache, die ich nennen möchte: Sechs Jahre sind eine lange Zeit.

(Peter Ritter, PDS: Sechs Jahre ist länger als fünf.)

Und wir sind der Meinung, dass hier heute eine Entscheidung gefällt werden sollte.

Ich persönlich möchte mich auch für dieses eine Jahr Zusammenarbeit mit dem Minister bedanken, der uns zu diesem Thema ständig auf dem Laufenden gehalten hat. Aber trotzdem sind wir als Fraktion der Meinung, dass das Parlament jetzt mit einbezogen werden und eine Entscheidung treffen sollte. Wie den Medien zu entnehmen war, nachdem unsere Fraktion diesen Antrag gestellt hat, soll der Minister seine Entscheidung mitgeteilt haben. Wir erwarten, dass er auch dieses heute hier im Parlament hinsichtlich des Standortes tut.

(Andreas Bluhm, PDS: So kennen wir ihn doch, Herr Renz. Das wissen wir doch, dass er das macht.)

Nichtsdestotrotz gilt es, das Parlament zu informieren zur Frage der Trägerschaft. Unser Änderungsantrag sieht vor, zum 13. Februar 2004, das ist der letzte Schultag in diesem Halbjahr, eine Entscheidung herbeizuführen, um für die Betroffenen – sprich Eltern, Kinder, Lehrer und Erzieher – eine Planungssicherheit zu erreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich erhoffe von dieser Stelle aus, dass der Minister auch klare Worte findet und uns, dem Parlament, seine neuesten Informationen, die er mir vorhin schon mal angedeutet hat, zum Thema der Trägerschaft darstellt, damit wir hier gemeinsam im Interesse der Beteiligten zu einer Entscheidung kommen können. So viel erst mal als Einführung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Renz.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich höre und sehe keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Bildungsminister Herr Professor Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Land führt seit 1998 in eigener Trägerschaft eine Schule für Gehörlose am Standort Güstrow und eine Schule für Schwerhörige am Standort Ludwigslust. Die Arbeit an einem gemeinsamen Konzept und einem gemeinsamen Standort für ein zu gründendes Landesförderzentrum für Hörgeschädigte ist älter. Diese Absicht, einen gemeinsamen Standort zu entwickeln und auch ein Konzept, geht zurück auf eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom 6. Mai 1994, die am 10. Mai 1996 dann noch einmal verstärkt worden ist. Diese Absicht entspricht dem Schulgesetz unseres Landes und der Verordnung zur Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung. Ein Landesförderzentrum für Hörgeschädigte ist die Konsequenz des Paradigmenwechsels in der Hörgeschädigtenpädagogik. Eine äußere Differenzierung nach den Kriterien „gehörlos“ und „schwerhörig“ entspricht nicht mehr den neuen Erkenntnissen der pädagogischen und medizinischen Wissenschaften. Und um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen einer angemessenen Förderung hörgeschädigter Kinder und Jugendlicher gerecht werden zu können, ist eine Zusammenführung der bisher separaten Schule für Gehörlose und Schule für Schwerhörige nicht nur vorteilhaft, sondern auch notwendig. Die Einrichtung eines Förderzentrums für Hörgeschädigte stellt die erforderliche Verflechtung dar.

Ein zweiter Aspekt: Ein Landeszentrum für Hörgeschädigte ermöglicht die Konzentrierung der Fachkompetenz. Unter der Priorität von Qualität und Fachlichkeit in der Frühförderung im Unterricht am Zentrum und im gemeinsamen Unterricht an allgemein bildenden Schulen wird in günstiger Weise ein komplexes Angebot für Hörkompetenz, Lautsprachkompetenz und gegebenenfalls Gebärdensprachkompetenz an einem Standort bereitgestellt.

Der dritte Aspekt: Ein Landesförderzentrum für Hörgeschädigte sichert die Unterrichtsversorgung in den gesetzlich vorgesehenen Bildungsgängen. Die stark rückläufigen Schülerzahlen in Folge des erheblichen Geburtenrückganges, über den wir natürlich alle häufiger

nachdenken, lassen es nicht mehr zu, an zwei Standorten die notwendigen Klassenstärken zu erhalten. Die Gründe für das Landesförderzentrum sind nachvollziehbar und vielfältig, aber der Weg zu einem derartigen Landesförderzentrum ist offensichtlich mühsam. Und Herr Renz hat genau die Geschichte und die lange Zeit beschrieben.

Seit Juno 1999 gibt es eine Leitungsvorlage für einen gemeinsamen Standort der Landesschule für Gehörlose und der Landesschule für Schwerhörige mit einer Empfehlung für den Standort Güstrow. Seit Mai 2000 liegt eine Konzeption für ein Landesförderzentrum für Hörgeschädigte vor, die einstimmig von allen Verantwortungsträgern abgestimmt worden ist. In den Jahren 2000 bis 2002 wurde auf verschiedenen Arbeitsebenen, in Arbeitsgruppen des Bildungsministeriums und des Finanzministeriums zusammen mit Elternverbänden, mit Pädagogen, mit staatlichen Schulämtern, mit Schulen und Personalvertretungen versucht, einen Konsens zu finden für einen gemeinsamen Standort. Und dabei wurde immer eine Lösung angestrebt, die von der Mehrheit der Elternschaft sowie von den Pädagogen befürwortet wird und wirtschaftlich vertretbar ist.

Zu allen Ansätzen musste man sich zwei Fragen stellen:

1. Wo, an welchem Standort soll das Zentrum wirken?
2. Wie und mit welchem Schulprogramm und Träger soll das Zentrum arbeiten?

Diese beiden ungelösten Fragen im Komplex zum Wo und zum Wie des Landesförderzentrums haben seit sechs Jahren Kinder, Lehrer, Eltern, Kommunen belastet, haben seit sechs Jahren die Arbeit erschwert. Nach einer Vielzahl von Jahren, nach einer Diskussion ohne Entscheidung haben wir jetzt den Fragenkomplex aufgetrennt, die Entscheidung zum Standort und die Entscheidung zur Trägerschaft des Förderzentrums. Und die Entscheidung zum Standort ist gefallen: Güstrow.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dieser erste Schritt auf dem Weg zum Landesförderzentrum war überfällig und ist jetzt hoffentlich geeignet, allen an Schule Beteiligten und nicht zuletzt den Bewerbern für eine Trägerschaft des Förderzentrums Planungssicherheit zu geben.

Folgende Gründe legen eine Entscheidung für den Standort Güstrow nahe:

1. Wichtig sind die zentrale Lage und damit die geringeren Folgekosten für die Eltern und Familien, für die entsendenden Schulträger, für die Landkreise, für das Land.
2. Es sind Strukturen vorhanden, zum Beispiel die mobile und stationäre Frühförderung und der Schul- und Internatsbetrieb an der Landesschule.
3. Die Konzentration der medizinischen, therapeutischen und sozialpädagogischen Voraussetzungen für Kinder mit Cochlear Implants – wenn man so will, mit künstlichen kleinen Gehören, die man implantieren kann – in der Einheit der Universität Rostock mit dem am Standort Güstrow aufgebauten Cochlear-Implantat-Zentrum ist gegeben.

Ich gestehe, dass mich das als Facharzt einer Nachbardisziplin, die einen sehr guten Blick darauf hat, welche Potentiale in der Therapie mit Cochlear Implants für die zukünftigen Erfolgskonzepte in der Behandlung liegen, sehr beeindruckt hat.

Bei aller Differenziertheit waren die in Konkurrenz stehenden Konzepte der beiden Bewerber Güstrow und Ludwigslust vergleichbar gut. Und die Wirtschaftlichkeit an beiden Standorten ließ auch nach sechsjähriger Prüfung und ständiger Überarbeitung der Vorschläge keine Unterschiedlichkeit erkennen. Und dennoch haben wir außerordentlich unterschiedliche Entwicklungen in den Schülerzahlen. Am Standort Güstrow hat sich die Schülerzahl zwischen 1997 und 2003 von ehemals 133 Schülern auf heute 110 Schüler relativ wenig gemindert. Dies ist natürlich vor dem Hintergrund landesweiter Einbrüche in den Schülerzahlen besonders bemerkenswert. In Ludwigslust ist die Schülerzahl dagegen im vergleichbaren Zeitraum von ehemals 126 Schülern auf 47 Schüler zurückgegangen. Wenn alle Standortbedingungen vergleichbar gut sind bis auf die Lage, kann der stark unterschiedliche Zulauf von Schülern zu diesen beiden Schulen nur einen Grund haben – die Lage.

Meine Damen und Herren, nach der Entscheidung für den Standort steht jetzt die Entscheidung zum geeigneten Träger an. Ich gehe davon aus, dass die Klärung der Personalfragen, die Frage der Erstattung der Sachkosten, der Internatskosten, der Sanierungskosten und dann insgesamt die Frage der zukünftigen Trägerschaft privat oder öffentlich mit der Festlegung auf einen Standort jetzt wesentlich leichter fällt.

Grundlage für alle nunmehr möglichen Überlegungen ist nach wie vor das Konzept für ein Landesförderzentrum für Hörgeschädigte, in dem etwa 130 Schüler sowie 20 Kinder in der stationären und 35 Kinder in der ambulanten Frühförderung die individuell richtige Bildung erhalten sollen. Für diese 185 Kinder werden Lehrkräfte, Betreuungskräfte und Internatsplätze benötigt. Für den allgemeinen und für den gemeinsamen Unterricht ist von etwa 90 Schülerinnen und Schülern auszugehen. Nicht erfasst sind dabei die mehrfach schwersthöriggeschädigten Schüler, die dezentral an Schulen zur individuellen Lebensbewältigung betreut werden. Das Landeszentrum ist unser fachspezifisches sonderpädagogisches Förderzentrum für Hörgeschädigte, das landesweit mit anderen Förderzentren und allgemein bildenden Schulen kooperieren soll.

Nach dem Wo ist jetzt – Herr Renz, Sie haben das klar herausgestellt – das Wie zu entscheiden. Die Schule in Güstrow befindet sich heute in guter Trägerschaft und voller Funktion. Der Schulbetrieb läuft. Für die notwendigen baulichen Sanierungsmaßnahmen hat die Schule einen zustimmungsfähigen Antrag im Rahmen des Ganztagschulprogramms gestellt. Das Personal für Lehrer und Betreuung ist vorhanden.

Meine Damen und Herren, wenn jetzt kein neuer Betreiber mit einem besseren Betreiberkonzept auftritt, dann gibt es für mich keinen Grund zur Änderung der Trägerschaft

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

und schon gar nicht eine schnelle Änderung. Und ich darf das abschließend sagen: Genau diese Auffassung teile ich persönlich mit der Mehrheit der Schulgemeinschaft in Güstrow. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 6. August 1997 sprach die damalige Landesregierung wohl erstmals von einem künftigen pädoaudiologischen Förderzentrum am Standort Güstrow. Und ich stellte unter anderem daraufhin folgende Fragen:

1. Wie soll das künftige pädoaudiologische Zentrum gestaltet sein?
2. Wer soll Träger dieses neu zu schaffenden Förderzentrums werden?

Im Mai 2000 hatten sich dann die Beteiligten auf eine gemeinsame Konzeption für ein solches Landesförderzentrum geeinigt – der Minister sprach davon –, auf einen Standort allerdings nicht. Einen Einblick in die Zählebigkeit von Prozessen bei einer Standortentscheidung kennen wir ja wohl alle gemeinsam zur Genüge aus den Diskussionen um die Schulentwicklungsplanungen in den Kreisen und kreisfreien Städten und auch den damit verbundenen Emotionen und Argumenten. Die Standortentscheidung jetzt für Güstrow hat allerdings alle Rekorde in diesem Lande gebrochen. Und einen Eindruck davon kann gewinnen, wer in der Ausschussdrucksache 3/302 vom 19. Juli 2001 mit dem Titel „Planungskommission Landesförderzentrum“ den schon damals umfänglichen Werdegang nachliest. Diese Standortdiskussion hätte einen neuen Band der „Unendlichen Geschichte“ gefüllt und selbst Harry Potter wäre wohl mit seinen Zauberkünsten überfordert.

Nun ist nach sechs Jahren eine Entscheidung gefallen. Endlich – muss man da sagen – wurde jetzt einmal entschieden, allerdings, das darf nicht übersehen werden, eine Entscheidung des Bildungsministers. Ich denke, dazu gehört zumindest auch das Verfahren, dass das Kabinett diese Fachentscheidung, weil es ja um entsprechende Umsetzungen auf der Grundlage des Schulgesetzes geht, nachvollzieht. Ich glaube, dass angesichts der bisherigen Diskussion eine klare Mehrheit auch hier im Hause vorhanden ist für den Standort Güstrow.

Zwei Dinge fehlen noch: die Umsetzung der Standortentscheidung in einem Konzept, das spezifisch dann auf Güstrow zugeschnitten ist, und zweitens – auch der Minister sprach davon – die im vorliegenden Antrag der CDU aufgeworfene Frage der Trägerschaft.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach allem, was in den zurückliegenden Jahren diskutiert, abgewogen oder verworfen worden ist, trotzdem hält die Mehrheit meiner Fraktion die Entscheidung für den Standort Güstrow für sachgerecht.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Wir sind uns bewusst, dass die Ludwigscluster Bürgerinnen und Bürger, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler und die Abgeordneten des Landtages, in deren Wahlkreis die Schule Ludwigslust liegt, diese Standortwahl nicht einfach nur gut finden.

(Angelika Gramkow, PDS:
Auch die, die in der Nähe sind.)

Aber dies ist eine demokratische Entscheidung und vor allen Dingen ist das bei Mehrheitsentscheidungen dann so.

Noch nicht entschieden ist allerdings die Trägerschaft des neuen Förderzentrums. Die Schule in Güstrow, der Minister hat davon gesprochen, befindet sich gegenwärtig in Landesträgerschaft und nach Auffassung meiner Fraktion soll das auch bei einer Umgestaltung zu einem entsprechenden Hörgeschädigtenzentrum so bleiben. Wir sehen keinen pädagogisch-fachlich wirklichen Grund für einen Wechsel der Trägerschaft. Und die möglichen finanziellen Aspekte einer Privatisierung, Mittel zu sparen, sind schon etwas fraglich, wissen wir doch seit Jahren, dass die Zuschüsse des Landes zu den Personalkosten von Schulen und anderen Einrichtungen freier Trägerschaft stetig steigen. Sie sind zugleich Rechtsanspruch und Pflichtaufgabe.

Ich denke, das Land darf sich nicht aus einem so sensiblen Bereich der Daseinsvorsorge zurückziehen, der Menschen betrifft, die wegen ihres Handikaps besonderen Zuspruch und Anspruch auf eine zielorientierte, qualitativ hochwertige Förderung haben. Bildung und Erziehung sind aus meiner Sicht immer noch zuallererst eine staatliche Aufgabe, das soll und muss sie auch bleiben. Deshalb wenden wir uns als PDS-Fraktion gegen allzu oft anzutreffende Tendenzen der Privatisierung von Bildung und Betreuung.

In Europa, meine Damen und Herren, wird ohnehin schon ein schleichender Prozess sichtbar, der Bildung, Erziehung und Betreuung marktwirtschaftlichen Mechanismen unterwerfen soll. Man will Bildung vorrangig unter Effektivitäts- und Rentabilitätsprämissen betrachten und sie daran messen. Damit – so unsere Position – würde Chancengleichheit ausgehebelt und soziale Schieflage weiter vergrößert. Wir dürfen, glaube ich, diesen Bestrebungen bei uns im Lande keinen Vorschub leisten. Und ich möchte mich hier beziehen auf die Stellungnahme des Integrationsförderrates, der sich ganz explizit gerade auf die Fragen der Förderschulen mit überregionalem Einzugsbereich dahin gehend artikuliert hat – nachzulesen in der Ausschussdrucksache 4/204 des Sozialausschusses –, dass die Landesträgerschaft klar favorisiert wird, so, wie das der Bildungsminister eben angesichts des vorliegenden Konzepts und des Personals auch getan hat.

Wir haben gestern in der Debatte mehrfach gehört, dass es bei dem Ausgleich der Haushaltsdefizite keine Tabus geben darf. Ich denke doch – ich wiederhole die Position, die ich letztlich auch gestern noch einmal deutlich gemacht habe –, Bildung muss schon ein Tabu sein und damit auch die Übertragung von Landesverantwortung an freie Träger in diesem besonders sensiblen Bereich, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass man von den betroffenen Eltern solcher Kinder für die Beschulung auch noch ein Schulgeld verlangen kann.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Deshalb mussten wir ja das Konzept ändern.)

Ich möchte mich abschließend bedanken bei den anwesenden Gästen und dem Gebärdendolmetscher, der es ermöglicht hat, Ihnen die Teilnahme an dieser Debatte zu ermöglichen, denn daran wird für uns Selbstverständliches anschaulich. Den anderen zu hören, auch wenn es manchmal sehr laut in diesem Hohen Hause hier zugeht, ist für andere Menschen eben nicht so sehr selbstverständlich. Ihnen gehört die Unterstützung der Gesellschaft. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich unserem Minister ausdrücklich für die rasche Entscheidung zum Standort des Landesförderzentrums für Hörgeschädigte danken.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Rasch insofern, als er es in einem Jahr seiner Amtszeit geschafft hat, hier eine längst überfällige Entscheidung zu fällen.

(Heike Polzin, SPD: Es ist alles relativ.)

Es ist alles relativ im Leben, da haben Sie Recht, Frau Polzin.

Bei der Opposition wurde ja immer orakelt, ob es jetzt durch die Standortentscheidung ein Zerwürfnis innerhalb der SPD-Fraktion gibt. Meine Damen und Herren, ich möchte hier an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass beide Verwaltungen, die die Standortentscheidung vorbereitet haben, sowohl in Ludwigslust als auch in Güstrow, hervorragende Arbeit geleistet haben, ebenso die Lehrkräfte und Fachkräfte in den beiden Schulen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Ja, wir Abgeordnete leisten unseren Dienst und das ist in Ordnung so.

Es gibt bei dieser Entscheidung aus meiner Sicht nur einen Sieger und das sind in erster Linie die geschädigten Kinder und Jugendlichen sowie deren Angehörige und letztendlich auch das hoch qualifizierte Personal, weil nun alle zusammen endlich mit Sicherheit davon ausgehen können, an welchem Ort ihre Tätigkeit, ihre Betreuung und ihre Ausbildung weiter fortgesetzt wird.

Aus meiner Sicht bedingt diese zügige Standortentscheidung letztendlich auch eine Entscheidung zur künftigen Trägerschaft dieser Schule. Der Minister hat es angedeutet, es stehen die Zeichen so, dass sie in öffentlicher Trägerschaft bleibt.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Darüber werden wir in unserer Fraktion zumindest noch einmal reden, da ist noch keine Festlegung erfolgt. Und auch dieser Debatte sehe ich gespannt entgegen. Das wird aber in absehbarer Zeit auch im Ministerium entschieden. Ich hoffe und ich wünsche, dass diese Entscheidung bald getroffen wird, denn es ist aus unserer Sicht ausgesprochen wichtig, dass hier zügig die Ausbildung der Geschädigten fortgesetzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt noch einmal das Wort in der Diskussion der Abgeordnete Herr Renz für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgrund der Informationen, die wir hier eben an

dieser Stelle vom Minister erhalten haben, stelle ich mit Freude fest, dass die Standortentscheidung nach sechs Jahren endlich gefallen ist. Persönlich freut es mich natürlich, dass es den Standort Güstrow getroffen hat.

Ich stelle als Zweites aufgrund der Ausführungen fest, dass sich an der Trägerschaft in absehbarer Zeit nichts ändern wird, so dass sich damit die beiden Punkte unseres Antrages zum jetzigen Zeitpunkt erledigt haben. Ich bitte aber den Minister, den Bildungsausschuss auf dem Laufenden zu halten und uns zu informieren über den Zusammenschluss der beiden Standorte. Ich gehe davon aus, dass das zum nächsten Jahr greifen wird. Die CDU-Fraktion zieht an dieser Stelle den Antrag zurück beziehungsweise erklärt ihn hiermit für erledigt. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Renz.

Da der Antrag jetzt zurückgezogen wurde und ich davon ausgehe, dass der Bildungsausschuss sich auch in Zukunft mit dem Thema befassen wird, kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages des Abgeordneten Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU – Danziger Gespräche 2003, Drucksache 4/865.

**Antrag des Abgeordneten
Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU:
Danziger Gespräche 2003
– Drucksache 4/865 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst persönlich feststellen, dass es aus meiner Sicht der CDU-Fraktion gut zu Gesicht gestanden hätte, wenn wir den Antrag gemeinsam eingebracht hätten. Aber ich muss auch sagen, es wäre optimal gewesen, wenn wir einen Partei übergreifenden Antrag daraus gemacht hätten. Das war ein Zeitproblem. Ich hätte das gerne gemacht und da muss ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der beiden anderen Fraktionen entschuldigen. Aber mit der Formulierung, dass der vorliegende Forderungskatalog als Ergebnis der Danziger Gespräche im Landtag nur zur Kenntnis genommen wird und die zuständigen Ausschüsse beauftragt werden, dazu eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten, liegt uns, denke ich, ein ziemlich neutraler Antrag vor, jedenfalls für meine Verhältnisse. Ich darf das mal so sagen. Das ist ein akzeptables Verfahren, weil das Thema „Wirtschaftskriminalität und Korruption“ als gesamtgesellschaftliches Problem zu wichtig ist, um diesen Forderungskatalog unter Umständen schon in den Fraktionen zu sehr zusammenzustreichen, je nach verschiedener Interessenlage.

Während die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption in anderen Ländern wegen der politischen Dimension der Schäden als Schwerpunkt vorangetrieben wird, ist es hier eben heute etwas zur Nebensache geraten als eine Art Feierabendproblem. Aber ich denke, das war nicht Absicht der Tagesordnung.

Der Forderungskatalog von Danzig, erarbeitet von den Teilnehmern der internationalen Tagung, orientiert sich

nüchtern an den Problemen, die noch gelöst werden müssen, unabhängig von den verschiedenen Positionen in den Parteien dazu. Ich kann mir natürlich vorstellen, dass einige Forderungen des Kataloges insbesondere an die Politiker, an die Politik nicht gerade Begeisterungstürme hervorrufen, aber ich denke, wir sind in schwierigen Zeiten dazu aufgerufen, auch darüber nüchtern nachzudenken und vor allen Dingen darüber nachzudenken, dass wir mit gutem Vorbild in schwierigen Zeiten vorangehen müssen. Das heißt, Transparenz so weit wie möglich, Transparenz auch zu öffentlichen Entscheidungen, Transparenz auch zu Finanzgebaren in unseren Organisationsstrukturen.

Die Frage stellt sich natürlich als Mitglied einer Oppositionspartei: Was tut die Regierung dazu, was macht die Bundesregierung bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption? Die Bundesregierung hat noch keine effektiven Schritte unternommen, obwohl es eine Koalitionsvereinbarung gibt, in der das Zentralregister zur Erfassung korrupter Unternehmen und das Informationsfreiheitsgesetz versprochen worden sind. Das ist noch nicht auf den Weg gebracht worden. Da darf man doch zumindest anmerken: Das ist erstaunlich für eine Regierungskoalition, die weiß, dass zum Beispiel das Informationsfreiheitsgesetz in den skandinavischen Ländern dazu geführt hat, dass es sehr wenig Korruption in diesen Ländern gibt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Im Dezember 2000 wurde von der internationalen Staatengemeinschaft in Palermo eine Konvention zur Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität verabschiedet, mit der auch der Wirtschaftskriminalität und der Korruption der Kampf angesagt wurde. Auf EU-Ebene wurde das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) eingerichtet. Der vorliegende Forderungskatalog zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung dieser sozial schädlichen Kriminalitätsform. Deutschland muss aus unserer Sicht, aus meiner Sicht mit den Nachbarländern Schritt halten und Mecklenburg-Vorpommern müsste wegen seiner Lage und wegen seines bisherigen sehr positiven Engagements im Rahmen der Zusammenarbeit gegen grenzüberschreitende Kriminalität auch Vorreiter für die Umsetzung dieser Danziger Erklärung sein, die ja auch für die EU sehr wichtig ist im Hinblick auf die EU-Osterweiterung.

Vor 15 Jahren gab es die so genannte Frankfurter Schmiergeldaffäre. Seit über zwei Jahren erschüttert eine Frankfurter Korruptionsaffäre wieder die gesamte Region. Die Bilanz nach 15 Jahren aus der Sicht der Strafverfolgungsbehörden und derjenigen, die sich engagieren, ist leider ernüchternd. In diesen 15 Jahren ist in Deutschland im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung ziemlich wenig passiert. Die Korruption ist in Deutschland leider auf dem Vormarsch, weil auch die Politik in sehr vielen Feldern zu untätig geblieben ist.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Gesine Skrzepski, CDU: So ist es!)

Die Spendenaffären, die ja querbeet durch alle Parteien gingen – das haben Sie am Anfang gehabt in den 90er Jahren, das haben wir gehabt, das hat die SPD jetzt –, zeigen, dass es notwendig ist, auch über Probleme zu reden. Es scheint ja so zu sein, dass Macht Korruption zumindest begünstigt, dass diejenigen, die Macht haben, meinen, sich nicht mehr an alle Rechtsvorschriften halten zu müs-

sen. Und es ist offenbar so, dass diese Einstellungen langfristig Wirtschaftskriminalität und Korruption begünstigen.

Mit den rasanten politischen Entwicklungen und den damit verbundenen Entwicklungen in Europa und der Welt haben natürlich auch Wirtschaftskriminalität und Korruption zugenommen, Stichwort „Wiedervereinigung“. Aber die gleichen Probleme werden wir mit der EU-Osterweiterung wieder haben. Allein bei der Wirtschaftskriminalität stieg die Anzahl der erfassten Straftaten in unserem Land von 1993 bis 2001 um 50 Prozent. Auch bei sinkenden Fallzahlen wurden die Schäden immer größer. 2001 waren es 7,8 Milliarden Euro Schaden. Darin enthalten ist ein Großverfahren von allein 2,3 Milliarden Euro. 2002 betrug der Schaden circa 5 Milliarden Euro, im Jahre 2001 betrug der Schadensanteil an den Wirtschaftsdelikten am gesamten Straftatenaufkommen, also die Menge, 1,7 Prozent, aber 60 Prozent des Gesamtschadens, der durch Kriminalität in Deutschland verursacht wurde. Das zeigt, welcher Schaden hier insgesamt entsteht. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die so genannte Dunkelziffer sehr hoch ist.

Bei Wirtschaftskriminalität und Korruption handelt es sich um Kontrolldelikte und da haben wir natürlich ein Problem. Die hoffnungslose Überlastung von Staatsanwaltschaften und Ermittlern ist auch die Ursache dafür, dass zu viele Delikte in diesem Bereich im Dunkeln bleiben und dem Staat damit letztendlich zig Milliarden jährlich verloren gehen. Die Weltbank kam schon 1997 zu dem Ergebnis, dass Korruption die sozialen Systeme der Staaten gefährdet. Eine korruptionsanfällige Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft ist also eine Gefahr für unser Rechts- und Sozialsystem. Das Einfallstor auch der organisierten Kriminalität ist die Korruption, die, wie wir wissen, mit Wirtschaftskriminalität einhergeht. Mit Gewinnen aus kriminellen Aktivitäten werden letztendlich seriöse Unternehmen vom Markt verdrängt. Mit kriminell erworbenem Kapital wird Korruption zum Massenphänomen. Mit Korruption wird die demokratische Willensbildung in den parlamentarischen Gremien unterlaufen. Der Steuerzahler zahlt letztlich die Zeche für erschwindelte Steuergelder sowie das Unterlaufen öffentlicher Aufträge.

In einer von Wirtschaftskriminalität und Korruption unterwanderten Gesellschaft werden auch Freiheit und Demokratie immer mehr eingeschränkt. Nicht das wirtschaftlich stärkste Unternehmen setzt sich durch, sondern das mit der stärksten kriminellen Energie. Und ich meine, wir meinen, das wäre eine Katastrophe, auch und vor allem für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall Michael Ankermann, CDU,
Wolfgang Riemann, CDU, und
Karsten Neumann, PDS)

Wirtschaftskriminalität und Korruption bedeuten nicht nur gewaltige materielle Schäden und Steuerausfälle für unser Land, sie sind auch ein Angriff auf die Normen und Werte unserer Gesellschaft und vor allem ein Angriff auf unser Wirtschaftssystem. Die Komplexität dieser Kriminalität erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Bekämpfungsansatz und darum geht es auch in der Erklärung von Danzig. Nicht nur die professionellen Ermittler, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche müssen aktiv und nachhaltig ihren Beitrag zur Eindämmung dieser Kriminalitätsformen leisten. Die Politik – also wir, auch wenn wir in dem Bereich natürlich nur, in Anführungsstrichen, Landtagsab-

geordnete sind – sollte mit gutem Beispiel vorangehen, weil diese Deliktfelder, wie gesagt, als besonders sozial schädlich zu bewerten sind. Dort, wo diese Kriminalität gedeiht, kann der Staat die Sozialleistungen sowie Leistungen für Infrastruktur und die Kommunen nicht mehr garantieren. All die Skandale in Deutschland, ob Banken- und Unternehmenskandale, die Ermittlungen wegen Riesenabfindungen zum Beispiel für Banker, aber auch die Parteiskandale, haben deutlich gemacht, dass diese Deliktfelder eben kein gesellschaftliches Randproblem sind, sondern Korruption und Wirtschaftskriminalität inmitten dieser Gesellschaft leider zu finden sind.

Auf der Sicherheitskonferenz in Danzig wurde nochmals hervorgehoben, dass es sich bei Wirtschaftskriminalität um Deliktfelder auch mit weiterer Internationalisierung handelt. Die Konferenz machte aber auch deutlich, dass die rechtlichen Instrumentarien, vor allem in Deutschland, weiter unzureichend sind, und sie machte deutlich, dass uns einige Länder, vor allen Dingen die EU-Beitrittskandidaten, schon in einigen Feldern voraus sind. Neben der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie nationaler Bekämpfungsstrategien muss die internationale Zusammenarbeit also weiter auch in unserem Interesse verbessert werden. Die national unterschiedlichen Rechtsgrundlagen zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform müssen in Richtung internationales Strafrecht langfristig angepasst werden. Ich glaube, da gibt es auch keine unterschiedlichen Positionen, die Frage ist nur, wie schnell das innerhalb der EU geschieht.

Der vorliegende Forderungskatalog dient der Verbesserung des Informationsaustausches im Bereich der inneren Sicherheit, der Harmonisierung polizeilicher Maßnahmen, der Angleichung polizeitaktischer Ziele und der Verständigung auf gemeinsame und innerhalb der EU wirksame Rechtsgrundlagen. Ich denke, die derzeitige Krise in Deutschland hat auch etwas damit zu tun, dass auf diesen Deliktfeldern dem Staat zig Milliarden jährlich entzogen werden. Ich denke, das sollten wir zur Kenntnis nehmen und möglichst etwas dafür tun, dass wir dieses Geld wieder dem Staat mit verstärkten Ermittlungen und verbesserten rechtlichen Grundlagen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wegen der extrem hohen Dunkelziffer sind seriöse Zahlenangaben leider nicht möglich. Unbestritten ist aber, wie gesagt, die besondere soziale Schädlichkeit dieser Delikte. Der Preis für die Volkswirtschaft, für die Betriebswirtschaft, für das Sozialsystem, aber auch für die Politik ist unseres Erachtens viel zu hoch, als dass wir es dabei belassen könnten, wie es heute ist. Die Politik ist gefordert, zuerst die Rahmenbedingungen zur wirksamen Bekämpfung dieser Straftaten zu schaffen. Die Politik ist aber gefordert, mit gutem Beispiel und vor allem mit Glaubwürdigkeit voranzugehen, und das vor allem in schwierigen Zeiten. Einzelinteressen, aber auch die eingefahrenen Rollenspiele Regierung und Opposition, die wir ja hier tagtäglich üben, wenn ich das mal so sagen darf, sollten in diesem Falle überwunden werden. Es geht um sehr viel Geld, das dem Sozialstaat vorenthalten wird, und es geht letztendlich um die Glaubwürdigkeit von Politik in schwierigen Zeiten in Deutschland.

Zur Glaubwürdigkeit gehört auch eine Grundsatzdiskussion über den Stellenwert von innerer Sicherheit in schwierigen Zeiten. Ich meine, es kann und es darf nicht sein, dass bei der Polizei mittlerweile zum Teil das qualifi-

zierte Personal fehlt und die Staatsanwaltschaften auch in vielen Bereichen, auch in dem Bereich Wirtschaftskriminalität – zum Beispiel in Rostock –, leider hoffnungslos überlastet sind. So können wir Wirtschaftskriminalität und Korruption in Deutschland nicht effektiv bekämpfen.

Die Strategie der Wirtschaftskriminalität und der organisierten Kriminalität ist klar, auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung. Mit Korruption soll verstärkt auf Entscheidungen in Wirtschaft, Verwaltung, Politik, auch auf Polizei und Strafverfolgung Einfluss genommen werden. Wir benötigen also im Interesse unseres Landes eine Gegenstrategie, die dieser Kriminalität Grenzen zeigt mit der Zielrichtung, sie Jahr für Jahr und Schritt für Schritt im Interesse des Gemeinwohls in unserem Lande abzubauen und natürlich auch Gefahren von der Gesellschaft abzuwenden. Der Danziger Forderungskatalog zeigt, denke ich, einen Weg, mit dem wir in Deutschland und innerhalb der zukünftigen EU mit immerhin 500 Millionen Einwohnern diese Kriminalitätsform glaubwürdig bekämpfen können.

Ich bitte Sie, trotz Vorbehalte, weil es ein Einzelantrag ist, darüber nachzudenken, dass es hier um Sachfragen geht. Ich bitte Sie darum, diesen Antrag, wie im Antrag formuliert, zur Kenntnis zu nehmen und in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Ich denke, dort können wir unsere unterschiedlichen Positionen dazu klar machen, und ich bin überzeugt, dass wir in diesem Bereich eine vernünftige Beschlussvorlage für diesen Landtag gemeinsam erarbeiten können. Ich bitte Sie aus diesem Grunde nochmals um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Thomas.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Danziger Gespräche sind entstanden im Jahr 1998. Grundlage ist das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit in den Grenzgebieten vom 5. April 1998. Das Ziel der Danziger Gespräche ist der Austausch über grenzüberschreitende Sicherheitskooperationen zwischen den Beitrittskandidaten zur Europäischen Union. Die Danziger Gespräche haben seitdem fünfmal stattgefunden, in diesen jährlichen Zyklen verschiedene Sicherheitsthemen berührt und eine erhebliche Resonanz in der Fachpresse, in der Fachwelt insgesamt, auch international, gewonnen und, wie ich weiß und feststelle, durch den Beitrag von Herrn Thomas auch hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Die Danziger Gespräche haben außerdem einen wichtigen Beitrag geleistet und sollen diesen auch in Zukunft leisten zur gegenseitigen Vertrauensbildung im Bereich der internationalen polizeilichen, insbesondere der kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit. Und ich weiß, dass dies in den nächsten Jahren von den teilnehmenden Staaten auch deutlich unterstützt wird.

Es sind von den Danziger Gesprächen wichtige Impulse ausgegangen, die von uns hier im Land und auch in der gesamten Bundesrepublik Deutschland aufgegriffen wurden und für die ich selbst auch sehr dankbar bin. Auch der Woiwode der Woiwodschaft Pommern, Herr Jan Ryszard Kurylczyk, hat anlässlich seines Besuches in Mecklenburg-Vorpommern am 20. und 21. Oktober diesen Jahres auf die zunehmende Bedeutung dieser Danziger Gespräche hingewiesen, auch für die gesamte Sicherheitspolitik in der Republik Polen übrigen, und mir das Interesse an der Fortführung dieser Gespräche bekundet. Wir haben uns so abgesprochen, dass im nächsten Jahr die Danziger Gespräche zeitnah zum EU-Beitritt Polens, nämlich unmittelbar nach dem 1. Mai 2004, stattfinden sollen und, wie wir uns bemühen werden, möglichst unter der Schirmherrschaft, zumindest unter der Teilnahme der beiden Innenminister aus Warschau und Berlin.

Die diesjährigen Danziger Gespräche haben sich einem Kriminalitätsfeld gewidmet, das auch unter dem Aspekt der Globalisierung zunehmend an Bedeutung gewinnt. Das Thema „Wirtschaftskriminalität und Korruption“ war ein Wunschthema der polnischen Seite, da dieser Kriminalitätsbereich dort zum Teil erhebliche Ausmaße angenommen hat. In einer kürzlich vor dem polnischen Parlament gehaltenen Rede hat der polnische Innenminister darauf hingewiesen, dass die Korruption in der Republik Polen inzwischen fast eine alltägliche Erscheinung geworden ist. Darauf hat die Regierung Polens mit einem umfassenden Maßnahmenpaket reagiert.

Wirtschaftskriminalität und Korruption sind in hohem Maße sozial schädlich und verursachen auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland hohe Schäden. Herr Thomas hat einiges in dem Zusammenhang angesprochen. Im Jahr 2002 wurden laut polizeilicher Kriminalstatistik bundesweit über 6,5 Millionen Straftaten registriert. 86.000 Fälle waren davon der Wirtschaftskriminalität zuzuordnen. In den letzten zehn Jahren sind die Fallzahlen in diesem Deliktbereich um 50 Prozent angestiegen. Rein statistisch beträgt ihr Anteil am Gesamtstrafataufkommen zwar nur – in Anführungszeichen – 1,3 Prozent, aber die besondere Bedeutung der Wirtschaftskriminalität zeigt sich an ihrem Schaden, den sie gesellschaftlich verursacht. Dieser lag im Jahr 2002 bei einer Höhe von fast 5 Milliarden Euro in Deutschland. Hauptziel korruptiver Handlungen bildet die öffentliche Verwaltung, nämlich 73,2 Prozent der Verfahren. Der am zweithäufigsten betroffene Bereich ist die Wirtschaft. Korruption trifft also Verwaltung und Wirtschaft gleichermaßen.

Im Übrigen wird aber auch festgestellt, dass eine enge Verknüpfung zwischen Korruption und organisierter Kriminalität zumindest für das Tatgeschehen in der Bundesrepublik gegenwärtig nicht bestätigt werden kann. Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern bekämpft Wirtschaftskriminalität und Korruption sowohl in der Fläche als auch zentral im Landeskriminalamt. Insgesamt sind über 60 Polizeivollzugsbeamte und weiteres Fachpersonal in den Ermittlungsdienststellen ausschließlich mit der Bekämpfung dieses Kriminalitätsfeldes befasst worden. Dies schließt aber selbstverständlich nicht aus, dass das Kriminalitätsinstrumentarium in diesem Bereich wie auch in anderen Bereichen von Zeit zu Zeit angepasst werden muss und wir auch die Polizei in verschiedenen Feldern gelegentlich einer Reform unterziehen müssen. Doch das kann nicht auf der Grundlage, meine Damen und Herren, eines solchen, ich sage es mal vorsichtig, noch nicht ganz

ausgereiften Antrages wie dem von Herrn Thomas geschehen. Denn, meine Damen und Herren, wir haben vor uns einen Antrag liegen, der nichts anderes enthält als die lockere Zusammenfügung unbereinigter Arbeitsergebnisse aus der Danziger Konferenz, die dort in diesem Jahr entstanden sind.

Der von Herrn Thomas vorgelegte Forderungskatalog enthält Vorstellungen und Meinungen, meine Damen und Herren, von Teilnehmern einer internationalen Sicherheitskonferenz, bei denen die Vertreter der verschiedenen teilnehmenden Seiten von völlig unterschiedlichen politischen, rechtlichen und vor allem polizeilichen Grundlagen ausgehen. Der Katalog dieser Forderungen ist außerdem in den Teilen, wo die Bundesrepublik selbst mitgewirkt hat in Deutschland, überhaupt nicht neu. Bereits auf der Herbsttagung des BKA des letzten Jahres wurde die Thematik „Wirtschaftskriminalität und Korruption“ umfassend behandelt. Aufgrund der dort aufgezeigten Probleme bat der Arbeitskreis 2, die AG Kripo, innerhalb der Innenministerkonferenz neue Ansätze zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Korruption zu erarbeiten. Die Innenministerkonferenz wird diese Handlungsempfehlungen ausarbeiten und so schnell wie möglich, spätestens im März des nächsten Jahres, auf ihrer Arbeitstagung dann auch vorlegen.

Mit der Frage, was für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Korruption überhaupt erforderlich ist und was machbar ist, befassen sich also die verantwortlichen Gremien und die Fachleute aus dem Bereich der inneren Sicherheit, der Polizei und der Justiz sowie weitere Gremien schon seit längerem, und dort, meine Damen und Herren, gehören diese Fragen auch hin. Hier müssen sie einer Klärung zugeführt werden und dann notwendigerweise politische Konsequenzen zur Folge haben. Ich bitte oder empfehle, den Antrag von Herrn Thomas nicht anzunehmen, sondern abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Für die Fraktion der PDS hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Neumann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben bereits viel zum Inhalt der Konferenz hier übermittelt. Ich denke, es gibt noch eine ganze Reihe von anderen interessanten Aspekten. Ich will mich von meiner vorbereiteten Rede abweichend auf das beschränken, was zu diesen Punkten bisher noch nicht gesagt wurde und was aus meiner Wahrnehmung für mich das Interessante war, nämlich beispielsweise die Aufstellung der Nehmer von Korruption, also derjenigen, die Bestechung annehmen, und wo sie denn arbeiten. Das sind an der Spitze mit 25,4 Prozent Baubehörden im Lande Deutschland. Das ist mit 15,5 Prozent auf dem zweiten Platz der Gesundheitsbereich, also Zuständigkeit Sozialausschuss. Das sind zu 8 Prozent Polizeibehörden, Zuständigkeit Innenausschuss, zu 7,6 Prozent Kommunalbehörden und erst zu 7,2 Prozent die Wirtschaft. Bei 2,9 Prozent folgen dann die Straßenverkehrsämter. Und wenn man sich die Frage stellt, wer in diesen Behörden denn die Nehmer sind, dann sind es zu 43 Prozent die Sachbearbeiterebene und zu 40 Prozent die Leitung und immerhin noch zu 2,4 Prozent die Bürgermeister, die in den ermittelten Fällen in

Deutschland, nicht irgendwo in Polen oder Albanien, nein, hier in Deutschland, diejenigen sind, die der Korruption überführt worden sind.

Was ist das Problem, das besondere Problem, das man hervorheben muss, weshalb beispielsweise ein Gesetz zur Informationsfreiheit – der Kollege Thomas hat es erwähnt – so sinnvoll und notwendig ist? Im Gegensatz zu fast allen anderen Straftaten gibt es nämlich bei der Bestechung kein Opfer, das irgendetwas anzeigt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Der Staat.)

Bei anderen Straftatbeständen gibt es einen Verletzten oder wie auch immer, der also ein Interesse daran hat, den Täter tatsächlich zu überführen, um Rache oder wenigstens Genugtuung zu erlangen. Das ist aber in dem Fall der Bestechung gerade nicht der Fall. Und deshalb sind ja diese Bestechungsvorgänge, die ermittelt wurden, im Durchschnitt über die Dauer von drei bis fünf Jahren realisiert worden, also keine einmaligen Verbindungen, sondern dauerhafte Verbindungen. Und damit ist es das Problem, dass das Opfer, nämlich die staatlichen Sozialkassen, die staatlichen Finanzkassen et cetera, in der Regel bei den Taten nicht anwesend ist. Deshalb ist es ja so schwierig, sie aufzudecken. Es ist ein so genanntes Kontrolldelikt. Das heißt, erst die Kontrolle und der konkrete Nachweis führen dazu, Verdachtsmomente aufzunehmen und umzusetzen, und das ist dann letztendlich die Verantwortung, die, denke ich, auch vor der Politik steht.

Die Weltbank hat inzwischen ein Korruptionsregister, das im Internet ermöglicht, Firmen, die sich der Korruption schuldig gemacht haben, zu ermitteln und auszuschließen von künftigen Vergabeverfahren.

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Das ist beispielsweise dann auch für uns die Frage nach einem Korruptionsregister von Firmen in Mecklenburg-Vorpommern, das es ermöglichen würde, solche Firmen künftig von öffentlichen Auftragsvergaben auszuschließen. Das ist ein schwieriges Thema, das wir auch schon öfter einmal, denke ich, diskutiert haben.

Und ich will auch erwähnen, dass der kürzlich verstorbene Professor Scheuch ja mit seinem Buch „Cliques, Klüngel und Karrieren“ im Auftrage der CDU, daran kann ich mich erinnern, eine Studie sehr deutlich aufgestrippt hatte, wie die kleinen Skandalchen mit den großen Skandalen und wie die große Politik mit der kleinen Wirtschaft oder umgekehrt zusammenhängt. Hier wird sehr deutlich vor Augen geführt, dass es Handlungsbedarf gibt. Es war übrigens, das gebe ich zu, das erste Westbuch, das ich gelesen habe. Ich kann mich noch ganz genau daran erinnern, dass das Buch mit dem Titel „Cliques, Klüngel und Karrieren“ von Professor Scheuch vom Rowohlt Verlag war.

(Michael Ankermann, CDU:
Das war sehr lehrreich.)

Es war sehr lehrreich. Es hätten viele andere vielleicht 1990 auch schon lesen sollen, denn da sind, auch aus Sicht der PDS, interessante Punkte enthalten, denke ich, und zwar die Forderungen an die Politiker und die Forderungen an die Politik, die hier neben vielen anderen wichtigen Anknüpfungspunkten aufgeschlüsselt worden sind.

Allerdings, und das, sehr verehrter Herr Kollege Thomas, ist das Problem an Ihrem Antrag, hier zu beschließen und diesen Katalog in die Ausschüsse zu geben mit dem Ziel, daraus, wie Sie es sagten, eine vernünftige Beschluss-

vorlage vorzubereiten. Dazu, denke ich, ist dieser Antrag nicht geeignet. Wir sollten nach den Erfahrungen, die wir auch mit anderen CDU-Anträgen hier gemacht haben, davon absehen, mit allgemein gehaltenen Formulierungen in die Ausschüsse zu gehen in der Hoffnung, wir kommen mit konkreten Vorschlägen letztendlich raus. Ich denke, hier konkrete Änderungsvorschläge zu unterbreiten und diese dann zu beraten, das sollten auch wir der Arbeit der Fachleute überlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Ankermann. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Michael Ankermann, CDU: Danke schön.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal für die CDU-Fraktion den vom Kollegen Thomas gestellten Antrag dahin gehend präzisieren, dass die Überweisung in den Rechts- und in den Innenausschuss erfolgen soll, als die zuständigen Ausschüsse, und federführend in den Rechtsausschuss.

(Karsten Neumann, PDS: Ist das
jetzt ein Antrag der CDU-Fraktion?)

Ja, ein Antrag der CDU-Fraktion.

(Karsten Neumann, PDS: Das ist ja interessant.)

Meine beiden Vorredner sind ja schon auf die Danziger Gespräche eingegangen und haben den Erfolg dieser seit 1998 stattfindenden Gespräche mehrfach dargelegt und auch gewürdigt. Ich denke, das ist auch richtig so. Ich halte es auch für richtig, dass ein Parlamentarier, der an diesen Gesprächen teilnimmt, seine Beobachtungen, und zwar nicht nur seine Beobachtungen, sondern die Ergebnisse dieser Gespräche, dem Parlament vorlegt und dem Parlament rät oder empfiehlt oder darum bittet, dieses doch in den zuständigen Ausschüssen zu behandeln, ob möglicherweise davon etwas verwertbar und im nationalen Recht auch umsetzbar ist.

(Peter Ritter, PDS: Haben Sie das
auch in der Fraktion so gesagt?)

Ich stimme dem Innenminister in weiten Teilen seiner Rede, die er hier heute zu diesem Tagesordnungspunkt gehalten hat, ausdrücklich zu. Ich stimme Ihnen aber in dem letzten Schlenker, Herr Minister, nicht zu, wenn Sie sagen, dass es sich um einen nicht ausgereiften Antrag handelt. Das kann ich so nicht nachvollziehen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Es sind hier die Ergebnisse einer Tagung, die der Kollege Thomas vorgetragen hat, die auch völlig unstrittig vom Ergebnisgehalt her über die Jahre hinweg von ihm gewürdigt wurden. Und dass man diese Ergebnisse hier im Parlament noch einmal diskutiert, noch einmal berät und dann in die zuständigen Ausschüsse verweist, um dann zu einem nationalen Ergebnis zu kommen, das halte ich nicht nur für legitim, das halte ich auch für notwendig, wenn man Vertreter in solche Konferenzen entsendet.

(Karsten Neumann, PDS: Das können wir doch
alles bereden. – Peter Ritter, PDS: Ich würde
das erst mal in der CDU-Fraktion klären.)

Völlig klar sind wir uns sicher alle darüber, dass Korruption und Wirtschaftskriminalität einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Auch dieses hat der Innenminister bereits mit Zahlen untermauert.

(Karsten Neumann, PDS: Zahlungsmoral, immer Zahlungsmoral.)

Damit wird die Leistungsfähigkeit des Staates eingeschränkt, natürlich gerade auch im Hinblick auf die Sozialleistungen und im Hinblick auf die Infrastrukturleistungen, die damit negativ beeinflusst werden.

(Torsten Koplin, PDS: Das stimmt.)

Es ist sicherlich auch klar, wenn man sich mit Wirtschaftskriminalität und Korruption beschäftigt, dass dies keine Kriminalität ist, wie sie einem beispielsweise in großen Boulevardblättern vor Augen geführt werden kann, denn man sieht hier keine Opfer und man sieht keine Leichen am Wegesrand. Es ist die so genannte White-Collar-Kriminalität, die man eigentlich vom Ergebnis her nur dann wahrnehmen kann, wenn man sich wirklich mit den Zahlen und mit den Ergebnissen dieser Kriminalität beschäftigt. Das kann leider häufig dazu führen, dass diese Kriminalität nicht so bekämpft werden kann, wie es eigentlich getan werden müsste.

Dass die rechtlichen Instrumente, die uns heute dazu in den Gesetzen zur Verfügung stehen, die wir bereits haben, und dass die internationale Zusammenarbeit hier unzureichend ist, darüber besteht meines Erachtens auch Einigkeit in diesem Hause. Aber es ergibt sich aus dem Forderungskatalog, wie er uns hier in diesem Antrag auch vorliegt, eine Inkompatibilität mit dem deutschen Recht. Das kann man sicherlich nicht bestreiten. Und von daher muss der Katalog sicherlich auch überarbeitet werden und es muss hier auch zu Streichungen kommen, Herr Kollege Thomas, das ist völlig eindeutig.

(Heiterkeit bei Karsten Neumann, PDS)

Aber nicht zu Streichungen je nach der Interessenlage dessen, wie Sie gesagt haben, der das nun bearbeitet, sondern ganz sicher lediglich zu Streichungen nach der Rechtslage, denn dieses war eine internationale Konferenz und die Rechtslagen sind in den daran teilnehmenden Staaten nun einmal unterschiedlich. Und wenn ich in den Forderungskatalog sehe und beispielsweise dort noch zu schaffende Beweislastumkehr erkenne, dann ist dieses ein Problem, das im deutschen Recht nur wenig Niederschlag findet. Es gibt natürlich eine Beweislastumkehr in einzelnen Bereichen. Wir kennen das beispielsweise aus dem Straßenverkehrsrecht, wir kennen diese Diskussion der Beweislastumkehr auch in anderen Bereichen. Aber dass jemand seine Unschuld gegenüber dem Staat nachweisen muss, weil die Staatsanwaltschaft oder die Ermittlungsbehörden sagen, es liegt ein bestimmter Tatbestand, der unbestreitbar ist, vor und nun beweise mal deine Unschuld, das haben wir nicht und das ist auch nicht unsere Rechtsordnung.

(Karsten Neumann, PDS: Nee! Da geht es um das Vermögen, um das Vermögen aus kriminellen Handlungen.)

Richtig, genau darum geht es, Herr Kollege.

(Karsten Neumann, PDS: Eben.)

Auch wenn hier etwas zur Haftbarkeit von Vorständen und Aufsichtsräten steht, sind wir hier meines Erachtens

in Deutschland weiter, als uns dieser Forderungskatalog zu glauben suggeriert. Aufsichtsräte können auch heute haften, denn hier gibt es entsprechend rechtliche Vorschriften, wie zum Beispiel die Strafbarkeit juristischer Personen. Hier mag der eine oder andere schmunzeln, wenn man überlegt, wie denn eine juristische Person oder beispielsweise eine GmbH belangt werden soll. Geldstrafen mag man ja noch hinnehmen, aber bei den Freiheitsstrafen der GmbH haben wir sicherlich schon unsere Probleme.

Alles in allem, meine ich, ist dies ein Antrag, den man durchaus in den entsprechenden Ausschüssen noch einmal der Würdigung unterziehen sollte. Man sollte sich mit den einzelnen Punkten beschäftigen und sich wirklich der Mühe hingeben, und zwar auch in diesem Parlament und nicht nur bei der Polizei, die im Übrigen ja auch an dieser Tagung teilgenommen hat, und bei anderen Behörden, man sollte sich durchaus der Mühe unterziehen, hier selbst einmal schöpferisch tätig zu werden, um diesem gewaltigen Problem entgegenzutreten. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Körner. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich bin dem Kollegen Thomas außerordentlich dankbar, dass er dieses wichtige Thema in die parlamentarische Debatte eingebracht hat. Ich freue mich darüber. Ich stimme ihm hundertprozentig zu, dass dieses ein wichtiges Thema ist, in der Vergangenheit war und natürlich auch weiterhin sein wird. Dennoch, Kollege Thomas, werden wir heute für die Ablehnung Ihres Antrages plädieren. Lassen Sie mich das mit wenigen Worten begründen. Ich denke, wir werden die 130 vorgesehenen Minuten zur Aussprache über diesen Antrag in diesem Haus heute nicht benötigen.

Der Antrag ist, wie Sie gesagt haben, in Danzig bei den Danziger Gesprächen entstanden. Ich war selbst einmal Teilnehmer bei solch einem Danziger Gespräch und weiß also um die positiven Bemühungen dort, die Polizei in den Anrainerländern Polens zu einer Kooperation zu bringen, Gedanken auszutauschen und die polizeiliche und die kriminaltechnische Arbeit weiterzuentwickeln, die rechtliche auch. Dennoch ist der Antrag natürlich inhomogen, das hat der Innenminister auch angedeutet. Er ist inhomogen in der Ausgangsfragestellung der einzelnen Teilnehmerländer und er ist inhomogen in seiner Zielgruppenbestimmung. Da er aber dennoch ein hoch zu schätzendes internationales Dokument ist, möchte ich nicht die Herangehensweise favorisieren, jetzt dieses Dokument zu nehmen und darin herumzustreichen, sondern ich würde dieses Dokument als solches für sich stehen lassen. Dennoch können wir uns im Innenausschuss damit befassen.

Ich habe meine Unterstützung für solch ein Vorhaben auf der Oktobersitzung im Landtag von diesem Pult aus bereits signalisiert. Aber ich finde es als den besseren Weg, wenn wir nicht negativ herangehen an diesen Katalog und dann streichen, sondern positiv herangehen, dass wir uns ihn anschauen und diese Dinge, die wir für unsere parlamentarische Arbeit und für die Politik unseres Lan-

des für wichtig erachten, dann gegebenenfalls in einem fraktionsübergreifenden Antrag formulieren und in den Landtag hineinbringen. Diese Art fände ich angemessener.

Ein Schlusswort, Kollege Thomas. Sie fragen, was macht die Regierung. In diesem Fall können Sie natürlich Folgendes sagen: Unsere Landesregierung organisiert die Danziger Gespräche seit vielen Jahren erfolgreich und mittlerweile ja auch mit ganz klaren aufweisbaren Ergebnissen. Dieser Prozess wird weitergeführt werden. Hier hat unsere Landesregierung, denke ich, bei den Kandidaten, die zur Europäischen Union im nächsten Jahr beitreten werden, einen hohen Stellenwert erlangt. Diesen gilt es auszubauen. Ich würde es begrüßen, wenn bei den nächsten Danziger Gesprächen im Mai auch Abgeordnete der einzelnen Fraktionen teilnehmen können, wie das ja schon einmal der Fall war. Wenn dann die beiden Innenminister aus Polen und aus Deutschland kommen, dann gibt es sicherlich für diese Konferenz noch einmal einen Schub. Ich bin sicher, dass die Ergebnisse, die dann rechtzeitig werden, auch ihre konkrete Umsetzung finden.

Lassen Sie uns also im Innenausschuss und gegebenenfalls auch im Rechtsausschuss beginnen, über die zuständigen Fragestellungen zu reden, um dann Ergebnisse in den Landtag einzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese, SPD: Bravo!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Körner.

Es hat jetzt noch einmal in der Diskussion das Wort Herr Thomas von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Zuruf aus dem Plenum: 120 Minuten! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Reinhardt Thomas, CDU: Nein, das werden keine 120 Minuten, das wäre auch ein bisschen zu lang.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das Ende eine Selbstbefassung im Innen- und Rechtsausschuss sein sollte, denke ich, ist das auch eine vernünftige Lösung. Da bin ich auch der Letzte, der dann anfängt, darüber zu streiten. Wenn wir alle gemeinsam über die ganze Zeit hinweg dort gewesen wären, hätten wir vielleicht schon in Danzig eine gemeinsame Linie gefunden. Den Hinweis für nächstes Jahr nehme ich gerne auf. Alle Argumente, denke ich, kann man nicht so stehen lassen.

Natürlich weiß ich, dass sich die IMK damit wirklich beschäftigt, aber wir haben ja ein Zeitproblem. Hier geht es ja aufgrund der Tagung um die zukünftige Harmonisierung der Rechtslage. Ich denke, der Landtag sollte sich da schon einbringen. Das ist kein Thema, das von Herrn Thomas oder das unbedingt nur von einer Fraktion kommt, sondern es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, und die Politik muss sich letztendlich ein Urteil über solche Forderungen bilden.

Ich möchte mich darauf beschränken, vielleicht doch noch einmal einige Hintergründe zu erläutern, die es uns ja vor dem Hintergrund ermöglichen in den entsprechenden Ausschüssen darüber zu reden, was wir für die speziellen Probleme, die wir in Deutschland haben, tun müssen. Fakt ist eins: Die polizeilichen Ermittlungen zeigen, dass erst durch die Ermittlungen und nicht durch Anzei-

gen und Hinweisgeber solche Delikte ermittelt werden. Das heißt, wir haben hier ein Problem – Stichwort Kronzeugenregelung und Stichwort Zeugenschutz. Es gibt also noch viel in diesem Bereich zu tun, das hatten Sie ja auch angesprochen.

Ein weiterer Fakt ist, dass es ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Deswegen müssen wir uns auch im Parlament, Stichwort Codex, ein Urteil bilden und in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangehen. Mit der EU-Osterweiterung fließen wieder die Milliardensubventionen und die Wirtschaft befindet sich wieder im Wettlauf mit der Schattenwirtschaft. Und wenn wir uns einmal die EU anschauen, da gibt es ja auch genügend Probleme. Das ist ja der Hintergrund für diesen Forderungskatalog, weil die Gremien, die das jetzt auf höherer Ebene entscheiden, nicht schon das umgesetzt haben, was die Praktiker, und die waren dort in Danzig, sagen. Ich nenne hier nur einmal im Bereich der EU die so genannte Eurostataffäre. Das ist ein millionenschwerer Betrugsskandal beim Statistikamt Eurostat, der die EU-Kommission wieder in eine sehr schwere Vertrauenskrise zieht. 1999 ist diese Vetternwirtschaft von Santana aufgedeckt worden. Jetzt wurde festgestellt, dass noch bis 2002 manipulierte Aufträge an Eurostatvertragsfirmen gegangen sind. Das Geld wurde über verdeckte Fonds für Privataktivitäten abgezweigt. Das sind immerhin 25 Millionen Euro und es wird wieder abgeblockt. Das zeigt also, dass wir in diesem Bereich wirklich auch international und über die EU etwas tun müssen. Und es heißt ja nicht umsonst, es gibt Schätzungen, dass bis zu zehn Prozent der EU-Mittel in schwarze Kanäle fließen. Das sollte uns schon nachdenklich machen.

Das ist auch der Hintergrund für solche Forderungskataloge von Praktikern, die ja tagtäglich etwas damit zu tun haben, so zum Beispiel in der Hauptstadt Berlin. Dort sind die Zielbereiche, besonders wegen dem Bauboom, Wirtschaftskriminalität und Korruption, Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen, der Erhalt von Subventionen, Beihilfen und sonstigen Subventionszahlungen, auch EU-Mittel, zum Beispiel der günstigere Erwerb von Landesimmobilien, Auftragsvergaben für Bauten von Bund und Land mit EU-Mitteln, sogar Informationen aus der Strafverfolgung, um in Ruhe diese Kriminalitäten und diese kriminellen Machenschaften durchzuführen sowie Preis- und Kartellabsprachen. Es geht hier also um das große Geld zu Lasten des Steuerzahlers.

Nicht nur die Berliner Amtsträger – da gibt es ja einige Ermittlungen – lassen sich korrumpieren, sondern auch in der Geschäftswelt und in deutschen Banken blüht leider die Korruption. Bei der Bankgesellschaft Berlin sind Schäden im Milliardenbereich angerichtet worden. Da gab es beispielsweise in den letzten Jahren Ermittlungen, im Übrigen sind das sehr langwierige Ermittlungen, aufgrund der Gewährung von Krediten an Personen und Unternehmen, die eben nicht kreditwürdig waren. Und gedeckt wurde das im Übrigen durchweg von leitenden Mitarbeitern, und zwar Überfinanzierung von Immobilien, bei denen Kredite weit über 100 Prozent des Verkehrswertes lagen, und vor allen Dingen Praktiken der Wirtschaftsprüfer, deswegen hier auch die Strafbarkeit dieser Banker, die nicht ihrer Prüfpflicht nachgekommen sind.

Die Risiken wurden über Jahre verschleiert und als sich das dann später herausstellte, hatte die Bank Milliarden-schulden, und das zu Lasten des Landes. Da sind nicht nur Mitarbeiter aus den Vorstandsetagen korrumpiert

worden, sondern die Bankmitarbeiter erpressten sogar Kreditnehmer, die niemals hätten einen Kredit erhalten dürfen. Bei einer Million gab es dann ein Prozent, das Geld haben sie gefordert, und unter einer Million gab es fünf Prozent. Das haben sie gefordert und sie haben es auch bekommen, das ging wiederum zu Lasten der Bank. Und bei einer Milliarde Schaden für die Bank sind das auch circa 500 Millionen für den Fiskus, also für den Staat und auch für uns. Ich denke, daraus muss man Schlussfolgerungen ziehen. Da gab es ja auch den Vortrag des Berliner Kollegen.

Im Übrigen wurden schon vor den Ermittlungen der Polizei bei diesem großen Verfahren, auf das ich noch zurückkomme, Ermittlungen gegen Bereichsleiter, Vorstandsvorsitzende und Prokuristen geführt. Und da gibt es Fälle, die auch verurteilt wurden, zum Beispiel leitende Bankmitarbeiter mit 400.000 DM netto im Jahr, hoch verschuldet und dann noch korrupt. Ich meine, dagegen müssen wir wirklich etwas tun. Ich denke, darüber müssen wir reden. Dieser Sachverhalt ist ohne die Strafanzeige der Bank zustande gekommen. Das heißt, dass die Kontrollen in den deutschen Banken völlig unzureichend sind. Das muss uns sehr nachdenklich machen und deswegen auch dieser Forderungskatalog in dieser Richtung. Das sind einfach die praktischen Erfahrungen derjenigen, die jahrelang damit zu tun haben.

Es gibt die Korruption auch in dem geschäftlichen Bereich. Dort sind es Bargeldzahlungen, wie in Berlin sogar Naturalien, also der Besuch von Prostituierten, geldwerter Vorteil, auch in Form von so genannten Geschäftsbeteiligungen, das kann man arrangieren, Kauf von Immobilien, die bis zu 0,5 Millionen DM preiswerter erworben wurden, und Bauleistungen, das haben wir alle gelesen, von begünstigten Firmen für die Amtsträger und die Banken.

(Karsten Neumann, PDS:
Und die Werbefeuzeuge.)

Das alles zeigt doch, dass wir in diesem Bereich mehr tun müssen als bisher. Aber die Kommission, auch die IMK, hat so eine Beschlussvorlage eben noch nicht erarbeitet. Lassen Sie uns das doch zumindest als eine Basis nehmen, um solche Beschlüsse zu erarbeiten. Und wenn das – Herr Dr. Körner, wie Sie es sagen – auch die Basis für die Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss ist, dann, denke ich, ist das sehr vernünftig.

Wir haben es ja hier auch noch, ich nenne einmal das Beispiel Berlin, mit manipulierten Ausschreibungen zu tun. Dort haben die, ich sage jetzt mal, korrupten Personen in der Senatsverwaltung 5 bis 25 Prozent der Auftragssummen bei dem „Komplex Brückenbauten“ erhalten. Das war ja auch dieser Komplex, wo 63 Firmen in Deutschland untersucht werden mussten.

Kommen wir nun einmal auf den für uns zutreffenden Bereich, wo wir uns eine Meinung bilden sollten. Ich erinnere an den Leuna-Deal. Mit dem Leuna-Deal ist ja auch einiges an Beratergeschäften aufgefliegen, zum Beispiel einer Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, CDU, die 8,5 Millionen in dieser Position kassierte. Das können wir uns nicht leisten. Ich meine, wir müssen uns auch vorbehalten, solche Leute aus den jeweiligen Parteien entfernen zu können. Und deswegen der Codex. Das trifft auch für einen Exstaatssekretär der CSU zu, bei dem mal eben 15 Millionen DM geparkt worden sind und der von Interpool gesucht wurde.

Und die andere große Volkspartei hat mit dem gesamten Filz an Rhein und Ruhr auch so ihre Probleme. Herausragend ist dieser so genannte Kölner Müllskandal, wo Herr Wienand – und der war ja immerhin Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion – dafür gesorgt haben soll, er ist jetzt auch angezeigt worden, dass von Investitionen in Höhe von 792 Millionen DM fast 24 Millionen an fünf ihm nahe stehende Personen geflossen sind. Das ist doch die klassische Korruption, die wir leider auch bei uns in den Kommunalparlamenten haben. Ich nenne nur das Stichwort Beraterverträge, die in Rostock bekannt geworden sind. In Schwerin gibt es ein so genanntes Leasingmodell, das ja auch sehr fragwürdig ist und unter Umständen zu Lasten der Stadt, und hiermit der Stadtwerke, vermittelt worden ist.

Und deswegen müssen wir darüber nachdenken, was wir haben, um diese Kriminalitätsformen zu bekämpfen. Wir haben eben diesen taterorientierten Einsatz des Informationsaustausches nicht. Wir haben keine verdachtsunabhängige Möglichkeit, bei den Vergabebehörden schnell Einsicht zu nehmen, auch das ist ein Problem, damit die Ermittler in diesem Bereich schnell arbeiten können. Das hat die IMK auch noch nicht zum Thema gemacht.

Im Übrigen haben wir vor über zwei Jahren schon einen ähnlichen Antrag mit der so genannten Verdachtsgewinnungsdatei gehabt, und zwar auch als Maßnahme gegen Wirtschaftskriminalität und Korruption. Dies ist aber leider abgelehnt worden. Also ganz so von der Hand zu weisen sind diese Forderungen nicht. Ich denke, wir sollten das auch sehr ernst nehmen, weil es einfach die Praktiker sind, die uns die Lücken und die Wege dazu aufgezeigt haben, um diese Lücken zu schließen. Insofern – auch wenn das mit dem deutschen Recht nicht kompatibel ist, aber das in Richtung EU-Recht – wollen wir ja gemeinsam eine Harmonisierung haben, weil ohne die Harmonisierung in allen Bereichen, Wirtschaftsrecht, Zivilrecht, Gerichte, Anerkennung der Gerichtsurteile, all das gibt es ja noch nicht und wird ja innerhalb der EU immer noch nicht praktiziert. Auch bei der polizeilichen Zusammenarbeit gibt es trotz guter Fortschritte immer noch Probleme. Deswegen ist das auch ein wirkliches Problem.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal Transparency International vom 8. Oktober 2003 zitieren, nach dem die Korruption in Deutschland ein großes Problem ist, was dramatische Formen annimmt. Die haben sich ja damals aus der Weltbank herausgebildet als Spezialinteressenverband gegen Korruption, weil die Weltbank zur damaligen Zeit eben noch nicht genügend gegen diese Korruption auch innerhalb der eigenen Organisation unternommen hat. Der TI-Chef Hansjürgen Elshorst übte zu Recht, denke ich, auch harte Kritik an der Bundesregierung, weil diese Koalitionsvereinbarung eben noch nicht umgesetzt worden ist. Sie sagten, wir müssen über dieses Zentralregister reden und vor allen Dingen über das Informationsfreiheitsgesetz. In den skandinavischen Staaten ist das Usus, Finnland hat den niedrigsten Index an Korruption, das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ich staune wirklich, dass wir das noch nicht gemacht haben. Und gegenüber TI hat sich ein hoher politischer Beamter vor etwa acht Wochen geäußert, dass dieses Informationsfreiheitsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern keine Priorität hat. Ich denke, da müssen wir umdenken, das kann nicht sein. Ich denke, auch das muss für uns Priorität haben.

(Beifall Michael Ankermann, CDU)

Und TI sagt eindeutig, wir dürfen in Deutschland nicht die Verwaltung zum Hort der Vertraulichkeiten machen, denn das schafft das Umfeld, in dem Korruption gedeiht. Und dem ist nichts hinzuzufügen. Wir müssen auch vor dem Hintergrund der Parteispenden schlicht und einfach zu einem vernünftigen Codex kommen, denn Fakt ist eins: Wer den Umgang mit Geld nicht transparent gestaltet, auch in den Parteien, der hat meines Erachtens aus den Parteien- und Korruptionsskandalen nicht genügend gelernt. Und da sind wir alle gefordert. Ich finde schon, dass das hier in den Landtag gehört, auch wenn es das Ergebnis der Danziger Gespräche ist.

TI forderte zum Beispiel in Danzig für Politiker Wahlprüfsteine, Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung, Schwerpunktstaatsanwaltschaften, das besagte Informationsfreiheitsgesetz, Schutz von Hinweisgebern, Maßnahmen gegen Korruption im Gesundheitswesen, Korruptionsprävention in der deutschen Wirtschaft, schwarze Listen mit diesem Ausschlussregister und entschlossene Maßnahmen gegen politische Korruption. Dem kann man nur hinzufügen, das ist doch ein Thema, dem wir uns hier annehmen müssen. Sie sprechen auch von politischer Korruption, das ist sehr interessant und wird von TI als der Einfluss auf politische Entscheidungen durch unerlaubte Parteispenden, Beraterverträge, Ämterpatronage, Postenschacher, Parteienfilz und politischer Lobbyismus für die Industrie bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund fordern sie von der Politik einen Ehrencodex für Politiker. Und ich denke, das ist eine Forderung, die wir uns schon einmal durch den Kopf gehen lassen müssen, denn Korruption ist letztendlich auch in der Politik Machtmissbrauch und das ist das Einfallstor für die Korruption. Wir wissen ja selbst nicht, wie wir in gewissen Positionen reagieren würden, vielleicht führt auch zu viel Macht und zu lange Macht zu einem Demokratieverständnis, das solche Kriminalitätsformen schlicht und einfach unterstützt. Dagegen hilft eben auch nur Machtbegrenzung und das ist schon ein Thema für die Politik. Das so ganz abzulehnen, wie das der Innenminister in der Begründung gesagt hat, das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, wer diese Transparenz verweigert, der leistet auch möglicher Korruption Vorschub.

Ich hatte schon gesagt, das ist natürlich das, was jede Partei selbst entscheiden muss, wie sie mit den eigenen, in Führungsstrichen, korrupten Mitgliedern umgeht. Ich bin aber persönlich der Meinung, die müssen wir ausschließen aus unseren Parteien. Wir müssen auch Sanktionsmöglichkeiten finden, um Druck zur Mandatsrückgabe auszuüben. Warum sollen wir nicht darüber reden?

(Dr. Gottfried Timm, SPD:
Das haben wir doch gemacht.)

Es gibt auch keinen vernünftigen Grund, Antikorruptionsausschüsse nicht zu bilden oder ein Antikorruptionsgesetz in Deutschland nicht zu erarbeiten. Das sollte bitte so schnell wie möglich passieren und nicht immer auf die nächsten Jahre verschoben werden. Die Polen haben eine Antikorruptionsstiftung. Nun können wir sagen, die haben natürlich mehr Probleme, aber das ist doch eine vernünftige Sache, weil dann die gesamte Gesellschaft dort mit eingebunden ist. Ich denke, wir müssen bei uns anfangen und klare und deutliche Vorgaben machen. Und der Codex für Politiker, wenn ich es mal so sagen darf, der von TI gegen Korruption gefordert wurde, den sollten wir auch bei uns einführen. Darüber sollten wir reden.

Ihren Vorschlag, dass wir im Innen- und Rechtsausschuss – unabhängig von der Ablehnung dieses Antrages – darüber reden, finde ich in Ordnung. Wenn das das Ergebnis dieses Antrages ist, dann bin ich zufrieden. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten dafür und bitte, dass wir das auch zügig im Innen- und Rechtsausschuss anhand dieses Forderungskataloges machen sollten, um dann zu einem vernünftigen überparteilichen Ergebnis zu kommen. In diesem Sinne, recht herzlichen Dank und trotz der Ablehnung meine Bitte, dass wir so schnell wie möglich darüber beraten und das Ergebnis hier im Landtag dann möglichst gemeinsam beschließen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Thomas.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag des Abgeordneten Reinhardt Thomas, Fraktion der CDU, auf Drucksache 4/865 zur federführenden Beratung an den Rechts- und Europaausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit wurde dem Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS nicht gefolgt.

Ich komme damit zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag in der Sache. Wer dem Antrag des Abgeordneten Thomas, Fraktion der CDU, auf Drucksache 4/865 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke schön.

(Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Abgeordneter, das geht jetzt nicht. Entschuldigung, dass ich das feststelle, weil man zweimal nicht abstimmen kann.

(Heiterkeit und Unruhe bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich bitte, da es jetzt nicht ganz deutlich nachvollziehbar war, noch einmal um die Abstimmung. Ich fange noch einmal von vorne an. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? –

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Schön, dass mir
das nicht nur passiert. – Beifall und Heiterkeit
bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag des Abgeordneten Thomas bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU und Ablehnung der Abgeordneten der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wettbewerbsbenachteiligung für die Landwirtschaft durch Haushaltsbegleitgesetz verhindern, auf der Drucksache 4/870.

Antrag der Fraktion der CDU:
Wettbewerbsbenachteiligung für die Landwirtschaft durch Haushaltsbegleitgesetz verhindern
– Drucksache 4/870 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist noch nicht lange her, dass wir über die massiven Probleme der Landwirtschaft durch die diesjährige Trockenheit diskutiert haben. Die wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Betriebe werden in ihrem ganzen Ausmaß sicherlich erst in den nächsten Monaten sichtbar werden. Und schon erreichen uns neue Hiobsbotschaften! Diesmal droht das Unheil nicht durch neue Regularien aus dem Kühnast'schen Ministerium, sondern durch das Haushaltsbegleitgesetz. Die Bundesregierung hat im August den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf wurde mit der rot-grünen Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Die Ablehnung im Bundesrat am vergangenen Freitag eröffnet uns jedoch die Möglichkeit, eine weitere erhebliche Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb zu verhindern.

Sehr geehrte Damen und Herren, dass wir auch auf Bundesebene sparen müssen, ist unbestritten, aber wenn wir die die Landwirtschaft betreffenden Beschlüsse dieses Haushaltsbegleitgesetzes einmal im Einzelnen beleuchten, wird schnell klar, dass hier die deutsche Landwirtschaft kaputtgespart werden soll,

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

langfristig also nicht eine Haushaltsent-, sondern eine Haushaltsbelastung erreicht wird. Oder anders gesagt: Die bequemen Lösungen von heute sind die unbequemen Aufgaben von morgen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Beginnen möchte ich mit dem Wegfall der Durchschnittssatzbesteuerung für buchführende Landwirte. Angesichts der von allen Seiten geforderten Deregulierung und Entbürokratisierung ist ein solcher Beschluss gelinde gesagt befremdlich. Auch die zu erwartenden Mehreinnahmen müssen mehr als kritisch hinterfragt werden. Nicht nur, dass die Abschaffung dieser Vereinfachungsregelung zu geschätzten Mehrkosten durch zusätzlichen Buchführungsaufwand von 500 bis 1.000 Euro je Betrieb und Jahr führen würde, auch auf die ohnehin schon überlasteten Finanzverwaltungen käme ein Bearbeitungsaufwand von jährlich über 400.000 zusätzlichen Umsatzsteuererklärungen zu.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Bernd Schubert, CDU)

Bezieht man dann noch die Auswertungen des Deutschen Bauernverbandes für die Wirtschaftsjahre 2001 und 2002 ein, nach denen sich bei circa 42.000 ausgewerteten Betrieben ein Pauschalierungsnachteil von rund 450 bis 500 Euro pro Betrieb ergab, kann unsere Forderung nur lauten, die Umsatzsteuerpauschalierung in ihrer jetzigen Form beizubehalten.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Das Thema „Senkung der Vorsteuerpauschale für umsatzsteuerlich pauschalierende Betriebe“ von neun Prozent auf sieben Prozent schließt argumentativ nahtlos an. Durch die angestrebte Regelung werden die Landwirte gezwungen, zur Umsatzsteuerregelbesteuerung über-

zugehen. Das heißt, zu den oben erwähnten zusätzlichen Umsatzsteuererklärungen kommen zusätzliche Umsatzsteuerjahreserklärungen und Umsatzsteuervoranmeldungen in Größenordnungen hinzu. Und die pauschale Umsatzsteuerhöhe von neun Prozent ist keine zufällige Größe, sondern das Ergebnis sehr detaillierter Berechnungen von Bundesrechnungshof, Bundesfinanzministerium sowie den Verbänden und sichert insgesamt ein ausgeglichenes Gesamtergebnis. Jede andere Größe würde dieses System stören und letztendlich ad absurdum führen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das derzeitige System der gesetzlichen Krankenversicherung bedarf dringend einer Reform, damit die Beiträge auf Dauer durch die Beitragszahler finanziert werden können, ohne dass die Qualität der medizinischen Versorgung darunter leidet. Angestrebt wird für die kommenden Jahre ein Sinken der Beiträge. Dieses Ansinnen findet breiten Konsens. Umso erstaunlicher sind dann die Beschlüsse der Bundesregierung zur Änderung des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte. Die Leistungsaufwendungen für die Altenteile, abzüglich der eigenen Beiträge, sollen nur noch zu 85 Prozent vom Bund übernommen werden. Das bedeutet, dass die aktiven Landwirte durch ihre Beiträge 218 Millionen Euro aufbringen müssten. Regional unterschiedlich kann dies zu einer Beitragserhöhung bis zu 100 Prozent führen. Adäquat verhält es sich bei der Pflegeversicherung. Angesichts dieser Zahlen frage ich mich, wo hier die viel beschworene Solidarität in der Gesellschaft bleibt.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und schon Oswald von Nell-Breuning stellte fest: Es gibt keine Gemeinschaft und kann keine geben, in der das Solidarprinzip nicht gilt.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die Landwirte in Deutschland weder zu den Spitzenverdienern gehören, noch dass wir auf ihre Leistung verzichten können.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Dürfen wir sie dann mit diesem Problem allein lassen?

Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch die verfassungsrechtlichen Bedenken, nach denen eine Kürzung des Bundeszuschusses um 218 Millionen Euro als sachwidrig und die Mehrbelastung für Landwirte als unverhältnismäßig angesehen wird. Damit würde gegen den Gleichheitsgrundsatz Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz sowie gegen den rechtsstaatlich gebotenen Vertrauensschutz und die Berufsfreiheit verstoßen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss möchte ich zum hierzulande wohl am heißesten diskutierten Thema kommen, der Erhöhung des Steueranteils für Agrardiesel. Schon die bestehende Regelung stellt für die deutschen Landwirte einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Nur in Schweden und Österreich zahlen die Landwirte höhere Mineralölsteuern für ihren Dieselmotorkraftstoff. Diese Aussage relativiert sich jedoch, wenn man berücksichtigt, dass in Schweden für Bodenbewirtschaftungsmaschinen, die nicht als Transportfahrzeuge eingesetzt werden, ein Steuersatz von 4,9 Cent je Liter erhoben wird und in

Österreich zum Ausgleich eine erhöhte Flächenpauschale gezahlt wird, so dass die verbleibende Steuerbelastung bei 5,4 Cent je Liter liegt. Damit liegt Deutschland neben Griechenland mit einem derzeitigen Steuersatz von 26 Cent je Liter unangefochten und einsam an der Spitze. Oder wie Peter E. Schumacher sagte: „Europäischer Markt – ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass das klappt. Bürokratie und Regeln machen deutsche Betriebe konkurrenzlos, konkurrenzunfähig.“

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Werden also die Pläne der Bundesregierung umgesetzt, würde dies oberhalb eines Verbrauchs von 10.000 Litern, der so genannten Kappungsgrenze, einen Anstieg um 84 Prozent bedeuten. Allein für Mecklenburg-Vorpommern käme es zu Einnahmeverlusten von rund 23 Millionen Euro. Dass dies so nicht hinnehmbar ist, brauche ich Ihnen wohl nicht näher zu erläutern.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Landwirte leiden unter mangelnder Planungs- und Investitionssicherheit.

(Beifall Egbert Liskow, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Vielen von ihnen, gerade im Bereich der Veredlung, steht das Wasser buchstäblich bis zum Hals. Vor diesem Hintergrund ist eine unverhältnismäßige und ungerechte Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe durch das Haushaltsbegleitgesetz nicht tragbar. Ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag, um nachhaltigen Schaden für die Landwirtschaft unseres Landes abzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schlupp.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Damit eröffne ich die Aussprache.

Als Erste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Wien von der Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Der Vorschlag, den uns soeben Frau Schlupp vorgelesen hat, hört sich gut an.

(Zurufe von der CDU: Ja.)

Und sein Inhalt ist auch vernünftig.

(Zurufe aus dem Plenum: Aber?! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wer in unserem Bundesland findet es schon sinnvoll, was Sie als Letztes besprochen, wenn die Kosten für den Agrardiesel zum massiven europaweiten Wettbewerbsnachteil für unsere Bauern werden, oder wer in diesem Saal?

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

Kein Mensch!

Aber genau diese Auswirkung wird das Haushaltsbegleitgesetz des Bundes haben. Damit sind wir selbstverständlich auch nicht einverstanden und das lehnen wir als PDS-Fraktion entschieden ab,

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber?!)

genauso wie es auch unsere beiden PDS-Bundestagsabgeordneten bereits getan haben. Zu den anderen Verschlechterungen, die Frau Schlupp in ihrem Vortrag genannt hat, verhalten wir uns genauso, denn all diese Sachen werden verantwortlich sein für eine weitere Verschlechterung der Einnahmesituation unserer Landwirte. Und das ist nicht Ziel unserer Politik.

Es gibt jetzt ein organisatorisches Problem: Um 17.00 Uhr, also vor zehn Minuten, ist das Haushaltsbegleitgesetz in den Vermittlungsausschuss des Bundestages gekommen

(Wolfgang Riemann, CDU: Bundesrat.)

und da wird es jetzt beraten. Und egal, wie wir jetzt hier zu Pote kommen, auch wenn wir unser Ergebnis mailen, was ja wohl im Moment am schnellsten ist, wir kommen einfach zu spät.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee.)

Dem Antrag jetzt zuzustimmen hieße einfach, dem Wind hinterherzupusten. Und dazu haben wir heute einfach keine Lust mehr mit Ihnen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann müssen wir
den Landwirten mal Ihre Rede vorlegen.)

Daher lehnt die PDS-Fraktion den vorliegenden Antrag ab, nicht weil er inhaltlich falsch ist, sondern weil er jetzt zu spät kommt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Da haben
Sie aber eine schöne Ausrede gefunden.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Als Nächste hat das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Kühnel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor 17.00 Uhr
hätte die PDS noch zugestimmt. Erst
machen sie lange Auszeiten und dann?!)

Lilly Kühnel, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Abgeordneten! Der hier zur Debatte stehende Antrag hört sich gut an und ist Honig um den Mund des Bauernverbandes.

(Michael Ankermann, CDU: Das haben
Sie jetzt abgesprochen mit der PDS.)

Die CDU versucht, gegenüber den Interessenvertretern der Landwirte sich anzubiedern in peinlicher und populistischer Art und Weise.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Der eine oder andere möchte dafür sogar Applaus zollen, wir haben es ja bereits gehört. Ihr Antrag von der CDU geht sogar über das Schreiben des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern an den Ministerpräsidenten vom 23.10. dieses Jahres. Ich frage mich ernsthaft, meine Damen und Herren Antragseinbringer: Von welchem Stern aus beurteilen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Gesamtlage der deutschen Wirtschaft?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der deutschen Landwirtschaft.)

Dass die Landwirtschaft bei Subventionskürzungen, die Ihre Partei, Werte Kollegen der CDU, selbst nach-

drücklich immer wieder und massiv gefordert hat, nicht unbeteiligt bleiben wird, können wir uns an allen fünf Fingern abzählen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe zehn.)

Sie wissen ganz genau, dass der Subventions-Status quo bei der derzeit vorherrschenden Wirtschaftslage nicht zu halten ist. Das erläuterte Ihre Parteispitze der Presse fast jeden Tag. Die Herren Merz und Koch sind überhaupt nicht pingelig, wenn es um ganzflächigen Subventionsabbau in Deutschland und damit auch in der Landwirtschaft geht. Gucken wir uns doch den Agrarhaushalt im Bund an – die Zuschüsse für agrarsoziale Maßnahmen und der Agrardiesel sind die größten Positionen. Meinen Sie nicht, dass unserem umtriebigen Landwirtschaftsminister, wie Sie ihn vor einiger Zeit noch charakterisiert haben, die Dinge, die Sie hier vorschlagen, nicht bewusst sind?

(Egbert Liskow, CDU:
Das merken wir aber nicht.)

Natürlich handelt es sich um Belastungen, die landwirtschaftliche Unternehmen zu verkraften haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie müssen
die Interessen der Bauern vertreten.)

Wer soll das bestreiten? Ich bin selbst mit einem Landwirt verheiratet und kenne aus eigener Erfahrung und aus eigenem Erleben die Sorgen des Berufsstandes.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesrat bekanntlich per Antrag einen Gegenvorschlag unterbreitet mit dem Ziel, dass der Einsatz von Biodiesel in der Landwirtschaft als Äquivalent für den Wegfall der Gas-Öl-Verbilligung steuerlich gefördert werden sollte.

(Beifall Ute Schildt, SPD: Das ist gut so. –
Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Dieses hat übrigens unser Minister bereits auf der MeLa beim Bauerntag geäußert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Er hat aber auch
gesagt, er ist gegen die Kappungsgrenze.)

Ihre CDU-Vertreter im Bundesrat haben diesen Antrag abgelehnt.

(Ute Schildt, SPD: Weltfremd.)

Hätten Sie doch mal mit Ihren Vertretern von vornherein darüber diskutiert und gesprochen und sich vielleicht auch auseinander gesetzt!

Die Landwirtschaft hat auch in Mecklenburg-Vorpommern – so sagen es Leute, die etwas davon verstehen – durchaus Potenzen, sich neuen Entwicklungen, die bekanntlich mit der neuen Agrarreform sehr bald bevorstehen, anzupassen. Wir dürfen aber die Augen nicht davor verschließen, dass sich gerade mit der neuen Agrarförderung in der Landwirtschaft in der Zukunft noch eine stärkere Differenziertheit abzeichnen wird.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nur wer Management- und Finanzprobleme meistern kann, wird wettbewerbsfähig bleiben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sprechblasen!)

Versäumnisse und Fehler werden sich doppelt und dreifach negativ auswirken.

Wohin die Entwicklung gehen wird und worauf sich die landwirtschaftlichen Betriebe künftig einstellen müssen, haben wir in unserem Antrag im März dieses Jahres zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000 vorgetragen.

Sehr geehrte Abgeordnete der CDU, Sie haben jetzt einen zeitlich überholten Antrag aus der Schublade gezogen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie hätten besser daran getan, ihn stecken zu lassen. Oder aber Sie nutzen die Möglichkeit, wie es bereits von der PDS gesagt wurde, auch Ihre Vertreter im Vermittlungsausschuss mit Ihren Forderungen vertraut zu machen und vor allen Dingen auch Gewicht zu verleihen.

(Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb
brauchen wir so einen Landtagsbeschluss.)

Die Fraktion der SPD wird Ihrem heutigen Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Kühnel.

Das Wort hat jetzt der Landwirtschaftsminister Herr Dr. Backhaus.

(Wolfgang Riemann, CDU: Supertilli
übernehmen wir. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Er guckt nur Science-
Fiction. Da merkt man's mal wieder.)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Also den Spitznamen Tilli hasse ich eigentlich. Weil ich den Vorteil hatte, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber das
mit dem Super davor war doch gut.)

dass ich damals schon zu DDR-Zeiten Westfernsehen gucken konnte, weiß ich, dass die Frau, die die Finger immer in Palmolive gebadet hat, Tilly hieß,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

und deshalb fand ich das nicht so witzig. Vielleicht hören Sie dann mal damit auf.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Aber lassen Sie uns etwas ernster werden.

Ich bin einigermaßen zufrieden, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Ältestenrat diesen Oppositionsantrag tatsächlich auf die letzte Stelle der Tagesordnung gesetzt hat.

(Ute Schildt, SPD: Da gehört er hin.)

Wenn er tatsächlich bei Tageslicht stattgefunden hätte, hätte ich mich wahrscheinlich über diesen Antrag nur aufgeregt.

(Michael Ankermann, CDU: Warum denn das?)

Ich nehme das natürlich ernst, ich sage Ihnen aber auch ganz nüchtern und wirklich sehr sachlich: Was hier von der Landesregierung gefordert wird, passt weder in die politische Landschaft, noch ist es in der Sache gerechtfertigt. In

Berlin gehen nämlich in diesen Stunden tatsächlich die beiden großen Volksparteien aufeinander zu und versuchen, alles zu tun, um die krisenhafte Situation in Deutschland in den Griff zu bekommen. Die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück haben gemeinsame Sparbeschlüsse vorgelegt. Und, sehr geehrte Frau Schlupp, Sie wissen, dass insbesondere sicherlich der von Ihnen hoch geehrte Ministerpräsident a. D. Biedenkopf es immer wieder deutlich gemacht hat, auch öffentlich: Es wäre gut, wenn wir insgesamt die Subventionen in der Landwirtschaft streichen würden. Leider klatschen Sie jetzt zurzeit keinen Beifall.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sind Sie auch dieser Meinung? – Beate Schlupp, CDU: Sie haben auch eine eigene Meinung, Herr Backhaus.)

So ist das aus meiner Sicht. Aus diesem Grunde ist aus meiner Sicht dieser Antrag wirklich die pure Heuchelei.

(Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gleichzeitig schreiben Sie nun Anträge, die wirklich nur Schaufensteranträge sind und nur dazu taugen. Daher darf ich Sie ernsthaft fragen: Was verstehen Sie eigentlich unter einer wirklich verantwortungsbewussten Oppositionsarbeit?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ganz nebenbei verbergen Sie in Ihrem Antrag natürlich auch geschickt, für welche Landwirte Sie sich eigentlich einbringen und wem Sie hier etwas versprechen wollen: Für die Landwirte in dem schönsten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

oder etwa für die in den alten Bundesländern?

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir sind hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

Für die größeren Strukturen oder eher für die kleineren oder doch für alle Landwirte in Deutschland? Sagen Sie doch wirklich, was Sie wollen, aber der Reihe nach, was nichts anderes heißt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben Sie den Antrag nicht gelesen?)

als ganz oben bei der Prioritätenliste in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern anzusetzen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

An allererster Stelle steht im Moment – und ich glaube und hoffe, wir sind uns da einig – die Sanierung beziehungsweise die Stabilisierung der Staatsfinanzen. So schmerzlich es auch ist, es führt kein Weg daran vorbei, die Schuldenlage deutlich zu verbessern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, eine neue Bundesregierung.)

Und es kann eben auch kein Bereich ausgeklammert werden.

Wir haben uns in diesem Zusammenhang fast schon daran gewöhnt, mit den Milliarden herumzujonglieren. Aber – man kann es nicht oft genug betonen – das sind keine Milliarden, die uns gehören, sondern Milliarden Euro auf Pump der nächsten Generationen. Vielleicht haben einige schon die Übersicht oder das Gefühl für die Größenordnung dieser Beträge verloren?

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Vielleicht fällt es manchem schwer zu beurteilen, was es heißt, wenn das Bundesverbraucherschutzministerium in seinem Haushalt gegenüber 2004 tatsächlich nicht weniger als 418 Millionen Euro einsparen muss. Das ist bekanntlich kein Pappenstiel. Diese Einsparungen sollten im Übrigen ursprünglich vor allem durch zwei Pakete erbracht werden. Frau Schlupp, vielleicht hören Sie da noch einmal zu, damit Sie auch mitbekommen, worum es jetzt wirklich in den Verhandlungen gehen wird.

(Beifall Angelika Peters, SPD – Egbert Liskow, CDU: Sie haben doch auch nicht zugehört.)

Es geht nämlich, meine Damen und Herren, zunächst erst mal um 218 Millionen Euro Zuschüsse des Bundes zu den landwirtschaftlichen Krankenkassen – Frau Kühnel hat darauf hingewiesen –, die verringert werden sollen. Im Übrigen wollte der Bund 157 Millionen durch weiteres Abschmelzen der Mineralölsteuerrückerstattung aufbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich weiß ich genau, wo unseren Bauern in Mecklenburg-Vorpommern der Schuh am meisten drückt.

(Egbert Liskow, CDU: Das glaube ich nicht.)

Unsere Prioritätenliste liegt ganz klar beim Agrardiesel, ob Sie es glauben oder nicht. Sie können ja mal mit mir mitkommen. Ich habe Sie auf solchen Veranstaltungen noch nie gesehen. Wir haben uns daher selbstverständlich im Bundesrat ...

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ich wäre dankbar gewesen, wenn Sie sich hätten durchsetzen können in der Mehrheitsbeschaffung für unseren Antrag, nämlich im Bundesrat zu plädieren, im Interesse der Landwirte Deutschlands insgesamt für eine lineare Kürzung im Agrardiesel zu sorgen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann können Sie dem Antrag ja wunderbar zustimmen.)

Dieses haben Sie versäumt und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Denn das, was mit den Stimmen gerade auch der Mehrheit im Bundesrat jetzt passiert ist, trifft insbesondere die Landwirte in den neuen Bundesländern, nämlich die Betriebe, die größer als 100 Hektar groß sind. Das ist Ihr Verdienst, Frau Schlupp, das muss ich Ihnen mal so sagen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Damit haben wir eine einseitige Benachteiligung der meisten ostdeutschen Agrarunternehmen und damit natürlich auch in Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsam mit den anderen neuen Bundesländern haben wir daher eine lineare Kappung gefordert, verbunden mit einem Umsteuern in Richtung Förderung von Biokraftstoffen, im Übrigen ein Antrag aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Einkürzung des Bundeszuschusses zu den landwirtschaftlichen Krankenkassen auf 85 Prozent insbesondere für kleinstrukturierte Betriebe in den westdeutschen Ländern eine nicht minder große, wenn nicht unbillige Härte

darstellt. Das will ich ausdrücklich noch mal sagen, dass das gerade auch für diese Strukturen erhebliche Probleme ausmachen wird. Auch die Pläne zur Umsatzsteuerpauschalierung und die Absenkung des Durchschnittssatzes trafen mehrheitlich die Landwirte in den alten Bundesländern, denn die meisten Landwirte pauschalieren eben in Mecklenburg-Vorpommern oder in den neuen Ländern überhaupt nicht. Sie tun immer so oder sagen, Sie sind Bäckerin, das müssten Sie insofern eigentlich auch wissen.

(Beate Schlupp, CDU: Ich tue nicht nur so! –
Wolfgang Riemann, CDU: Immer diese
persönlichen Angriffe auf unsere
Beate! Das lassen Sie mal weg!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich darf hier noch einmal Ihren historischen Blick bemühen. Diese Steuervergünstigungen, insbesondere was den Agrardiesel und die Alterskasse betrifft, waren damals Wahlgeschenke der Kohl-Regierung an die Bauern, zu einer Zeit, als man noch glaubte, aus dem Vollen schöpfen zu können. Und ich glaube, wir sind uns einig – ich glaube, es war damals der Bundestagsabgeordnete Herr von Heeremann, der dieses als Lobbyist natürlich der Bauern auch im Deutschen Bundestag durchgesetzt hatte –, dass Herr Kohl in seiner Regierungszeit eben zu locker mit den Schulden umgegangen ist. Schuldenfinanzierte Steuergeschenke passen aber eben in die heutige Zeit nicht hinein,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Weil Ihr dieses Land runtergewirtschaftet habt!
Das ist so. – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

wo es um harte Sanierung der Staatsfinanzen geht. Ach, Herr Riemann, jetzt höre ich auch auf Sie nicht mehr.

Bei der politischen Bewertung der Kürzungsvorschläge schlagen mir natürlich auch als Landwirtschaftsminister und Sozialdemokrat zwei Herzen in einer Brust. Selbstverständlich will ich, dass die hiesigen und unsere Landwirte vor Wettbewerbsnachteilen geschützt werden, keine Frage. Aber gerade auch Einschnitte wie in die Sozialkassen der Landwirte müssen verantwortungsbewusst abgewogen werden. Deshalb ist es in der Sache richtig, die Zuschüsse an die Krankenkassen der Landwirte 2004 nur um fünf Prozent und 2005 und 2006 um acht Prozent abzusenken. Um diese zu finanzieren, wird man einmalig im Übrigen auf die Rücklagen der Landeskasse Berlin zurückgreifen. Dies ist aus meiner Sicht auch verantwortbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe bereits auf der MeLa im September gesagt, dass ich insbesondere bei der Dieselbeihilfe ein Umsteuern für dringend geboten halte. Für staatliche Beihilfen gibt es keine Ewigkeitsgarantie. Und die schlauen Bauern in unserem Bundesland wissen das auch,

(Beifall Ute Schildt, SPD)

diese haben sich im Übrigen längst umorientiert. Jedem Cent Steuervergünstigung nachzutruern ist müßig und gleicht einem Kampf gegen Windmühlenflügel.

Zukunftorientierter und konsequenter wäre es aus meiner Sicht jedenfalls, die Mineralölsteuerrückerstattung in der bisherigen Form insgesamt sogar abzuschaffen, auch das habe ich gesagt. Stattdessen sollten wir gemeinsam dafür sorgen, das verbleibende Geld zu investieren in die Zukunft, nämlich in die Maschinenumstellung bei Bio-

kraftstoffen, in die Technologieentwicklung und in die Logistik.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Da liegt die Zukunft.

Im Übrigen hatten wir gerade heute einen nicht unwesentlichen Investor, der hier im Lande das erste Pilotprojekt entwickelt hat, nämlich aus tierischem Fett Biotreibstoff herzustellen. Er hat großen Erfolg mit einer Präsentation in den Vereinigten Staaten gehabt, so dass wir dieses Patent hoffentlich sogar aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern weiter hinausbringen können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gebaut in den USA.)

Und wenn tausend Lkws von diesem Unternehmen mittlerweile mit diesem Treibstoff betrieben werden, dann war das ein Riesenerfolg. Da können Sie jetzt auch mal klatschen, Herr Riemann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und ich sage Ihnen, bei den Biotreibstoffen können die Bauern eigentlich nur profitieren als Produzent und Nutzer in einer Person. Das alte Prinzip des Hafermotors neu zu entwickeln halte ich jedenfalls für richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zum Verfahren. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, der Bundesrat hat am vergangenen Freitag das Haushaltsbegleitgesetz in den Vermittlungsausschuss verwiesen, was in der gegenwärtigen politischen Situation fast schon Usus ist. Auf Ihren Antrag bezogen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Union, muss ich Ihnen sagen, dass Ihre eigenen Ministerpräsidenten, die Herren Stoiber, Koch, Althaus und Böhmer, keinen einzigen landwirtschaftlichen Anrufungsgrund formuliert haben. Auch das sollten Sie sich mal in Ihre eigene Akte schreiben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihr Ministerpräsident
auch nicht. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das macht vor allem aus meiner Sicht jedenfalls eins sehr deutlich: Mit Ihrem Antrag spielen Sie der Öffentlichkeit ein Interessensvertretungssegment für die Bauern im Lande vor. In Ihrer eigenen Partei haben Sie nicht eine reale Chance auf Umsetzung. Lassen Sie uns deswegen gemeinsam mit den Landwirten nach Alternativen suchen im Sinne auch der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. So schlecht sind wir gar nicht aufgestellt. Ich hoffe jedenfalls, dass unsere Landwirte auch diese Chance wieder nutzen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt Herr Caffier von der CDU-Fraktion.

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Geschätzte Kollegen! Man kann schon staunen, was die Gründe der Ablehnung heutzutage sind. Also ich muss für meine Fraktion feststellen: Frau Wien, um 17.00 Uhr hätten Sie dem Antrag zugestimmt, um 17.10 Uhr stimmen Sie dem nicht mehr zu.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
So ist sie! – Torsten Koplin, PDS:
Das hätte sie nicht gemacht!)

Sehr geehrte und geschätzte Kollegin Kühnel,

(Wolfgang Riemann, CDU: Zu Hause so reden und hier so reden!)

Sie müssen nicht mir und meiner Fraktion die Stellung, die Haltung der CDU gegenüber der Landwirtschaft erklären. Sie sollten als Erstes darüber nachdenken, warum Ihre Bundesregierung aus einem Bundeslandwirtschaftsministerium ein Verbraucherschutzministerium macht

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und damit ihre Stellung und ihre Haltung gegenüber den Landwirten ganz deutlich macht.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und, geschätzter Kollege Till Backhaus, eins sollten wir in diesem Landtag generell nicht tun, und zwar einzelne Abgeordnete, egal aus welcher Fraktion, aufgrund ihres Berufsbildes hier hinzustellen und zu diffamieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig!
Genau so ist das. Ja, pfui!)

Ich stelle mich hier auch nicht hin und sage, geschätzter Kollege Backhaus, Sie haben oder du hast auch keine Ahnung von Landwirtschaft. Das tue ich nicht, weil sich das nicht gehört.

(Beifall bei der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU:
Richtig, genau so ist das!)

Und das sollten sich alle 71 Kollegen, da schließe ich mich mit ein, ins Stammbuch schreiben. Sachliche Auseinandersetzung Ja, aber nicht persönliche.

(Minister Dr. Till Backhaus: Heuchelei.)

Und eins kann ich auch nach wie vor nicht verstehen. Wir leben in Mecklenburg-Vorpommern und ich glaube, unstrittig im Parlament ist auch,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wahrscheinlich kann man sich auf der Regierungsbank alles leisten.)

dass in diesem Haus Tourismus und Landwirtschaft Schwerpunkte sind. Und was hindert dieses Parlament, unsere Verhandlungsführer in den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss – also das weiß die CDU-Fraktion auch, wo das gelandet ist, insofern ist der Gesetzentwurf noch aktueller, als man überhaupt erwarten kann, jetzt, wo der Vermittlungsausschuss eintritt – daran, klar Farbe zu bekennen und zu sagen, was wir wollen und wohin wir wollen? Warum soll man unsere Verhandlungsposition nicht verstärken?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Wir sind Abgeordnete des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu vertreten. Wir haben natürlich auch in einer wirtschaftlich schwierigen Lage in Gesamtdeutschland eine Pflicht gegenüber den anderen Bürgern, das ist korrekt. Aber als Landwirtschaftsminister, der mit der Materie sehr gut vertraut ist, weiß er ganz genau, wie gerade die Einschnitte in den letzten drei Jahren in der Landwirtschaft gewesen sind. Belastungen, die durch Ökosteuer und andere Steuererhöhungen eingetreten sind, die durch Ernteausfälle, die durch Trockenheit et cetera eingetreten sind, das sind im dritten Jahr Verlustzuwächse in Größenordnungen

in den landwirtschaftlichen Betrieben. Und deswegen können die Landwirte nicht die Goldesel für die Bundesregierung sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten gestern schon mal das Beispiel von der Kuh – das zweimal Schlachten beziehungsweise von dem Milch geben und dem Schlachten gleichermaßen.

Ich fordere Sie alle auf, da die Argumente hinreichend ausgetauscht worden sind:

(Ute Schildt, SPD: Nicht Argumente, Schlagworte.)

Geben Sie unseren Verhandlungsführern einen klaren Auftrag, sich im Interesse der Landwirte, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes dafür einzusetzen, dass Härtefallregelungen, die hier vorliegen, nicht in der Form umgesetzt werden, wie sie zum heutigen Zeitpunkt im Haushaltsbegleitgesetz festgeschrieben sind,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und stimmen Sie dem Antrag zu. Argumente sind genügend ausgetauscht. Springen Sie auch mal über Ihren Schatten, wenn es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger,

(Der Abgeordnete Siegfried Frieze
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

in diesem Fall im Interesse der Landwirtschaft dieses Landes ist. – Vielen Dank.

Anfragen beantworte ich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Caffier.

Ich möchte doch aber darum bitten, dass persönliche Angriffe in jeder Form hier im Plenum unterbleiben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sehr richtig! –
Zuruf aus dem Plenum: Wer hat
denn hier angefangen?)

Wir sind am Ende der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/870. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Demzufolge ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/870 mit den Stimmen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagsordnungspunkt 1:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Erhalt der Molkerei Bützow, auf Drucksache 4/895.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Erhalt der Molkerei Bützow
– Drucksache 4/895 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Lochner-Borst.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer in den letzten Tagen aufmerksam die Medien unseres Landes verfolgt hat, dem ist nicht entgangen, dass die NORDMILCH eG beabsichtigt, bis zum Jahre 2008 11 ihrer 21 Standorte in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sach-

sen-Anhalt zu schließen und rund 1.500 ihrer momentan 4.400 Mitarbeiter zu entlassen.

Leider sehen die Pläne des Bremer Konzerns für das Jahr 2006 auch die Schließung des Standortes Bützow mit seinen 85 Arbeitsplätzen vor. Wie es aus Vorstandskreisen des größten deutschen Milchverarbeiters heißt, ist die Restrukturierung des Unternehmens notwendig, um wieder rentabel und wettbewerbsfähig zu werden. Mit den avisierten Maßnahmen soll nach Angaben des Vorstandes ein Leistungsdefizit der NORDMILCH eG von 80 bis 100 Millionen Euro im Jahr gegenüber der Konkurrenz abgebaut werden. Der Milchzahlungspreis könnte so nach Aussagen des Vorstandes um 1 bis 1,5 Cent je Kilo angehoben werden.

Klar ist, dass im Interesse der Milchbauern und der Angestellten der NORDMILCH eG die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens langfristig gesichert werden muss. Unklar ist allerdings, warum ein hochmoderner Verarbeitungsbetrieb wie die Bützower Molkerei, der erst vor einem Jahr vom Mutterkonzern übernommen wurde, heute unrentabel sein soll. Welche Auswirkungen das Ende der Molkerei Bützow auf die ohnehin strukturschwache Region hätte, das brauche ich hier wohl keinem näher zu erläutern.

Meine Damen und Herren, sollten die Pläne der NORDMILCH eG umgesetzt werden, droht 85 Angestellten der Molkerei Bützow die Entlassung. Das sind 85 Familien, denen ein Teil ihres Einkommens wegbricht. Vor diesem Hintergrund ist es nur verständlich, dass von der Politik ein zügiges Handeln im Interesse des Erhalts dieser Arbeitsplätze erwartet wird.

Der vorliegende Antrag meiner Fraktion soll die Landesregierung in ihren Bemühungen zur Rettung des Standortes unterstützen und ein deutliches Signal des Landtages an die Mitarbeiter der Molkerei Bützow und an den Vorstand und Aufsichtsrat der NORDMILCH eG sein. Wir können und wollen nicht hinnehmen, dass ein hochmodernes Verarbeitungsunternehmen, in das in den zurückliegenden Jahren über 28 Millionen Euro investiert wurden, geschlossen wird. Im Interesse der Beschäftigten der Bützower Molkerei muss die Landesregierung Verhandlungen mit der NORDMILCH-Gruppe und anderen Unternehmen der Milch verarbeitenden Branche aufnehmen, um den Erhalt der Arbeitsplätze und den Produktionsstandort Bützow zu sichern. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Landwirtschaftsminister bereits vorgestern ankündigte, Gespräche mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat des Mutterkonzerns der Bützower Molkerei aufzunehmen und die Vergabe von Fördermitteln zu überprüfen. Hierfür wollen wir ihn mit einem deutlichen Votum des Landtages ausstatten. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Es wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für den

Antrag, geben Sie mir damit doch die Möglichkeit, aus Anlass der Situation innerhalb der Molkereistruktur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere was den Standort Bützow anbetrifft, den Sachstand und die eingeleiteten Maßnahmen unseres Hauses darzustellen.

Zunächst darf ich aber auch und insbesondere im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebes darum bitten, dieses Thema nicht zu instrumentalisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Der Sache wegen sollten wir möglichst an einem Strang ziehen. Und ich bin den Abgeordneten, insbesondere Herrn Nieszery, dankbar, dass er bereits im Werk gewesen ist. Ich hoffe, dass wir da auch zu weiteren Entwicklungen kommen.

Aber zu den Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Am 31. Oktober 2003 hat der neue Vorstandssprecher der NORDMILCH eG seine Vorstellungen zur Restrukturierung des Unternehmens in Bremen vorgestellt. Demnach soll die Unternehmensstruktur in den nächsten Jahren klarer und eindeutig gestaltet werden. Das Ziel ist die deutliche Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens. In der Konsequenz bedeutet dieses wohlklingende Konzept aber auch – und es ist richtig, wie Sie es dargestellt haben –, dass von den gegenwärtig 21 Betrieben der NORDMILCH eG nicht weniger als 11 insgesamt geschlossen werden sollen. In unserem Land ist hiervon die Molkerei in Bützow betroffen, eine hundertprozentige Tochter der NORDMILCH eG. Wie es heißt, soll das Werk in Bützow schon bis 2006 geschlossen werden. Mindestens 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes direkt betroffen – und das haben Sie wohl so nicht erkannt –

(Ilka Lochner-Borst, CDU:
Das habe ich doch gesagt.)

wären aber insbesondere natürlich auch die Landwirte, die das Werk derzeit mit Milch beliefern.

Noch am Tage der Verkündung ihrer Pläne, also am 31. Oktober, wurde ich darüber durch die NORDMILCH eG unterrichtet. Daraufhin habe ich sofort Kontakt mit dem Betriebsrat und der Betriebsleitung und auch mit dem Bürgermeister aufgenommen. Damit will ich hier auch ausdrücklich festhalten, dass es selbstverständlich nicht erst der Aufforderung bedurfte, um hier zu handeln. Selbstverständlich setzt sich die Landesregierung für den Erhalt des Molkereistandortes Bützow und damit für jeden der bedrohten Arbeitsplätze ein. Im Übrigen, glaube ich, tun wir das für alle Arbeitsplätze in unserem Land. Dennoch verstehe ich nicht nur, sondern begrüße es auch ausdrücklich, wenn sich gerade Abgeordnete der Region besonders engagieren. Es ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern sicherlich auch unsere gemeinsame Pflicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich versichere Ihnen jedenfalls, dass die Landesregierung bereits alles in ihrer Macht stehende unternimmt und auch weiter unternehmen wird, damit am Standort oder in der Region auch zukünftig eine Milchverarbeitung stattfinden wird. Das ist kein Zweckoptimismus, denn die Voraussetzungen sind jedenfalls, glaube ich, sehr gut. Lassen Sie mich dies kurz an sieben Punkten darstellen, auch wenn Sie das nicht interessiert. Gestern haben Sie den Antrag noch einge-

bracht. Ich habe Ihre Reaktionen, Herr Renz, sehr gut mitbekommen, dass Sie verwundert waren, dass dieser Antrag auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Aber ich will Ihnen jetzt noch mal ausdrücklich sagen, ...

(Torsten Renz, CDU: Wie kommen Sie auf diese Äußerung, dass mich das nicht interessiert?)

Ich komme darauf, weil Sie sich ja ganz nett unterhalten untereinander.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

So ernst nehmen Sie das also: auf der einen Seite einen Schaufensterantrag machen und jetzt nicht zuhören. Das finde ich schon einigmaßen schlimm.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich werde Ihnen jetzt an den sieben Beispielen – vielleicht hören Sie dann ein bisschen zu – noch einmal darlegen, warum und weshalb wir der Auffassung sind, dass dieser Standort geradezu prädestiniert ist:

Erstens. Die Belegschaft der Bützower Molkerei hat langfristige Erfahrungen in der Produktion hochwertiger, ja höchstwertiger Molkereierzeugnisse. Das Molkerei- und Dauermilchwerk Bützow entstand im Übrigen als eines von fünf Projekten 1970. Vielleicht hören Sie sich das auch ruhig einmal an. Damit verfügt dieses Unternehmen tatsächlich über eine über 30-jährige Tradition und Erfahrung im Verarbeiten von hochwertigen Lebensmitteln.

Zweitens. Nach der Wende wurde das Werk mit umfangreichen Investitionen auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

(Michael Ankermann, CDU:
Das haben wir doch bereits gesagt.)

Von 1991 bis 1996 investierte die Unternehmensgruppe nicht weniger als insgesamt 23,8 Millionen Euro in den Bützower Standort. Da werden unterschiedliche Zahlen genannt, das sind die Gesamtinvestitionen und nicht die Fördermittel. Es wurden immerhin Fördermittel – und das können Sie sich jetzt aufschreiben – in Höhe von 8,3 Millionen Euro durch das Landwirtschaftsministerium bereitgestellt.

Drittens. Bereits 1993 erhielt dieser Betrieb als erste Molkerei in Mecklenburg-Vorpommern die EU-Zulassung. Ebenfalls als erste Molkerei im Lande wurde das Unternehmen bereits 1996 mit der DIN-Norm ISO 9002 zertifiziert.

Viertens. Das Werk hat auf Veränderungen am Markt reagiert und sich insbesondere auf die Produktion von Butter und Milchpulver spezialisiert und im Übrigen in der Vergangenheit – vor der Fusion mit der NORMILCH eG – immer marktfähige Produkte produziert, die im In- und Ausland auch plazierte worden sind und nicht für die Intervention produziert wurden.

Fünftens. Die Produkte der Bützower Molkerei wurden und werden regelmäßig aufgrund ihrer sehr guten Qualität prämiert und damit auch anerkannt. Die Spezialprodukte für die weiterverarbeitenden Lebensmittelindustriebereiche haben bei namhaften Unternehmen im In- und Ausland eine sehr gute Resonanz gefunden. Der Exportanteil von circa 80 Prozent der Gesamtproduktion belegt die-

ses. Auch das ist ein Indiz dafür, dass dieses Unternehmen stark am Markt vorhanden ist.

Sechstens. Die Bützower Molkerei selbst ist effizient. Sie ist somit ein solider Standort für hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was gerade für die Zukunft ein außerordentlich wichtiger Faktor ist.

Siebtens. Die Landwirte, die das Werk mit Milch beliefern, schätzen die Molkerei als zuverlässigen Partner. Und die Information, die ich von der Erzeugergemeinschaft habe, ist, dass die Landwirte zu diesem Unternehmen stehen und damit der Rohstoff für den Standort hoffentlich gesichert bleibt. Das ist nämlich die entscheidende Aussage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich verstehe deshalb umso mehr die Betroffenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bützow. Ihnen sichere ich jedenfalls meine ausdrückliche Unterstützung zu. Am Montag habe ich sowohl mit dem Betriebsrat als auch mit dem Bürgermeister der Stadt Bützow gesprochen. Diese Gespräche haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, dass Unternehmen und auch die Region zueinander stehen. Diese Region hat im Übrigen mittlerweile eine Arbeitslosenquote – leider, betone ich – von 21 Prozent. Die Bützower Molkerei ist das letzte produzierende Gewerbe in der Region. Und wie immer geht es nicht nur um die Arbeitsplätze in der Molkerei, sondern auch um den Dienstleistungsbereich, sprich um die Wirtschaftskraft innerhalb der Region. Ich glaube, auch das gehört zur ganzen Wahrheit.

Das akute Problem und die verständliche Betroffenheit dürfen uns aber auch nicht den Blick für die reale Lage versperren. Die Zukunft aller Molkereien in Deutschland ist natürlich eng mit der Zukunft des Milchmarktes verbunden, und zwar nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern insgesamt in Europa. Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik – im Übrigen von Ihrem Kollegen Herrn Fischler, in Klammern CDU, vorgelegt – wird weitreichende Veränderungen in diesem Sektor hervorbringen. Der Druck zur Verringerung der Produktionskosten wird auch bei den Molkereien steigen und deswegen wird es einen Konzentrationsprozess geben.

In der gegenwärtigen Diskussion dürfen wir nicht vergessen: Nur wettbewerbsfähige Molkereien können den Landwirten auch stabile und möglichst hohe Milchpreise zahlen. Das muss auch das Fazit sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Gegenwärtig reicht eben die Leistungsfähigkeit der NORMILCH eG im Vergleich zu den Mitbewerberinnen und Mitbewerbern leider bei weitem – bei weitem, betone ich – nicht aus. Um wieder zu den führenden Unternehmen der Milchverarbeitung in Deutschland und Europa aufzuschließen, ist eine Neuausrichtung der NORMILCH eG ganz klar erforderlich. Die Notwendigkeit dieses Prozesses darf man nicht bestreiten. Und ich möchte auch darauf verweisen und betonen: Dieser Prozess der Restrukturierung dient auch und insbesondere – vielleicht ganz interessant noch mal für die rechte Seite – der Sicherung der Käsereien, ausdrücklich der Standorte Waren und Dargun, meine Damen und Herren.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist wohl wahr. –
Ute Schildt, SPD: Das ist richtig.)

Natürlich ist es bitter, wenn der Restrukturierung der NORDMILCH eG ein hochmodern und effizient arbeitender Standort zum Opfer fallen soll.

Wie kann und soll es jetzt weitergehen? Morgen werde ich zunächst ein Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern der NORDMILCH eG führen. Es geht darum auszuloten, wie von der Schließung betroffene Arbeitsplätze erhalten werden können. Aber es gibt auch, denke ich, weitere Ausrichtungen für den Standort. Ich führe bereits seit mehr als zwei Jahren, meine Damen und Herren, Gespräche zur Neuansiedlung von Unternehmen in unserem Land. Vor dem Hintergrund der geplanten Schließung der Molkerei in Bützow habe ich diese Gespräche weiter intensiviert. Sie können sicherlich verstehen, dass ich heute noch keine Namen nennen werde und auch nicht nennen kann. Aber es geht darum, die in Bützow gefährdeten Arbeitsplätze zu erhalten und auf eine neue wettbewerbsfähige Basis zu stellen. Nun wird es darum gehen müssen, wie wir an dem Standort weiterkommen.

Es geht auch darum – und die Diskussion kann vielleicht noch kommen, falls Sie sich mit dem Thema wirklich ernsthaft auseinander gesetzt haben –, dass die Frage aufgeworfen wird: Soll es in Mecklenburg-Vorpommern eine intensive Molkeverarbeitung geben, ja oder nein? Dazu kann ich Folgendes feststellen: Ja, es existiert ein gemeinsames Konzept der NORDMILCH und der WESTMILCH. Der Hintergrund ist folgender: Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es sinnvoll, Molkeprodukte dort anzusiedeln, wo sie auch in größter Menge anfallen, das heißt in der Nähe von Unternehmen, in denen Milch etwa zu Käse verarbeitet wird. Genau das ist in Altentreptow der Fall. Deshalb macht die Investition an dem Standort auch Sinn. Ich versichere Ihnen aber auch hier noch mal, dass wir Erfahrungen haben in der weiteren Ansiedlung. Ich halte auch das für richtig, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ausdruck gebracht haben: Wer kämpft, kann nicht verlieren. Wer aufhört zu kämpfen, hat bereits verloren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit unserem vorherigen Antrag, Herr Minister.)

Daher noch einmal: Wir werden alles daransetzen, die Arbeitsplätze für die Region und für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten. Ich hoffe, Sie unterstützen mich dabei. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kühnel von der SPD-Fraktion.

Lilly Kühnel, SPD: Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Abgeordneten! Das Thema „Molkerei Bützow“ beschäftigt uns Agrarpolitiker schon seit längerer Zeit. Auch der Agrarausschuss unseres Landtages hatte dieses Thema auf seiner Tagesordnung. Es wäre sicherlich gut gewesen, Herr Renz, Sie hätten die Möglichkeit genutzt, sich mit Ihren Agrarpolitikern diesbezüglich auszutauschen, um vor allen Dingen fachliche Dinge intern zu diskutieren, denn, ich denke, es würde hier Zeit sparen und es wäre wahrscheinlich auch effektiver.

Es wurde durch unseren Minister schon einiges zu der Gruppe der NORDMILCH eG gesagt. Wir hörten, es ist die

Nummer eins von der Größe her mit 4,4 Milliarden Kilogramm Milch und einem Umsatz von 2,2 Milliarden Euro. Es muss aber auch gesagt werden, dass hier die Veränderungen aus betriebswirtschaftlicher Sicht und betriebswirtschaftlichen Zwängen dafür sorgten, dass es Veränderungen in der Struktur, aber auch in der Geschäftsführung gab. Und wer einmal nachlesen möchte, kann bald erkennen, dass der neue Geschäftsführer ein knallharter Sanierer ist, denn es besteht die Aufgabe, in den nächsten vier Jahren unter den Top Fünf in der Bundesrepublik wieder zu erscheinen.

Ich möchte mir Zahlen zu Bützow ersparen, die hörten wir bereits. Aber vielleicht ein Vergleich: In Bützow werden zurzeit 13.000 Tonnen Butter in drei Schichten produziert sowie Molke eingedickt. Um die Kostenführerschaft in dieser Position zu erlangen, ist es aber in Zukunft notwendig, mehr als das Vierfache zu produzieren. Diese Konzentration und Spezialisierung in der Milchverarbeitung ist auch in anderen Bereichen festzustellen und notwendig. So kann man zum Beispiel darauf eingehen, dass in Altentreptow seit 1992 die Käseproduktion geplant und durchgeführt wurde mit einer Kapazität von 25.000 Tonnen, demnächst eine Erweiterung bereits von 45.000 Tonnen vonstatten geht. Das heißt also auch, dass hier natürlich die Molkeproduktion anfällt. Die NORDMILCH und WESTMILCH, oder besser gesagt Humana, planen in Altentreptow eine gemeinsame Verwertung – der Minister ging bereits darauf ein –, jedoch nach einem ganz neuen Verfahren, welches auch heute noch nicht in Bützow realisiert wird. In Zukunft soll an diesem Standort unter Einbeziehung aller Käseproduzenten über eine Milliarde Molke verarbeitet werden. Bei dieser Größenordnung ist der Transport ein ganz erheblicher betriebswirtschaftlicher Fakt. Frühestens wird die Entscheidung, das haben wir bereits gehört, 2009 für Bützow endgültig stehen, also nach der eventuellen Fertigstellung dieser gemeinsamen Investition.

Ziel einer jeden Molkerei muss es sein, einen wettbewerbsfähigen Milchpreis zu erwirtschaften. Die Aussicht, den gegenwärtigen Nachteil sinkender Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Erlöse auszugleichen, ist unrealistisch. Es bleibt nur die Möglichkeit, die Kosten zu senken durch eine weitere Konzentration und Spezialisierung der Produktion. Die Landwirte, die Milchproduzenten, können nur dann von einem stabilen Milchauszahlungspreis profitieren. Ob ihre Milch in Bützow, Waren oder Altentreptow verarbeitet wird, tritt auch bei den Landwirten immer stärker in den Hintergrund. Entscheidend ist für sie, und das eigentlich für die nächsten Jahre noch stärker, der Auszahlungspreis, um eine effektive Milchproduktion zu erwirtschaften.

Für die Region Bützow, das ist mir vollkommen klar, wäre das Aus der Molkerei eine große Niederlage. Aber es bleibt noch Zeit, aktiv andere Nutzungsmöglichkeiten zu prüfen und Alternativen zu finden. Die Politik, besonders unser Landwirtschaftsminister – er hat es bereits dargelegt –, hat schon seit längerer Zeit alle Möglichkeiten genutzt, hier Alternativen zu suchen und hoffentlich auch zu finden. Es muss uns, uns als Politiker aber klar sein, dass wir nur einen ganz beschränkten Einfluss auf die Entscheidungen von wirtschaftlichen Unternehmen haben. Hier entscheiden in erster Linie der Wettbewerb sowie das Stehvermögen auf dem Markt. Das Mögliche hat die Regierung bereits getan, konkret in Person des Landwirtschaftsministers. Und er hat dargelegt, was er für die

Zukunft tun wird. Ich denke, auch ohne einen klaren Auftrag, wie es heute in der „Schweriner Zeitung“ formuliert ist, wird der Minister seine Aufgaben fortführen. Wir brauchen keine Aufträge zu erteilen, wenn sie bereits Praxis sind. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Kühnel.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hatte ich nicht vor, mich groß noch inhaltlich an dieser Debatte zu beteiligen, weil Frau Ilka Lochner-Borst für die CDU-Fraktion, denke ich mal, sehr sachlich und vernünftig sowie inhaltlich fundiert diesen Antrag eingebracht hat

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und dem eigentlich nicht viel hinzuzufügen ist.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Ich möchte aber an dieser Stelle doch drei, vier Sachen klarstellen, die sich jetzt notwendigerweise ergeben haben.

Herr Minister Till Backhaus,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Doktor, so viel Zeit muss sein.)

Ich weiß nicht, ob Ihnen das zusteht, wie vorhin in der Debatte meine Kollegin Beate Schlupp zum Zuhören zu ermahnen und aufzufordern. Wenn Sie in der Debatte telefonieren, dann sollten Sie erst mal vor Ihrer eigenen Tür kehren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es stimmt, dass ich mich während Ihrer Rede mit meinen Nachbarn Herrn Ankermann und Frau Ilka Lochner-Borst kurz verständigt habe,

(Heinz Müller, SPD: Zur Sache bitte! –
Angelika Gramkow, PDS: Thema!)

indem ich gesagt habe: Der Einstieg in diese Rede ist sehr sachlich und inhaltlich gut.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das dritte
Mal Thema verfehlt, Herr Renz.)

Und ich wollte Sie loben. Aber dass Sie dann hier so einen Schwenk hineinbringen und sagen, dieses Thema sollte man nicht instrumentalisieren, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Aber wenn Sie dann im nächsten Satz namentlich hier jemanden benennen, dann, muss ich sagen, müssen Sie Ihre eigenen Ansprüche erst mal selbst umsetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wen meinen Sie denn, Herr Renz?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, bitte zur Sache.

Torsten Renz, CDU: Sehr richtig, Frau Präsidentin, ich spreche zur Sache.

Ich möchte klarstellen, dass wir eine Pressemitteilung herausgegeben haben, in der nicht über eine Förderhöhe von 28 Millionen Euro etwas nachzulesen ist, sondern es ging um die Investitionskosten von 28 Millionen Euro. Und genau das Gleiche hat meine Kollegin Ilka Lochner-Borst an dieser Stelle gesagt, das ist im Protokoll dann nachzulesen. Wir lassen uns als Fraktion nicht in dieser Art und Weise darstellen, dass wir nicht im Thema stehen.

(Volker Schlotmann, SPD: Sind Sie der Pressesprecher von Frau Lochner-Borst oder wie?)

Das, denke ich mal, war der Sache nicht angemessen, weil es hier um 85 Arbeitsplätze geht. Ziel des Antrages ist es, ein entsprechendes Votum auch des Landtages herzustellen. Und es war weiterhin Ziel dieses Antrages, den handelnden Minister zu unterstützen. Dass er dann in dieser Art und Weise in Richtung unserer Fraktion und auch im Sinne der Sache so reagiert hat, finden wir schon sehr schade. Ich persönlich bin aber ohne weiteres bereit, über diese persönlichen Angriffe hinwegzusehen und diese auch zurückzustellen,

(Heinz Müller, SPD: Das ist sehr großzügig.)

und möchte Sie auffordern, unserem Antrag zuzustimmen, und Sie als handelnden Minister, uns als Fraktion beziehungsweise auch unsere zuständigen Ausschussmitglieder und die Landtagsabgeordneten vor Ort weiterhin auf dem Laufenden zu halten

(Heike Polzin, SPD: Ich habe da auch
noch mal ein regionales Problem.)

und in Ihre Aktivitäten mit einzubeziehen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wien von der PDS-Fraktion.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
17.30 Uhr, der Antrag kommt zu spät,
sonst hätten Sie ihn befürwortet.)

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Wenn Herr Renz, wie er eben sagte, oder wenn die CDU-Fraktion es wirklich gewollt hätte, was Sie zuletzt hier gesagt haben, dass eine gemeinsame Zustimmung kommt, dann hätten Sie vorher mit uns gesprochen, ansonsten kennen Sie die Gepflogenheiten dieses Hauses.

(Vincent Kokert, CDU:
Was soll das denn heißen?)

Im Namen meiner Fraktion möchte ich mich ausdrücklich bedanken für den Einsatz des Ministers in dieser Sache.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Wenn wir schon
den Minister unterstützen sollen. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Minister ist schon lange, bevor Sie diesen Antrag gestellt haben, in die Spur gegangen. Er war schon munter, bevor er die Milch dort getrunken hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wir möchten ihn ausdrücklich darin unterstützen, dass er Erfolg hat. Wir werden alles dafür tun, dass er Erfolg hat, und ermuntern ihn,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

hier weiter sehr aktiv zu sein.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Die sieben Punkte, die der Minister aufgezählt hat, stimmen uns optimistisch, aber Wunder kann natürlich auch er nicht vollbringen. Ich habe in keiner Unterlage und nirgendwo finden können, dass wir hier über einen VEB Nordmilch sprechen. Ja, ich denke, wir sprechen über privatwirtschaftliche Betriebe. Und an anderer Stelle stehen Sie hier ständig und möchten, dass die staatlichen Eingriffe in die Privatwirtschaft nicht so heftig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Uns sind ja auch sehr starke Grenzen gesetzt.

(Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Wenn Sie allerdings heute so eine revolutionäre Ader haben,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

dann schlage ich vor, wir testen das mal, wie weit Sie gehen: Verstaatlichen wir doch mal den Boden und machen dann Erbbaupacht, so, wie es die Kirche jahrtausendlang gemacht hat,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und verbessern einfach auf diese Art und Weise unsere Steuereinnahmen und vereinfachen das System.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Das wäre jetzt mal so ein spontanes Thema, was wir vielleicht daraus machen könnten.

Mehr möchte ich zu diesem Antrag einfach nicht sagen. Es ist eine schlimme Sache und ich habe den Eindruck, Sie machen hier Populismus.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wie gesagt, noch mal die Bitte an unseren Minister, sich weiterhin so vehement für die Sache einzusetzen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Wien.

Ich schließe die Aussprache und bitte um etwas mehr Ruhe im Plenum.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/895. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum **Zusatztagesordnungspunkt 2:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sicherung des Solidarpaktes II, auf Drucksache 4/900.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Sicherung des Solidarpaktes II
– Drucksache 4/900 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zwei Jahre ist es her, als sich Politik in Deutschland Partei übergreifend auf die Schultern geklopft hat. Man hatte nach langwierigen Verhandlungen, nachdem unter Federführung der sächsischen Staatskanzlei fünf Gutachten erstellt worden sind, die Verhandlungen – es war etwa um diese Zeit – Ende des Jahres 2001 zum Solidarpakt II abgeschlossen. Heute, zwei Jahre danach, werden wesentliche Teile des Solidarpaktes II im Korb II in Frage gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Halbwertszeit von 24 Monaten hat eine Vereinbarung, die bis zum Jahr 2019 normalerweise reichen sollte. Das ist übrigens charakteristisch für die Politik von Rot-Grün, nicht nur, was das Thema Gemeinschaftsaufgabe Ost betrifft, sondern was wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben. Damals habe ich darauf hingewiesen, dass der Korb II nicht rechtsverbindlich geregelt ist. Und zwar geht es im Korb II um insgesamt 51 Milliarden Euro, wovon Mecklenburg-Vorpommern 11,1 Milliarden Euro zufließen sollten, das sind etwa 10,5 Prozent, da sind dann noch fünf Stellen hinter dem Komma.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat Rot-Grün Anträge eingebracht, die zwei Teile haben. Ich fange mit dem zweiten Teil an. Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, die so genannte GA Ost, soll ab dem Jahr 2006 aufgelöst werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Korb II diene auf Basis der Daten, dass die Infrastrukturlücke zwischen den neuen Bundesländern und den alten Bundesländern Ost 70 Prozent beträgt, dazu, dass diese Infrastrukturnachteile aufgeholt werden sollen. Wie soll sich denn Politik ausrichten, wenn innerhalb von zwei Jahren so eine essentielle politische Vereinbarung nicht nur hinterfragt wird, sondern ganz offenkundig aufgehoben werden soll? Wie verlässlich ist Politik?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und zu diesem Korb II gehören neben den Gemeinschaftsaufgaben weitere Finanzhilfen der EG-Strukturfondsmittel, Investitionszulagen und so weiter und so fort.

Herr Minister Ebnet, es ist ja offenkundig so, dass es dann ab dem Jahr 2006 nur noch eine Gemeinschaftsaufgabe geben und eine Vermischung der Fördergebiete der neuen Bundesländer mit möglichen Fördergebieten in den alten Bundesländern erfolgen soll. Ich bin immer dafür, dass man strukturschwache Regionen gleich behandelt, nur dieses ist eine politische Vereinbarung, die die Bundesregierung mit allen 16 deutschen Bundesländern getroffen hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Dies ist eine einstimmige Vereinbarung gewesen. Und meine große Sorge ist, wenn man hier einmal die Tür aufmacht und zugreift – denn der Korb II ist nicht rechtsverbindlich geregelt im Gegensatz zum Korb I,

(Angelika Gramkow, PDS: Eben.)

der hat Gesetzeskraft –, dass wir die Tür gar nicht mehr zukriegten. Und deswegen muss hier die Tür sofort zu bei der GA Ost.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Ute Schildt, SPD: Was sagen denn dazu
Ihre Kollegen in den anderen Ländern?)

Meine sehr verehrte Dame, wissen Sie, Frau Kollegin, hier stellt sich die Frage: Wer hat das eingebracht? Hier muss man wirklich hinterfragen: Wer treibt den Einbringer so eines Antrages? Und das ist die rot-grüne Bundesregierung gewesen

(Ute Schildt, SPD: Und wer entzieht sich?)

beziehungsweise die Regierungsfractionen von SPD und Grünen,

(Angelika Gramkow, PDS: Warum?)

die das im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gemacht haben. Fragen Sie nach! Wir haben nachgefragt, wie das abgelaufen ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wie haben
Sie sich verhalten in dem Ausschuss? –
Ute Schildt, SPD: Da sagt er nichts, gar nichts.)

Herr Minister Ebnet, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt inhaltlich nicht an den Beratungen teil und auch an keiner Abstimmung,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, tut mir aber Leid.)

weil sie einfach sagt, dass dieser Haushaltsentwurf unseriös ist

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

mit Blick auf die anstehenden Dinge, die noch im Vermittlungsausschuss zu klären sind.

(Ute Schildt, SPD: Was hat
das mit Verantwortung zu tun?)

Und so einen unseriösen Haushaltsentwurf – denken Sie mal, Eichel ist gestartet mit einer Nettoneuverschuldung von 20 Milliarden Euro, jetzt kratzt er die 40

(Ute Schildt, SPD: Jetzt sind
sie da, wo sie hinwollten.)

und ich denke, wir gehen ganz stramm auf die 50 Milliarden Euro zu –

(Angelika Gramkow, PDS: Wo ist
denn hier Ihr Engagement geblieben?)

können Sie nicht seriös beraten. Einfach zurückziehen und neu einbringen, das wäre das Beste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir mal zu den Fakten, wenn wirklich diese Pläne umgesetzt werden. Herr Minister Ebnet, ich habe mir noch mal das Investitionszulagengesetz angeguckt, das das jetzige allerdings nur für zwei Jahre, nur für 2005 und 2006, ablösen soll. Ich will jetzt gar nicht über die Problematik der EU-Notifizierung reden. Ob das in zwölf Monaten durch ist, lassen wir mal offen. Aber eins ist Fakt: Wenn der Deutsche Bundestag diesem Gesetz so zustimmt, dann werden Sie in großen Teilen – und Sie haben ja beschrieben, dass Sie Anträge haben von bis zu 400 Millionen Euro – die Absenkung in der Höhe bei den Investitionszulagen und die Herausnahme in sektoralen Bereichen ausgleichen müssen, denn einen Investor interessiert im Wesentlichen nicht, woher er das Geld vom Staat bekommt, sondern dass er

das Geld bekommt. Dann werden Sie in die Zwangslage hineinkommen, dass Sie jetzt Mittel – technisch ist das so, die I-Zulage ist Bestandteil in einer Förderhöhe von 35 bis 50 Prozent – mit GA-Mitteln ersetzen, denn die Investitions- und Finanzierungspläne werden heute aufgestellt. Die Investitionen werden gegebenenfalls erst 2005 oder 2006 realisiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Antrag von Rot-Grün in Berlin hat so viele Facetten, da kann man nur sagen: Diesem Treiben muss schlichtweg Einhalt geboten werden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Ute Schildt, SPD –

Wolfgang Riemann, CDU: Denken wir an unseren Ostminister und an den Oststaatssekretär.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber eins ist ja ganz offenkundig schon geschehen, die Reduzierung der GA Ost – geplant ursprünglich 800 Millionen Euro – auf 700 Millionen Euro. Und jetzt kommt die nächste Facette für das Jahr 2004: Ursprünglich wollte man noch mal 100 Millionen Euro umschichten. Da haben alle Ministerpräsidenten des Westens getrampelt, das gebe ich zu. Aber Herr Steinbrück wäre ein schlechter Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, wenn er sich nicht für seine strukturschwachen Regionen einsetzen würde, und Christian Wulff ein schlechter für Niedersachsen, wenn er das nicht auch für sein Bundesland so tun würde. Ursprünglich wollte man 100 Millionen Euro umschichten von der GA Ost in die GA West.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Jetzt greift man zu einem anderen Trick. Man hat einen Haushaltsvermerk, eine Titelerläuterung eingefügt, dass von den 700 Millionen Euro bis zu 100 Millionen Euro abgezweigt werden können für die alten Bundesländer. Auch hier kann man natürlich sagen – und, Herr Ebnet, an dem Punkt haben Sie unsere Unterstützung, falls die Kofinanzierung der GA-Mittel für Mecklenburg-Vorpommern in Frage gestellt werden sollte: Wenn ein Instrument seit 1990 erfolgreich war in den neuen Bundesländern, dann ist das die Gemeinschaftsaufgabe gewesen, und nicht nur im kommunalen Infrastrukturbereich, sondern auch als Fördertatbestand, um überhaupt Investoren den Anreiz zu geben, nach Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Brandenburg zu kommen. Wer hier eine politische Debatte führt, wer hier Unsicherheit und Unwägbarkeiten einfügt, der bringt Investitionen im Osten grundsätzlich in Gefahr und stellt sie in Frage. Und das kann doch im Augenblick nicht Ziel von Politik sein!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten hier über Parteigrenzen hinweg – wir sind in erster Linie dem Land verpflichtet und normalerweise wollte ich den Amtseid des Ministerpräsidenten zitieren, aber das lasse ich mal, den kennt jeder – wirklich aufpassen, weil das keine Banalität ist, was hier abläuft. Hier geht es – und das ist für mich der wesentliche Punkt – an die Grundsubstanz einer politischen Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, zwischen alten und neuen Ländern, zwischen allen Parteien in Deutschland, die den Aufbau in den neuen Bundesländern betrifft. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere von der SPD, ich wiederhole das noch mal: Wenn hier kein Stoppschild gesetzt wird, ein richtiges Stoppschild, eine Barriere eingezogen wird,

dann debattieren wir morgen und übermorgen über weitere Mittel, die insbesondere aus dem Korb II herausgenommen werden sollen. Dann können wir wirklich darüber reden, dass die Investitionstätigkeit, der Anreiz in Frage gestellt ist. Und politische Unsicherheit und Unwägbarkeiten können wir gegenwärtig im Osten überhaupt nicht gebrauchen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Ich eröffne die Aussprache.

Wir haben für die Aussprache eine Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ums Wort hat zunächst gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, Ihr Antrag kommt mir nicht ungelegen. Und ich glaube, er gibt uns heute auch die Möglichkeit, hier festzustellen, dass sich der Landtag in der Sache einig ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich erwarte dies als Ergebnis der Debatte.

Aber, Herr Rehberg, vorweg erlauben Sie noch einen Hinweis. Das Thema ist nun seit über einer Woche auf dem Markt.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Es steht seit über einer Woche in allen Zeitungen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht beschlossen.)

Heute Morgen sind Sie aufgewacht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht beschlossen.)

Ich kann nur sagen: lange geschlafen, gut verschlafen. Und als Sie aufgewacht sind und den Antrag gemacht haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und der Punkt 2 stand nicht auf der Agenda.)

da müssen Sie aber noch ziemlich schlaftrunken gewesen sein, sonst würde er jetzt nämlich nicht so aussehen, wie Sie ihn aufgeschrieben haben. Da gibt es einiges richtig zu stellen, dann haben wir eine gemeinsame Diskussionsbasis.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Erlauben Sie mal, dass ich dies mache.

Was war der Fall? Die Bundesregierung, die Sie immer als rot-grüne Bundesregierung bezeichnen, hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der vorsah, die GA Ost wie geplant weiterzuführen und die GA West zu streichen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Da gab es Ärger vor allem mit den Westländern.

(Angelika Gramkow, PDS: Klar.)

Die wenigsten Westländer werden SPD-regiert, die meisten CDU- und CSU-regiert,

(Heinz Müller, SPD: Leider. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

das sind einfach Tatsachenfeststellungen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und dass die Westländer unsere GA nicht lieben und sie die Kürzung schon wollten, das hat sich ja im Verlauf der Solidarpaktverhandlungen schon gezeigt und herausgestellt. An der Spitze dieser Bewegung waren Bayern und Hessen, damit einmal klar ist, wer wem an die Wäsche will.

(Ute Schildt, SPD: Genau. –

Wolfgang Riemann, CDU: Und Nordrhein-Westfalen haben Sie ganz und gar vergessen.)

Die Bundesregierung hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der genau im Sinne des Ostens war, im Sinne von Ostdeutschland,

(Vincent Kokert, CDU: Wer saß denn heute im Haushaltsausschuss? Die Hessen und die Bayern.)

nicht im Sinne des Westens. Dann geht es in die parlamentarischen Beratungen und dann geht es auch in den Haushaltsausschuss. Und das, was ich jetzt sage, beruht auf Informationen, die ich heute von den Haushältern in Berlin noch abgefragt habe, auf deren Auskünfte ich mich verlassen kann, die waren ja auch dabei.

Zu Ihrem Punkt 2. Da sagen Sie, die GA Ost soll ab 2006 aufgelöst werden. Die Haushälter in Berlin wussten nichts davon.

(Heinz Müller, SPD: Ach!)

Dann haben die gesagt, wie kann denn überhaupt eine solche Auffassung der CDU in Mecklenburg-Vorpommern zustande kommen, abgesehen davon, dass wir vielleicht ein bisschen weit weg sind.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Es könnte so sein, dass die etwas verwechselt haben. Es fallen in der Tat im Haushaltsentwurf die Verpflichtungsermächtigungen beziehungsweise die Baransätze für die GA West weg ab dem Jahr 2007, also nicht ab 2006, sondern danach.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Da gibt es im Haushalt keine GA West mehr, dann ist die ausgelaufen, dann sind die Verpflichtungsermächtigungen abgewickelt. Es gibt dann nur noch einen Titel GA und der besteht bisher aus den 700 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen für das nächste Jahr GA Ost. Also da muss einfach eine Verwechslung vorliegen. Was wegfällt, das ist der Haushaltstitel GA West, der ist weg, aber von GA Ost weiß im Haushaltsausschuss des Bundestages offensichtlich niemand etwas und die müssten es ja wissen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zusatz

Ost fällt weg. – Beate Mahr, SPD:

Können Sie denn nicht mal zuhören?! –

Heiterkeit bei Kerstin Fiedler, CDU)

Nur damit wir diesmal die Informationsbasis klar ziehen und wissen, worüber wir reden.

Jetzt kommen wir zu Ziffer 1 Ihres Antrages. Ich habe schon seit letzter Woche das Deckblatt mit der Ergänzung, mit dem Haushaltsvermerk aus dem Bundestag dazu auf dem Tisch.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Das hätten Sie doch heute gleich vortragen können.)

Da stehen Verpflichtungsermächtigungen für das nächste Jahr mit 700 Millionen Euro beziffert. Das war ursprünglich die Bundesregierung, die 700 Millionen waren ursprünglich nur für den Osten gedacht. Und dann kam genau der Haushaltsvermerk hinzu, in dem es heißt, die Verpflichtungsermächtigungen dürfen bis zur Höhe von 100 Millionen Euro von den im Titel 882.82 genannten Ländern, das sind die Westländer, in Anspruch genommen werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hat Herr Rehberg ja gerade vorgetragen.)

Dazu habe ich mich letzte Woche geäußert. Sie können das nachlesen in der „Ostsee-Zeitung“ vom 06.11., das ist eine Woche her. Da habe ich gesagt: „100 Millionen weniger für die regionale Wirtschaftsförderung träfe Mecklenburg-Vorpommern schmerzhaft.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

„Wir brauchen hier jeden Euro an Fördermitteln, um Investoren ins Land zu holen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Da hat man mal auf Sie gehört. Da hat man auf Sie gehört, Herr Minister.)

Es war doch richtig. Ja, Sie haben es nicht gehört, Sie haben es nicht zur Kenntnis genommen.

(Harry Glawe, CDU: Ich meine, hat man auf Sie gehört in Berlin? – Dr. Armin Jäger, CDU: Was haben die denn nun heute gemacht? Erzählen Sie doch mal!)

Dann habe ich mich letzte Woche auch noch geäußert in der SVZ und habe darauf hingewiesen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na was, Zeitung, Zeitung! Was haben Sie bei Ihren Parteifreunden unternommen?)

dass es hier um einen Verteilungskampf West gegen Ost geht, auch klar.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Also das Thema ist seit einer Woche auf dem Markt. Ich kann nur sagen: Sie haben es gründlich verschlafen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Ich stehe nach wie vor dazu: Wir brauchen jeden Euro. Und, Herr Rehberg, ich gebe Ihnen ausdrücklich Recht,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Harry Glawe, CDU: Und, und?! Was haben Sie bewegt, Herr Minister?)

was jetzt hier geschehen ist – hier steht, bis zu 100 Millionen Euro, was jetzt auch immer an Summe herauskommt –, das ist ein Dammbruch!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja und?!)

Und den Dammbruch können wir, glaube ich, alle gemeinsam nicht wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also die hören nicht auf Sie.)

Ich habe mich dann bei den Haushältern in Berlin weiter erkundigt, was denn die Beweggründe, die Überlegungen waren, die dahinter standen. Da sagten die mir Folgendes, ich will es mal in der Kurzfassung bringen: Ostdeutschland ruft sowieso die Mittel nicht vollständig ab.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Berlin hat in diesem Jahr zum Beispiel 35 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen wieder zurückgegeben, die brauchen sie nicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Sachsen-Anhalt und Thüringen auch. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Entschuldigung, es gab noch ein Land mit 10 Millionen Euro, von anderen ist jedoch bisher nichts bekannt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es könnte aber sein, dass hier auch Verpflichtungsermächtigungen nicht in Anspruch genommen werden, so dass man mal grob davon ausgehen könnte: Berlin plus andere nehmen vielleicht 50 Millionen Euro nicht in Anspruch.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dann war die zweite Überlegung, die mir mitgeteilt wurde, dass auch die Westländer die 100 Millionen Euro nicht vollständig in Anspruch genommen haben,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

so dass hier also eine Differenz von vielleicht 30 Millionen Euro in der Realität irgendwie vermutet wird. Und dann ist die Beschlusslage die, wie mir mitgeteilt wurde – ich kann immer nur sagen, was mir mitgeteilt wurde –, dass die Entscheidung darüber, wie viel denn nun wohin gehen von den 100 Millionen Euro,

(Harry Glawe, CDU: Dann hat der Staatssekretär falsch vorgetragen.)

im Planungsausschuss der GA getroffen werden soll. Leider sitzen im Planungsausschuss nicht nur Ostländer, sondern alle. Und jetzt, Herr Rehberg, bin ich mal gespannt, wie sich Ihre Parteifreunde aus dem Westen verhalten werden in diesem Planungsausschuss. Nehmen Sie bitte mal Einfluss darauf, dass die sagen: Jawohl, wir stehen weiterhin zum Aufbau Ost, die Mittel sollen im Osten verwendet werden und nicht im Westen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, es soll hier keiner vor der Tür des anderen irgendetwas suchen und da müssen wir alle schon schauen, dass wir zusammenhalten und uns nicht auseinander dividieren.

(Harry Glawe, CDU: Deswegen haben wir den Antrag gestellt. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, Herr Minister.)

Das ist tatsächlich ein Verteilungskonflikt zwischen West und Ost, da dürfen wir uns nichts vormachen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir doch alles.)

Dieser Verteilungskonflikt ist nicht neu, er läuft bei der GA schon seit Jahren. Die Westländer haben es nicht

gerne, wenn wir ihnen Unternehmen abwerben und sie hier ansiedeln. Und natürlich wird dieser Verteilungskampf – darauf müssen wir uns einstellen – nicht heute oder morgen oder übermorgen zu Ende sein, sondern mit dem müssen wir die nächsten Jahre weiterleben.

Herr Rehberg, zur Investitionszulage. So, wie Sie es geschildert haben, ist das richtig. Diese wird jetzt voraussichtlich verlängert bis 2006. Anschließend fehlt sie als Investitionsförderung und natürlich fehlt dann etwas und dann muss die GA zur Verfügung stehen, ohne dass sie bis jetzt mehr geworden wäre. Das heißt, es gibt hier einen massiven Abbruch der Wirtschaftsförderung, wenn es nicht gelingt, bis dahin noch Veränderungen zustande zu bringen. Da kann man sich nur bemühen, da muss man kämpfen und das würde ich auch ganz gerne tun.

(Harry Glawe, CDU: Das sollten wir auf jeden Fall tun.)

Aber, Herr Rehberg, man muss jetzt natürlich, damit das Bild vollständig wird, auch sagen, worauf das denn zurückzuführen ist, dass die Investitionszulage nicht, wie wir sie haben wollten, jetzt mindestens bis 2009 verlängert wird, und warum wir auch keine Verbesserungen für uns durchbringen konnten. Das hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass man die Frage beantworten muss: Wer zahlt? Die Investitionszulage wird ja, was den Länderteil betrifft, überwiegend von den Westländern gezahlt. Und natürlich wollen die Westländer diese finanzielle Last loswerden. Sie wollen die Investitionszulage loswerden, mit der wir ihnen ja auch wieder ihre Unternehmen abwerben. Und dieses war nun leider der derzeit mögliche Kompromiss, wir sind nicht weitergekommen. Aber wenn Sie jetzt versuchen, das parteipolitisch aufzudröseln,

(Kerstin Fiedler, CDU: Das macht doch gar keiner. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das machen wir doch nicht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann muss ich natürlich wieder die Frage stellen: Wer regiert in Bayern, Baden-Württemberg und so weiter? Wir sollten diese Frage lassen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann fangen Sie mal an damit, Herr Ebnet! Fangen Sie mal an! – Rainer Prachtl, CDU: Sie selbst haben gesagt, das geht um einen Dammbbruch. Und wenn das ein Dammbbruch ist, dann hätten Sie es einbringen müssen. Für den Dammbbruch sind Sie verantwortlich! Sie hätten heute kommen müssen und sagen, da muss was getan werden. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat aber jetzt der Wirtschaftsminister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Danke, Herr Prachtl, für Ihren wirklich erhellenden Beitrag.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren, meine Bitte wäre jetzt, dass wir uns im Verlauf der weiteren Debatte durchringen und sagen, dass wir weiterhin die GA brauchen. Wir brauchen weiterhin Wirtschaftsförderung,

(Harry Glawe, CDU: Nichts anderes sagen wir. – Dr. Armin Jäger, CDU: Na, dann machen wir mal!)

wir brauchen weiterhin jeden Euro, dass wir uns hier nicht auseinander dividieren lassen und diese Sache, weil

sie ja im Verfahren noch nicht zu Ende ist, weiter begleiten müssen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und wenn Sie es im Bundestag tun, dann ist es ja gut so.

(Harry Glawe, CDU: Na, Sie müssen mitmachen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben doch die Mehrheit in Berlin.)

Wir sollten versuchen, eine Gemeinsamkeit zu erzielen, weshalb wir das weiter im Wirtschaftsausschuss des Landtages begleiten sollten, uns also noch weiter mit dem Thema beschäftigen sollten. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist unstrittig, die Mittel der GA sind für unser Land notwendig. Wir haben, das zeigen die Haushaltsentwürfe, uns immer bemüht, und das ist auch unsere Strategie, diese Mittel voll abzurufen, voll wirksam werden zu lassen in unserem Land, um Investitionen umzusetzen, um Wirtschaftsförderung voranzutreiben. Es ist unstrittig, dass das ein intensives Instrument ist für wirtschaftliche Entwicklung im Land. Da haben wir absoluten Konsens.

Der Minister hat gerade das bisherige Prozedere beschrieben, warum 700 Millionen Euro bisher stehen, warum es da welche Veränderungen gab, das brauche ich nicht noch mal zu wiederholen. Und ich denke, dass es unser Interesse ist, an dieser Strecke zu arbeiten, wirklich zu arbeiten. Aber das bedarf gemeinsamer Interessen, gemeinsamer Initiativen von SPD, PDS und CDU, denn das ist kein Problem, das wir als Land Mecklenburg-Vorpommern allein lösen, das ist auch kein Problem, das wir als fünf neue Bundesländer allein lösen, sondern das muss ein Konsens in der Bundesrepublik sein, den wir erreichen. Nur so kann etwas verändert werden.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU – Harry Glawe, CDU: Aber auch im Rahmen des Landes und im Rahmen der GA bei der Wirtschaftsförderung, Frau Abgeordnete, müssen wir zusammenarbeiten.)

Und da ist es für mich schon bedenklich – dieser bisherige Kompromiss ist im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik des Bundestages zustande gekommen –, dass sich die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion an der Abstimmung nicht beteiligt haben.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Nicht beteiligt haben heißt also, man hat auch nicht zu erkennen gegeben, wo man denn hin will in der Bundesrepublik

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

in der CDU/CSU, nicht in Mecklenburg-Vorpommern. Und da würde ich Sie darum bitten, auf dieser Strecke sehr viel intensiver zu werden

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

innerhalb der eigenen Partei und nicht hier an dieser Stelle so zu tun, als wenn Sie die Weltverbesserer wären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber das Thema, meine Damen und Herren, ist viel zu ernst, als dass wir es hier einfach vom Tisch wischen sollten. Wir schlagen vor, und ich werde auch den Antrag in die Richtung stellen, diesen Antrag in den Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

um alles das, was dort passiert, mitzugestalten, uns vollkommen zu informieren auf dieser Strecke und mögliche gemeinsame Schritte zu besprechen und zu verabschieden. – Besten Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion.

Eckhardt Rehberg, CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ostkomponenten – darüber wird im Augenblick debattiert. Dann gab es auch noch mal einen Kanzler, den gibt es ja heute noch. Bloß das, was er zur Chefsache machen wollte, den Aufbau Ost, ich glaube, das ist völlig aus dem Gedankengut raus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Aufbruch zur
Chefsache, Aufbruch zur Chefsache! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, Frau Schildt, Herr Ebnet, wenn Sie diesen Antrag im Wirtschaftsausschuss jetzt behandeln wollen,

(Torsten Koplin, PDS: Ach was!)

dann sage ich, hier gibt es nichts zu behandeln, hier gibt es ganz einfach nur zu sagen: Nein,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

nein zu diesem Vorhaben. Das ist die einzige Antwort, die man geben kann, es gibt keine andere Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Und die zentrale Frage ist wirklich – und die müssen Sie sich stellen als diejenige Partei, die im Bund die politische Verantwortung trägt, Sie haben die Tür aufgemacht dazu, und natürlich, Herr Ebnet, das ist doch klar, wenn es in der PLANAK solche Möglichkeiten gibt, dass man zugreift –, warum man diese Tür dann erst aufmacht, auch für das Jahr 2004, aus welchem Beweggrund. Finanztechnik hin, Finanztechnik her, wir haben vor ein paar Wochen darüber debattiert, dass die Frist verkürzt wurde zum Kasenabschluss, was die GA betrifft, von Ende März auf Ende Januar. Das ist doch mit eines der Probleme der Nichtabrufung, darüber haben wir ausführlich debattiert. Entschuldigen Sie bitte, das ist doch alles mehr als hintergründig, was Herr Eichel hier treibt. Er legt es doch förmlich darauf an, dass die Mittel nicht abgerufen werden können –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

von Berlin will ich jetzt mal schweigen –, gerade die Technik des Jahresabschlusses führt doch mit dazu. Sie haben es doch vorgetragen, und das wissen wir auch, dass ich dann durchaus immer wieder mal nachschieben muss, damit ich noch die 100 Prozent erlange. Nach meiner Kenntnis, da muss ich Ihrem Haus Respekt zollen, hat Mecklenburg-Vorpommern 92 Prozent der Mittel des Jahres 2003 abgerufen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Das ist die Zahl, die ich kenne, das ist auch so in Ordnung.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Nur noch einmal und das ist Ihre Verantwortung als SPD: Diese Tür muss wieder zugemacht werden und nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ich politische Verantwortung im Saarland tragen würde oder in Schleswig-Holstein und meine strukturschwachen Regionen hätte und im Planungsausschuss sitzen würde, dann würde ich natürlich automatisch darauf zugreifen, denn sonst würde mir nämlich der Landtag zu Hause auf die Finger klopfen, wenn ich das nicht tun würde.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister Ebnet, seit wann ist das ein Entschuldigungsgrund, dass unionsgeführte Länder Druck machen, dass hier eine Bundesregierung eine Tür aufmacht, wo Sie gesagt haben, gucken Sie sich mal an, wer überwiegend in den alten Bundesländern regiert. Das ist doch kein Grund, den Aufbau Ost, eine politische Vereinbarung, die Bund und Länder alle abgeschlossen haben, aufzukündigen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich will Ihnen, weil Sie von Informationsbasis reden, ein Zitat bringen. Zwei Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Vaatz und Herr Luther, haben heute erklärt, ich zitiere: „Um den wirtschaftlichen Nachholbedarf anzuschieben, wurde im sog. Korb II des Solidarpakts vereinbart, für die Jahre 2005 bis 2019 51 Milliarden Euro einzustellen; ein Großteil dieses Betrages entfällt dabei bisher auf die GA-Ost. Die jetzt beabsichtigte Umverteilung verletzt daher eklatant den Solidarpakt“. Und jetzt kommt es: „Das hat im Übrigen auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Karl Diller, in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses bestätigt.“ So viel zur Informationsbasis, Herr Minister Ebnet. Ich muss mal sagen, ich kenne beide Kollegen relativ gut. Ich glaube nicht, dass sie das einfach aus der hohlen Hand heraus machen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, aber Sie nehmen doch gar nicht teil an den Ausschusssitzungen.)

sondern das hat wohl schon eine Basis. Und wenn hier als Kronzeuge noch ein Parlamentarischer Staatssekretär genommen wird, dann, glaube ich, ist unsere Informationsbasis mehr als fundiert, Herr Minister Ebnet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wissen Sie, wenn das in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses nicht so abgelaufen wäre und wir uns auf Ihre Äußerungen in der Zeitung bezogen hätten, dann hätten wir auch einen Dringlichkeitsantrag machen müssen, weil sonst die Frist verstrichen wäre. Aber wenn das

nicht so massiv in den letzten Tagen in Berlin abgelaufen wäre,

(Ute Schildt, SPD: Dann hätten wir das gestern gemacht.)

dann hätten Sie gesagt, das ist nicht dringlich, weg diese Kiste. Aber nur so hatten wir mit dieser Informationsbasis eine Chance, überhaupt darüber im Landtag zu debattieren. Ich kann Sie nur ganz herzlich dringend bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, hierüber gibt es nichts zu beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu diesem Sachantrag kann man nur Ja sagen. Wer hier beraten will, das muss ich Ihnen sagen, das sage ich Ihnen ganz klipp und klar, der ist für mich politisch feige gegenüber der eigenen Partei in Berlin.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Ute Schildt, SPD, und Gabriele Schulz, PDS)

Stellen Sie Landesinteressen vor Parteiinteressen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

(Volker Schlotmann, SPD: Parteitag der CDU.)

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Föderalismuskommission des Bundes und des Bundesrates – und das wissen wir seit etwa einem dreiviertel Jahr – steht die Frage um die Diskussion der Mischfinanzierung und der Gemeinschaftsaufgaben auf der Tagesordnung, und zwar in Übereinstimmung aller Ministerpräsidenten. Das ist also nicht neu, dass darüber debattiert wird, wie sich Gemeinschaftsaufgaben zukünftig weiterentwickeln. Das ist meine erste Bemerkung. Und damit ist auch die Frage klar ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist nicht der Punkt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Rehberg, zu Ihrem Punkt komme ich noch, zu Ihrem Punkt komme ich noch.

Damit ist aber auch die Frage, dass Korb II und alles andere, was in diesem Zusammenhang steht, auch in diesen Diskussionsprozess mit einbezogen wird. Wir sollten uns darum kümmern, wie dieser ausgeht.

Zweite Bemerkung: In diesem Land sind bis zuletzt, auch in den Ansätzen des Doppelhaushaltes, den wir gerade in der Beratung haben, alle Anstrengungen unternommen worden, dass die möglichen Mittel, die wir über die Gemeinschaftsaufgabe und, ich sage, den Europäischen Strukturfonds bekommen, zu 100 Prozent kofinanziert werden. Das ist nicht mehr üblich in ostdeutschen Ländern. Nach meinem Kenntnisstand sind die Haushaltsberatungen der nächsten Jahre nur noch in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern üblich. Wenn ich diese Debatte aufnehme, schlagen zwei Herzen in meiner Brust.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Und das sage ich hier auch so. Für einen Financier wäre es einfach, weniger GA, weniger Kofinanzierung, Luft.

Und jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Rehberg. Sie nennen es politisch feige, dass man in den Ausschüssen diesen Diskussionsprozess weiterverfolgen will, weil entsprechende Entscheidungen für den Doppelhaushalt notwendig sind.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Was ist denn eigentlich feige, sich an den Beratungen im Bundestag und in den Ausschüssen nicht mehr an Haushaltsberatungen zu beteiligen, nicht dafür zu kämpfen, dass die ostdeutschen Länder besser gestellt werden, sondern hier die große Klappe aufmachen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist eigentlich nicht nur politisch feige, sondern scheinheilig.

(Rainer Pracht, CDU: Wer denn hier die große Klappe hat, das sehen wir. – Gabriele Schulz, PDS: Richtig gehört, Herr Pracht.)

Herr Pracht, vielleicht hören Sie mir wirklich zu!

(Rainer Pracht, CDU: Es klappert die Mühle am rauschenden Bach.)

Vielleicht, wenn man darüber nachdenkt, fasst man sich an die eigene Nase.

Gestern haben wir von Herrn Rehberg eine Presseerklärung mit Vorschlägen für die Haushaltskonsolidierung bekommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Da können Sie unter dem Punkt Kofinanzierung lesen: „Ziel müsse es sein, den Landeshaushalt strukturell neu auszurichten. Dazu gehört die klare Definition von Prioritäten.“

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

„Das schließt ein, dass sich das Land entscheiden müsse, welche Programme des Bundes und der EU noch kofinanziert werden.“

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Rudolf Borchert, SPD: Hört, hört! – Gabriele Schulz, PDS: Oho, oho! Aber das war gestern.)

Ich zitiere weiter: „Mischfinanzierungen sollten sukzessive abgebaut werden,“

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

„damit die Landespolitik wieder eigene markante und landesspezifisch notwendige Schwerpunkte setzen kann.“

(Volker Schlotmann, SPD: Hört, hört!)

Herr Rehberg, nach dieser Pressemitteilung hätten Sie heute eigentlich einen Antrag unterschreiben müssen,

(Torsten Koplin, PDS: Genau.)

der da lautet:

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Ja, liebe Bundesregierung, nehmt uns noch ein bisschen Geld weg, eigene Spielräume ergeben sich für die Politik in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ja, wir brauchen jeden Euro. Und es war diese Landesregierung, die dafür gesorgt hat, dass gerade über die Gemeinschaftsaufgabe kommunale Infrastrukturmaßnahmen wieder mit 90 Prozent gefördert werden können,

(Rainer Pracht, CDU: Dumm kann man sich anstellen, aber so dumm nicht.)

dass wir über die Infrastrukturmaßnahmen bis zu diesem Jahr 10 Prozent Kofinanzierung zur Verfügung gestellt haben und dass der Mittelabfluss hervorragend ist. Und wir werden natürlich darum kämpfen, dass wir eine Kofinanzierung hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na! So hervorragend ist der Mittelabfluss nicht.)

Aber ich sage auch dazu, wenn wir uns so einig sind,

(Wolfgang Riemann, CDU: Der ist wirklich nicht so hervorragend.)

das habe ich gestern so vernommen – der Wirtschaftsminister kämpft natürlich, das ist auch seine Aufgabe, und man kann auch sagen, das macht er ordentlich –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Er gibt Presseerklärungen heraus.)

stelle ich trotzdem noch eine andere Frage:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sonst macht er nichts.)

Müssten wir dann in dieser Situation – und ich nehme ja jetzt der CDU dann doch ab, dass sie was ernsthaft Ehrliches meint fürs Land Mecklenburg-Vorpommern – auch darüber nachdenken,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, guck an!)

die notwendige Kofinanzierung der Wirtschaftsfördermittel und der kommunalen Infrastruktur nicht doch über Kredite zu finanzieren?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Ich schließe die Rednerliste.

Ursprünglich war interfraktionell vereinbart worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/900 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Peter Ritter, PDS: Warum haben wir das denn interfraktionell vereinbart?)

Aus der Rede von Herrn Rehberg habe ich entnommen, dass die CDU von diesem interfraktionellen Vorschlag abgerückt ist.

Ich lasse damit zunächst über den weitergehenden Antrag abstimmen. Wer für den Überweisungsvorschlag, den Antrag auf Drucksache 4/900 in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, stimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – ...

(Rudolf Borchert, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD: Feige! – Gabriele Schulz, PDS: Eben noch so laut und jetzt viel ruhiger.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind noch im Abstimmungsverfahren. Ich bitte doch um Aufmerksamkeit.

... Damit ist dem Vorschlag, diesen Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gefolgt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 10. Dezember 2003, 10.00 Uhr ein. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.39 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Gerhard Bartels, Sigrid Keler, Andreas Petters, Dr. Harald Ringstorff und Dr. Henning von Storch.

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/898 –

Jastimmen

SPD

Jarchow, Hans-Heinrich
Dr. Körner, Klaus-Michael

CDU

Ankermann, Michael
Dr. Born, Ulrich
Brick, Martin
Caffier, Lorenz
Fiedler, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Prachtl, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Renz, Torsten
Riemann, Wolfgang
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Skrzepski, Gesine
Strenz, Karin
Thomas, Reinhardt
Timm, Udo
Vierkant, Jörg

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Frieze, Siegfried
Lohse, Frank Ronald
Mahr, Beate
Mohr, Klaus
Monegel, Hannelore

Dr. Nieszery, Norbert
Polzin, Heike
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Volland, Angelika

PDS

Bluhm, Andreas
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Neumann, Karsten
Ritter, Peter
Schmidt, Karin
Schulz, Gabriele
Schwebs, Birgit
Walther, Gerd
Wien, Alexa

Enthaltungen

SPD

Baunach, Norbert
Friedrich, Holger
Krumbholz, Bodo
Kühnel, Lilly
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Peters, Angelika
Selling, Erwin
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	65
Gültige Stimmen	65
Jastimmen	25
Neinstimmen	30
Enthaltungen	10